

Teil C: Die zweite Hochphase des ökologischen politischen Denkens ab den späten 2000er-Jahren

Teil C der Arbeit widmet sich der zweiten Hochphase des ökologischen politischen Denkens, die sich insbesondere mit der Zuspitzung der Klimakrise sowie der Wiederbelebung der Wachstums- und Kapitalismuskritik im Anschluss an die Wirtschafts- und Finanzkrise in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre entwickelt (Kap. 3). Wie für die erste Zeitphase wurde nach der in Kapitel 3 vorgestellten Methode eine begründete Auswahl des Untersuchungsmaterials vorgenommen. Eine detaillierte Darstellung des Auswahlprozesses findet sich im Zusatzkapitel III. Dort wird auch ausführlicher auf die ausgewählten Denkerinnen und Denker sowie die Bedeutung ihrer Werke eingegangen. Hier im Buch finden sich kurze biografische Informationen zu den einzelnen Autoren und Autorinnen zu Beginn der Kapitel, in denen die jeweiligen Positionen aufgearbeitet werden. Im Ergebnis führt der Auswahlprozess zu dem in Tabelle 2 dargestellten Untersuchungskorpus.

Tab. 2: Ausgewählter Untersuchungskorpus für das ökologische politische Denken seit Ende der 2000er-Jahre

Autor/Autorin	Werk/Beitrag ²⁷⁸
Elmar Altvater	<i>Der große Krach</i> (2010)
Ulrich Brand	<i>Imperiale Lebensweise</i> (2017, zus. mit Markus Wissen) <i>Radikale Alternativen</i> (2018, zus. mit Alberto Acosta) ²⁷⁹

278 Die Untersuchung fokussiert auf die hier genannten Hauptbeiträge. Darüber hinaus werden für einzelne Autoren weitere Beiträge hinzugezogen, insofern diese die in den Hauptbeiträgen vertretenen Positionen vertiefen oder erläutern.

279 Einige der untersuchten Werke wurden von mehreren Autoren veröffentlicht. Hier ist für die Zitierweise eine Differenzierung zu treffen. In einigen Werken wurden die verschiedenen Kapitel von einzelnen Autoren verfasst, die Buchteile lassen sich also eindeutig zuordnen (zutreffend für Brand/Acosta 2018, Paech/Eppler 2016, Paech/Folkers 2020, von Weizsäcker et al. 2010). In diesen Fällen wurden nur die Buchteile der ausgewählten Denker untersucht, sodass auch bei den Referenzen nur auf diese verwiesen wird. In anderen Beiträgen wird der gesamte Text von mehreren Autoren verantwortet (zutreffend für Brand/Wissen 2017, Schmelzer/Passadakis

Autor/Autorin	Werk/Beitrag
Klaus Dörre	<i>Grüner Kapitalismus – Leitbild für eine zukunftssträchtige Reformstrategie?</i> (2011) <i>Neosozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion</i> (2019) <i>Die neue Lust am Sozialismus</i> (2020)
Christian Felber	<i>Gemeinwohlökonomie</i> (2010)
Ralf Fücks	<i>Intelligent Wachsen</i> (2013) <i>Freiheit verteidigen</i> (2017)
Martin Jänicke	<i>Megatrend Umweltinnovation</i> (2008)
Bruno Kern	<i>Das Märchen vom Grünen Wachstum</i> (2019)
Michael Kopatz	<i>Ökoroutine</i> (2018)
Reinhard Loske	<i>Abschied vom Wachstumszwang</i> (2011) <i>Wie weiter in der Wachstumsfrage?</i> (2012) <i>Politik der Zukunftsfähigkeit</i> (2015)
Barbara Muraca	<i>Gut leben</i> (2015)
Niko Paech	<i>Befreiung vom Überfluss</i> (2012) <i>Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution</i> (2016, zus. mit Erhard Eppler) <i>All You Need Is Less</i> (2020, zus. mit Manfred Folkers)
Helge Peukert	<i>Klimaneutralität jetzt!</i> (2021)
Matthias Schmelzer/ Alexis Passadakis	<i>Postwachstum – Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte</i> (2011)
Uwe Schneidewind	<i>Damit gutes Leben einfacher wird</i> (2013, zus. mit Angelika Zahrnt) <i>Die Große Transformation</i> (2018)
Ernst U. von Weizsäcker	<i>Faktor Fünf - Die Formel für nachhaltiges Wachstum</i> (2010, zus. mit Karlson Hargroves und Michael Smith)

Dieser Teil der Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel. Im ersten Schritt gilt es zunächst wiederum die übergeordneten Schnittmengen und Differenzen in der untersuchten Literatur nachzuvollziehen. Erstere beziehen sich wie in der ersten Zeitphase auf die geteilte Wahrnehmung der ökologischen Krise als Fundamentalherausforderung (Kap. 11.1). Davon ausgehend spannt sich erneut ein sehr heterogenes Feld an Antworten auf, das in Kapitel 11.2 in Grundpositionen ausdifferenziert wird. Die Kapitel 12 bis 14 widmen sich der Aufarbeitung dieser Grundpositionen. Abschließend wird in Kapitel 15 ein Zwischenfazit gezogen, in welchem das neuere ökologisch-politische Denken auch in Relation zur Denklandschaft der 1970er- und 80er-Jahre gesetzt wird.

2011, Schneidewind/Zahrnt 2013). In diesen Fällen verweisen die Referenzen auf beide Autoren.

11 Geteilte Herausforderung – unterschiedliche Antworten

Wie bereits dargelegt, reagiert das ökologische politische Denken stets auf eine zeitspezifische Wahrnehmung der Herausforderung der ökologischen Krise. Für die erste Zeitphase konnte dabei neben den Krisenbeschreibungen in den untersuchten Texten auch auf diesbezügliche Erkenntnisse in der Sekundärliteratur zurückgegriffen werden. Dies gestaltet sich für die zweite Phase anders, da eine entsprechende Literaturbasis nicht gegeben ist. Deshalb fokussiert die Aufarbeitung primär auf die untersuchten Texte selbst.

11.1 Geteilte Herausforderung: die ökologische Krise als existenzielle Bedrohung

Wie in der ersten Zeitphase wird die ökologische Krise auch im neueren ökologischen politischen Denken als existenzielle Herausforderung wahrgenommen. In der Gesamtschau sind die Beschreibungen der ökologischen Krise weniger ausführlich und in der Rhetorik weniger drastisch als in der ersten Zeitphase (vgl. entspr. Stein 2016, 218).²⁸⁰ Den apokalyptischen Krisenbeschreibungen der ersten Phase am nächsten kommen v.a. einige stark wachstumspessimistische Autoren. Denker wie Paech, Kern oder Peukert sehen die Menschheit auf dem Weg in einen kollektiven Ökozid, dem nur durch ein radikales Entzugs- und Überlebensprogramm zu entgehen ist (Paech 2020, 156, 172, 177, 179, 194, 210; Kern 2019, 22; Peukert 2021, 13, 19, 31). Beispielsweise lautet der erste Satz im untersuchten Werk von Peukert: „Die Weltgesellschaft ist mitten im Prozess des Ökozids“ (2021, 13). Ähnlich bei Kern:

„Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist es wahrscheinlich geworden, dass sich die Gattung Mensch innerhalb weniger Dekaden, also innerhalb eines für uns biografisch relevanten Zeitraums, selbst auslöscht“ (2019, 22).

Hier wird, wie in der ersten Zeitphase, das Ende der Menschheit innerhalb weniger Dekaden antizipiert. Solch drastische Formulierungen finden sich bei den weiteren Autoren nicht. Aber auch von diesen wird der existenziel-

280 Einige Denker legen explizit dar, sich weniger mit der Beschreibung der Krisensituation als vielmehr mit möglichen Therapieansätzen aufhalten zu wollen (Kopatz 2018, 12; Jänicke 2008, 16; von Weizsäcker 2010, 13f).

le Charakter der ökologischen Krise hervorgehoben. Sie warnen vor der Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschheit (Jänicke 2008, 15; von Weizsäcker 2010, 11) oder einem drohenden ökologischen Kollaps (Fücks 2017, 171). Altvater antizipiert eine „humanitäre Katastrophe bisher nicht gekannten Ausmaßes“ (2010, 32) und für Loske steht bei einem ‚Weiter so‘ für die „Menschheit das Schlimmste zu befürchten“ (2011, 45). Anders als in vielen Werken der ersten Zeitphase wird aber nicht das Bild eines großen globalen Zusammenbruchs gezeichnet. Entsprechend fällt auch die Beschreibung konkreter verbleibender Zeitfenster bis zu diesem vermeintlichen Zusammenbruch weg. Vielmehr wird erkannt, dass, vermittelt durch geografische und sozio-ökonomische Faktoren, zu unterschiedlichen Zeiten verschieden gelagerte Bedrohungslagen in unterschiedlicher Intensität zu erwarten sind.

Woran wird die fundamentale Krisendiagnose festgemacht? Wie bereits in der ersten Zeitphase wird ein sehr breites Spektrum ökologischer Krisensymptome angeführt. Genannt werden insbesondere: Klimawandel und seine Folgeprobleme (v.a. Meeresspiegelanstieg, Versalzung von Grundwasserkörpern, Zunahme von Extremwetterereignissen), Biodiversitätsverlust, Verlust fruchtbarer Böden, Desertifikation, Meeresverschmutzung, Versauerung und Überfischung der Weltmeere, atomare Abfälle, Grundwasserverschmutzung, Entwaldung, Luftverschmutzung, langlebige organische Schadstoffe und Flächenverbrauch. Verwiesen wird vielfach auf sich gegenseitig verstärkende Wechselwirkungen zwischen diesen Krisendimensionen. Zudem wird von vielen Denkern betont, dass die Verursachungsbeiträge und negativen Folgewirkungen global sehr ungleich verteilt sind, weshalb die ökologische Frage eine starke Gerechtigkeitsdimension aufweise. Darüber hinaus wird hervorgehoben, dass die genannten ökologischen Krisenphänomene wiederum soziale Krisen wie Migrationskrisen, Hungerkrisen und soziale Verwerfungen verursachen und verschärfen können. In Anbetracht dessen konstatiert z.B. Fücks, dass die ökologischen Krisenphänomene „das Zeug zur Mutter aller Krisen“ haben, da sie viele Millionen Menschen zur Flucht nötigen, Konflikte um knapper werdende Ressourcen befeuern und ganze Regionen destabilisieren können (2017, 163).²⁸¹

281 Zum ges. Absatz Altvater 2010, 9, 22ff, 32, 179, 185, 172-180, 186, 190; Brand/Wissen 2017, 25f, 42, 68; Brand 2018, 71, 76f, 79f, 96, 99; Dörre 2011, 223; 2020, 255, 265; Felber 2012, 32f; Fücks 2017, 148, 163, 168, 173; Jänicke 2008, 18, 30; Kern 2019, 22-26, 41f, 93; Kopatz 2018, 11, 343; Loske 2011, 45, 2015, 28; Muraca 2015, 41; Paech 2014, 81; 2020, 174-179; Peukert 2021, 13, 21, 32, 36, 45, 54; Schmelzer/Passadakis

Bei genauerem Blick auf die angeführten Umweltgefahren wird deutlich, dass der Klimawandel und seine Folgeprobleme als derzeit drängendstes Krisenphänomen gesehen wird. Dabei besteht Einigkeit, dass in globaler Hinsicht bereits gegenwärtig die negativen Folgen des Klimawandels deutlich werden. Für die Zukunft wird vor einem sich rasch intensivierenden Problemverlauf gewarnt. Als maßgebliche Folgeprobleme werden v.a. Dürren, Überschwemmungen, Verlust fruchtbarer Böden, Artensterben und ansteigende Meeresspiegel genannt. Im Zuge dessen wird vielfach auf Kippunkte im Klimasystem verwiesen, die zu einem sich selbst beschleunigenden Prozess der Erderwärmung und ihrer Folgeschäden führen können. Vor diesem Hintergrund wird auch vor drastischen sozio-ökonomischen Folgen gewarnt. Demnach könnte der Klimawandel u.a. dazu führen, dass die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen erodieren, was unter anderem Ernährungskrisen, massiven Fluchtbewegungen, Ressourcenkriege und den Zerfall von Staaten zur Folge haben könnte. Beispielsweise beschreibt von Weizsäcker das Szenario ohne ambitioniertes Gegensteuern wie folgt:

„Die Ökosysteme der Erde würden degenerieren bis zu dem Punkt, an dem eine Erholung nicht mehr möglich ist. Wir wissen den Verlauf des Niedergangs nicht genau. Steigt die Durchschnittstemperatur um 4 bis 6°C, würde der Meeresspiegel gefährlich ansteigen, Ernten würden vertrocknen, die Wasserreserven schwinden, aber es gäbe auch verheerende Überschwemmungen. Im Gefolge dieser Schrecken würde die Zerrüttung von Infrastruktur und Zivilisation, der Zerfall von Städten und Staaten, große Kriege, Seuchen und der Niedergang der Kultur immer wahrscheinlicher.“ (2010, 12)

Auch mit spezifischem Blick auf den Klimawandel wird dessen starke Gerechtigkeitsdimension betont. Sowohl in inter- als auch in intragenerativer Perspektive fielen die Verursachenden und die primär Leidtragenden räumlich und zeitlich auseinander.²⁸²

2011, 8f, 33, 38, 70; Schneidewind/Zahrnt 2013, 17f, 43, 103f; 2019, 23f, 126, 140f; von Weizsäcker 12, 17ff, 30f.

282 Zum ges. Absatz Schneidewind/Zahrnt 2013, 17f; 2019, 140-143; von Weizsäcker 2010, 12; Schmelzer/Passadakis 2011, 9, 38, 70; Peukert 2021, 27, 32, 470; Paech 2020, 176; Kopatz 2018, 20; Kern 2019, 23-26; Fücks 2017, 163; Dörre 2020; Altvater 2010, 172ff, 178ff; Brand 2018, 81f, 96.

Differenzen zeigen sich bezüglich der Frage, inwiefern neben den, von allen Denkern prominent problematisierten, Emissions- und Senkenproblematiken auch die Verknappung von Rohstoffen auf der Input-Seite eine wesentliche Dimension der ökologischen Krise darstellt.²⁸³ In einigen Beiträgen wird davon ausgegangen, dass ohne ein rasches Gegensteuern viele endliche Ressourcen (z.B. fossile Energieträger, mineralische Rohstoffe wie seltene Erden oder Coltan, Phosphate) in absehbarer Zeit in einem Ausmaß verknappen, dass dies unabhängig von Emissionsproblematiken eine starke Bedrohung für die Stabilität von Volkswirtschaften und Gesellschaften darstellt. Vielfach wird diesbezüglich auf den aus Sicht dieser Autoren bereits überschrittenen „Peak Oil“ verwiesen.²⁸⁴ Bei Altvater und Peach findet sich darüber hinaus der paradigmatische Begriff des „Peak everything“, der auf die vielfältige Verknappung von Inputfaktoren als Grenze für weiteres Wirtschaftswachstum hinweisen soll (Altvater 2010, 172; Paech 2014, 69). Demgegenüber sehen andere Denker diese Verknappungsproblematiken auf der Input-Seite nicht. Einige weisen entsprechende Positionen explizit zurück und verweisen v.a. auf bereits vorhandene oder zukünftig aufzufindende Substitutionsmöglichkeiten (Brand 2018, 96, 163; Schneidewind 2019, 124ff, 132; von Weizsäcker 2010, 310f). Sie betonen, dass die begrenzte Aufnahmekapazität der Erde für Emissionen die entscheidende ökologische Belastungsgrenze darstelle. Unabhängig von dieser Differenz ist in der Gesamtschau zu konstatieren, dass Emissions- und Senkenproblematiken in der zweiten untersuchten Zeitphase deutlich schwerer gewichtet werden als potenzielle Rohstoffverknappungen. Dies spiegelt die generelle Entwicklung der Umwelt- und Nachhaltigkeitsdebatte wider (Grunwald/Kopfmüller 2012, 21f).²⁸⁵

Unabhängig von den konkreten Symptomen wird aus der Wahrnehmung der ökologischen Krise als Fundamentalherausforderung ein starker Hand-

283 Siehe zu dieser begrifflichen Differenzierung Steurer 2002, 87 und Grunwald/Kopfmüller 2012, 21f.

284 Altvater 2010, 23, 155-172; Kern 2019, 47f, 93; Felber 2012, 19; Paech 2014, 7, 68f; Muraca 2015, 41; Schmelzer/Passadakis 2011, 43f.

285 In unterschiedlichem Ausmaß wird die ökologische Krise mit weiteren wahrgenommenen Krisen der Gegenwartsgesellschaft in Verbindung gebracht. Insbesondere die kapitalismuskritischen Denker begreifen die ökologische Krise als eines von mehreren Symptomen einer fundamentalen Systemkrise, die sich z.B. auch in zunehmender sozialer Ungleichheit, Entsolidarisierung und Entdemokratisierung ausdrückt. Dies wird an anderer Stelle vertieft. Hier geht es um die Wahrnehmung der ökologischen Krise als gemeinsamem Ausgangspunkt.

lungsdruck abgeleitet. Zwar ist die „Endzeitstimmung“ in der Literatur der zweiten Zeitphase weniger ausgeprägt als in den Beiträgen der 70er- und 80er-Jahre. Dennoch kommt an vielen Stellen die wahrgenommene Dringlichkeit für ein Umsteuern zum Ausdruck.²⁸⁶ Insbesondere wird der zeitliche Handlungsdruck mit Blick auf die Eindämmung der Klimaerwärmung hervorgehoben. Neben dem zeitlichen Handlungsdruck wird deutlich, dass alle Denker, unabhängig von der konkreten Stoßrichtung, einen ambitionierten und tiefgreifenden Veränderungsprozess für erforderlich halten. Verdeutlichen lässt sich dies an den verwendeten Begrifflichkeiten. Es wird die Notwendigkeit einer „Revolution“, einer „Wende“, eines „radikalen Wandels“ oder, am häufigsten, einer „Transformation“²⁸⁷, die wiederum „revolutionär“, „radikal“, „groß“ bzw. „tiefgreifend“ sein muss, beschrieben.²⁸⁸

Abschließend ist zu konstatieren, dass sich die Krisenbeschreibungen in den Werken weitgehend mit der Erkenntnislage in einschlägigen wissenschaftlichen Großstudien decken.²⁸⁹ Zum Abgleich wurden im vorliegenden Zusammenhang zwei dieser Studien ausgewertet, die eher am Anfang und eher am Ende der untersuchten Zeitphase veröffentlicht wurden (WBGU 2011; UNEP 2021). Die Schnittmengen zwischen untersuchter Literatur und den Studien beziehen sich auf die maßgeblichen Symptome und deren antizipierten Problemverlauf, die starken Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Umweltproblemen wie auch die zu erwartenden

286 Altvater 2010, 244; Jänicke 2008, 114; Dörre 2020, 256; Kern 2019, 22, 26; Kopatz 2018, 20; von Weizsäcker 2020, 81; Paech 2016, 86, 126f; 2020, 236; Brand/Wissen 2017, 168; Loske 2011, 30; 2015, 220.

287 Der Transformationsbegriff ist insbesondere seit dem breit rezipierten WBGU-Report zur „Großen Transformation“ (2011) sehr verbreitet im Umwelt- und Nachhaltigkeitsdiskurs. Gemäß dem WBGU soll der Begriff den fundamentalen Charakter des anstehenden Veränderungsprozesses hervorheben, der auf gleicher Stufe mit den bisherigen großen Transformationen, der Neolithischen Revolution und der Industriellen Revolution, stehe (ebd., 5).

288 Altvater 2010, 244; Loske 2015, 73ff; Muraca 2015, 11, 23, 27; Brand 2018, 17; Brand/Wissen 2017, 36; Loske 2015, 226f; Dörre 2020, 256, 266f; Paech 2016, 157; 2020, 206; Kopatz 2018, 12; Fücks 2013; 2017, 178; Schmelzer/Passadakis 2011, 49f, 75; Schneidewind/Zahrnt 2013, 100; 2019, 26ff; Peukert 2021, 477; von Weizsäcker 2010, 319.

289 Entsprechend finden sich in der untersuchten Literatur vielfache Verweise auf solche Großstudien. Die Bandbreite der entsprechenden Referenzen ist dabei deutlich größer als in der ersten Zeitphase, in der sich die Aufmerksamkeit auf wenige Großstudien, insbesondere die Berichte an den Club of Rome, konzentrierte. Wichtige Referenzpunkte in der zweiten Zeitphase sind z.B. Studien des IPCC, der OECD, der FAO, der IEA, des WBGU, des UNEP, des UBA oder des Wuppertal-Instituts.

sozio-ökonomischen Folgen. Lediglich einige Denker weichen in bestimmten Feldern von diesem wissenschaftlichen Kenntnisstand ab. Dies gilt erstens für die oben dargelegte Problematisierung von Rohstoffknappheit. Dies findet sich in den ausgewerteten Studien mit Verweis auf Substitutions- und Recyclingpotenziale nicht. Zweitens gilt dies spezifisch für die Autoren Kern und Peukert, die insbesondere mit Blick auf den Klimawandel zu deutlich skeptischeren Einschätzungen kommen als die ausgewerteten Studien. Dies wird an entsprechender Stelle vertieft (Kap. 14.2.1).

In der Summe nimmt auch das neuere ökologische politische Denken die ökologische Krise als fundamentale Herausforderung wahr, die insbesondere in den maßgeblichen Verursacherstaaten der reichen Weltregionen ein rasches und ambitioniertes Gegensteuern erfordert. Darin sind sich die Vertreter unterschiedlicher öko-politischer Positionen weitgehend einig. Diese geteilte Ausgangsbasis wird von einigen Denkern auch explizit hervorgehoben. Beispielsweise betonen Fücks und Paech, die konträre Alternativentwürfe als Antworten auf die Krise vertreten, dass sie sich in der Wahrnehmung der drängenden Krisensymptome und der Einschätzung der Dringlichkeit des Handelns einig sind (in WirtschaftsWoche 2021, 4:00 - 8:10, sowie 20:00). Auch in einer Diskussion zwischen dem Wachstumsskeptiker Loske und dem Wachstumsoptimisten Fücks wird diese Einigkeit hervorgehoben (in Heidemann 2014, 4:00 - 6:00). Die maßgeblichen Differenzen beziehen sich, wie im Folgenden deutlich wird, auf die für richtig gehaltene Antwort auf die geteilte Herausforderung.

11.2 Unterschiedliche Antworten: Ausdifferenzierung und Strukturierung der Denklandschaft

Ausgehend von der geteilten Herausforderung spannt sich ein sehr heterogenes Feld an Positionen auf. Wiederum bezieht sich diese Heterogenität der Antworten sowohl auf die Alternativentwürfe einer nachhaltigen Gesellschaft als auch die Vorstellungen vom Prozess des Wandels. Hinter diesen Differenzen stehen wiederum divergente Krisenanalysen, was sich sowohl auf die kausale Begründung der ökologischen Krise als auch die Einschätzung der ökologischen Wachstumsgrenzen bezieht. Die Kartierung der untersuchten Denklandschaft erfolgt auch für das neuere ökologische politische Denken in Bezug auf die institutionelle Dimension der Alternativentwürfe. Dabei werden in dieser institutionellen Dimension wiederum zwei Transformationsgegenstände prioritär behandelt: das Wirtschaftssys-

tem und das politische System. Die Gewichtung dieser beiden Gegenstände verschiebt sich etwas im Vergleich zur ersten Zeitphase. Da in der zweiten Zeitphase keine offen antidemokratischen bzw. autoritären Positionen mehr vertreten werden, verliert die Kontroverse um das zukünftige politische System an Bedeutung. Während sich in der ersten Zeitphase alle untersuchten Denker prominent mit der Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Demokratie und potenziellen Alternativen befassen, nimmt dies in der zweiten Zeitphase weniger Raum ein. Dahingegen spielt die Frage nach einer ökologisch tragbaren Wirtschaftsordnung die gleiche zentrale Rolle wie in den Beiträgen der 1970er- und 80er-Jahre. Das Wirtschaftssystem wird in allen untersuchten Werken als prioritäres Handlungsfeld behandelt. Diesem Umstand Rechnung tragend, wird die untersuchte Denklandschaft für die zweite Zeitphase mit Blick auf die Positionierung zum zukünftigen Wirtschaftssystem sortiert.²⁹⁰ Dabei lassen sich übergeordnet drei Grundpositionen unterscheiden, die sich intern weiter ausdifferenzieren:

1. Grünes Wachstum im ökologischen Kapitalismus (*Fücks, Jänicke, von Weizsäcker*)
2. Eingehogter Kapitalismus und Postwachstumspolitik (Loske, Kopatz, Schneidewind, Paech)
3. Kapitalismus überwinden: zwischen Demokratisierung, Dezentralisierung und Planwirtschaft (*Alt Vater, Brand, Dörre, Felber, Kern, Muraca, Peukert, Schmelzer/Passadakis*)

Die erste Grundposition hält am Kapitalismus fest und geht davon aus, dass dieser durch eine ökologische Rahmung ein umweltverträgliches Wachstum erzeugen kann. Bezüglich des politischen Systems werden, wenn überhaupt, inkrementelle Veränderungen vorgesehen. Der Transformationsgegenstand Kultur spielt keine wichtige Rolle. Die zweite Grundposition ist demgegenüber wachstumsskeptisch, ohne jedoch auf eine Überwindung des Kapitalismus an sich abzielen. Vielmehr sollen spezifische strukturelle und kulturelle Wachstumstreiber eingehogt werden sowie der Kapitalismus um alternative, nicht wachstumsfokussierte Wirtschaftsformen ergänzt werden. Das bestehende politische System wird weitgehend beibehalten, wobei vereinzelt substanzielle Veränderungen vorgeschlagen werden. In der dritten Perspektive wird der Kapitalismus als zentraler Wachstums- und Krisentreiber identifiziert und nach Fundamentalalternativen gesucht,

290 Diese Sortierung weist aber weitgehende Überschneidungen zu einer Sortierung der Positionen bezüglich des politischen Systems auf.

die v.a. in planwirtschaftlichen und kooperativwirtschaftlichen Entwürfen gesehen werden. Damit einher geht vielfach die Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung von Staat und Wirtschaft. Zudem wird ein z.T. tiefgreifender gesellschaftlicher Kulturwandel für notwendig erachtet.

Legt man die für die Ausdifferenzierung der Positionen die bereits für die erste Zeitphase herangezogene Unterscheidung zwischen den Perspektiven des Systemwechsels und der Modernisierung im System an, lassen sich die drei Grundpositionen wie folgt zuordnen: Die Grundposition des grünen Kapitalismus beschreibt eindeutig eine Perspektive der Modernisierung im System. Demgegenüber zielt die dritte Grundposition auf einen Systemwechsel, da der Kapitalismus an sich zur Disposition gestellt wird. Die Zwischenposition des eingehegten Kapitalismus beschreibt keinen Systemwechsel, da am Kapitalismus festgehalten wird. Dennoch werden in dieser Perspektive zum Teil radikale Veränderungsnotwendigkeiten gesehen.

In den nachfolgenden Kapiteln werden die drei Grundpositionen aufgearbeitet (Kap. 12-14). Die Darstellung folgt wiederum dem aus dem Forschungsinteresse abgeleiteten vierstufigen Analyseraster: 1) Krisenanalyse, 2) Alternativentwurf, 3) Vorstellungen vom Prozess des Wandels, 4) erklärende Hintergrundannahmen. Für die erste Zeitphase wurde die Wachstumskontroverse vorweggestellt en bloc behandelt. Nachfolgend werden die Positionierungen in der Wachstumsfrage hingegen als Teil der Krisenanalyse bei den jeweiligen Grundpositionen aufgearbeitet. Der Grund dafür ist, dass sich das Spektrum der zur Wachstumsfrage vertretenen Positionen in der zweiten Zeitphase deutlich ausdifferenziert. Während sich in der ersten Zeitphase diesbezüglich nur zwei Positionen gegenüberstanden, wird in den neueren Beiträgen ein heterogeneres Spektrum von wachstumsoptimistischen bis hin zu stark pessimistischen Positionen vertreten. Daher ist es zum Zwecke der besseren Nachvollziehbarkeit angezeigt, die Positionierung in der Wachstumsfrage direkt bei den jeweiligen Grundpositionen darzulegen. Die Darstellung der jeweiligen Krisenanalysen untergliedert sich im Folgenden somit in die kausale Begründung der ökologischen Krise sowie die Positionierung in der Wachstumsfrage.

12 Grünes Wachstum im ökologischen Kapitalismus

Die erste wichtige Grundposition im ökologischen politischen Denken der zweiten Zeitphase lässt sich mit der Bezeichnung „Grünes Wachstum im ökologischen Kapitalismus“ fassen. Dieser sind die Autoren Fücks, Jänicke und von Weizsäcker zuzuordnen.²⁹¹ Aus dieser Perspektive stellt die ökologische Krise weder die Basisinstitutionen moderner demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften noch die von diesen ausgelöste Wachstumsdynamik infrage, sondern kann innerhalb dieser Rahmenbedingungen bearbeitet werden (Adler/Schachtschneider 2010, 16f). Im Vergleich zu den Positionen der ersten Zeitphase finden sich weitreichende Überschneidungen zum Ansatz von Eppler. Diese beziehen sich sowohl auf die Krisenbegründung als auch die ökologische Rahmung der Marktwirtschaft als zentrales Element des Alternativentwurfes.

Ralf Fücks (*1951) studierte Sozialwissenschaften, Ökonomie und Geschichte und ist seit 1982 Mitglied der GRÜNEN. Er war u.a. Bundesvorsitzender der Partei sowie Senator für Umwelt und Stadtentwicklung in Bremen (1991-1995). Zwischen 1997 bis 2017 fungierte Fücks als Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Nach Ausscheiden aus der Heinrich-Böll-Stiftung initiierte er zusammen mit Marie-Luise-Beck das „Zentrum Liberale Moderne“, das sich als Thinktank zur Erneuerung der liberalen Demokratie sowie für individuelle Freiheit und Weltoffenheit begreift. (Fücks 2013, Klappentext; Zentrum Liberale Moderne o.J.)

Martin Jänicke (*1937) lehrte von 1971 bis 2002 als Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und leitete bis 2007 die Forschungsstelle für Umweltpolitik. 2007 wurde er zum Visiting Professor an der Quinghai Normal Universität ernannt. Jänicke war u.a. langjähriges Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen (1999-2008) sowie der Enquete-Kommission des Bundestages zum Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Von 1981 bis 1983 übernahm Jänicke ein Abgeordnetenmandat für die Alternative Liste im Berliner Abgeordnetenhaus. (Jänicke 2008, Klappentext; Kaven 2015, 55; FU Berlin, o.J.; Plarre 2011)

Ernst-Ulrich von Weizsäcker (*1939) wurde nach einer Promotion im Fach Biologie 1972 Professor für Biologie an der Universität Essen. Anschließend fungierte er als Direktor am UNO Zentrum für Wissenschaft und Technologie in New York (1981-1984) sowie als Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik in Bonn (1984-1991).

291 Zur Position von Jänicke finden sich bereits Darstellungen in der Sekundärliteratur. Kaven legt eine ausführliche, wenngleich nicht allzu analytische Darstellung vor (2015, 55-84). Dryzek und Adler/Schachtschneider widmen sich der Aufarbeitung des Konzepts der ökologischen Modernisierung, wobei beide maßgeblich auf Jänicke (und Joseph Huber) rekurrieren (Dryzek 1997, 137-152; Adler/Schachtschneider 2010, 115-137).

Von 1991 bis 2000 war von Weizsäcker Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Seit 1992 ist er Mitglied des Club of Rome und war von 2012-2018 dessen Co-Präsident. Zwischen 1998 und 2005 übernahm er ein Bundestagsmandat für die SPD (u.a. Vorsitzender der Enquete-Kommission zum Thema Globalisierung sowie Vorsitzender des Umweltausschusses). Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag lehrte er für zwei Jahre an der University of California und ist seither freiberuflich tätig. (von Weizsäcker et al. 2010, Klappentext; von Weizsäcker o.J.)

12.1 Krisenanalyse

Wie Eppler begreifen die hier behandelten Denker die ökologische Krise nicht als grundlegende Systemkrise. Dies ist maßgeblich auf eine im Vergleich optimistische Positionierung in der Wachstumsfrage zurückzuführen.

12.1.1 Optimistische Positionierung in der Wachstumsfrage²⁹²

Die Differenz zu den wachstumskritischeren Positionen lässt sich in zwei Dimensionen nachvollziehen. Erstens gehen sie davon aus, dass sich trotz legitimer Steigerungsbedürfnisse in ärmeren Weltregionen auch in den reichen Weltregionen weiteres Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen verwirklichen lässt (Wachstum ist ökologisch machbar). Zweitens halten sie weiteres wirtschaftliches Wachstum aus verschiedenen Gründen für weiterhin erstrebenswert (Wachstum ist wünschenswert).²⁹³

Weiteres Wachstum ist ökologisch machbar

Bezüglich der Machbarkeit sehen Fücks, Jänicke und von Weizsäcker keinen prinzipiellen Zielkonflikt zwischen weiterem Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit. Zwar ist aus ihrer Sicht die gegenwärtige Form des ressourcen- und emissionsintensiven Wachstums nicht mehr haltbar. Dieses kann aber zu einem ökologisch verträglichen Wachstum umgestaltet werden. Diesbezüglich zeigen sie sich noch optimistischer als

292 Die Positionierungen in der Wachstumsfrage beziehen sich, wie bereits für die erste Zeitphase bemerkt, auf die reichen Industrienationen. Dass es legitime Steigerungsbedürfnisse in bisher ärmeren Weltregionen gibt, wird von keinem Autor bestritten.

293 Diese Differenzierung ist an Ott angelehnt (2016, 160). Man kann diese beiden Dimensionen auch als die Kann-Frage (machbar?) und die Soll-Frage (wünschenswert?) in der Wachstumskontroverse bezeichnen.

Eppler. Entscheidend ist die Positionierung in der Entkopplungsfrage. Die drei Autoren nehmen an, dass eine absolute Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch in der Größenordnung realisierbar ist, dass trotz weiteren Wachstums die ökologischen Reduktionserfordernisse zu erreichen sind. Sie sind überzeugt, dass sich die Ressourceneffizienz und damit die Wertschöpfung, die sich aus einer eingesetzten Ressourceneinheit erzielen lässt, absehbar vervielfachen kann. Paradigmatisch zum Ausdruck kommt dies in von Weizsäckers Buchtitel *Faktor Fünf*, wonach sich der Umweltverbrauch auch bei weiterem Wachstum um den Faktor fünf reduzieren lässt und langfristig sogar noch deutlich höhere Effizienzpotenziale zu erwarten sind (2010, 12, 29, 235).²⁹⁴ (Zum ges. Absatz von Weizsäcker 2010, 14, 18, 29, 289; Fücks 2013, 24, 68, 150f, 176; 2017, 170f, 178; Fücks in MrMarxismo 2011, Teil 4, 3:40-4:20; Jänicke 2008, 15, 18)

Alle drei Denker setzen sich mit dem Kernargument der wachstumsskeptischen Positionen der zweiten Zeitphase, dem Rebound-Effekt, auseinander.²⁹⁵ Sie erkennen dieses Argument grundsätzlich an, sehen aber nicht, dass dies einer Strategie des grünen Wachstums prinzipiell widersprechen soll. Stattdessen gehen sie davon aus, dass das Potenzial zur Steigerung der Ressourceneffizienz so hoch ist, dass es trotz potenziellen Rebound-Effekten zu weitreichenden absoluten Verbrauchssenkungen kommen kann (zum ges. Absatz bis hierher von Weizsäcker 2010, 289-294, 296ff, 300f,

294 Bei allen drei Autoren findet sich diesbezüglich die Analogie zur enormen Steigerung der Arbeitsproduktivität, die, so Fücks, in den vergangenen 200 Jahren um den Faktor 20 gestiegen sei (von Weizsäcker 2010, 321-324; Jänicke 2008, 18f; Fücks 2013, 169f). Fücks beschreibt aus seiner Sicht Mut machende Beispiel für die Möglichkeit absoluter Entkopplung. So habe die deutsche Industrie über die vergangenen Dekaden Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen bei gleichzeitig starkem Wachstum deutlich reduziert. Dabei widerspricht er dem von vielen Wachstumskritikern vorgebrachten Argument, dass diese Reduktionen in Deutschland durch die Auslagerung schmutziger Industrien erzielt wurde. Vielmehr sei dies maßgeblich die Folge von Prozessinnovationen. Besonders hebt er die Rolle der deutschen Chemieindustrie hervor, die ihre Produktion zwischen 1990 und 2009 um über 40% gesteigert, gleichzeitig den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen um 47% gesenkt habe (2013, 173ff; 2017, 179f).

295 Rebound-Effekte bezeichnen nicht intendierte Folgen von Verbesserungen der Energie- und Ressourceneffizienz, die das ökologische Einsparpotenzial reduzieren, kompensieren oder sogar zu einem Mehrverbrauch führen (Kern et al. 2021, 1; Golde 2016, 3ff). Dabei werden Effizienzgewinne durch Intensivierung des Konsums oder Nachfragezuwächse, die durch eben diese Effizienzgewinne möglich werden, geschmälert oder aufgehoben (ebd.). Für eine Differenzierung verschiedener Arten von Rebound-Effekten siehe Golde 2016.

307, 328; Jänicke 2008, 20, 68f, 114; Fücks 2013, 122, 171-178). Dies gilt umso mehr, da die Wirkung von Rebound-Effekten aus ihrer Sicht durch politische Begleitmaßnahmen (Kap. 12.2.1) eingehegt werden kann (Fücks 2013, 171f; von Weizsäcker 2010, 307, 328). Darüber hinaus bespricht Fücks ökonomische Anpassungsmechanismen, die von Wachstumskritikern häufig nicht adressiert würden und die zugleich der von diesen unterstellten, starken Wirkung von Rebound-Effekten entgegenwirkten (2013, 172).²⁹⁶

Hinter dieser wachstumsoptimistischen Position steht ein starker technologischer Innovationsoptimismus und damit ein großes Zutrauen in menschliche Kreativität und Erfindungsgeist (Stein 2016, 219). Erst dieser Optimismus macht die Annahme möglich, dass sich der Zielkonflikt zwischen Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit durch primär technische Innovationen aufbrechen lässt. Vor allem Fücks und von Weizsäcker beschreiben vielfältige „neue, absolut faszinierende Technologien“ (von Weizsäcker 2010, 29), die um ein vielfaches ressourceneffizienter seien als die heute vorherrschenden (ebd.; Fücks 2013, 176). Die Zukunft sei kein Verhängnis, sondern ein „Universum der Möglichkeiten“, wie Fücks in expliziter Affirmation von Weizsäcker zitiert (2013, 91). Gerade dieser, hinter der wachstumsoptimistischen Position stehende Technologieoptimismus ist maßgeblicher Kritikpunkt von Seiten wachstumsskeptischer Positionen (Paech in WirtschaftsWoche 2021, 34:55 und 36:15-36:30; Schneidewind in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 22:10-23:40; Göpel in taz 2021, 7:59:45 – 8:02:20; Welzer in Heinrich-Böll-Stiftung 2013, 38:15; Altvater in MrMarxismo 2011, Teil 5, 00:00-06:00).

Besonders deutlich nachvollzogen werden kann dieser Technologieoptimismus bei Fücks, der sich ausführlich und kritisch mit der aus seiner Sicht falschen Skepsis wachstumskritischer Positionen auseinandersetzt. Diese würden den menschlichen Erfindungsgeist und das daraus resultierende technologische Innovationspotenzial unterschätzen. Deshalb gingen sie fälschlicherweise von einer festen Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch aus, woraus wiederum der falsche Schluss fixer, weitgehend unverrückbarer ökologischen Wachstumsgrenzen folge. In

296 Erstens sei der Zusammenhang zwischen Preisen und Nachfrage nicht linear (Preiselastizität). So würden z.B. sinkende Heizkosten nicht dazu führen, dass alle Menschen ihre Wohnungen deutlich stärker heizen. Zweitens könnten sinkende Preise nicht nur zu nicht gewünschten Nachfragesteigerungen, sondern bei umweltfreundlichen Produkten auch zu wünschenswerten Substitutionseffekten dergestalt führen, dass umweltschädlichere Produkte ersetzt werden. (Fücks 2013, 172)

der Tat, so Fücks, gebe es Belastungsgrenzen der Ökosphäre, doch diese implizierten keine Vorgaben für das ökologisch verträgliche menschliche Wohlstandsniveau. Dieses hänge von der Intelligenz der Ressourcennutzung und damit der menschlichen Innovationskraft ab.²⁹⁷ Letztere sieht Fücks als potenziell unbegrenzt, weswegen es letztlich keine fixen Grenzen des Wachstums gebe.²⁹⁸ Im Zuge der rasanten Entwicklung von Wissenschaft und Technik würden sich die Möglichkeiten, aus dem Naturpotenzial Wohlstand zu generieren, fortlaufend erweitern (2013, 24, 35f, 69f, 90ff, 111, 117, 150f; 2017, 150f, 174, 179f). Dieser „Sinn für die Offenheit der Zukunft“ und „für die Fähigkeit des Menschengeschlechts, Knappheitskrisen durch Erfindungsreichtum zu überwinden“ fehle der zukunfts pessimistischen Wachstumskritik (2013, 91). Daraus folgend hält er den technik- und wachstumskritischen Positionen entgegen, dass die ökologische Krise keine Endzeit der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation, sondern den Aufbruch zur ökologischen Moderne markiere, welche an der Idee des Fortschritts festhält und sie neu erzählt (ebd., 14f). Statt des Rückzugs in die „selbstgenügsame Beschaulichkeit“ (ebd., 14) gehe es um eine „neue Etappe der industriellen Revolution“ (ebd., 19). Statt der Betonung der Grenzen des Wachstums steht in dieser Perspektive das „Wachstum der Grenzen“ im Vordergrund (ebd., 81).²⁹⁹

297 Dabei beziehe sich diese Intelligenz nicht nur auf eine möglichst effiziente Ressourcennutzung, sondern auch auf das Aufspüren und die Nutzbarmachung neuer Ressourcen (2013, 111). Als Beispiel gibt Fücks an, dass Öl für antike Gesellschaften nutzlos war, weil sie es nicht nutzen konnten (ebd.). Entsprechend wurde auch die Sonne erst dann zu einer Quelle für Elektrizität, also Photovoltaiktechnologien entwickelt wurden (ebd.). Auch zukünftig hofft Fücks auf Sprungtechnologien, die ganz neue Ressourcen erschließen. Großes Potenzial sieht er z.B. im Bereich der Bionik, insbesondere der künstlichen Fotosynthese (ebd., 203-225).

298 „Begrenzt ist die Belastbarkeit des Erdsystems als Heimstatt der menschlichen Zivilisation. Unbegrenzt sind der menschliche Erfindungsgeist und die Fähigkeit, auf Krisen mit technischen, kulturellen und politischen Innovationen zu antworten. Und schier grenzenlos ist die Sonnenenergie als Quelle einer postfossilen Produktions- und Lebensweise“ (2013, 117).

299 Als illustratives Beispiel für die fortschritts- und technikoptimistische Grundhaltung sowie die Perspektive des Wachstums der Grenzen sei angeführt, dass Fücks einen klimaneutralen Flugverkehr trotz des global stark steigenden Flugaufkommens auf der Basis einer verbesserten Aerodynamik des Flugkörpers, von superleichten Werkstoffen sowie einer Antriebskombination aus Batteriestrom und regenerativen Treibstoffen für möglich hält (2017, 184f). Doch bezieht sich der Innovationsoptimismus bei Fücks nicht nur auf technische, sondern auch auf kulturelle, soziale und politisch-institutionelle Innovationen (Fücks 2013, 117; Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2013, 38:35-39:50).

Während sich Fücks in der Wachstumsfrage besonders optimistisch zeigt, klingen bei Jänicke und von Weizsäcker, wie bereits bei Eppler, auch kritischere Töne an. Jänicke konstatiert, dass der Höhe des BIP sehr wohl eine ökologische Bedeutung zukomme, da die erforderlichen absoluten Reduktionen bei Ressourcenverbrauch und Emissionen durch technischen Fortschritt bei moderaten Wachstumszahlen möglich, bei sehr hohen Wachstumsraten aber nicht zu realisieren seien. Folglich gelte es sich vom Ziel eines möglichst hohen quantitativen Wachstums zugunsten eines moderaten Wachstums zu verabschieden (2008, 21ff, 114f).³⁰⁰ Bei von Weizsäcker kommt eine wachstumsskeptischere Haltung in der Fernperspektive zum Ausdruck, da in der langen Frist sehr wohl ein Zielkonflikt zwischen fortwährendem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit entstehe. Deswegen kommt „irgendwo der Punkt, wo man den Umsatz, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stabilisieren oder sogar reduzieren muss“ (2010, 357, entspr. 372ff). Entscheidend in der Abgrenzung zu den wachstumskritischen Perspektiven ist jedoch erstens, dass von Weizsäcker diesen Punkt in der weiteren Zukunft verortet. Ein zeitnahe Ausstieg aus der Wachstumsdynamik ist nicht erforderlich. Zweitens zieht er daraus keine politischen Konsequenzen im Sinne von Postwachstumspolitik.

Weiteres Wachstum ist wünschenswert

Fücks, Jänicke und von Weizsäcker sind nicht nur überzeugt, dass weiteres Wachstum in den reichen Industrienationen zumindest mittelfristig ökologisch vertretbar ist, sondern erachten dies auch für wünschenswert. Diese bejahende Haltung gegenüber weiterem wirtschaftlichem Wachstum gründet auf funktionellen, strategischen und im engeren Sinne normativen Erwägungen.³⁰¹ Während sich bei von Weizsäcker und Jänicke nur funktionelle und strategische Begründungen finden, kommt bei Fücks auch die normative Dimension i.e.S. zum Tragen.

300 Jänicke ist ohnehin überzeugt, dass eine ambitionierte Strategie ökologischer Modernisierung nur ein moderates Wachstum zum Ergebnis hat, da der Dynamik der Zukunftsmärkte notwendige Schrumpfung in umwelt- und ressourcenintensiven Bereichen gegenüberstehen (2008, 107-110).

301 Diese Unterscheidung ist teilweise angelehnt an Steuerer und Ott. Bei Steuerer kommt, auch wenn er dies nicht entsprechend bezeichnet, die Unterscheidung zwischen funktionellen und strategischen Gründen zum Ausdruck (2002, 205-210). Ott unterscheidet u.a. zwischen funktionellen und eudaimonistischen Gründen (2016, 160f).

Aus funktioneller Perspektive geben die Autoren zu bedenken, dass bei ausbleibendem Wachstum oder ökonomischer Schrumpfung negative gesellschaftliche Folgen zu erwarten sind. Für Jänicke drohen in diesem Fall Kapitalabwanderungen, die soziale Probleme mit sich bringen, welche wiederum die Akzeptanz für ökologischen Wandel unterminieren (2008, 21f). Fücks geht davon aus, dass Nullwachstum enormen ökonomischen und politischen Stress zur Folge hätte und mit scharfen Verteilungskämpfen einhergehen würde (2013, 120). Zudem sieht er Wachstum als Voraussetzung, um trotz des demografischen Wandels die Staatsverschuldung abzubauen, die öffentlichen Infrastrukturen zu modernisieren, den Arbeitsmarkt stabil zu halten und leistungsfähige Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme zu gewährleisten (2013, 40, 78f, 118, 120f). Diese Argumente implizieren, dass das Niveau gesellschaftlichen Wohlergehens bei stagnierenden oder sinkendem BIP nicht aufrechtzuerhalten ist (Petschow et al. 2018, 20f, 37). Eine weitere funktionelle Erwägung für Wachstum bei Fücks ist, dass aus seiner Sicht nur in einer dynamischen und wachsenden Wirtschaft die erforderlichen, enormen Investitionen für den ökologischen Umbau von Produktionsprozessen, Infrastrukturen, Gebäuden usw. aufgebracht werden (können). Dies gelte für Unternehmen, Haushalte wie auch für den Staat. In dieser Lesart ist Wirtschaftswachstum die Voraussetzung für den ökologischen Umbau. Zudem sei zu berücksichtigen, dass die Industrienationen eine umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung in den sich entwickelnden Weltregionen durch Transfer von Technik und Finanzmittel mit hervorbringen müssen, was den finanziellen Aufwand weiter erhöhe.³⁰² (2013, 38f, 121f, 334f; 2017, 180)

Aus strategischer Perspektive sind die drei Denker überzeugt, dass eine Strategie grünen Wachstums weitaus anschlussfähiger und damit mehrheitsfähiger ist als Postwachstumspositionen. Dies gilt aus ihrer Sicht im

302 Jänicke schränkt ein, dass aus funktionaler Sicht ein moderates Wirtschaftswachstum ausreichend sei. So würden viele Beispiele zeigen, dass auch bei niedrigen Wachstumsraten um 1% die Arbeitslosigkeit gering sein kann. Zudem könne eine ökologische Steuerreform mit Senkung der Lohnnebenkosten zu einer Lösung des Beschäftigungsproblems jenseits hoher Wachstumszahlen beitragen. Auch Verteilungsfragen könnten ohne hohe Zuwachsraten gelöst werden, wenn die in den letzten Dekaden erfolgte Umverteilung von unten nach oben rückverteilt würde. Zuletzt zeige das Beispiel Deutschland, das zwischen 1997 und 2007 ein durchschnittliches BIP-Wachstum von einem Prozent aufwies und dennoch massive Fortschritte in der ökologischen Modernisierung gemacht habe, dass der ökologische Umbau keine hohen Wachstumszahlen voraussetzt. (2008, 21-24)

nationalen Kontext für eine demokratische Mehrheitsfindung und insbesondere auch im internationalen Kontext (Jänicke 2008, 21f, 71, 114; von Weizsäcker 2010, 18; Fücks 2013, 33, 36f, 70-73, 143).³⁰³ Hier wird die strategische Grundhaltung sichtbar, dass ein Ansatz ökologischer Transformation zum Zweck seiner Umsetzbarkeit an gegebene Interessen- und Bedürfnisstrukturen anknüpfen muss. Wenn diese Bedürfnis- und Interessenstrukturen auf individueller und staatlicher Ebene nicht auf einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik und materielle Genügsamkeit gerichtet sind, ist eine ökologische Transformationsstrategie, die eben dies voraussetzt, nicht zielführend. Entsprechend hält z.B. Jänicke für die individuell-kulturelle Ebene fest, dass ein Wertewandel zu materieller Genügsamkeit zwar grundsätzlich wünschenswert sei, darauf aber im Angesicht der Dringlichkeit der ökologischen Problemlagen nicht gewartet werden könne (2008, 114). Es wird also ein Transformationsweg gesucht, der für möglichst viele Menschen anschlussfähig ist. Eine Verbindung von Ökologie und weiterem Wirtschaftswachstum ist somit auch für die strategische Durchsetzbarkeit des angestrebten ökologischen Wandels angezeigt.

Ein weiterer strategisch ausgerichteter Argumentationsstrang findet sich bei Fücks, wenn er die Rolle der reichen Industrienationen aus globaler Perspektive reflektiert. So sei davon auszugehen, dass die Weltwirtschaft in den nächsten Dekaden einen enormen Wachstumsschub erfährt, maßgeblich getrieben durch die nachholenden Bedürfnisse von Milliarden von Menschen v.a. im globalen Süden, die einen Aufstieg aus ärmlichen Verhältnissen zu einem modernen Lebensstandard vollziehen. Die ökologisch entscheidende Frage sei, ob dieser nicht aufzuhaltende Wachstumsschub ökologisch verträglich vonstattengehe oder nicht. Daraus folgt aus seiner Sicht zweierlei: Erstens erscheint der Ansatz, der ökologischen Krise über (bestenfalls marginal ausfallende) Verzichtsleitungen in den reichen Weltregionen beizukommen, vor diesem globalen Hintergrund weltfremd; zweitens hat dies auch Folgen für die Rolle der Industrienationen im globalen Transformationsprozess. Als Vorbild taugen diese aus Fücks' Sicht nur, wenn sie die Vereinbarkeit von Wachstum und hohem Lebensstandard mit

303 In einer Diskussion mit der wachstumskritischeren öko-politischen Denkerin Maja Göpel hebt Fücks diesen Aspekt besonders hervor. Länder wie z.B. die USA, China oder Russland seien für Postwachstumsstrategien nicht zu gewinnen. In Anbetracht dessen verliere die Debatte um einen Ausstieg aus dem Wachstum hierzulande an Relevanz, da der deutsche Anteil am globalen BIP sehr gering sei und immer weiter schrumpfe. Postwachstums-Positionen sind für Fücks aus global-realpolitischer Perspektive nicht zielführend. (Fücks in taz 2021, 7:45:45-7:46:20)

ökologischer Nachhaltigkeit demonstrieren, nicht aber wenn Nachhaltigkeit mit einem sinkenden Wohlstandsniveau gleichgesetzt wird.³⁰⁴ Gleichzeitig unterstreicht für Fücks die Aussicht auf ein massives Wachstum der Weltwirtschaft die Notwendigkeit, dass in einem dynamischen Innovationsprozess ressourceneffiziente Technologien entwickelt werden, auf deren Basis dieser Wachstumsschub ökologisch nachhaltig gestaltet werden kann. Auch aus diesen Erwägungen scheint eine grüne Wachstumsstrategie in den reichen Industrienationen angezeigt. (2013, 31ff, 36ff, 68-73; 2017, 176f, 181; Fücks in taz 2021, 8:02:25- 8:08:00)

Unabhängig von diesen funktionellen und strategischen Gründen fußt die bejahende Haltung zum Wachstum bei Fücks auch auf i.e.S. normativen Erwägungen. Dabei sind zwei Dimensionen zu unterscheiden. Einerseits ist er überzeugt, dass für viele Menschen in den reichen Industrieländern eine Steigerung des materiellen Wohlstands nach wie vor eine Verbesserung der Lebensqualität zeitigt. Mit Blick auf Letzteres geht Fücks davon aus, dass die Mehrheit der Europäer, wie auch die Mehrheit der Deutschen, nicht am Überfluss, sondern an einem Mangel an Kaufkraft leide, weswegen von Übersättigung keine Rede sein könne (2013, 32f; 2017, 177). Aus seiner Sicht ist der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität auch in den reichen Nationen nach wie vor gültig, da steigende Einkommen die individuellen Handlungsoptionen erweitern und so mehr individuelle Freiheit ermöglichen. Zudem erlaube ein höheres Einkommen bessere Bildung und bessere Gesundheit. Voraussetzung sei jedoch eine gerechte Verteilung des Zugewinns. Für Fücks ist somit Wachstum auch in reichen Weltregionen weiterhin die Voraussetzung für die Ermöglichung eines guten Lebens für alle (2013, 122f; 2017, 177f, 180f).³⁰⁵ Dass hinter dieser positiven Haltung zum Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität eine spezifische Vorstellung des guten Lebens steht, wird an anderer Stelle näher beleuchtet (Kap. 12.4).

Andererseits kommt bei Fücks eine liberale Grundhaltung zum Tragen, wonach individuelle Bedürfnisstrukturen und Lebensstilentscheidungen

304 An dieser Position wurde aus wachstumskritischerer Perspektive dahingehend Kritik geäußert, dass Fücks übersehe, dass auch der Wandel hin zu einem immateriellen, suffizienten Wohlstandsverständnis und einer entsprechenden Lebens- und Wirtschaftsweise als globales Vorbild taugen könnte (Göpel in taz 2021, 8:08:20).

305 Entsprechend zeigt sich Fücks skeptisch gegenüber dem gängigen Rückgriff wachstumskritischer Positionen auf Ergebnisse der Glücksforschung, wonach in reichen Nationen kein Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und steigender Lebensqualität mehr bestünde (Fücks in taz 2021, 7:43:10).

nicht infrage zu stellen sind, auch wenn diese auf weitere (materielle) Expansion gerichtet sind. Insofern Menschen das Bedürfnis nach einem höheren materiellen Standard haben, ist dies hinreichender Grund für weiteres Wachstum. Diese Haltung zeigt sich an verschiedenen Stellen. Beispielsweise werden von ihm in globaler Perspektive zunehmend expandierende Bedürfnisse und der sich verallgemeinernde Wunsch nach dem Lebensstandard der reichen Weltregionen nicht infrage gestellt (2013, 36f, 134). Ein weiteres Beispiel ist Fücks' Besprechung des global stark anwachsenden Flugverkehrs. Fücks stellt diesen Zuwachs bzw. die dahinterstehenden Bedürfnisse nicht infrage, sondern befasst sich mit der Frage, wie diese steigenden Bedürfnisse nach globaler Mobilität durch technische Innovationen ökologisch verträglich befriedigt werden können (2017, 181-185). Auch die Tatsache, dass sich die gut gestellten Mittelschichten z.B. in Deutschland nicht vom Konsum abwenden, sondern nach einer „Veredelung ihres Konsumstils“ (2013, 123) streben, der ebenfalls Wachstum zeitigt, wird von Fücks nicht hinterfragt, sondern als Argument für weiteres Wachstum angeführt (ebd., 123, 141). Auf übergeordneter Ebene nimmt Fücks die von ihm mit Sloterdijk festgestellte Tatsache, dass modernen Kulturen ein eingebauter Drang nach Selbststeigerung mit expandierenden Bedürfnissen innewohnt, als gegebene Rahmenbedingung für ökologischen Wandel an (ebd., 143). Eine Problematisierung und damit Politisierung individueller Bedürfnis- und Präferenzstrukturen, wie sie in vielen wachstumskritischen Perspektiven vorgenommen wird, stellt für Fücks eine unzulässige Bevormundung dar (Stein 2016, 219). Spätestens wenn aus einer solch illiberalen Kulturkritik politische Schlussfolgerungen gezogen würden, seien autoritäre bzw. zwanghafte Maßnahmen vorprogrammiert (Fücks 2013, 140-143). Die mit der Wachstumskritik einhergehende Bedürfniskritik impliziert aus Fücks' Sicht die Beschneidung individueller und gesellschaftlicher Freiheit.

In der Summe erachten die drei Denker weiteres Wachstum in den reichen Industrienationen nicht nur als ökologisch machbar, sondern auch als wünschenswert. Daraus folgend sehen sie in Anbetracht der ökologischen Krise keine Notwendigkeit für einen Wachstumsstopp oder gar gezielte ökonomische Schrumpfung. Vielmehr geht es um das „ökologische Management des Wachstums“ (von Weizsäcker 2010, 289) bzw. darum, dass das Wachstum seine Richtung ändert (Fücks 2013, 156). Zentrale Herausforderung dafür ist die absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch (Fücks 2013, 68, 154; 2017, 170f, 178; Jänicke 2008, 114; von Weizsäcker 2010, 25, 289).

12.1.2 Gemeinsame Grundzüge der Krisenbegründung

Vor diesem Hintergrund stellt die ökologische Krise weniger die Wachstumsdynamik an sich, sondern primär die Qualität dieses Wachstums infrage. Zentrales Problem aus dieser Warte ist in Anlehnung an Adler/Schachtschneider, dass die bisherige Wachstumsdynamik auf „unzureichend an Naturkreisläufe angepassten Technologien, Produkten und Praktiken“ beruht (2010, 115). Beispielsweise bemerkt Fücks, dass die etablierten Produktionsprozesse die Natur als vermeintlich unerschöpfliches Rohstofflager und Deponie zur Entsorgung der Exkremente der Industriegesellschaft behandeln (2013, 41f, 151). Entsprechend gestalten sich der Stoffwechsel zwischen Menschen und Natur als Prozess des fortschreitenden Verbrauchs von Natur (ebd., 40, 160). Das auf solchen Produktionsprozessen basierende „ressourcenfressende und energieintensive Wachstumsmodell“ (2017, 178) führe zwangsläufig zur Ausbeutung der Natur und in die ökologische Krise (2013, 14, 27; 2017, 177f). Für Fücks wie für die anderen Autoren gilt somit, dass im Zentrum der Krisenbegründung die ökologische Vergessenheit der Produktionsprozesse steht, auf denen das bisherige Wachstum basiert. (Zum ges. Absatz Fücks 2013, 14, 24, 30, 66, 70, 144, 147, 154ff; 2017, 174, 177; Jänicke 2008, 15, 21f; von Weizsäcker, 2010, 17f; 25, 289)

Die ökologische Ignoranz der etablierten Produktionsprozesse und des darauf basierenden Wachstums betrachten die drei Denker, wie Eppler, als Folge mangelnder politischer Rahmensetzung für die Märkte. Aus ihrer Sicht sind Märkte von sich aus zukunftsblind und erkennen, wie Jänicke formuliert, weder absehbare ökologische Schadenswirkungen noch bieten sie hinreichende Anreize für Gegenmaßnahmen. Folglich wäre eine ökologische Rahmensetzung durch den Staat erforderlich, die aber weitgehend ausbleibt (Jänicke 2008, 18, 68; von Weizsäcker 2010, 14f, 23, 35, 331ff; Fücks 2013, 178, 305, 321-325). Insbesondere wird bemängelt, dass Naturverbrauch mit keinen oder geringen Preisen versehen ist, sodass dessen Folgekosten nicht adäquat abgebildet werden. Dadurch finde der Verbrauch natürlicher Ressourcen in der Rationalität der Wirtschaftsakteure unzureichende Beachtung, was in der Summe zu einer Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen führe. Anders formuliert wird aus dieser Perspektive durch die mangelnde Einpreisung die Externalisierung ökologischer Folgekosten ermöglicht (Fücks 2013, 176ff, 322f, 327f; von Weizsäcker 2010, 14f, 263, 305f, 310f; Jänicke 2008, 19f, 46, 51). Verschärfend hinzu treten aus Sicht der Autoren weitere Aspekte wie umweltschädliche Subventionen, die nicht-ökologische Produktionen künstlich wettbewerbsfähig halten, mangelhaftes

Ordnungsrecht sowie ein unzureichender internationaler Schutz globaler Gemeingüter (Fücks 2013, 177f, 323, 327f, 332; Jänicke 2008, 46, 51; von Weizsäcker 2010, 334). Damit zeigt sich bei den drei Denkern die bereits bei Eppler angeklungene Lesart der ökologischen Krise als unmittelbare Folge von Marktversagen, das wiederum aus einem Politikversagen folgt (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 115).

Daran anschließend stellt sich die Frage, warum der Staat die erforderliche ökologische Rahmensetzung bisher nicht vorgenommen hat. Auf diese Frage finden sich bei den Autoren lediglich unzusammenhängende Antworten. Dabei lassen sich vier Argumente rekonstruieren, die sich teilweise bereits bei Eppler finden. Erstens sieht Jänicke als maßgebliche Ursache eine „Auslieferung demokratischer Willensbildungsprozesse an ein System organisierter Interessen“ (2008, 31) und brandmarkt damit die Machtposition und Einflussnahme spezifischer, gegen die Transformation gerichteter Wirtschaftsinteressen (ebd., 15f, 20, 31; angedeutet auch bei von Weizsäcker 2010, 320f; Fücks 2013, 304; 2017). Zweitens wird ein zu starker Fokus der Staatstätigkeit auf quantitative Wachstumsziele thematisiert, der wiederum u.a. von der falschen Annahme unabänderlicher Wachstumszwänge z.B. im Bereich der Sicherung von Arbeitsplätzen oder von Umverteilungsmöglichkeiten geleitet ist (Jänicke 2008, 21; von Weizsäcker in Werkstatt Zukunft 2018, 13:50-15:30). In dieser bereits von Eppler vorgetragenen Argumentationslinie bleiben die erforderlichen ökologischen Reformen aus, weil von diesen ein potenziell wachstumsmindernder Effekt erwartet wird. Drittens diagnostiziert Jänicke eine unzureichende umweltpolitische Handlungskapazität des Staates, die einerseits aus mangelhafter Mandatierung und Ressourcenausstattung der für Umweltpolitik zuständigen Institutionen und Akteure sowie andererseits aus zu starker Politikverflechtung resultiere (2008, 27, 31, 172f). Von Weizsäcker fasst diesen Punkt grundlegender und kritisiert das aus seiner Sicht seit den 1990er-Jahren vorherrschende neo-liberale Paradigma des schwachen Staates, welches zu einer tatsächlichen Schwächung des Staates und einem Ungleichgewicht zugunsten der Märkte geführt habe (2010, 331-334, 341-350). Viertens und mit den vorherigen Punkten zusammenhängend wird die internationale Standortkonkurrenz der Staaten problematisiert, die einer ambitionierten umweltpolitischen Regulierung im Wege stehe (von Weizsäcker 2010, 351ff, 371; angedeutet auch bei Fücks 2013, 332).

12.2 Alternativentwurf: ökologischer Kapitalismus

Der Alternativentwurf der drei Denker ergibt sich maßgeblich aus der optimistischen Positionierung in der Wachstumsfrage und der damit zusammenhängenden kausalen Krisenbegründung. Zunächst folgt aus der Krisenanalyse, dass die Wirtschaft der zentrale Transformationsgegenstand ist. Diese gilt es im umfassenden Sinne ökologisch auszurichten, was im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems möglich ist (von Weizsäcker 2010, 13f; Fücks 2013, 304f, 308ff; Jänicke 2008, 15f). Dazu bedarf es primär einer ökologischen Rahmung der Märkte durch den Staat, um so den Prozess einer „Grünen Industriellen Revolution“ in Gang zu bringen (Kap. 12.2.1). Um den Staat dazu in die Lage zu versetzen, werden inkrementelle Veränderungen vorgeschlagen, die dessen umweltpolitische Handlungskapazität erhöhen sollen (Kap. 12.2.2). Jenseits dieser beiden Handlungsfelder sind zwei weitere Punkte zu beleuchten (Kap. 12.2.3). Einerseits wird trotz der wachstumsoptimistischen Grundhaltung für den Abbau von Wachstumsabhängigkeiten plädiert. Andererseits ist ein vertiefter Blick auf die Perspektive der drei Denker auf den Transformationsgegenstand Kultur zu richten.

12.2.1 Grüne industrielle Revolution und ökologischer Kapitalismus

Für das Ziel der absoluten Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch bedarf es aus Sicht der drei Denker, wie bereits bei Eppler, einer ambitionierten ökologischen Rahmung der Marktwirtschaft. Dies soll zu einer umfassenden ökologischen Modernisierung³⁰⁶ der Produktionsprozesse führen, die von den Denkern auch als „Effizienzrevolution“ bzw. „Grüne“ oder „Neue Industrielle Revolution“ beschrieben wird (Jänicke 2008, 114; von Weizsäcker 2010, 23, 26, 319, 356; Fücks 2013, 14, 68, 169; 2017, 170f, 181). Die Analogie zur industriellen Revolution soll auf den

306 Die Position der drei Denker könnte auch mit dem Begriff der „Ökologischen Modernisierung“ gefasst werden (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 115-137). Jänicke gilt zusammen mit Joseph Huber als maßgeblicher Begründer des Konzepts der ökologischen Modernisierung, zu dem auch von Weizsäcker frühe Beiträge geleistet hat (Adler/Schachtschneider 2010, 116; Dryzek 1997, 141; Kaven 2015, 55, 68). In der vorliegenden Arbeit werden die konkurrierenden Grundpositionen jedoch mit Ordnungsbegriffen beschrieben, weswegen die Bezeichnung der Position als „ökologischer Kapitalismus“ gewählt wird.

weitreichenden Charakter des anstehenden Umbaus hinweisen. Wie Fücks konstatiert, geht es um „eine neue Etappe der industriellen Revolution“ (2013, 19). Ökologische Transformation wird in dieser Perspektive somit in erster Linie als technologischer Innovationsprozess gedacht.³⁰⁷ Dabei wird betont, dass es zu einer massiven Beschleunigung des technischen Wandels kommen muss, wobei insbesondere die Bedeutung von Sprunginnovationen in Abgrenzung zu inkrementellen Innovationen hervorgehoben wird (Jänicke 2008, 14ff, 18ff, 43ff, 53, 65, 68f, 114; von Weizsäcker 2010, 12, 23-34; Fücks 2013, 13ff, 31, 68, 154ff; 2017, 153f, 170f, 174, 178).

Ein ökologischer Ordnungsrahmen für die Marktwirtschaft

Einig sind sich die drei Denker, wie auch Ott für diese Grundposition herausstellt (2011, 59), dass eine solche grüne Revolution nicht von selbst in Gang kommt, sondern durch eine proaktive Staatstätigkeit vorangetrieben werden muss (Fücks 2013, 19, 170, 178, 305; 2017, 175f, 186; Jänicke 2008, 16, 18f, 25, 35, 45, 3, 58ff, 68; von Weizsäcker 2010, 14f, 23, 238, 331-334, 351). Jänicke bemerkt paradigmatisch, dass Märkte ein schlechter Meister, aber ein guter Diener für den Modernisierungsprozess seien (2008, 21). Daraus folgt, wie Fücks konstatiert, dass „die Politik [...] auf allen Ebenen die richtigen Weichen stellen [muss], damit der Zug Richtung ökologische Moderne freie Fahrt bekommt“ (2013, 19). Entsprechend fordert Jänicke den „Umweltstaat“, der die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen als eine seiner Basisfunktionen begreift (2008, 178ff; dazu vertiefend 2007). In diesem Denken können die von sich aus zukunftsblinden Märkte dank ihres Konkurrenz- und Innovationsdrucks durch eine ökologische politische

307 Auf den technologischen Fokus dieser Perspektive weisen auch andere Arbeiten hin (Adler/Schachtschneider 2010, 116f, 123, 127; Kaven 2015, 83; Ott 2011, 59). Zentrale Zielrichtungen dieser technischen Revolution sind bei den untersuchten Autoren eine massive Steigerung der Ressourceneffizienz, die Kreislaufführung von natürlichen Rohstoffen sowie der Umstieg auf erneuerbare Energien (Fücks 2017, 174, 179f; von Weizsäcker 2010, 30ff). Als wichtiger Querschnittsansatz wird die Bionik hervorgehoben, also die Ableitung technologischer Lösungen aus der Natur (von Weizsäcker 2010, 30f; Fücks 2013, 203-225). Fücks beschreibt mit Rückgriff auf Bloch das Ziel einer „Allianz-Technik“, die nicht gegen die Natur arbeitet, sondern eine symbiotische Koevolution mit der Produktivkraft der Natur anstrebt (2013, 13, 42f, 154, 160-163). Im Zuge dessen entwirft er eine Zukunftsvision der technologischen Grundlage einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft (ebd., 15f). Demgegenüber betont v.a. Jänicke auch Grenzen technologischer Problemlösungskapazität. So gebe es Umweltprobleme, wie z.B. den Verlust der Artenvielfalt, den Flächenverbrauch oder die Bodenkontamination, für die es keine technischen, marktfähigen Lösungen gebe (2008, 68).

Rahmung zur zentralen Triebkraft für den erforderlichen Modernisierungsprozess werden (Jänicke 2008, 18-21; von Weizsäcker 2010, 14f, 238, 331-334; Fücks 2017, 174ff, 186, 321ff). Voraussetzung sei jedoch die Gewährleistung eines funktionierenden Wettbewerbs (Fücks 2017, 176; Jänicke 2008, 21). Hier zeigt sich eine wichtige Differenz zu den kapitalismuskritischen Positionen, die im Konkurrenzprinzip eine zentrale Ursache der ökologischen Krise sehen.

Maßgebliche Intention der veränderten politischen Rahmung ist die Verlagerung des Rationalisierungsdrucks vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umweltverbrauch, sodass Ressourcenproduktivität zum neuen Leitmotiv ökonomischer Rationalität wird (Fücks 2013, 170, 323f; 2017, 200; von Weizsäcker 2010, 33, 305f; Jänicke 2008, 17-20). Zentraler Ansatzpunkt dazu ist die Bepreisung von Ressourcenverbrauch und Emissionen durch ökonomische Instrumente wie Emissionshandel und Umweltsteuern, die einen dauerhaften Innovationsanreiz schaffen. Betont wird dabei die Bedeutung einer langfristig ausgerichteten Ausgestaltung dieser Instrumente, um Investitionssicherheit und damit auch Akzeptanz bei den Wirtschaftsakteuren sicherzustellen (Fücks 2013, 323f, 327, 170, 177f; 2017, 175, 186f, 200; Jänicke 2008, 19f, 46, 61; von Weizsäcker 2010, 14f, 258, 263-268, 286, 305f, 310f, 320f). Während das Instrument des Emissionshandels v.a. im Bereich des (internationalen) Klimaschutzes vorgesehen wird³⁰⁸, denken die Autoren jenseits dessen den bereits von Eppler vertretenen Ansatz der Öko-Steuern weiter. Sie plädieren für eine ökologische Steuerreform, die den Umweltverbrauch auf einem langfristig angelegten Preispfad verteuert und im Gegenzug den Faktor Arbeit, z.B. durch die Senkung der Lohnnebenkosten, entlastet. Dabei sollen die Abgaben in dem Maße steigen, wie Energie- und Ressourcenkosten durch Effizienzgewinne sinken, um so die Wirkung des Rebound-Effekts einzuhegen.³⁰⁹ Zusätzlich wird die Notwendigkeit des

308 Von Weizsäcker kokettiert diesbezüglich mit einem individualisierten Budget-Ansatz, wonach jedem Menschen ein gleiches und handelbares Emissionsbudget zugeschrieben wird (2020, 87). Falls dies nicht umzusetzen sei, solle dieser egalitäre Budgetansatz zumindest auf Staatenebene verwirklicht werden, wovon ärmere Länder überproportional profitieren würden (ebd.). Fücks hingegen spricht sich gegen einen individualisierten Budget-Ansatz aus, da dies ein strenges staatliches Überwachungssystem erfordere, was aus seiner Sicht einer freiheitlichen Ökologie-Politik widerspricht (2017, 168).

309 Ein weiterer Vorteil einer solchen Bindung der Erhöhung der Umweltabgaben an Effizienzgewinne liegt für von Weizsäcker darin, dass die durchschnittlichen Kosten für z.B. Heizung oder gefahrene Autokilometer konstant bleiben, was den Ansatz breit anschlussfähig macht, ohne dass die Lenkungswirkung des Instruments

Abbaus umweltschädlicher Subventionen sowie der gezielte Einsatz von Subventionen für bestimmte Innovationen hervorgehoben (Fücks 2013, 178, 327f; 2017, 186f; Jänicke 2008, 21; von Weizsäcker 2010, 277, 279ff, 284ff, 306f, 312-317, 325, 374f).

Jänicke (2008, 20, 24) und von Weizsäcker (2010, 315, 318) geben zu bedenken, dass eine soziale Abfederung der beschriebenen Maßnahmen wichtig für die Akzeptanz in der Bevölkerung sei. Es gelte die Instrumente so zu gestalten, dass höhere Einkommensgruppen überproportional belastet werden (ebd.). Jänicke plädiert für eine progressive Ausgestaltung umweltpolitischer Instrumente wie z.B. Stromtarife oder Umweltsteuern (2008, 20). Von Weizsäcker sieht mit Blick auf die Ressourcenbesteuerung kostengünstige oder kostenfreie Verbrauchssockel vor, die die Befriedigung der Grundbedürfnisse abdecken (2010, 318). Unabhängig von den konkreten Instrumenten beschreibt Jänicke generell eine größere Verteilungsgerechtigkeit als wichtigen Faktor für die Akzeptanz des ökologischen Umbaus (2008, 24).³¹⁰

Jenseits der ökonomischen Instrumente weisen die Autoren auch dem Ordnungsrecht eine wichtige Funktion zu. Als wichtige Maßnahmen werden v.a. sich kontinuierlich verschärfende und damit dynamische Effizienzstandards in maßgeblichen Verursachungsbereichen wie Gebäude, Autos oder Haushaltsgeräten benannt. Aber auch Rücknahmepflichten für Handel und Hersteller, die ein auf Wiederverwendbarkeit, Reparaturfreundlichkeit und Langlebigkeit gerichtetes Produktdesign fördern sowie eine Ausweitung der umweltrechtlichen Unternehmenshaftung werden als wesentliche Handlungsfelder gesehen (Fücks 2013, 177f, 319, 324; 2017, 186f; Jänicke 2008, 19f, 46ff, 60-63; von Weizsäcker 2010, 248). Zu einem ökologischen Ordnungsrahmen gehört aus Sicht der Autoren zudem eine transpa-

ausbleibt (2010, 312, 315). Von Weizsäcker schlägt zudem mit Blick auf die Verwendungsseite einer einzuführenden CO₂-Steuer vor, die Einnahmen in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die Bürgerschaft zurückzuzahlen (2020, 88). Dieser Vorschlag findet sich z.B. auch bei Loske.

- 310 Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die sozialen Auswirkungen der angestrebten Maßnahmen in den ausgewerteten Werken nur am Rande reflektiert werden. Dabei bestätigt sich die Feststellung von Adler/Schachtschneider, wonach soziale Probleme in dieser Grundposition nur behandelt werden, insofern sie funktional mit der Lösung der ökologischen Krise verbunden sind (2010, 119). Dieser funktionale Zusammenhang besteht für die Autoren v.a. zwischen sozialer Abfederung und Fragen gesellschaftlicher Akzeptanz. Doch findet sich in den Werken der Autoren kein Entwurf systematischer sozialpolitischer Begleitung der angestrebten umweltpolitischen Maßnahmen.

rentere Produktinformation, die ein an ökologischen Kriterien orientiertes Konsumverhalten ermöglicht bzw. erleichtert (Fücks 2013, 326; 2017, 186f; Jänicke 2008, 53). Jenseits der direkten ökologischen Rahmung der Märkte werden eine ökologisch ausgerichtete Forschungs- und Technologiepolitik, Infrastrukturpolitik und öffentliche Beschaffung als wichtige Elemente des ökologischen Umbaus beschrieben (Fücks 2013, 324, 332-337; 2017, 186f; Jänicke 2008, 46,53; von Weizsäcker 2010, 252f).

Trotz des vorwiegend technischen Fokus der hier behandelten Position wird v.a. von Fücks auch die Rolle sozialer Innovationen hervorgehoben, die durch die beschriebene Politik ebenfalls befördert werden (2013, 46f, 91f, 151f; Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 38:35-39:50).³¹¹ Beispielsweise widmet Fücks ein Unterkapitel in *Intelligent Wachsen* den Potenzialen der Ökonomie des Teilens (2013, 316-320). Dabei bezieht sich sein Optimismus bezüglich des Erfindungsreichtums des Menschen explizit auch auf diese Dimension sozialer Innovationen (ebd., 91f). Unklar bleibt, inwiefern diese sozialen Innovationen aus Fücks' Sicht jenseits der beschriebenen ökologischen Rahmensetzung gezielt politisch gefördert werden sollen, wie es in vielen wachstumskritischen Beiträgen gefordert wird. In der Gesamtschau ist zu konstatieren, dass soziale Innovationen bei den Autoren des grünen Wachstums im Vergleich zu den wachstumskritischeren Positionen eine untergeordnete Rolle spielen.³¹²

Im Resultat, so die optimistische Schlussfolgerung der drei Autoren, kann durch den beschriebenen ökologischen Ordnungsrahmen ein dynamischer Innovationswettbewerb um möglichst ressourceneffiziente Produkte und Verfahren in Gang kommen. Aufbauend darauf wird ein grünes, ökologisch verträgliches Wachstum möglich. Der Aufschwung grüner Technologien ermögliche gar einen neuen Kondratjew-Zyklus, also einen langfristigen, dynamischen Wachstumszyklus der Weltwirtschaft.³¹³ (Fücks 2013, 16, 163-169; Jänicke 2008, 35; von Weizsäcker 2010, 23-35)

311 Bei von Weizsäcker und Jänicke findet sich dies nicht, was nicht bedeutet, dass sie soziale Innovationen für unwichtig erachten.

312 Gut zum Ausdruck kommen die unterschiedlichen Gewichtungen zwischen sozialen und technischen Innovationen in einer Diskussion zwischen Fücks und dem wachstumskritischeren Schneidewind. Während Fücks' primärer Fokus auf technischen Innovationen liegt und er Schneidewind für dessen unzureichende Beachtung dieser Dimension kritisiert, zielt Schneidewinds Position in die entgegengesetzte Richtung (Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 17:20 - 39:50).

313 Jänicke gibt vertiefend zu bedenken, dass nicht nur politische Rahmensetzung den technologischen Innovationsprozess forcieren könne, sondern auch umgekehrt. So

Vor allem Jänicke unterstreicht für die beschriebene ökologische Reformpolitik die Notwendigkeit eines kooperativen Politikansatzes. So sei die ökologische Rahmung der Marktwirtschaft eine politische Gratwanderung, da einerseits eine möglichst starke Forcierung des Innovationswettbewerbs anzustreben ist, andererseits keine Überforderung stattfinden darf, die zu Kapitalabwanderung oder Kapitalvernichtung führt. Dazu müsse Politik z.B. die Investitionszyklen der Wirtschaft berücksichtigen und Fördermaßnahmen zeitlich sinnvoll eingrenzen. Um diese Gratwanderung zu beschreiten, bedarf es nach Jänicke eines Politikansatzes, der Wirtschaft, aber auch Wissenschaft und Vertreter der Umweltlobby vernetzt und substanziell einbindet (2008, 21, 28f, 52, 170f). Spezifischer wird zudem die Abmilderung des Widerstands von Modernisierungsverlierern als Begleitmaßnahme beschrieben. Demnach soll der Staat potenziellen Modernisierungsverlierern alternative Geschäftsfelder aufzeigen, den Strukturwandel sozial abfedern und z.B. durch Umschulungen unterstützen (ebd., 69ff; von Weizsäcker 2010, 320f).

Die „grüne industrielle Revolution“ muss ein globaler Prozess sein, um der ökologischen Krise effektiv zu begegnen. Wie aber kann sich dieser Prozess globalisieren? Dazu betonen die Denker die wichtige Rolle von Pionierländern bzw. Pionierregionen, welche die Machbarkeit und die damit einhergehenden Vorteile (positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte, Exportchancen, Wettbewerbsvorteile, Innovationsvorsprünge) aufzeigen (Jänicke 2008, 25f, 67, 173; Fücks 2013, 39f, 70-73; 2017, 181; von Weizsäcker 2010, 34).³¹⁴ Zudem könnten Vorreiterländer, insofern sie wichtige

führe die politische Rahmensetzung zu technischen Innovationen, die wiederum ambitioniertere Ziele ermöglichen und neue Handlungsspielräume schaffen. Als Beispiel führt er die politische Förderung der erneuerbaren Energien an, die zu einer Weiterentwicklung der entsprechenden Technologien geführt habe, was wiederum eine deutlich ambitioniertere Zielsetzung und Gesetzgebung ermöglicht habe. So könnten sich positive Feedback-Schleifen bzw. Rückkopplungsmechanismen zwischen ambitionierter Rahmensetzung und technologischen Innovationen ergeben. (2008, 17f, 25, 49, 94)

- 314 Siehe spezifisch zu den genannten Vorteilen Jänicke 2008, 21, 25f, 29f, 49, 196f; Fücks 2017, 199; von Weizsäcker 2010, 26f, 30-33, 281, 306f. Besonders optimistisch zeigt sich diesbezüglich Jänicke. Er geht davon aus, dass sich umweltpolitische Pionierregulierungen im Sinne einer unilateral vorgetragenen, ambitionierten Umweltpolitik eher vor- als nachteilig auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes auswirken (2008, 16f, 30, 49). In dieser Lesart ist die verbreitete Annahme, dass sich umweltpolitisches Vorreitertum volkswirtschaftlich nachteilig auswirkt, nicht haltbar. Ausgehend von dieser Annahme sieht Jänicke die Möglichkeit, dass ein internationaler Regulierungswettbewerb um möglichst ambitionierte Umweltpo-

Exportmärkte sind, einen Innovationsdruck auf andere Länder und Volkswirtschaften ausüben (Jänicke 2008, 124f, 136). Während die zukünftigen Vorreiter bei Jänicke und von Weizsäcker nicht explizit benannt werden, setzt Fücks viel Hoffnung auf Europa und Deutschland im Besonderen (2013, 13f, 39f, 73; 2017, 181). Jenseits der wichtigen Rolle von Pionierstaaten hebt Fücks, wie beschrieben, die Notwendigkeit eines Finanz- und Technologietransfers von den reichen Industrienationen in die Länder des globalen Südens hervor, sodass dort eine umweltverträgliche nachholende Entwicklung erreicht werden kann (2013, 38f).

Ökologischer Kapitalismus als ordoliberaler Entwurf

In der Summe geht es den drei Autoren um die Verwirklichung eines ökologischen Kapitalismus. Der Kapitalismus als Kombination von wettbewerbsbasierter Marktwirtschaft und Privateigentum an Produktionsmitteln ist in dieser Perspektive nicht zuerst Ursache, sondern maßgeblicher Treiber des ökologischen Innovationswettbewerbs und somit Vehikel für die erforderliche Transformation. Das rationale Kalkül des im Wettbewerb stehenden Kapitals ist der Motor des ökologischen Umbaus. Entsprechend antizipieren die Autoren eine neue Stufe des Kapitalismus, die sie als „Ökoka-pitalismus“, „Grünen Kapitalismus“ (Fücks 2013, 301, 310-316; 2017, 200) oder als „Naturkapitalismus“ (2020, 84ff) bezeichnen. Explizit beschreibt Fücks den Kapitalismus als lernendes System, das auf Kritik durch Anpassung und Veränderung reagiert. So werde jede Krise zu einem Katalysator für die Modernisierung des Kapitalismus. Entsprechend führe auch die ökologische Krise zu einer weiteren Häutung des Kapitalismus zugunsten eines grünen Kapitalismus (2013, 17ff, 304-308; 2017, 193-200).

Voraussetzung ist für die Exponenten des grünen Wachstums eine stärkere Rolle des Staates gegenüber den Märkten (vgl. entspr. Dryzek 1997, 145). Dabei lässt sich die beschriebene ökologische Wirtschaftspolitik als ordoliberaler Ansatz beschreiben. Fücks nimmt diese Zuordnung zur ordoliberalen Schule selbst vor, wenn er seinen Ansatz als „Grünen Ordoliberalismus“ bezeichnet (2017, 175). Demnach müsse der Staat die Voraussetzung für funktionierende Märkte schaffen, was v.a. die Schaffung von Rechtssicher-

litik in Gang kommt (2008, 196f). In diesem Zusammenhang geben Fücks (2017, 199f) und von Weizsäcker (2010, 334) zu bedenken, dass es ein Mindestmaß an internationaler Harmonisierung bedarf, damit Vorreiter keine Nachteile erfahren und sich keine Oasen bilden, die von Nicht-Regulierungs-Strategien wirtschaftlich profitieren.

heit, die Bereitstellung eines öffentlichen Bildungswesens und leistungsfähiger Infrastrukturen, die Garantie eines funktionierenden Wettbewerbs, die Einpreisung externer Effekte sowie ein gewisses Maß an sozialer Sicherung bedeute. Im engeren wirtschaftspolitischen Sinne habe Politik die Aufgabe, einen Ordnungsrahmen vorzugeben, in dem sich Unternehmen und Konsumenten frei bewegen können. Staatliche Regulierung soll also das freie Spiel der Marktkräfte nicht ersetzen, sondern ermöglichen. Erstrebenswert sei das kleinstmögliche Maß staatlicher Eingriffe.³¹⁵ Aus ökologischer Sicht sei dabei das zentrale Element die Einpreisung externer Effekte, sodass sich die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Kosten im Produktpreis abbilden (2017, 175, 203f). Mit diesen Grundlinien beschreibt Fücks in der Tat Kernelemente der ordoliberalen Schule (vgl. dazu Schüller 2005b, 51-56)³¹⁶, was sich entsprechend auf die Autoren Jänicke und von Weizsäcker übertragen lässt. An dieser Stelle lässt sich neben den weitreichenden Kontinuitäten auch ein wichtiger wirtschaftspolitischer Unterschied zu Eppler markieren. Bei Eppler ist die Eingriffstiefe des Staates größer, da dieser z.B. über direkte Investitionsverbote über die Schaffung eines ökologischen Ordnungsrahmens hinausgeht und selbst direkt, nicht vermittelt über die Veränderung von Rahmenbedingungen, strukturpolitisch eingreift.

12.2.2 Handlungsfähiger Staat

Der vorherige Abschnitt zeigt deutlich, dass in der hier behandelten Grundposition der Staat die zentrale Rolle für den Anstoß der angestrebten „grünen industrielle Revolution“ spielen soll (vgl. entspr. Ott 2011, 59). Dessen Reformen bringen den Innovationsprozess in Gang. Dies wirft die Frage auf, wie der Staat in die Lage versetzt wird, diese Rolle auszufüllen. Wie wird der Staat zum „Umweltstaat“? Diesbezüglich ist zwischen zwei Ebenen zu unterscheiden. Erstens geht es um die gesellschaftlichen und politischen Kräfte, welche die angestrebte Politik mehrheitsfähig machen. Dies verweist

315 Im Zuge dessen kritisiert er einen aus seiner Sicht bei den GRÜNEN, denen er selbst als Mitglied angehört, vorherrschenden Etatismus, wonach der Staat zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, entgegen des antiautoritären Erbes der GRÜNEN, tief und umfassend in Wirtschaft und individuelle Lebensführung eingreifen soll (2017, 164f).

316 Bereits Walter Eucken bezog die Notwendigkeit der Einpreisung externer Effekte durch staatliche Maßnahmen u.a. auch auf Umweltproblematiken (Gath et al. 2018, 9; Schüller 2005b, 54).

auf die Prozessdimension, die in Kapitel 12.3 behandelt wird. Zweitens stellt sich die Frage, welche institutionell-strukturellen Veränderungen eine aktive Rolle des Staates als „Umweltstaat“ befördern können. Eppler hatte diesbezüglich v.a. auf eine stärkere Einbindung der Bürgerschaft gesetzt, was sich in den zeitgenössischen Werken nicht findet.

Vorwegzunehmen ist eine Leerstelle, die sich insbesondere bei Jänicke auftut. Vor allem er problematisiert, wie gezeigt, den Lobbyeinfluss mächtiger Wirtschaftsinteressen als wichtiges strukturelles Hindernis für ambitionierte Umweltpolitik (Kap. 12.1.2). Dieser starken Problematisierung stehen jedoch keine Lösungsansätze gegenüber. Er bemerkt lediglich, dass die Einhegung des Lobbyismus eine zentrale Aufgabe politischer Modernisierung darstelle, der Suchprozess nach Lösungen aber nicht abgeschlossen sei (2008, 31). Jenseits dessen finden sich nur die bereits oben beschriebenen Kompensationsmaßnahmen zur Abmilderung des Widerstands von potenziellen Modernisierungsverlierern.

In anderen Bereichen sind die drei untersuchten Denker konkreter. Jänicke befasst sich aus nationaler und europäischer Perspektive mit der Frage, wie die umweltpolitische Handlungskapazität des Staates institutionell gestärkt werden kann. Dabei kann in der Zielrichtung seiner Vorschläge zwischen Exekutive und Legislative differenziert werden. Bezüglich Ersterer gelte es, die für Umweltbelange zuständigen Institutionen personell und institutionell zu stärken. Insbesondere sollen die Umweltschutzabteilungen in, mit Blick auf die Verursachung von Umweltproblemen wichtigen Ressorts wie Landwirtschaft, Wirtschaft und Verkehr so ausgerichtet werden, dass diese nicht mehr als Kontrollinstanz gegenüber dem Umweltressort, sondern selbst als Advokaten für Umweltbelange agieren. In Bezug auf die Legislative plädiert Jänicke für eine stärkere Einbindung der Wissenschaft in die politische Willensbildung, da diese als Korrektiv gegenüber der strukturellen Kurzfristperspektive von Parlamenten und Märkten fungieren könne. Auf Legislative und Exekutive bezieht sich die von ihm beschriebene Notwendigkeit des Abbaus von Politikverflechtung im europäischen Föderalismus im Sinne einer Klärung und Vereinfachung von Kompetenzstrukturen, was jedoch nicht weiter konkretisiert wird. (2008, 27f, 171ff)

In anderer Stoßrichtung zielen die Vorschläge bei Fücks weniger auf die institutionelle Stärkung (spezifischer) staatlicher Akteure, sondern auf deren engere Bindung an Nachhaltigkeitsziele. Erstens fordert er die Verankerung des Ziels ökologischer Nachhaltigkeit im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, das als übergeordnete Richtschnur für wirtschaftspolitisches Handeln dient. Zweitens findet sich der Vorschlag, eine ökologische Schul-

denbremse im Grundgesetz zu verankern und damit den Staat auch verfassungsrechtlich stärker an das Nachhaltigkeitsgebot zu binden. (2013, 325f)

Jenseits des nationalen bzw. europäischen Kontext blicken v.a. Fücks und von Weizsäcker auf die globale Ebene, wo die umweltpolitische Handlungskapazität aus ihrer Sicht ebenfalls gesteigert werden muss. Als Voraussetzung beschreiben beide eine kooperativere Haltung der Nationalstaaten jenseits nationaler Egoismen (Fücks 2013, 332; von Weizsäcker 2010, 351). Zur Stärkung der internationalen Handlungsfähigkeit plädiert von Weizsäcker wie Eppler für eine Reformierung und Stärkung der Vereinten Nationen (2010, 351ff). Spezifischer schlägt er vor, die bestehenden UN-Sonderorganisationen mit effektiven Sanktionsmechanismen gegen Nationalstaaten auszustatten (2020, 91). Zudem gelte es die WTO so zu reformieren, dass der einseitige Fokus auf Freihandel überwunden und ambitionierte nationale Umweltnormen unter bestimmten Voraussetzungen möglich werden (2010, 351ff). Darüber hinaus spricht er sich für eine stärkere Einbindung von NGOs auf UN-Ebene aus, die als Korrektiv gegenüber Politik und Wirtschaft fungieren könnten (2010, 352f).³¹⁷

Konkreter betonen Fücks und von Weizsäcker die Notwendigkeit eines effektiven Schutzes globaler Gemeingüter wie Atmosphäre, Ozeane, Biodiversität, Süßwassersysteme, Antarktis und Regenwälder. Beide sprechen sich dazu für Treuhandinstitutionen mit Sanktionsgewalt aus, die für den Schutz und Erhalt dieser Gemeingüter verantwortlich sind. Fücks nennt als Vorbild das Modell unabhängiger Zentralbanken als Hüter der Geldwertstabilität. Im Umweltbereich wären aus seiner Sicht z.B. eine internationale Klimabank, die das alleinige Recht zur Ausgabe von Emissionsrechten hat, oder eine internationale Meeresbehörde, welche Fischereirechte vergeben oder die Ausbeutung maritimer Rohstoffe reglementieren kann, denkbar. Fücks ist jedoch skeptisch bezüglich der realpolitischen Möglichkeit solcher Institutionen. Zumindest müssten in nächster Zeit „belastbare Regime“ (2013, 332) zum Schutz dieser Gemeingüter geschaffen werden. (Fücks 2013, 328-332; von Weizsäcker 2010, 351ff, 372)

317 In seinem jüngsten Beitrag beschreibt von Weizsäcker zudem den visionären Vorschlag eines Weltparlaments, das unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips über globale Fragen verhandelt (2020, 91f).

12.2.3 Abbau von Wachstumsabhängigkeiten und die Frage kultureller Erneuerung

Die Entfesselung der „grünen industriellen Revolution“ beschreibt das zentrale Anliegen von Fücks, Jänicke und von Weizsäcker. Eingangs wurde jedoch bereits darauf hingewiesen, dass dies nicht mit einer bedingungslosen Affirmation eines uneingeschränkten Wachstumsstrebens gleichzusetzen ist. Vor allem bei Jänicke und von Weizsäcker wurden auch wachstumskritische Töne hörbar, wonach zukünftig nur noch ein moderates Wirtschaftswachstum ökologisch vertretbar (Jänicke) oder in der weiteren Zukunft der Übergang zu einem stationären Zustand erforderlich sei (von Weizsäcker) (Kap. 12.1.1). Wird eine ökologische Wirtschaftsentwicklung also ernsthaft angestrebt, müssen die reichen Wohlstandsgesellschaften aus dieser Warte mittelfristig mit moderaten Wachstumsraten bzw. langfristig ohne Wirtschaftswachstum auskommen. Daraus folgt für die beiden Denker, wie bereits für Eppler, die Notwendigkeit zunehmender Wachstumsunabhängigkeit (Jänicke 2008, 21, 57; von Weizsäcker 2010, 372ff). Auch Fücks teilt dieses Ziel (2013, 79f; Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 54:15). Hinzu tritt eine zweite, ebenfalls bereits von Eppler vorgetragene Begründung für den Abbau von Wachstumsabhängigkeiten: Diese führen bei den politischen Entscheidungsträgern zu einem Fokus auf möglichst hohe quantitative Wachstumsziele, was sie wiederum davon abhält, eine ambitionierte Umweltpolitik umzusetzen (Kap. 12.1.2).

Eine umfassende Politik zum Abbau von Wachstumsabhängigkeiten wird in den untersuchten Beiträgen jedoch nicht entworfen. Vielmehr werden von den Denkern nur einzelne Wachstumsabhängigkeiten adressiert. Dabei zeigen sich durchaus unterschiedliche Einschätzungen:

- Von Weizsäcker und Jänicke blicken auf den bisher wachstumsabhängigen Arbeitsmarkt. Ansätze zur Überwindung dieser Abhängigkeit sehen die in der Senkung der Lohnnebenkosten im Zuge einer ökologischen Steuerreform (Jänicke 2008, 21) sowie in Arbeitszeitverkürzungen bis hin zu einer „kurzen Vollzeit für alle“ (von Weizsäcker 2010, 372ff).
- Für Jänicke könnten die sozialen Sicherungssysteme zukünftig unabhängig von Wachstum durch eine stärkere Belastung der oberen Schichten finanziert werden (2008, 21). Fücks hingegen hält den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme auf heutigem Niveau insbesondere mit Blick auf den demografischen Wandel ohne weiteres Wachstum für nicht möglich (Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 43:10-46:30). Die Wachstumsabhängigkeit lässt sich aus seiner Sicht jedoch reduzieren, wenn

die Sicherungssysteme zukünftig nicht mehr über die Belastung von Arbeitseinkommen, sondern über Verbrauchs- und Ressourcensteuern sowie die stärkere Belastung von Vermögenseinkommen finanziert werden (2013, 80). Zudem gelte es die Lebensarbeitszeit zu verlängern und die Selbsthilfefähigkeit der Gesellschaft zu stärken, um die Ansprüche an die Sozialsysteme zu begrenzen (ebd.).

- Auch der Abbau der Staatsverschuldung bzw. das Bestreiten der sich daraus ergebenden Zinslast lässt sich aus Fücks' Sicht nicht ohne weiteres Wachstum realisieren (Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 43:10-46:30). Um deren Wachstumsdruck zumindest abzumildern, müsse zukünftig der Schuldenabbau Priorität gegenüber dem Ausbau staatlicher Leistungen haben (2013, 80).

Zuletzt ist ein vertiefter Blick auf die Rolle des Transformationsgegenstandes Kultur in den Beiträgen der drei Autoren zu werfen. Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass dieser im Vergleich zu den wachstumskritischen Grundpositionen eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Aus Sicht der hier behandelten Denker kann die ökologische Krise im Rahmen des bestehenden Kulturmodells adressiert werden (vgl. entspr. Kaven 2015, 55). Doch zeigen sich im Detail Differenzen, die sich zu einer Trennlinie zwischen von Weizsäcker einerseits sowie Fücks und Jänicke andererseits verdichten. Da von Weizsäcker langfristig einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik zugunsten einer stationären Ökonomie für erforderlich hält, sieht er in dieser Fernperspektive auch die Notwendigkeit eines kulturellen Wandels in Richtung materieller Genügsamkeit (2010, 355-374). Mit diesem Kulturwandel müsse sich auch ein anderes Bild des Menschen entwickeln. Es gelte das „Egoismus-Wettbewerbs-Menschenbild“, wie es sich im Anschluss an Hobbes, Darwin, Smith und dann v.a. mit dem Sieg der Marktwirtschaft über den Kommunismus eingestellt habe, zugunsten eines „Kooperations-Kultur-Menschenbilds“, zu überwinden (ebd., 365-370). Von Weizsäcker entwickelt aber keine Vorstellung davon, wie dieser Kultur- und Wertewandel um sich greifen soll.

Fücks und Jänicke hingegen, die einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik zugunsten von Nullwachstum nicht vorsehen, beschreiben keine Notwendigkeit eines solchen Kulturwandels. Dies heißt im Umkehrschluss nicht, dass sie einen solchen Wandel nicht für wünschenswert halten (Jänicke 2008, 114; Fücks 2013, 71f). Sie sind jedoch skeptisch bezüglich der

Möglichkeit und der Durchschlagskraft eines solchen Wandels.³¹⁸ Für Jänicke zeigt die Erfahrung seit Beginn der Umweltdebatte, dass Appelle an Genügsamkeit und Abkehr von materiellem Streben wirkungslos bleiben. Dies spräche nicht gegen einen entsprechenden Wertewandel, wohl aber gegen die Fokussetzung auf diesen. Dies gelte umso mehr, da dieser mehr Zeit brauchen würde, als mit Blick auf die ökologische Krise noch zur Verfügung stünde (2008, 114). Diese skeptische Grundhaltung kommt auch bei Fücks zum Tragen. Aus seiner Sicht wäre ein Konsumverzicht nur für diejenigen eine Möglichkeit, „die im Überfluss schwimmen“ (2013, 154). Aber auch bei den gut gestellten Mittelschichten der reichen Industrienationen sei keine Abkehr von den Annehmlichkeiten der Konsumgesellschaft zu beobachten (ebd., 123). Konsumverzicht müsste also politisch „verordnet“ werden (ebd., 71), was Fücks' liberaler Grundhaltung widerspricht.³¹⁹

Während von Weizsäcker also zumindest langfristig die zwingende Notwendigkeit eines Kulturwandels sieht, sind Jänicke und Fücks diesbezüglich zurückhaltender. Damit bestätigt sich an dieser Stelle ein Zusammenhang, der bereits für das frühe ökologische politische Denken aufgezeigt wurde und der auch in der zweiten Zeitphase Gültigkeit besitzt: Sofern ein Ausstieg aus der Wachstumsdynamik für notwendig erachtet wird und autoritäre Zwangslösungen ausgeschlossen werden, wird ein kultureller Wandel weg von materialistisch-expansiven Werten hin zu einem immate-

318 Auch Ott hat die vergleichsweise zurückhaltende Einschätzung der Möglichkeiten kulturellen Wandels bei den Exponenten der von ihm identifizierten Effizienzrevolution-Trajektorie herausgearbeitet (2011, 59).

319 Zudem gilt es aus Fücks' Sicht das ökologische Entlastungspotenzial einer freiwilligen Verzichtsstrategie realistisch einzuschätzen. Selbst wenn es durch einen breiteren Wertewandel zu einer substanziellen Anspruchsreduktion komme, wäre die Wirkung im Vergleich zu der massiven nachholenden Wachstumsdynamik insbesondere im globalen Süden marginal (2013, 30-33, 69-72, 154; 2017, 176f; Fücks in taz 2021, 8:02:25- 8:08:00). Fücks veranschaulicht dies am Beispiel des Fliegens. Selbst wenn sich eine größere Zahl von Menschen in den saturierten Mittelschichten dazu durchringen könne, weniger zu fliegen, woran Fücks starke Zweifel hegt, würde dies nichts an der massiven Zunahme des Flugverkehrs in Folge der globalen Aufstiegsbewegung von Milliarden von Menschen in eine moderne Lebensweise ändern. Primäres Ziel müsse es deshalb sein, einen Innovationswettbewerb in Richtung klimaneutraler Flugtechnologien anzuschieben (2017, 181-185). Ein Bereich, in dem Fücks trotz seiner generellen Skepsis die Notwendigkeit einer Anspruchsreduktion sieht, ist der Fleischkonsum (Fücks in taz 2021, 7:56:25 – 7:57:00). In den anderen Bereichen hingegen ginge es nicht um eine Reduktion der Bedürfnisse, sondern um eine andere und bessere Befriedigung dieser Bedürfnisse (Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 20:30; Fücks in taz 2021, 7:58:05; Fücks in WirtschaftsWoche 2021, 25:30).

rielleren Wohlstandsverständnis erforderlich. Unabhängig davon gilt aber für alle drei Autoren, dass sie kurz- bis mittelfristig nach einem Ausweg aus der ökologischen Krise im Rahmen des vorherrschenden Kulturmodells suchen. Damit lässt sich insgesamt für ihre Position festhalten, dass kurz-bis mittelfristig weder in institutionell-struktureller noch in kultureller Hinsicht grundsätzliche Veränderungen erforderlich sind. Die Krise kann aus dieser Perspektive durch ein Umsteuern auf dem industriegesellschaftlichen Entwicklungs- und Wachstumspfad adressiert werden (Adler/Schachtschneider 2010, 135; Kaven 2015, 55, 68).

12.3 Prozess des Wandels: ökologische Transformation als Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

In den vorherigen Abschnitten wurde bereits deutlich, dass Fücks, Jänicke und von Weizsäcker ökologische Transformation vor allem als Zusammenspiel zwischen politischer Rahmensetzung und wirtschaftlicher Innovationskraft denken. Damit sind bereits zwei zentrale Transformationsakteure dieser Perspektive angesprochen (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 129, 271). Erstens der proaktive Staat, ohne dessen veränderte politische Rahmensetzung der angestrebte Prozess nicht zu realisieren ist. Zweitens die Unternehmen, die angestoßen durch die veränderte Marktlogik, ihr Wissen und ihre Innovationskraft zur Entwicklung der vorwiegend technologischen Lösungen für den Weg aus der ökologischen Krise einsetzen. Vor allem Fücks grenzt sich explizit von Perspektiven ab, die private Unternehmen in erster Linie als Gegner bzw. Hindernis für ökologischen Wandel sehen (2013, 304f). Stattdessen gehe es darum, Unternehmen durch den richtigen Ordnungsrahmen zu Verbündeten und zu Vorreitern für die Lösung der ökologischen Frage zu machen (ebd., 324; 2017, 187, 199). Entsprechend sehen die Autoren Kreativität, Erfindungsreichtum und Innovationskraft als zentrale Ressourcen für den anstehenden Wandel (ebd. 2013, 153, 156; 2017, 170f, 173, 180; von Weizsäcker 2010, 12).

Offen ist bis hierhin die Frage, wie der Staat zum Initiator ökologischen Wandels und somit zum maßgeblichen Transformationsinstrument wird. Oben wurden bereits strukturelle Aspekte besprochen, welche die umweltpolitische Handlungsfähigkeit des Staates erhöhen sollen. Auch diese setzen aber zunächst einen in dieser Hinsicht handlungswilligen Staat voraus. Welche Kräfte bzw. Treiber sollen dies bewirken? Vorwegzunehmen ist, dass sich in den untersuchten Beiträgen keine zusammenhängenden Antworten auf diese Frage finden und diese unterreflektiert bleibt. Dennoch

finden sich vereinzelte Hinweise, auf die im Folgenden einzugehen ist. Dabei kann zwischen akteursgebundenen Kräften und nicht-aktorsgebundenen Treibern unterschieden werden. Ersteres verweist auf intentional handelnde Akteure, Letzteres auf losgelöst von konkreten Akteuren stattfindende generelle Entwicklungen. Bei den nicht-aktorsgebundenen Treibern kann wiederum zwischen Push- und Pull-Faktoren differenziert werden. Der zentrale Push-Faktor ist aus Sicht der drei Denker die Intensivierung der ökologischen Krise in dem Sinne, dass die ökologischen Folgekosten des ressourcenverschwendenden und umweltzerstörerischen Wachstums fortlaufend zunehmen, was einen immer größeren Anreiz für ein ökologisches Umsteuern setzt (Fücks 2013, 14, 27; 2017, 177f; Jänicke 2008, 20, 29, 196; von Weizsäcker 2010, 289). Fücks sieht bereits einen Punkt erreicht, an dem die Folgekosten des auf Raubbau gründenden Wachstumsmodells dessen Wohlfahrtseffekte überwiegen (2013, 27). Aus dieser Perspektive wird eine ambitionierte Umweltpolitik auch unter ökonomischen Gesichtspunkten zunehmend dringlich. Ein weiterer, von Jänicke adressierter Push-Faktor sind zukünftig zu erwartende steigende Ressourcenkosten (2008, 20). Als entscheidender Pull-Faktor werden die positiven ökonomischen Effekte einer ambitionierten Umweltpolitik adressiert. So gehen die Autoren davon aus, dass bereits ein internationaler Wettbewerb um grüne Technologien im Gange ist, in welchem eine ambitionierte Umweltpolitik Wettbewerbsvorteile für die jeweilige Volkswirtschaft erbringt und Wachstums- und Exportmöglichkeiten eröffnet. Entsprechend sind sie überzeugt, dass eine progressive Nachhaltigkeitspolitik positive Beschäftigungseffekte zeitigt (Jänicke 2008, 21, 25f, 29f, 49, 196f; Fücks 2017, 199; von Weizsäcker 2010, 26f, 30-33, 281, 306f).

Jenseits dieser nicht-aktorsgebundenen Treiber stellt sich die Frage, welche politischen Kräfte den Staat zum Instrument für ökologische Transformation machen sollen? Alle drei Autoren betonen die wichtige Rolle der kritischen Zivilgesellschaft, die sowohl Politik als auch Unternehmen unter Druck setzen kann (Fücks 2017, 187, 199; Jänicke 2008, 18, 29; von Weizsäcker 2010, 352f). Abgesehen davon bleibt weitgehend unklar, welche Akteure die beschriebene Politik letztlich mehrheitsfähig machen (vgl. entspr. zu Jänicke Kaven 2015, 78). Am ehesten findet sich bei Jänicke eine Antwort. Aus empirischer Perspektive beschreibt er die Stärke einer „Interessenskoalition für ökologische Modernisierung“ als wichtigen Faktor für ambitionierte Umweltpolitik (2008, 129). Als Teil dieser Koalition nennt er Akteure der Umweltbürokratie, einzelner Fachverbände, der Umweltwissenschaften

sowie der Umweltbewegung, insbesondere der Umweltverbände. Entscheidend sei die Integration von kompatiblen Interessen aus Reihen der Wirtschaft (2008, 26, 129, 136f; dazu vertiefend Adler/Schachtschneider 2010, 129).³²⁰ Hier deutet sich an, dass Funktionseleiten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen als Transformationsakteure angesprochen werden (Adler/Schachtschneider 2010, 272).

Unabhängig davon kommt bei den Autoren ein Optimismus zum Ausdruck, dass die Strategie ökologischer Modernisierung bzw. grünen Wachstums ein sehr anschlussfähiges Konzept darstellt, da es die ökologischen Reduktionserfordernisse mit wirtschaftlicher Prosperität verbindet. Beispielsweise ist von Weizsäcker optimistisch bezüglich der Chance eines diesbezüglichen Konsenses, wenn sich die Vorzüge einer ökologischen Modernisierungsstrategie ausreichend verbreitet haben (2010, 315, 321). Auch Jänicke betont das „Win-Win“-Potenzial, welches diese Strategie breit anschlussfähig macht (2008, 20). Entsprechend ist Kaven (2015, 81), Ott (2011, 59) und Dryzek (1997, 143f) Recht zu geben, dass es sich um einen eher konsensorientierten Ansatz handelt. Gleichzeitig wird von Fücks auch die Notwendigkeit eines breiten, parteiübergreifenden Konsenses betont, da nur so die Stabilität des langfristig angelegten ökologischen Ordnungsrahmens jenseits wechselnder Regierungskonstellationen zu gewährleisten sei (2013, 325).

Abschließend ist die Rolle des Individuums im angedachten Prozess des Wandels zu beleuchten. Dieses wird v.a. in zwei Funktionen als Transformationsakteur adressiert: erstens in der Rolle als Bürger und dabei v.a. als Teil einer kritischen Zivilgesellschaft, welche die erforderliche ökologische Politik einfordert; zweitens, sofern in entsprechender Position, als Hervorbringer oder Förderer von Öko-Innovationen (Adler/Schachtschneider 2010, 134f; Kaven 2015, 79f). Im Gegensatz zu vielen wachstums skeptischen Ansätzen wird das Individuum aber nicht in die Pflicht genommen, durch konkrete Gegenpraxis und umfassendere Präferenz- und Lebensstilveränderungen die Transformation in die eigene Hand zu nehmen. Vielmehr wehrt sich z.B. Fücks explizit gegen eine solche Privatisierung der Nachhal-

320 In Überschneidung zu Letzterem betont auch Fücks die Wichtigkeit neuer Allianzen zwischen Umweltbewegung und modernisierungsaffinen Akteuren aus der Wirtschaft (2013, 304; Fücks in taz 2021, 8:24:45). Dazu müsse sich aber der Blick der Umweltbewegung auf die Wirtschaft in dem Sinne ändern, dass diese nicht als homogener, gegen Umweltpolitik gerichteter Block, sondern als Konglomerat aus verschiedenen, oft entgegengesetzten Interessen gesehen wird, das viele Bündnismöglichkeiten mit ökologischen Interessen bietet (2013, 305).

tigkeit. Demnach sei die ökologische Frage nicht zuerst eine Frage des individuellen Verhaltens, sondern politische Herausforderung für staatliches Handeln (Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2013, 1:38:25). Entsprechend bemerkt auch Jänicke, dass den Staat die finale Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen treffe (2008, 29). Wenn hingegen „alle zuständig sind, ist niemand verantwortlich“ (2008, 29). Im Zentrum der Verantwortung stehen somit die politischen Verantwortungsträger, die, u.a. angeregt durch eine kritische Zivilgesellschaft, die erforderliche Nachhaltigkeitspolitik ins Werk setzen.

12.4 Erklärende Hintergrundannahmen

Die dargestellte Grundposition des grünen Wachstums im ökologischen Kapitalismus fußt auf diversen Hintergrundannahmen, die im Folgenden zu beleuchten sind. Dabei können vier Aspekte unterschieden werden, die bei den Autoren in verschiedenem Ausmaß prägend für ihre Positionierung sind: Erstens, und für alle Autoren entscheidend, die optimistische Haltung in der Wachstumsfrage, welcher wiederum die optimistische Einschätzung des technologischen Innovationspotenzials zugrunde liegt. Dieser Aspekt wird hier nicht mehr vertieft, da er bereits umfassend behandelt wurde (Kap. 12.1.1). Hervorzuheben ist an dieser Stelle noch einmal, wie bedeutsam diese Prämisse für die Position der Autoren ist. Erst auf dieser Basis können sie einen Weg aus der ökologischen Krise beschreiben, der im Vergleich zu den weiteren Grundpositionen deutlich stärker am Status quo ausgerichtet ist. Beispielsweise müssen sie sich in ihrer Krisenbegründung nicht auf die Suche nach den Wurzeln der Wachstumsdynamik machen, womit u.a. eine ökologische Kapitalismuskritik obsolet wird. Auch die liberale Haltung gegenüber den Präferenzstrukturen und Lebensstilen der Konsumgesellschaft wird durch diese wachstumsoptimistische Grundhaltung ermöglicht. Damit wird auch die zweite maßgebliche Prämisse, der realpolitische Fokus, maßgeblich durch den Wachstumsoptimismus ermöglicht. Die drei Denker suchen, wie im Folgenden auszuführen ist, explizit einen möglichst anschlussfähigen Weg aus der ökologischen Krise. Diese realpolitische Ausrichtung drückt sich auch in einem selektiven Fokus auf die Bearbeitung der ökologischen Krise aus. Drittens lässt sich Fücks' ökologisch-politisches Denken auf ein auf die negative Dimension fokussiertes Freiheitsverständnis sowie ein spezifisches Gesellschaftsbild, das wiederum Ausdruck einer bestimmten Idee des guten Lebens ist, zurückführen. Vier-

tens kommt bei Jänicke und Fücks das Bild eines genuin expansiven modernen Individuums zum Tragen.

Realpolitische Perspektive und Fokus auf die ökologische Krise

In perspektivisch-strategischer Hinsicht basiert die Position der drei Denker auf einem realpolitischen Fokus auf das politisch Machbare. Bei von Weizsäcker und Jänicke ist dies neben der optimistischen Einschätzung der Verschiebbarkeit ökologischer Wachstumsgrenzen der ausschlaggebende Punkt. Der realpolitische Fokus äußert sich dergestalt, dass die Autoren nach einem Ansatz mit möglichst hohen Umsetzungschancen suchen. Entsprechend legt Jänicke dar, dass er den chancenreichsten Ansatz systemkonformer Lösungspfade im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft beschreiben will (2008, 15f). Demgegenüber wendet er sich explizit gegen „abgehobene Visionen“ (ebd., 16). Auch bei von Weizsäcker wird diese realpolitische Perspektive insofern deutlich, dass er explizit nach einem Ansatz innerhalb des Kapitalismus sucht, der eine Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit ermöglicht (2010, 13f). Dahingegen seien Ansätze, die eine Lösung der ökologischen Krise mit Wohlstandsminderungen verknüpfen, politisch nicht anschluss- und mehrheitsfähig (ebd., 18). Zuletzt konstatiert auch Fücks, dass es aus seiner Sicht realpolitisch keine Alternative zum Ansatz der Entkopplung von Wachstum und Umweltverbrauch gibt (Fücks in Heidemann 2014, 00:01:45 – 00:04:00).

Ausschlaggebend für die Alternativentwürfe der Autoren ist dieser realpolitische Fokus dahingehend, dass grundlegende Gegebenheiten, die von radikaleren Positionen infrage gestellt werden, als gegebene Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik behandelt werden. Dies gilt z.B. für die kapitalistische Marktwirtschaft, unternehmerisches Wachstumsstreben oder das gegenwärtige Kulturmodell und damit die Präferenzstrukturen der Individuen. Auf den letzten Punkt der Präferenzstrukturen ist kurz vertiefend einzugehen. Im Gegensatz zu den wachstums skeptischen Positionen bleiben die Präferenzstrukturen der Individuen bei Fücks, Jänicke und von Weizsäcker weitgehend unhinterfragt. Dies lässt sich als liberale Haltung gegenüber den individuellen Präferenzstrukturen bezeichnen. Eine solche liberale Haltung kann einerseits realpolitischen Ursprungs sein, andererseits aus tieferen, normativen Prämissen i.e.S. folgen. Für Fücks wird unten eine solche starke normative Fundierung der liberalen Haltung herausgearbeitet. Für Jänicke und von Weizsäcker ist hingegen nicht zu klären, inwiefern ihre liberale Haltung eine solche normative Fundierung hat oder

ob diese in erster Linie realpolitisch motiviert ist. Teil der realpolitischen Perspektive ist auch die Behandlung der ökologischen Krise als solitäres Problem, die, anders als bei vielen Systemwechsel-Positionen, nicht mit weiteren gesellschaftlichen Problemlagen verbunden wird.

Freiheitsbegriff und Idee des guten Lebens bei Ralf Fücks

Fücks' öko-politischer Ansatz weist zu den zuvor behandelten Prämissen eine starke normative Fundierung i.e.S. auf. Diese ist wiederum zweigeteilt. Erstens lässt sich für Fücks eine liberale Perspektive auf die ökologische Frage aufzeigen, die wiederum auf einem auf negative Freiheit fokussierten Freiheitsverständnis beruht. Zweitens kommt bei ihm ein positives Bild der Gegenwartsgesellschaft zum Ausdruck, das sich wiederum auf eine spezifische Idee des guten Lebens zurückführen lässt.

Zu 1): Fücks' ökologisch-politischem Denken liegt in dem Sinne eine liberale Grundhaltung zugrunde, dass Fragen nach individuellen Präferenzstrukturen und darauf aufbauenden Lebensstilentscheidungen nicht Gegenstand des Politischen sein sollen. Dies wurde mit Blick auf seine Positionierung in der Wachstumsfrage bereits herausgestellt (Kap. 12.1.1). Während sich dies zum einen über realpolitische Erwägungen erklären lässt, tritt bei Fücks zum anderen ein spezifischer Grundwertekanon hervor, der diese liberale Haltung unterfüttert. Wie er selbst darlegt, ist sein ökologisch-politisches Denken Ausdruck des Versuchs, Ökologie und den Grundwert der Freiheit zusammenzudenken (2017, 164, 172ff; 2013, 95). Aufschlussreich ist nun die Klärung des Freiheitsverständnisses, das hinter diesem Ansinnen steht. Dabei wird bei Fücks eine starke Gewichtung negativer individueller Freiheit sichtbar, was ihn deutlich vom Freiheitsverständnis vieler wachstumskritischer Autoren abhebt.

Ergiebig sind in dieser Hinsicht Aufzeichnungen von Diskussionen zwischen Fücks und den Wachstumskritikern Niko Paech und Harald Welzer. Letztere problematisieren die aus ihrer Sicht expansiv-konsumistischen Bedürfnisstrukturen der Menschen in der Konsumgesellschaft als ökologisch unverträgliche Wachstumstreiber. Daraus wird gefolgert, dass sich diese Bedürfnisstrukturen grundlegend verändern müssen, was in die Forderung nach einem tiefgreifenden Kulturwandel mündet. Neben der ökologischen Notwendigkeit für einen solchen Kulturwandel sehen beide Autoren das konsumistische Individuum als radikal unfrei in der „Wachstums- und Konsumdiktatur“ (Paech in WirtschaftsWoche 2021, 39:40). Demnach ist das materialistische Expansionsstreben der Menschen kein autonomes, sondern in erster Linie heteronomes, von äußeren Zwängen erzeugtes

Handeln. Wie Welzer es ausdrückt, wolle der Mensch der Gegenwarts-gesellschaft gar nicht sein, wie er ist. Dies impliziert, dass die konsumori-entierete Lebensführung nicht den authentischen Bedürfnissen und damit auch nicht dem authentischen freien Willen der Menschen entspricht. In der Schlussfolgerung ist für Welzer und Paech aus ökologischer und frei-heitlicher Sicht die Überwindung der vorherrschenden Präferenzstrukturen angezeigt. (Zum ges. Absatz Paech in WirtschaftsWoche 2021, 34:15-35:15 und 39:20 – 41:30; Welzer in Heinrich-Böll-Stiftung 2013, 38:00 – 43:30, 55:20-58:00)

Fücks hingegen wehrt sich scharf gegen die von Welzer und Paech vorge-nommene Problematisierung und damit Politisierung individueller Bedürf-nisstrukturen, worin er eine paternalistische Kulturkritik erkennt. Wenn ein solcher Kulturwandel bzw. die Veränderung von Bedürfnisstrukturen zum politischen Programm gemacht werde, müsse dies zwangsläufig in einer „Erziehungsdiktatur“ (Fücks in WirtschaftsWoche 2021, 38:25) enden, die den anderen, besseren Menschen hervorbringen soll. Für Fücks darf die Frage der Bedürfnisstrukturen der Menschen keine politische Frage sein, Politik also keine bestimmte Idee des guten Lebens bzw. darauf aufbauende Lebensentwürfe vorgeben oder bevorzugen, da dies ein Eingriff in die indi-viduelle und freie Entscheidung über den eigenen Lebensentwurf bedeutet. Die Abkehr von einem bestimmten Lebensstil, z.B. zugunsten einer Redu-zierung von materiellem Wohlstand, kann aus dieser Perspektive zwar eine individuelle Entscheidung, darf aber nicht Ziel staatlichen Handelns sein (zum ges. Absatz bis hierher Fücks in WirtschaftsWoche 2021, 37:50-42:00; Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2013, 48:20 – 50:00; entspr. auch 2013, 45f, 2017, 168, 2013, 140-143). Entsprechend betont Fücks an anderer Stelle, dass Selbstbestimmung unteilbar sei und ökologische Politik diesem Grundsatz folgen müsse (2017, 172). Ökologische Politik dürfe nicht mit Bevormun-dung und Beschränkung individueller Freiheit einhergehen (ebd., 168).³²¹ Deutlich zum Tragen kommt in dieser Argumentation ein auf negative Frei-heit fokussiertes Freiheitsverständnis, nach dem eine Handlung ungeachtet der inneren Motive des Individuums frei ist, wenn sie ohne äußeren Zwang ausgeführt werden kann und in der äußeren Welt auf keine Widerstände

321 Vor diesem Hintergrund zeigt sich Fücks auch kritisch gegenüber der von den meisten Wachstumskritikern angeführten Diagnose des kompensatorischen Konsumismus (2013, 139).

trifft (Honneth 2013, 58f).³²² Es geht in Fücks' Freiheitsverständnis also in erster Linie um die Freiheit von staatlichem Zwang und Bevormundung, nicht wie bei Welzer und Paech um die autonome Genese von Wünschen und Bedürfnissen.

Zum Ausdruck kommt dieses Freiheitsverständnis auch in Fücks' kritischer Auseinandersetzung mit spezifischen politischen Instrumenten. So wehrt sich Fücks z.B. gegen eine Limitierung der Anzahl von Flugreisen oder ein Verbot „spritfressender Geländewagen“, weil diese Maßnahmen aus seiner Sicht zu starke staatliche Eingriffe in die individuelle Lebensführung darstellen (2017, 168). Aber auch der von vielen weiteren Denkern vertretene Budgetansatz, wonach z.B. im Bereich Klimaschutz jedes Individuum ein begrenztes CO₂-Budget zur Verfügung haben soll, wäre aus seiner Sicht „ein großer Schritt in einen Überwachungsstaat von orwellischem Ausmaß, in dem jeder Einkauf, jede Reise, jedes Steak auf die persönliche CO₂-Bilanz angerechnet wird“ (2017, 168). Ein solcher „ökologischer Jakobinismus“ (ebd.) widerspricht Fücks' Idee individueller Freiheit.

In der Summe lässt sich Fücks, ungeachtet aller Wirrungen in der Begriffsverwendung und dem Pluralismus verschiedener Liberalismen (vgl. dazu z.B. Freedon 2011, 2015), einem liberalen Paradigma politischen Denkens zuordnen.³²³ In diesem kommt individueller Freiheit und Selbstbestimmung im Sinne negativer Freiheit prioritäre Bedeutung zu (Schaal/Heidenreich 2017, 52-60; Wissenburg 2006, 32; Reese-Schäfer 2012, 164f, 172; Horn 2012, 19f). Insbesondere sind Wertüberzeugungen und Konzeptionen des guten Lebens Fragen der individuellen Selbstbestimmung (ebd.). Der Staat muss diesbezüglich neutral sein und darf seinem Handeln keine Priorisierung bestimmter Lebensentwürfe zugrundlegen (ebd.). Entsprechend hat Stein konstatiert, dass ökologische Modernisierungsdenker in der ökologischen Kulturkritik, wie sie oben für Paech und Welzer dargestellt wurde, eine „tendenziell totalitäre [...] Heilsbotschaft, die die Tren-

322 Vgl. zur Differenzierung der positiven und negativen Dimension von Freiheit Fußnote 207 in Kap. 7.3.5.

323 Mit der Beschreibung von Fücks' Position als „liberal“ ist keine Parteinahme im Streit um den „wahren“ Liberalismus verbunden. Auch von wachstumskritischen Positionen, die eine neutrale Haltung des Staates zu Fragen des guten Lebens ablehnen, wird der Liberalismusbegriff reklamiert (siehe z.B. prominent bei Skidelsky/Skidelsky 2013, 24). Aus dieser Perspektive basieren Positionen wie die von Fücks auf einem „oberflächlichen Verständnis von Liberalismus“ (ebd.). Im vorliegenden Zusammenhang wird die Bezeichnung „liberal“ basierend auf dem derzeit vorherrschenden Lehrbuchverständnis des Liberalismus verwendet.

nung von Politik und Moral zu Lasten der Freiheit unterläuft“ (2016, 219) erblicken. Für Fücks lässt sich dies bestätigen.

Aus dieser liberalen Grundhaltung folgen maßgebliche Elemente von Fücks' Alternativentwurf. Zum einen hat sich ökologische Politik aus dieser Warte nicht um die Bedürfnisstrukturen der Menschen zu kümmern, sondern um die Frage, wie diese Bedürfnisse ökologisch nachhaltig zu befriedigen sind. Dies markiert einen zentralen Unterschied zu wachstumsskeptischen Perspektiven, die immer auch einen Wandel der Bedürfnisstrukturen für erforderlich halten und dafür staatliche Politiken vorschlagen. Bei Fücks hingegen werden die Bedürfnisstrukturen als gegeben angenommen. Daraus folgt, dass das Ziel einer freiheitlichen ökologischen Politik niemals die Veränderung von Menschen, sondern nur die Veränderung der Produktionsweise und somit der technologischen Basis der Bedürfnisbefriedigung sein kann (2017, 174; 2013, 46; Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2013, 38:15-38:50).

Zum anderen folgt aus der liberalen Grundhaltung eine konsequente Verteidigung der marktwirtschaftlichen und auf Privateigentum beruhenden Grundordnung gegen aus Fücks' Sicht freiheitsfeindliche öko-politische Entwürfe. Für ihn ist die Marktwirtschaft u.a. deshalb eine Freiheit verwirklichende Ordnung, weil sie die Konzentration wirtschaftlicher Macht beim Staat verhindert. Dies gelte entsprechend für das Privateigentum an Produktionsmitteln, das in kapitalismuskritischen ökologischen Ansätzen ebenso wie die marktwirtschaftliche Grundordnung kritisch bewertet wird. Aus Fücks' Sicht ist Privateigentum eine Garantie bürgerlicher bzw. individueller Freiheit, wohingegen dessen Vergesellschaftung zu einer Unterwerfung der Gesellschaft unter die Allmacht des Staates führe, der dann politische und wirtschaftliche Macht vereinige (2017, 174f, 190ff). Fücks' Festhalten am Kapitalismus als Kombination aus Unternehmen in Privatbesitz und Marktwirtschaft ist also nicht nur realpolitisch (Anschlussfähigkeit) und funktional (Innovationskraft), sondern auch rein normativ über einen vorwiegend negativ ausbuchstabilten Freiheitsbegriff begründet.

Zu 2): Neben Fücks' starker Gewichtung negativer individueller Freiheit wird sein öko-politischer Entwurf durch ein positives Bild der Gegenwartsgesellschaft gestützt. An verschiedenen Stellen verteidigt er diese gegen die v.a. von wachstumskritischen Autoren vorgebrachten Beschreibungen als unfrei und dem guten Leben entgegenstehend. Demgegenüber schätzt Fücks die Gegenwartsgesellschaft in Bezug auf Freiheitsgrade und die Be-

dingungen für ein gutes Leben deutlich optimistischer ein (siehe z.B. Fücks 2013, 139f; Fücks in WirtschaftsWoche 2021, 41:40 - 42:00). Diese affirmative Haltung lässt sich einerseits auf einen weiteren Aspekt von Fücks' Freiheitsverständnis, andererseits auf die sichtbar werdende Idee des guten Lebens zurückführen.

Mit Blick auf Ersteres wird neben dem Fokus auf negative Freiheit deutlich, dass Optionsvielfalt ein wichtiges Element von Fücks' Freiheitsverständnis ist. Während wachstumskritische Autoren wie z.B. Paech in den reichen Industrienationen einen freiheitsgefährdenden Wohlstand sehen, ermöglicht für Fücks eine weitere Steigerung des Einkommens eine Zunahme von individueller Freiheit, da die Optionen bezüglich der eigenen Lebensführung zunehmen (2013, 122f). Entsprechend impliziert er in der bereits angesprochenen Diskussion mit Paech, dass die Wachstumsdynamik seit dem Zweiten Weltkrieg zu deutlich mehr individueller Freiheit geführt habe (Fücks in WirtschaftsWoche 2021, 40:05-40:15; entspr. auch 2013, 139). Vor dem Hintergrund dieser Dimension von Fücks' Freiheitsverständnis erscheint die Gegenwartsgesellschaft als freie und damit positiv zu bewertende Gesellschaft.

Zweitens werden jenseits des Freiheitsbegriffs mindestens andeutungsweise weitere Aspekte von Fücks' Idee des guten Lebens sichtbar. Er beschreibt Aspekte wie die Steigerung der Selbst- und Welterfahrung, Optionsvielfalt, Konsumfreiheit, globale Mobilität, Mode, globale Kommunikation oder Fernsehen affirmativ als zentrale Elemente eines modernen Lebens. Dass global immer mehr Menschen ein solcher Lebensstil möglich wird, sieht Fücks als positive Entwicklung (2013, 25f, 143; 2017, 182f; Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 10:00-11:10 und 18:45-19:20). Dies legt zumindest die Interpretation nahe, dass diese Aspekte für Fücks Teil eines guten Lebens sind.³²⁴ Belegen lässt sich dies für das Beispiel des Fliegens. Während z.B. Paech das Fliegen als eine ökologisch unverträgliche und damit moralisch nicht zu verantwortende Handlung brandmarkt (Pa-

324 Entsprechend wird Fücks von Paech dafür kritisiert, das vorherrschende Wohlstands- und Freiheitsverständnis nicht infrage zu stellen, sondern diesem affirmativ zu begegnen (Paech in WirtschaftsWoche 2021, 34:15-35:15). Vor diesem Hintergrund wird nun auch Fücks' Feststellung, dass auch in Europa und in Deutschland die Mehrzahl der Menschen nicht am Überfluss, sondern einem Mangel an Kaufkraft leidet, nachvollziehbarer (2013, 32f; 2017, 177f, 180f). Wenn die oben genannten Aspekte Bestandteil eines guten Lebens sind, ist ersichtlich, weshalb ein weiterer Zuwachs an Einkommen als wichtiges Vehikel für einen Zugewinn an Lebensqualität beschrieben wird.

ech 2020, 179; Paech in WirtschaftsWoche 2021, 27:35-28:00), beschreibt Fücks die immer mehr Menschen zur Verfügung stehende Möglichkeit globaler Mobilität als zivilisatorischen Gewinn (2017, 183). Fliegen diene der Horizonterweiterung und ermögliche u.a. globalen Kulturaustausch, eine international vernetzte Wissenschaft oder Auslandserfahrungen für junge Menschen (ebd.). Ohne an dieser Stelle den Anspruch zu verfolgen, Fücks' Vorstellungen vom guten Leben umfassend rekonstruieren zu können, ist es ausgehend von dieser Grundhaltung naheliegend, einen Ausweg aus der ökologischen Krise ohne grundlegende Infragestellung der Gegenwartsgeellschaft zu entwerfen.

Das expansive moderne Individuum

Als letzte wichtige Hintergrundannahme lässt sich für Jänicke und Fücks konstatieren, dass sie von einem, in der Mehrzahl nicht zu Mäßigung und Selbstbegrenzung willigen Individuum ausgehen. Bei Jänicke steht dies implizit hinter seiner Aussage, dass Suffizienzstrategien, die auf Genügsamkeit und Abkehr vom Fokus auf materielle Steigerung fokussieren, kaum Aussicht auf Erfolg haben, weil die Menschen dazu nicht bereit seien (2008, 114). Expliziter sichtbar wird diese Prämisse bei Fücks. Auch er ist, wie gezeigt, sehr skeptisch bezüglich der Möglichkeit eines kulturellen Wandels in Richtung materieller Genügsamkeit. An einer Textstelle wird deutlich, welche Annahme hinter dieser Position steht. Dort teilt Fücks zustimmend die These von Peter Sloterdijk (vgl. Sloterdijk 2011, dazu kritisch Ott 2011b), wonach modernen Kulturen der Drang zur Selbststeigerung konstitutiv eingebaut ist. In diesen Kulturen nähmen Überfluss, Verschwendung und Luxus implizit den Status eines Bürgerrechts ein, weswegen Appelle für eine Kultur der Selbstbescheidung erfolglos bleiben müssten (2013, 143; entspr. auch Fücks in WirtschaftsWoche 2021, 18:45-19:50). An gleicher Stelle bezeichnet Fücks die Moderne auch als „Zeitalter expandierender Bedürfnisse“, wobei sich diese Expansion nur durch zwanghafte Maßnahmen beschneiden ließe (2013, 143). Deutlich zum Tragen kommt hier die Annahme eines auf Expansion gerichteten modernen Individuums, das sich nur durch Zwang von diesem Expansionsstreben abbringen lässt. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Strategie grünen Wachstums alternativlos.³²⁵

325 Für von Weizsäcker trifft dieser Punkt nicht zu. Er geht, wie gezeigt, im Gegensatz zu Fücks und Jänicke davon aus, dass zumindest mittel- bis langfristig ein Kulturwandel hin zu Suffizienz und Mäßigung erforderlich und möglich ist.

12.5 Zusammenfassung

Für die Autoren Fücks, Jänicke und von Weizsäcker besteht kein prinzipieller Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit, weswegen auch in den reichen Industrienationen weiteres, grünes Wachstum möglich ist. Zudem ist weiteres Wachstum aus funktionalen, strategischen und i.e.S. normativen Gründen unabhängig davon wünschenswert. Davon ausgehend ist im Angesicht der ökologischen Krise keine fundamentale Systemkritik erforderlich. Vielmehr kann die ökologische Krise im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems adressiert werden. Ebenso wenig müssen sich Bedürfnisstrukturen und Lebensstile grundlegend wandeln. Erforderlich ist vielmehr eine massive technische Innovationsdynamik („grüne industrielle Revolution“), die zu einer substanziellen absoluten Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch führt. Dies setzt wiederum einen proaktiven Staat voraus, der in ordoliberalem Sinne durch das Aufstellen eines ökologischen Ordnungsrahmens den Innovationsdruck der Marktwirtschaft gezielt auf Ressourcen- und Energieeffizienz lenkt. Zentraler Ansatzpunkt ist dabei die Bepreisung von Umweltverbrauch insbesondere durch marktkonforme Instrumente wie Umweltsteuern und Emissionshandel. Weitere wichtige Handlungsfelder sind die Steigerung der ökologischen Leistungsfähigkeit staatlicher und internationaler Institutionen sowie der Abbau von Wachstumsabhängigkeiten.

Zentrale Akteure der „grünen industriellen Revolution“ sind der rahmensetzende Staat und die Unternehmen als Innovationstreiber. Die Frage, welche Kräfte und Treiber den Staat zum ausschlaggebenden Impulsgeber machen, wird unzureichend beantwortet. Angesprochen werden strategische Allianzen zwischen ökologisch progressiven Interessen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Besonders hervorgehoben wird die Rolle einer kritischen Zivilgesellschaft, die Druck auf Staat und Unternehmen ausübt. Jenseits dessen wird die Verschärfung der ökologischen Krise selbst als wichtiger Treiber einer ökologisch ambitionierteren Staatstätigkeit beschrieben.

Mit Blick auf die erklärenden Hintergrundannahmen lässt sich die Position des grünen Wachstums im ökologischen Kapitalismus zum einen auf die optimistische Einschätzung des technologischen Innovationspotentials und den darauf aufbauenden Wachstumsoptimismus zurückführen. Zum anderen ist der realpolitische Fokus auf das politisch Machbare sowie damit

zusammenhängend, die Behandlung der ökologischen Krise als solitäres Problem, ausschlaggebend. Darüber hinaus fußen die Positionen auf der Annahme eines genuin expansiven modernen Individuums (Fücks, Jänicke) sowie bei Fücks auf einem, auf negative Freiheit fokussierten Freiheitsbegriff und einer spezifischen Idee des guten Lebens.

13 Eingehogter Kapitalismus und Postwachstumspolitik

Zwischen dem weitgehend systemkonformen Ansatz der Autoren des grünen Wachstums und der in Kapitel 14 aufzuarbeitenden Systemwechsel-Position findet sich eine Zwischenposition. Dieser Perspektive sind die Autoren Loske, Kopatz, Schneidewind und Paech zuzuordnen.³²⁶ Der entscheidende Unterschied zu den Exponenten des grünen Wachstums besteht darin, dass die hier behandelten Autoren wachstumskritischer sind. Deshalb tritt bei ihnen neben den ebenfalls für notwendig erachteten Umbau der technologischen Produktionsbasis die Politik für einen Ausstieg aus der fortwährenden Wachstumsdynamik. Dazu fordern die Denker eine Einhegung des Kapitalismus in Verbindung mit vielfältigen Postwachstumspolitik. Andererseits, und dies beschreibt das zentrale Abgrenzungskriterium zu den Befürwortern eines Systemwechsels, leiten Loske, Kopatz, Schneidewind und Paech aus ihrer wachstumskritischen Haltung nicht die Notwendigkeit der grundlegenden Überwindung des Kapitalismus ab. Auch die von der Systemwechsel-Position vielfach geforderte radikale Demokratisierung findet sich bei den hier behandelten Denkern nicht. Aufgrund dieser Differenz werden sie im Folgenden auch als reformorientierte Wachstumskritiker bezeichnet.

In der ersten untersuchten Zeitphase findet sich keine entsprechende Position.³²⁷ Es zeigen sich jedoch Überschneidungen einerseits zu Eppler, andererseits zu den demokratischen Systemwechsel-Positionen. Mit Eppler teilen insbesondere die im Folgenden der moderaten Position zugeordneten Autoren die Verbindung von Effizienzrevolution und Postwachstumspolitik. Während Letztere bei Eppler aber auf den Abbau von Wachstumsabhängigkeiten beschränkt waren, werden bei den hier behandelten Autoren umfassender kulturelle und strukturelle Wachstumstreiber in den Blick genommen. Überschneidungen zu den Exponenten eines demokratischen Systemwechsels ergeben sich v.a. in der Beschreibung alternativökonomischer Ansätze wie Regionalökonomien, Subsistenz- und Tauschwirtschaft sowie kooperativer Wirtschaftsformen.

326 Wie in der Autorenauswahl dargestellt, lassen sich auch die Autoren Ulrich und Göpel dieser Position zuordnen. Da deren Gegenentwürfe aber unkonkreter bleiben als bei den genannten Autoren, werden sie im Folgenden nicht berücksichtigt (vgl. Zusatzkapitel III).

327 Entsprechend findet sich die Beschreibung einer solchen Position in Arbeiten, die auf die Frühphase des ökologisch-politischen Denkens blicken, nicht (vgl. Marten 1983, Eckersley 1992, Dryzek 1997).

Innerhalb der Perspektive der reformorientierten Wachstumskritiker ist zwischen einer moderaten und einer radikaleren Position zu unterscheiden. Während Loske, Kopatz und Schneidewind der Ersten zuzuordnen sind, vertritt Paech den radikaleren Ansatz. Diese stärkere Radikalität bezieht sich v.a. auf:

- die Forderung nach umfassender wirtschaftlicher Schrumpfung im Gegensatz zu einer primär auf Wachstumsunabhängigkeit zielenden moderaten Perspektive.
- daraus hervorgehend die Forderung nach einer deutlich weitgehenderen Einhegung der kapitalistischen Marktwirtschaft und damit einhergehend die stärkere Gewichtung alternativökonomischer Ansätze.
- ebenfalls aus dem starken Wachstumspessimismus hervorgehend weitreichende Forderungen nach Kulturwandel und damit nach Veränderung der individuellen Präferenzstrukturen.

Jenseits dieser Punkte, bei denen Paech dieselbe Stoßrichtung radikaler ausbuchstabiert, zeigen sich weitere Differenzen zu den anderen drei Autoren:

- Paech begreift die ökologische Krise in letzter Instanz als kulturelle Krise, während bei den anderen Autoren stärker die strukturelle Dimension im Vordergrund steht. Daraus ergibt sich, dass bei Paech die Kultur der prioritäre Transformationsgegenstand darstellt.
- Paech ist deutlich staatskritischer als die moderaten Autoren, weshalb er die Rolle des Staates im Transformationsprozess wesentlich zurückhaltender beschreibt.

Im Folgenden wird zunächst die moderate Position bei Loske, Schneidewind und Kopatz dargestellt (Kap. 13.1), bevor näher auf Paech eingegangen wird (Kap. 13.2).

Michael Kopatz (*1971), promovierter Sozialwissenschaftler, arbeitete zwischen 1997 und 2022 als wissenschaftlicher Projektleiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie und befasste sich insbesondere mit den Schwerpunkten Suffizienz und kommunale Wirtschaftsförderung. Er war u.a. federführend an der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ (2008) beteiligt. Kopatz fungierte zudem zwischen 2009 und 2017 an verschiedenen Hochschulen als Lehrbeauftragter im Bereich Umweltpolitik. Seit 2022 ist Kopatz Baudezernent in Marburg. (Kopatz 2018, 410; Wuppertal Institut o.J.)

Reinhard Loske (*1959) promovierte 1996 zur Klimapolitik und habilitierte sich 1999 mit einer Arbeit zur Nachhaltigkeitspolitik. Von 1992 bis 1998 arbeitete er als Wissenschaftler am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, wo er die Forschungsbereiche Klimapolitik und Zukunftsfähiges Deutschland verantwortete. Daran schloss sich eine politische Karriere an, zunächst bis 2007 als Abgeordneter und umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion sowie ab 2007 als Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa in Bremen. 2013 übernahm Loske eine Professur für Politik, Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke. Anschließend war er ab 2019 für zwei Jahre als Präsident und Professor für Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung an der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues. (Loske 2011, 64; Loske o.J.)

Niko Paech (*1960) wurde 1993 in der Volkswirtschaftslehre promoviert und habilitierte sich 2006 mit einer wachstumskritischen Arbeit. Zwischen 2008 und 2016 vertrat er die Professur für Produktion und Umwelt an der Universität Oldenburg. 2010 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt. 2016 wechselte er an die Universität Siegen, wo er v.a. im Studiengang Plurale Ökonomik lehrt. Darüber hinaus war Paech ab 2010 über mehrere Jahre Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac. (Paech 2014, 155; Postwachstumsoekonomie o.J.)

Uwe Schneidewind (*1966), studierter Ökonom, hatte zwischen 1997 und 2010 die Professur für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Oldenburg inne. Von 2010 bis 2020 leitete Schneidewind das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie und war Professor für Innovationsmanagement und Nachhaltigkeit an der Bergischen Universität Wuppertal. Zudem fungierte er über zwei Berufsperioden von 2013 bis 2020 als Mitglied im WBGU. Schneidewind war Teil der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und ist langjähriges Mitglied des Club of Rome. 2020 wechselte Schneidewind in die Politik und wurde als gemeinsamer Kandidat von CDU und GRÜNEN zum Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal gewählt. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 171; Schneidewind 2019, Klappentext; Stadt Wuppertal o.J.)

13.1 Moderate Position: Einhogung des Marktes und Wachstumsunabhängigkeit

Die Position von Loske, Kopatz und Schneidewind wird im Folgenden wiederum gegliedert nach Krisenanalyse (Kap. 13.1.1), Alternativentwurf (Kap. 13.1.2), Vorstellungen vom Prozess des Wandels (Kap. 13.1.3) und erklärenden Hintergrundannahmen (Kap. 13.1.4) dargestellt.

13.1.1 Krisenanalyse

Die zentrale Differenz zu den Autoren des grünen Wachstums, die für notwendig erachtete Überwindung der Wachstumsdynamik, ergibt sich aus einer skeptischeren Positionierung in der Wachstumsfrage (Kap. 13.1.1.1). Aus dieser skeptischeren Haltung folgt, dass die Autoren in der kausalen Krisenbegründung nicht nur die Qualität des Wachstums, sondern auch das Wachstum an sich und somit dessen Wurzeln und Treiber in den Blick nehmen (Kap. 13.1.1.2).

13.1.1.1 Skeptische Positionierung in der Wachstumsfrage

Die Denker des grünen Wachstums eint die Einschätzung, dass kurz- bis mittelfristig keine gezielte Überwindung bzw. Einhogung der wirtschaftlichen Wachstumsdynamik erforderlich ist. Dies gestaltet sich für die hier behandelten Autoren anders. Sie sehen einen prinzipiellen Zielkonflikt zwischen wirtschaftlichem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit, weswegen sie sich deutlich skeptischer bezüglich der Möglichkeit grünen Wachstums zeigen. Hinzu kommt, dass die Autoren weiteres wirtschaftliches Wachstum in den reichen Industrienationen unabhängig von ökologischen Erwägungen nicht für wünschenswert erachten. Daraus ergibt sich in der Summe der wachstumspolitische Imperativ einer Einhogung der Wachstumsdynamik und zunehmender Unabhängigkeit von wirtschaftlichem Wachstum.

Bezüglich der Frage der Machbarkeit grünen Wachstums lassen sich zwei Argumentationslinien unterscheiden, die aber beide zum gleichen Ergebnis führen. Im ersten Argumentationsstrang wird die Möglichkeit, die ökologischen Reduktionserfordernisse bei weiterem wirtschaftlichem Wachstum im Sinne von grünem Wachstum zu erreichen, stark bezweifelt. Paradigmatisch bemerkt Loske:

“Ebenso unzweifelhaft ist [...], dass ein permanentes Wachstum der Wirtschaft es zu einem aussichtslosen Unterfangen macht, die notwendigen Umweltziele allein durch eine höhere Effizienz der Ressourcennutzung und eine Umstellung auf erneuerbare Energien und Rohstoffquellen zu erreichen” (2011, 15).

Entsprechend konstatieren auch die weiteren Autoren, dass sich durch eine Strategie des grünen Wachstums die planetaren Leitplanken nicht einhalten lassen. Die Ansicht, bei fortwährendem Wachstum durch technische Innovationen zu den angezeigten absoluten Verbrauchssenkungen zu kommen, wird als illusionär bzw. aussichtslos bezeichnet. Ein zentrales Argument sind dabei Rebound-Effekte, die Effizienzgewinne durch Mehrverbrauch abschwächen oder kompensieren.³²⁸ (Loske 2015, 43, 62f, 104, 130; 2011, 6, 9-15, 55; 2012, 25-30; Schneidewind/Zahrnt 2013, 17-20, 51; 2019, 49, 55-60, 81, 129f, 343; Kopatz 2018, 381f)

Deutlich wird, dass hinter dieser Positionierung eine skeptischere Haltung zum technologischen Lösungspotenzial steht. Beispielsweise beschreibt es Loske als eine trügerische Hoffnung, mit einem technologiezentrierten Ansatz bei anhaltender Wachstumsorientierung eine Faktor-10- oder auch eine Faktor-5-Strategie, wie sie von Fücks und von Weizsäcker proklamiert wird, zum Erfolg zu führen (2015, 64). Den Glauben, über technologische Veränderungen auf den Pfad zur Nachhaltigkeit zu kommen, gelte es mit einem realistischen Blick auf die technologischen Möglichkeiten fahren zu lassen (ebd.). Dabei betonen die Autoren, keine technikfeindliche Haltung einzunehmen, aber andererseits den starken Technologieoptimismus der grünen Wachstums-Perspektive nicht zu teilen (Loske 2012, 27-30, 39f; 2015, 21, 58-64; Kopatz 2018, 43, 381f; Schneidewind in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 22:10-23:40, 35:30-38:05). Loske und Kopatz grenzen sich explizit von Fücks und dessen Technikoptimismus ab. Am konkreten Beispiel veranschaulichen lässt sich die skeptischere

328 Bereits hingewiesen wurde in dieser Hinsicht auch auf die differente Bewertung der Empirie. Anders als Fücks sieht Loske keine empirischen Beispiele, in denen eine substantielle absolute Entkopplung von Wachstum einerseits sowie Emissionen und Ressourcenverbrauch andererseits durch technischen Fortschritt erreicht wurde. Die evidenten Beispiele für eine solche Entkopplung in Deutschland führt er anders als Fücks zwar auch auf technischen Fortschritt und damit einhergehende Effizienzgewinne, maßgeblich aber auf die Verlagerung schmutziger Industrien in andere Weltregionen sowie die Substitution der besonders CO₂-intensiven Rohbraunkohle nach Zusammenbruch der DDR zurück (Heidemann 2014: Fücks 6:00 - 8:40, Loske 10:15-10:45; ähnlich Loske 2012, 26).

Einschätzung des technischen Innovationspotenzials mit Blick auf die Zukunft des Flugverkehrs, zu der sich Kopatz verhält. Fücks hatte sich optimistisch gezeigt, durch technische Innovationen trotz des massiv steigenden Flugaufkommens zu absoluten Verbrauchs- und Emissionssenkungen zu kommen. Im Gegensatz dazu hält es Kopatz für unrealistisch, durch technische Innovationen bei den gleichzeitig prognostizierten Wachstumsraten des Flugverkehrs die erforderlichen CO₂-Einsparungen zu erreichen. Erforderlich sei deshalb eine Begrenzung des Flugaufkommens auf dem gegenwärtigen Niveau (2018, 44f).

In dieser ersten Argumentationslinie zeigen sich die drei Denker prinzipiell skeptisch gegenüber zukünftigem Wirtschaftswachstum. Bei Kopatz findet sich eine zweite, etwas abweichende Argumentationslinie, die an Eppler erinnert. Demnach sei nicht abzusehen, ob die Wirtschaft innerhalb politisch eingezogener ökologischer Grenzen weiterwächst, stagniert oder schrumpft. Aufgrund dieser Unsicherheit ergibt sich die Notwendigkeit, Wirtschaft und Gesellschaft unabhängig von Wirtschaftswachstum zu gestalten. Ein mögliches Wirtschaftswachstum dürfe nur noch mögliche Resultante, aber kein Selbstzweck mehr sein (2018, 44, 281, 366).³²⁹ Das Ergebnis ist in beiden Argumentationslinien ähnlich: Wirtschaft und Gesellschaft müssen von Strukturen, Institutionen und kulturellen Prägungen, die auf fortwährendes Wirtschaftswachstum gerichtet sind, befreit werden.

Neben der Skepsis bzw. Ungewissheit bezüglich der ökologischen Machbarkeit halten die Autoren weiteres Wachstum in den reichen Industrienationen nicht für wünschenswert. Erstens wird als zentraler Punkt angeführt, dass es keinen Zusammenhang mehr zwischen steigendem BIP und der Lebenszufriedenheit der Menschen gebe. Vielmehr würde Letztere oberhalb eines Einkommensniveaus, auf dem die materiellen Grundbedürfnisse gedeckt sind, in erster Linie von nicht-materiellen Faktoren wie Gesundheit, Genussfähigkeit, Freundschaft, Gemeinschaft oder sinnhafter Betätigung, nicht aber von materieller Steigerung abhängen. In der „Überflusgesellschaft“ (Kopatz 2018, 28; S 2019, 70) ist also aus Sicht der Autoren kein weiteres Wirtschaftswachstum für die Steigerung der Lebensqualität

329 Mit Petschow et al. lässt sich diese Position als „vorsorgende Postwachstumsposition“ bezeichnen. Demnach sind Postwachstumspolitikern erforderlich, weil nicht zu bestimmen ist, ob weiteres Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen möglich ist. (2018, 42ff)

erforderlich.³³⁰ Vielmehr zeigen sich aus ihrer Sicht bereits negative Folgen der starken Wachstumsorientierung. Dies bezieht sich erstens auf die negativen Folgen eines zu hohen materiellen Wohlstandsniveaus, das oft eher Ballast darstelle und von anderen nicht-materiellen Wohlstandsgütern ablenke. (Loske 2011, 7ff; 2015, 14; Schneidewind 2019, 60f, 176f, 183; Schneidewind/Zahrnt 2013, 33, 118; Kopatz 2018, 28, 31, 257f, 273f, 363)

Zweitens geht eine auf Wachstum fokussierte Gesellschaft aus ihrer Perspektive mit einer konsumistischen Alltagskultur einher, in der sich das Bestreben der Individuen maßgeblich auf materielle Steigerung fokussiert (vgl. vertiefend Kap. 13.1.1.2). Dieser materialistische Fokus wiederum halte von der Befriedigung wichtiger nicht-materieller Bedürfnisse ab. Zugleich setze er voraus, große Teile der eigenen Lebenszeit in immer anspruchsvoller werdende Erwerbsarbeit zu investieren, was wiederum die Zeit für die Befriedigung anderweitiger Bedürfnisse mindert. (Schneidewind 2019, 175f, 365; Schneidewind/Zahrnt 2013, 15f; Loske 2011, 8; Kopatz 2018, 272ff)

Drittens und damit zusammenhängend führe der Steigerungsdrang von Wirtschaft und Konsumenten zu einer auf fortwährende Rationalisierung und Beschleunigung fokussierten Arbeitswelt. Diese gehe mit einem Zwang zu individueller Beschleunigung und Selbstoptimierung einher, was wiederum negative gesellschaftliche und individualpsychologische Folgen wie die Zunahme von Stress, Depressionen und Burn-Out zur Folge habe. (Schneidewind 2019, 87ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 13, 16; Loske 2015, 187; 2011, 8; Kopatz 2018, 272, 274ff)

Neben die ökologische Wachstumskritik tritt somit, wie bereits bei den wachstumskritischen Denkern der ersten Zeitphase, eine soziale Wachstumskritik, nach der weiteres Wirtschaftswachstum bzw. die gesellschaftliche Wachstumsorientierung kollektivem und individuellem Wohlergehen eher ab- als zuträglich sind.³³¹

Zuletzt ist auf die Wachstumsabhängigkeit wichtiger gesellschaftlicher Bereiche (z.B. Sozialstaat, Arbeitsmarkt, Schuldentilgung) einzugehen, die v.a. bei Fücks als Argument für weiteres Wachstum ins Feld geführt werden. Diese Wachstumsabhängigkeiten erkennen die hier behandelten wachstumskritischeren Autoren zwar an, sehen diese aber in Anbetracht der

330 Die Autoren verweisen diesbezüglich auch auf die Erkenntnisse der Glücksforschung (Loske 2011, 7f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 33-36; Kopatz 2018, 273f).

331 Statt auf weiteres Wachstum sei für die Steigerung des gesellschaftlichen Wohlergehens und der Lebenszufriedenheit der Menschen primär auf eine gerechtere Verteilung des materiellen Reichtums zu fokussieren (Schneidewind/Zahrnt 2013, 47f; Loske 2011, 8f; Kopatz 2018, 28, 363).

ökologischen Unverträglichkeit und der ausbleibenden Wohlfahrtseffekte des Wachstums nicht als Argumente für weiteres Wachstum, sondern als zu reformierende Transformationshindernisse. (Kopatz 2018, 42f; Schneidewind 2019, 81f; Loske 2011, 17ff)

In der Summe ergibt sich für Loske, Schneidewind und Kopatz ein anderer wachstumspolitischer Imperativ als in der Perspektive des grünen Wachstums. Demnach gilt es einerseits die Treiber, die einen gesellschaftlichen und politischen Fokus auf Wirtschaftswachstum zeitigen, zu adressieren. Andererseits sind Wirtschaft und Gesellschaft so umzugestalten, dass sie in ihrer Stabilität nicht mehr von fortwährendem Wirtschaftswachstum abhängen. Die drei Denker sind der Überzeugung, dass auf Wachstum angelegte Institutionen und Lebensstile nicht zukunftsfähig sind (zum ges. Absatz bis hierher Kopatz 2018, 45f, 281, 284; Loske 2011, 17ff; 2015, 34f, 43; Schneidewind 2019, 453; Schneidewind/Zahrnt 2013, 8, 51f, 145). Somit geht es mit Schneidewind/Zahrnt darum, Wege aus der Krise jenseits des grünen Wachstums zu suchen (2013, 8). Ziel ist dabei, wie Schneidewind im Rückgriff auf Welzer formuliert, die gesellschaftlichen Errungenschaften der Moderne wie insbesondere Freiheit, persönlich Entfaltung, Frieden und Gerechtigkeit zu erhalten, ohne auf immer weiteres materielles Wachstum angewiesen zu sein (2019, 453f). Entsprechend fordert Loske eine gute Gesellschaft ohne Wachstumszwang (2012, 66).

13.1.1.2 Gemeinsame Grundzüge der Krisenbegründung

Ausgehend von dieser wachstumskritischen Positionierung lässt sich eine weitreichendere Krisenbegründung rekonstruieren als bei den Autoren des grünen Wachstums. Wie diese sehen Kopatz, Loske und Schneidewind eine wichtige Ursache der ökologischen Krise in der Qualität des bisherigen Wachstums, das maßgeblich auf einer fossilen Ressourcenbasis und auf ökologisch ineffizienten Produktionsprozessen beruht. Dies wird nicht von allen Autoren expliziert, kommt aber deutlich zum Tragen, wenn sie in ihren Alternativentwürfen Effizienz- und Konsistenzstrategien eine zentrale Rolle im Transformationsprozess zuweisen (Loske 2011, 15; 2015, 41f, 102f; Kopatz 2018, 18, 381f; Schneidewind 2019, 55-59, 78, 150f, 347ff). Beispielsweise legt Loske dar, dass man für die Zukunft des Planeten nur schwarzsehen könne, wenn keine umfassende Transformation der technologischen Produktionsbasis erfolge (2011, 15). Dabei gilt auch für die hier behandelten Autoren, dass dieser sorglose Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen als maßgebliche Folge einer unzureichenden ökologischen Rahmung

der Marktwirtschaft verstanden wird. Diese unzureichende Rahmung ermöglicht aus ihrer Sicht die Externalisierung ökologischer Folgekosten und lässt somit die Übernutzung natürlicher Ressourcen als wirtschaftlich rational erscheinen (Schneidewind/Zahrnt 2013, 43f; Schneidewind 2019, 90, 96ff; Loske 2015, 41f, 102f, 130f, 135-138, 141-148; Kopatz 2018, 368ff). Paradigmatisch bemerkt Kopatz, dass Märkte sich so entwickeln, wie es die Rahmenbedingungen vorgeben: Wenn diese beispielsweise die wahren Kosten von globalem Warentransport nicht abbilden, entstehe ein falscher Anreiz, weit verzweigte und transportintensive Produktionsketten aufzubauen, deren negative Folgekosten z.B. in Form eines hohen CO₂-Ausstoßes externalisiert werden (2018, 15f). Im Zuge dieser falschen Anreizstrukturen weisen die Autoren auch auf das Problem umweltschädlicher Subventionen hin (ebd., 352, 367f; Loske 2015, 138f).

Die Wurzeln der Wachstumsdynamik

Doch ist die Problematisierung der Qualität des Wachstums aus Sicht der hier behandelten Denker nicht hinreichend. Vielmehr ist andererseits auch das Wachstumsstreben an sich zu hinterfragen, woraus sich die Frage ergibt, was die tieferen Ursachen und Treiber der Steigerungslogik sind? Diesbezüglich kann, wie bereits für die wachstumskritischen Positionen der ersten Zeitphase, analytisch zwischen strukturell-institutionellen und kulturellen Wachstumstreibern unterschieden werden.

Bezüglich der strukturellen Wurzeln werden auf Akteurebene zwei maßgebliche Akteursgruppen angesprochen, die, angetrieben von spezifischen strukturellen Gegebenheiten, den Wachstumsprozess befördern: der Staat und die Unternehmen. Im Hinblick auf die Unternehmen teilen die Autoren die Diagnose eines systematischen Wachstumszwangs durch das gegebene ökonomische System. Demnach haben Unternehmen in der wettbewerbsbasierten Marktwirtschaft einen strukturellen Anreiz auf Wachstum abzielen, da dies wichtige Grundlage für Investitionen ist, die wiederum die Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten oder stärken sollen (Kopatz 2018, 23, 31ff, 35f, 325; Loske 2011, 30-34; 2015, 34f, 179f; Schneidewind 2019, 42, 76, 453).³³² Daraus leiten die Denker, anders als die Systemwech-

332 Auch an anderen Stellen klingt durchaus eine grundlegende Systemkritik an. Für Schneidewind ist die Akkumulation ein zentrales Prinzip des Kapitalismus, wonach nur ökonomischer Erfolg die Grundlage für die Vergrößerung des Kapitalstocks und damit die Voraussetzung für neue ökonomische Aktivität schaffe (2019, 76). Außerdem konstatiert er, dass im Kapitalismus individuelles Streben nach Gewinn

sel-Positionen, aber keine generelle Absage an den auf Privateigentum an Produktionsmitteln und Wettbewerb basierenden Kapitalismus ab. Diesen gilt es zwar einzuschränken, aber nicht grundlegend zu überwinden (Kap. 13.1.2). Vielmehr fokussieren sie auf spezifischere Wachstumstreiber, welche den Wachstumsdruck auf die Unternehmen verstärken.³³³

Erstens werden die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte und die damit einhergehende starke Globalisierung problematisiert, welche den Wettbewerb und damit den Wachstumsdruck auf Unternehmen verstärken (Kopatz 2018, 16, 23, 35f; Loske 2015, 32-35).

Als zweiter damit verbundener Aspekt führen liberalisierte Finanzmärkte aus Sicht der drei Denker zu einem zusätzlichen Wachstumsdruck auf die Realwirtschaft. Grundsätzlich erlege die Gewinnerwartung von Anlegern Unternehmen einen Wachstumsdruck auf. Dieser Wachstumsdruck habe sich durch die seit den 1980er-Jahren erfolgte Liberalisierung und Globalisierung des Kapitalverkehrs zunehmend intensiviert.³³⁴ Heutzutage sei Kapital global mobil und werde dort investiert, wo die besten bzw. höchsten Wachstumsaussichten zu erwarten sind. Nur wenn Unternehmen hohe Wachstumsraten in Aussicht stellen, seien sie attraktiv für Anleger. (Kopatz 2018, 31ff; Schneidewind 2019, 410-414; Loske 2011, 33, 54)

Im Zusammenhang mit der Problematisierung der Finanz- und Kapitalmärkte sehen die Autoren drittens das gegenwärtige Geldsystem, in dem Privatbanken durch Kreditvergabe Geld schöpfen, auf das dann wiederum Zinsen anfallen, als wichtigen Wachstumstreiber. In diesem Geldsystem sucht, wie Loske es ausdrückt, eine enorme Menge an geschöpftem Buchgeld eine profitable Verwendung. Die Kreditnehmer, und damit die Unternehmen, müssten dann Tilgung, Zinsen und Gewinne erwirtschaften, was

und Maximierung des Eigennutzes dominiere (ebd., 71). Entsprechend sieht Kopatz die expansive Dynamik in den Industriegesellschaften als Folge des Gewinnstrebens des Kapitals (2018, 55). Diese Passagen erinnern an die Argumentation der antikapitalistischen Systemwechsel-Denker, die daraus die Unvereinbarkeit des Kapitalismus mit ökologischer Nachhaltigkeit schlussfolgern. Eben dieser prinzipielle Schluss findet sich bei den hier behandelten Denkern nicht.

333 Als Auswüchse des Wachstumsstrebens unter Konkurrenzbedingungen werden u.a. Preisdumping, geplante Obsoleszenz, die Unterwanderung von (Umwelt-)Standards sowie die Werbeflut problematisiert (Schneidewind/Zahrnt 2013, 138; Schneidewind 2019, 185; Kopatz 2018, 16, 58ff, 162-166; Loske 2011, 23f; 2015, 121).

334 Kopatz nennt als Beispiel für solche Liberalisierungsschritte die deutlich schwächere nationale Kontrolle von Anlageprodukten und Finanzmarktakteuren, die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen oder die Aufhebung der Trennung von Kreditgeschäft und Investmentbanking bei Banken (2018, 31).

einem starken Wachstumsdruck gleichkomme.³³⁵ (Kopatz 2018, 27, 361; Schneidewind 2019, 81f; Loske 2011, 52; 2012, 71)

Viertens wird die Unternehmensform als wichtiger Faktor für die Wachstumsorientierung von Unternehmen gesehen. Demnach sei der (kurzfristig ausgerichtete) Wachstumsfokus bei shareholder-orientierten Unternehmen wie insbesondere Aktiengesellschaften besonders ausgeprägt und systematisch in ihrer Struktur angelegt. Für Loske, und angedeutet bei Kopatz, spielt auch die Größe der Unternehmen eine Rolle, wobei große Unternehmen eine stärkere Orientierung an Wachstums-, Gewinn- und Anlegerinteressen aufweisen würden. (Loske 2011, 33ff; 2012, 68; 2015, 13, 176, 179ff; Kopatz 2018, 33f, 325-331; Schneidewind 2019, 383-388).

Fünftens wird jenseits der einzelnen Unternehmen die starke Arbeitsteilung problematisiert. Wenn jedes Unternehmen unter Wachstumsdruck steht, so die Argumentation, folgt in einer stark arbeitsteiligen Wirtschaft, dass auf jeder Stufe der Produktionskette Gewinne und Wachstum erzielt werden müssen. Damit nimmt der akkumulierte Wachstumsdruck mit steigender Arbeitsteilung zu. (Kopatz 2018, 339f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 57)

Neben den Unternehmen ist der Staat aus Sicht der Autoren maßgeblicher Treiber der Wachstumsdynamik, weil viele elementare gesellschaftliche Bereiche vom Wirtschaftswachstum abhängig sind. Als solche Wachstumsabhängigkeiten werden, in Übereinstimmung mit den Autoren des grünen Wachstums, vor allem die Aufrechterhaltung der sozialen Sicherungssysteme sowie generell Umverteilungsmöglichkeiten, die Stabilisierung des Arbeitsmarktes bei steigender Arbeitsproduktivität sowie die Eindämmung bzw. Reduzierung der Staatsverschuldung beschrieben. Als weitere Abhängigkeiten werden von einzelnen Denkern die demokratische Stabilität und die volkswirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit besprochen. In der Summe folge aus diesen Abhängigkeiten ein starker politischer Fokus auf Wirtschaftswachstum, was sich in vielfältigen politischen Maßnahmen zur Förderung von Wirtschaftswachstum äußere. Kopatz und Schneidewind setzen hinzu, dass diese Wachstumsorientierung die gesamte etablierte Parteienlandschaft kennzeichne. (Loske 2015, 34f; 2011, 25f, 55f; Kopatz 2018, 37f, 40ff, 243; Schneidewind/Zahrnt 2013, 36, 124ff, 141f; Schneidewind 2019, 82)

335 Inwiefern die Diagnose eines aus dem Geldsystem folgenden Wachstumszwanges tatsächlich zutrifft, ist in der wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur umstritten. Prominent begründet wurde dieser Zusammenhang von Binswanger (v.a. 2006), auf den sich z.B. auch Loske (2011, 52; 2015, 190) und Schneidewind (2019, 81f) berufen. Binswangers Befund wird jedoch infrage gestellt, siehe z.B. Petschow et al. 2018, 98.

Abgesehen von den strukturellen Aspekten thematisieren die Autoren auch kulturelle Wachstumstreiber. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Problematisierung der aus ihrer Sicht auf materielle Steigerung fokussierten Alltagskultur und dem damit einhergehenden Konsumismus, der mit den planetaren Grenzen dauerhaft nicht vereinbar sei (Schneidewind/Zahrnt 2013, 130ff; Kopatz 2018, 55f, 257f, 346f; Loske 2015, 13, 121, 187; 2011, 7, 24). Loske spricht von einer „konsumorientierten Leitkultur“ (2011, 24), in der, wie Schneidewind/Zahrnt bemerken, viele Menschen „dem Glücksversprechen der Konsumwelt“ hinterherlaufen (2013, 132). Der Konsument, so Kopatz, könne anscheinend nie genug haben und ließe sich leicht verführen (2018, 55). An anderer Stelle konstatiert er eine „Verschwendungssucht“, die es zu therapieren gelte (2018, 386). Damit lässt sich bereits an dieser Stelle festhalten: Anders als die Autoren des grünen Wachstums sehen die hier behandelten Autoren keine Lösung der ökologischen Krise im vorherrschenden Kulturmodell. Vielmehr müssen die Kultur und damit auch Werteordnungen und Bedürfnisstrukturen problematisiert werden.

Woher aber rührt die starke Konsumorientierung? Dabei ist zwischen drei Argumentationslinien zu unterscheiden. Zum einen gingen mit der Konsumkultur entsprechende soziale Anerkennungsmechanismen einher, wonach sozialer Status vorwiegend über Besitz und Konsumgüter ausgedrückt wird. Dies führe in eine Statustretmühle, die kein „genug“ kenne. Dieser Konkurrenzkampf um sozialen Status treibe die Wachstumsdynamik maßgeblich mit an. In diesem Zusammenhang beschreibt Loske auch soziale Ungleichheit und starke gesellschaftliche Hierarchien als Wachstumstreiber, da diese ein ständiges mimetisches Begehren nach dem Status der Oberen befeure. In dieser ersten Argumentationslinie ist der Konsumismus Ausdruck von Statusstreben. (Schneidewind 2019, 76f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 130, 133; Kopatz 2018, 55f, 258; Loske 2011, 8f; 2015, 202f)

Dies kann jedoch noch nicht erklären, wo die Konsumkultur selbst ihren Ursprung hat. Im Zuge dessen beschreiben die Autoren zum Zweiten einen kausalen Zusammenhang zwischen expansiver Konsumkultur und wachstumsfokussierter Ökonomie. Zentrale Wurzel der Konsumkultur ist demnach die Wirtschaft, deren Expansionsdrang sich insbesondere durch omnipräsente Werbung in immer neue materielle Bedürfnisse übersetzt (Kopatz 2018, 58-61, 175, 257; Loske 2011, 23f; 2015, 13, 121; Schneidewind 2019, 70). Wie Loske formuliert, sind „die wachstumsgetriebene Innovationsbeschleunigung auf der Angebotsseite und der Hunger auf Neues auf der Nachfrageseite sehr eng verwoben“, wobei die „allgegenwärtige

Werbung“ die „Brücke zwischen diesen beiden Welten“ bilde (2015, 121). Entsprechend werde, so Loske an anderer Stelle, „hart an der Produktion immer neuer Bedürfnisse gearbeitet“ (2011, 57). Kopatz (2018, 58ff) und Loske (2011, 23f) geben einhellig zu bedenken, dass bereits Kinder durch manipulative Werbung auf Überkonsum konditioniert würden. Aus dieser Perspektive besteht also eine direkte Verbindung zwischen dem Wachstumsdruck der Wirtschaft und der Konsumkultur. Die konsumorientierten Bedürfnisstrukturen werden maßgeblich durch intentional gesetzte äußere Anreize geformt.

Eine dritte Quelle der Konsumorientierung lässt sich mit dem Stichwort des kompensatorischen Konsums fassen. Nach Loske versuchen Individuen durch Konsum anderweitige, in der Gegenwartsgesellschaft frustrierte Bedürfnisse z.B. nach sinnstiftender Tätigkeit oder sozialer Gemeinschaft zu kompensieren (2011, 8). Etwas anders gelagert ist die Argumentation bei Schneidewind. Er legt dar, dass die Teilhabe an der Konsumgesellschaft als Kompensation bzw. Belohnung für die zunehmenden Leistungserfordernisse in der auf fortwährende Optimierung und Beschleunigung fokussierten Arbeitswelt gesehen werden (2019, 89). In beiden Fällen ist die Konsumorientierung wiederum nicht authentisches Bedürfnis, sondern induziert durch spezifische gesellschaftliche Verhältnisse.

Das staatliche Handlungsdefizit

Abschließend ist die Frage zu stellen, warum der Staat aus Sicht der drei Denker bisher keine ausreichenden politischen Antworten auf die ökologische Krise gegeben hat. Dafür lassen sich aus den Beiträgen der Autoren verschiedene Begründungslinien rekonstruieren, wobei sich deutliche Überschneidungen zu den Denkern des grünen Wachstums zeigen.

Eine erste Ursache wurde oben mit dem aus den genannten Wachstumsabhängigkeiten folgenden Wachstumsstreben des Staates bzw. der politischen Entscheidungsträger bereits thematisiert. Ein solcher politischer Wachstumsfokus führe u.a. dazu, dass keine wachstumsgefährdenden Regelungen getroffen werden und ökologisch unverträgliche Branchen weiter subventioniert werden, solange sie Wachstum versprechen. Hier klingt das auch bei Jänicke, von Weizsäcker und Eppler vorgetragene Argument an, dass ein Politikfokus auf möglichst hohes Wirtschaftswachstum den Blick auf die erforderlichen Nachhaltigkeitspolitiken verstellt. (Kopatz 2018, 40f; Schneidewind 2019, 82; Schneidewind/Zahrnt 2013, 36f, 142; Loske 2011, 55f)

Als zweites wichtiges Hindernis für ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik wird Lobbyismus beschrieben. Demnach sind die Potenziale zur Einflussnahme auf die politischen Entscheidungsprozesse sehr ungleich zugunsten mächtiger Wirtschaftsinteressen verteilt, weswegen sich politische Entscheidungen häufig an diesen Interessen orientieren.³³⁶ (Kopatz 2018, 46ff, 50-53, 354f, 383; Schneidewind 2019, 332, 337f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 100; Loske 2015, 232, 234)

Drittens findet sich bei Kopatz und insbesondere Loske eine grundsätzliche Problematisierung des bestehenden demokratischen Institutionengefüges. Während Kopatz lediglich an einer Stelle darauf hinweist, dass tiefgreifende bzw. einschneidende Veränderungen im Umwelt- und Klimaschutz von den politischen Entscheidungsträgern nicht angegangen werden, weil sie ihre Wiederwahl nicht gefährden wollen (2018, 62), setzt sich Loske konkreter mit diesem Aspekt der Kurzsichtigkeit der Demokratie auseinander. Er konstatiert eine strukturelle Kurzfristorientierung demokratischer Politik, die maximal in der Perspektive von Legislaturperioden denke, was den langfristig auszurichtenden Nachhaltigkeitserfordernissen widerspreche. Es gelinge im Rahmen des derzeitigen Institutionensystems bei weitem nicht, Zukunftsinteressen angemessen zu berücksichtigen. Vielmehr seien diese z.B. durch den Deutschen Nachhaltigkeitsrat, den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung oder den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung nur schwach im politischen System der BRD verankert. Hinzu komme eine Zersplitterung der Zuständigkeiten, sodass die Kompetenzen im Bereich Nachhaltigkeitspolitik auf viele verschiedene Ressorts verteilt seien. (Zum ges. Absatz 2015, 13, 232-235)

Auf internationaler bzw. globaler Ebene wird viertens die schwache Stellung des Nationalstaats gegenüber dem global mobilen Kapital im „neoliberalen Zeitalter“ (Loske 2015, 33) als zentrales Hindernis thematisiert.³³⁷ Da Letzteres jederzeit mit Abwanderung drohen könne, habe sich die Politik mehr und mehr an Kapitalinteressen ausgerichtet. In diesem Zusammenhang wird auch der massive Standortwettbewerb zwischen den Staaten problematisiert. Im Zuge dessen findet sich bei Kopatz auch die bereits durch von Weizsäcker vorgetragene Kritik an der starken internationalen Freihand-

336 Dies vertiefend gibt Schneidewind zu bedenken, dass es oft Bündnisse zwischen Regierungen und Schlüsselindustrien gebe, die dann im Namen der nationalen Wettbewerbsfähigkeit eine Nachhaltigkeitswende ausbremsen (2019, 362).

337 Bei Loske (2015, 32ff) und Kopatz (2018, 21f) verbindet sich dies mit einer generellen Kritik am neoliberalen Dogma des schwachen Staates, wonach sich dieser aus den marktwirtschaftlichen Prozessen weitgehend heraushalten soll.

delsorientierung, die sich z.B. in immer mehr Freihandelsabkommen oder den auf Freihandel fokussierten Regelungen der WTO niederschlägt und einer ambitionierten Umweltpolitik auf nationaler Ebene ebenfalls im Wege stehe. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 32; Schneidewind 2019, 362; Loske 2015, 32ff; Kopatz 2018, 28ff, 37f)

13.1.2 Alternativentwurf: Effizienzrevolution und Postwachstumspolitiken

Die Krisenanalyse, die einerseits die Qualität des ökonomischen Wachstums, gleichzeitig aber das Wachstum an sich problematisiert, drückt sich entsprechend in den Alternativentwürfen aus. Wie in der Perspektive des grünen Wachstums wird ein ökologischer Umbau der technologischen Basis im Sinne von Effizienz und Konsistenz als Voraussetzung für einen Weg zu ökologischer Nachhaltigkeit beschrieben (Kap. 13.1.2.1). Gleichzeitig, dies markiert den zentralen Unterschied zu den Alternativentwürfen von Fücks, Jänicke und von Weizsäcker, bedarf es der Überwindung bzw. gezielten Einhegung der Wachstumsdynamik durch Postwachstumspolitiken (Kap. 13.1.2.2). Loske spricht von einer „Doppelstrategie aus ökologischer Modernisierung und der Reduzierung von Wachstumszwängen“ (2012, 64, entspr. 29f). Entsprechend soll auch Kopatz' Ansatz zu einer „Koevolution von Technik und Kultur, von Effizienz und Suffizienz“ führen (2018, 382; ähnlich Schneidewind 2019, 55f, 59f, 64, 78, 81, 130). Jenseits dieser beiden Stoßrichtungen werden in den untersuchten Beiträgen als drittes Handlungsfeld Veränderungen am politischen System gefordert, die dessen ökologische Leistungsfähigkeit steigern sollen (Kap. 13.1.2.3).

13.1.2.1 Effizienzrevolution und Umbau der Produktionsprozesse

Der ökologische Umbau der Produktionsprozesse nach dem Leitbild der Ressourceneffizienz und Umweltverträglichkeit stellt für die drei Denker ein zentrales Handlungsfeld ökologischer Politik dar. Wie Loske vorgibt, bedarf es „einer Transformation der menschgemachten Technologie [...], um unseren deutlich zu hohen Nutzungsdruck auf die natürlichen Lebensgrundlagen zu reduzieren“ (2011, 15). Erforderlich sei eine „radikale Verbesserung der Effizienz bei der Nutzung von Energie, Ressourcen und Flächen, weil nur so überhaupt ein anständiges und ökologisch einigermaßen verträgliches Leben für heute sieben und Mitte des Jahrhunderts neun bis zehn Milliarden Menschen denkbar und möglich“ sein wird (2015, 41f).

Entsprechend plädieren Loske (2015, 102) und Schneidewind (2019, 56) in expliziter Anlehnung an von Weizsäcker für eine „Effizienzrevolution“. Sowohl bezüglich der Zielrichtung als auch der politischen Initiierung dieser Effizienzrevolution zeigen sich sehr weitreichende Überschneidungen zu den Exponenten des ökologischen Kapitalismus. Die Zielrichtung des Umbaus besteht v.a. in der Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz, der Substitution nicht erneuerbarer durch erneuerbare Energien, der möglichst geschlossenen Kreislaufführung von Ressourcen, der Reduktion von umweltschädlichen Emissionen sowie der Bioökonomie. Umgesetzt werden soll dies, indem die produktive und innovative Kraft der Marktwirtschaft durch eine veränderte Rahmensetzung auf ökologische Ziele gerichtet wird. (Zum ges. Absatz Loske 2011, 30f; 2012, 64; 2015, 43, 130, 159f; Kopatz 2018, 21f, 25f, 381f; Schneidewind 2019, 56-59, 73, 97; Schneidewind/Zahrnt 2013, 43f)

Auch die konkreten Instrumente sind weitgehend deckungsgleich zu Fücks, Jänicke und von Weizsäcker (Loske 2012, 64, 70; 2015, 42, 102f, 106f, 132f, 136-139, 141-160, 189, 208; Kopatz 2018, 116-121, 146ff, 167f, 181, 195f, 364, 367-371; Schneidewind/Zahrnt 2013, 43f, 64f, 77, 107-110, 138; Schneidewind 2019, 58f, 89, 97f, 153, 348f, 354f):

- Schwerpunktsetzung auf ökonomische Instrumente, die für die Internalisierung externer Folgekosten sorgen (ökologische Steuerreform, Emissionshandel)³³⁸

338 Analog zu den Autoren des grünen Wachstums wird die langfristig angelegte und schrittweise Anhebung der Preise bzw. Steuern angemahnt, sodass Investitionssicherheit gewährleistet wird (Loske 2015, 146; Kopatz 2018, 371). Wie bei Fücks, Jänicke und von Weizsäcker sollen die Preisanstiege für Ressourcenverbrauch an die durch Innovationen realisierten Effizienzgewinne geknüpft werden, da dadurch die Wirkung von Rebound-Effekten eingedämmt werden könne (Kopatz 2018, 371; Loske 2012, 30; Schneidewind 2019, 58). Anzustreben sei eine international harmonisierte Einführung dieser Instrumente, wobei aufgrund zu erwartender Schwierigkeiten in der Durchsetzung eine Koalition der Willigen vorzugehen sollte (Loske 2015, 156f; Schneidewind 2019, 358ff; Kopatz 2018, 371). Mit Blick auf die Verwendungsseite strebt Kopatz die Reinvestition der Mittel in Umweltschutzmaßnahmen an. Loske hingegen plädiert für den sogenannten Öko-Bonus-Ansatz, der versucht ökologische Ziele und Gerechtigkeitsziele zu verbinden. Demnach werden die Einnahmen aus Ökosteuern als Öko-Bonus bzw. ökologisches Grundeinkommen, das wiederum Teil eines bedingungslosen Grundeinkommens sein kann, gleichmäßig auf die Bürgerschaft verteilt, was mit einer faktischen Umverteilung zugunsten einkommensschwacher (und dadurch gleichzeitig weniger ressourcenintensiver) Haushalte einhergehen soll (2015, 141-145).

- Abbau umweltschädlicher Subventionen, was sowohl direkte Subventionen wie auch sogenannte Schattensubventionen wie z.B. Pendlerpauschale oder Dienstwagenprivileg betrifft
- Ordnungsrechtliche Instrumente wie v.a.:
 - (Dynamische) Effizienz- und Emissionsstandards (z.B. für Autos, Gebäude oder Elektrogeräte)
 - Verschärfte Produkthaftung, längere Garantiezeiten und Rücknahmepflichten zur Neuausrichtung der Produktion auf Langlebigkeit, Wiederverwendbarkeit und Reparaturfähigkeit
 - Verschärfung des Umwelthaftungsrechts bis hin zu einer Erweiterung des Wettbewerbsrechtes um ein Externalisierungsverbot
- Informationelle Instrumente zur Gewährleistung einer transparenten Produktkennzeichnung
- Ökologische Ausrichtung des Beschaffungswesens

Für die erforderliche Internationalisierung der beschriebenen Politik hoffen die Autoren auf Pionierallianzen, die mit ambitionierten Regelungen vorweggehen, als Vorbild fungieren und den Prozess dadurch beschleunigen (Schneidewind 2019, 356-359; Loske 2011, 46; 2015, 156). Ein Sonderweg auf der Instrumentenebene ist bei Kopatz zu konstatieren. Anders als die Exponenten des grünen Kapitalismus sowie Loske und Schneidewind, liegt bei ihm der Schwerpunkt auf einem dynamischen und detaillierten Ordnungsrecht, während er sich kritisch gegenüber ökonomischen umweltpolitischen Instrumenten zeigt. Als Vorzüge des Ordnungsrechts nennt er einerseits eine einfachere Durchsetzbarkeit, da sich Standards nicht unmittelbar im Budget der privaten Haushalte bemerkbar machen würden und sich weniger leicht als sozial unverträglich ablehnen ließen. Andererseits hält er eine Regulierung über Standards für sozial gerechter, da alle, unabhängig von ihrem Einkommen, gleichermaßen betroffen sind. Demgegenüber würden z.B. Öko-Steuern schwächere Einkommen tendenziell stärker belasten. Besonders kritisch bewertet Kopatz das Instrument des Emissionshandels, das sehr betrugsanfällig und in der konkreten Ausgestaltung fehleranfällig sei (2018, 97, 369f, 372f).

Die Gegenposition findet sich bei Loske, der die Überlegenheit ökonomischer Instrumente hervorhebt. Als Vorteile sieht er v.a., dass mit ökonomischen Instrumenten ökologische Erwägungen ins rationale Kalkül der Wirtschaftsakteure internalisiert werden, sodass diese ein Eigeninteresse an grünen Innovationen entwickeln. Ein weiterer Vorzug sei, dass ökonomische Instrumente eine im Vergleich zu ordnungsrechtlichen Regelungen

stärkere und kontinuierliche Innovationsdynamik auslösen können, da letztere Gefahr laufen, dem Stand der Technik hinterherzulaufen. Zudem könne eine ordnungsrechtliche Detailsteuerung eine Überforderung des Staates bedeuten, da dazu ein enormes Wissen erforderlich sei, das nicht immer zur Verfügung stehe. Der Staat solle sich stattdessen auf wenige klare Eingriffe fokussieren. Außerdem sei der Bürokratieaufwand für die Unternehmen bei ökonomischen Instrumenten geringer, was insbesondere kleinen und mittelgroßen Unternehmen zugutekomme. Zuletzt garantierten die ökonomischen Instrumente die größtmögliche Handlungsfreiheit für die Wirtschaftsakteure, was wiederum förderlich für die Kreativität im Innovationsprozess sei (2015, 42, 157-161, 208). Wie oben deutlich wurde, sprechen diese unterschiedlichen Gewichtungen aus Sicht der jeweiligen Exponenten nicht prinzipiell gegen die jeweils anderen Instrumententypen. Vielmehr klingt jeweils ein Instrumentenmix mit verschiedener Schwerpunktsetzungen an.

Abschließend ist auf den Aspekt sozialer Innovationen einzugehen, deren Potenzial von den hier behandelten Autoren deutlich stärker betont wird als bei den Autoren des grünen Wachstums. Dabei liegt der Fokus an dieser Stelle auf der effizienzorientierten Dimension sozialer Innovationen. Loske legt dar, dass aus seiner Sicht soziale Innovationen ein mindestens gleich großes, eher größeres Lösungspotenzial haben als technische Innovationen (2011, 42f). Noch größer schätzt Schneidewind die Lösungskapazität sozialer gegenüber technischen Innovationen ein (Schneidewind in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 22:10-23:40, 35:30-38:05). In der effizienzorientierten Dimension geht es dabei in erster Linie um die gemeinschaftliche Nutzung von Gütern, Eigenproduktion, Wiederverwendung und Regionalisierung. Als Beispiele solcher Innovationen werden Gemeinschaftsgärten, Energiegenossenschaften, Solidarische Landwirtschaft, Buy-Local-Initiativen, Repair-Cafés, Maschinenringe in der Landwirtschaft, Urban Gardening, gemeinschaftliche Wohnformen, Tauschringe, Bauteilbörsen oder Second-Hand-Märkte genannt. Der Staat soll gezielte Maßnahmen zur Förderung dieser sozialen Innovationen vornehmen. Diese Förderung besteht z.B. aus steuerlichen Bevorzugungen, direkter finanzieller Förderung, Bereitstellung von Infrastrukturen bzw. gezielter infrastruktureller Bevorzugung gegenüber anderen Nutzungsformen, Unterstützung bei Öffentlichkeitsarbeit und Vermarktung sowie gezielter Akteursvernetzung. (Zum ges. Absatz Loske 2011, 41-44; 2012, 41f, 66; 2015, 31, 110-123, 129; Kopatz 2018, 205-208, 281f, 287-315; Schneidewind/Zahrnt 2013, 58-70, 111, 139f; 2019, 97, 104f)

13.1.2.2 Postwachstumspolitiken

Für Loske, Kopatz und Schneidewind können technologiefokussierte Effizienzstrategien aber nur dann einen substanziellen Lösungsbeitrag leisten, wenn gleichzeitig Abschied vom Wachstumsimperativ genommen wird, was wiederum eine entsprechend ausgerichtete Politik erfordert (Loske 2015, 43f, 64, 130; Kopatz 2018, 382; Schneidewind/Zahrnt 2013, 17-20, 51f; Schneidewind 2019, 56-60). Diesem Zweck dienen die im Folgenden behandelten Postwachstumspolitiken. Im Gegensatz zur Systemwechsel-Position beschreiben diese Postwachstumspolitiken aber keinen grundlegenden Bruch mit den Basisinstitutionen der gegebenen ökonomischen und politischen Ordnung. Insbesondere streben sie keine Überwindung des Kapitalismus an (Loske 2011, 30f; Kopatz 2018, 22; Schneidewind 2019, 478). Stattdessen geht es darum, die problematisierten strukturellen und kulturellen Wachstumstreiber und -abhängigkeiten reformerisch aufzuheben. Bei Kopatz und Schneidewind ist darüber hinaus eine unmittelbare staatliche Begrenzungspolitik in bestimmten Bereichen vorgesehen.

Einhegung strukturell-institutioneller Wachstumstreiber

In struktureller Hinsicht geht es den drei Denkern einerseits um eine Wirtschaftsordnung, die nicht mehr oder deutlich weniger durch materielle Wachstumszwänge geprägt ist (Loske 2012, 37, 54; Schneidewind 2019, 65ff, 81; Kopatz 2018, 340). Andererseits gilt es aus ihrer Sicht die Wachstumsabhängigkeiten abzubauen, die den Staat zum Zielfokus auf möglichst hohes wirtschaftliches Wachstum anhalten. Im Folgenden wird zunächst auf die Vorschläge zur angedachten Wirtschaftsordnung eingegangen. Diesbezüglich lassen sich fünf Ansatzpunkte zur Einhegung wirtschaftlicher Wachstumszwänge differenzieren:

Ein erster Ansatzpunkt zur Einhegung des Wachstumszwanges auf Unternehmensebene ist die gezielte Förderung von weniger wachstumsfokussierten Unternehmensformen. Als solche, potenziell weniger wachstumsfokussierte Unternehmensformen sehen die Autoren v.a. Genossenschaften, Stiftungen, Personengesellschaften, mittelständische Unternehmen, regional orientierte Unternehmen sowie öffentliche, insbesondere kommunale Unternehmen (Kopatz 2018, 281, 297f, 325-331; Loske 2011, 32, 35; 2012, 68; 2015, 179-183; Schneidewind 2019, 97, 380-391).³³⁹ Die angestrebte gezielte

339 Die Begründungen für die jeweiligen Unternehmenstypen variieren. Stellvertretend sei hier Loske angeführt, der diesbezüglich am ausführlichsten ist: In mittelstän-

Förderung umfasst z.B. steuerliche Begünstigungen, spezifische Förderprogramme und die explizite Ausrichtung der kommunalen Wirtschaftsförderung auf diese Unternehmensformen (Loske 2015, 181ff; Kopatz 2018, 281-345). Da für Loske auch die Größe der Unternehmen eine Rolle spielt, hält er v.a. kleine und mittlere Unternehmen für förderungswürdig und plädiert gleichzeitig für eine strenge Wettbewerbs- und Kartellkontrolle zur Verhinderung zu starker Marktmacht (2015, 174-179; 2011, 35). Neben der gezielten Förderung spezifischer Unternehmensformen merkt Loske eine Reformierung der Rechtsform von Kapitalgesellschaften mit dem Ziel der Linderung des Gewinn- und Wachstumsdruckes an, was aber nicht konkretisiert wird (2011, 35). Einen weiteren potenziellen Ansatzpunkt sieht er darin, wo immer möglich, Kapitalgesellschaften in Stiftungsunternehmen zu überführen (ebd.). Auch hier wird die politische Ausgestaltung nicht konkretisiert. Zuletzt wird die Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge angemahnt, da in diesen Bereichen eine unternehmerische Gewinn- und Wachstumsfokussierung prinzipiell nicht mit Gemeinwohlerfordernissen kompatibel sei (Kopatz 2018, 327f; Loske 2015, 182; 2011, 46ff).

Als zweiten Ansatzpunkt fordern Loske und Kopatz, unabhängig von der Unternehmensform, eine erweiterte Form der Unternehmensbilanzierung. Dies soll zu einer Veränderung bzw. Erweiterung unternehmerischer Erfolgsparameter jenseits der Gewinn- und Wachstumsorientierung beitragen. Beide knüpfen dabei affirmativ an die maßgeblich von Christian Felber etablierte Idee der Gemeinwohlbilanzierung an. Demnach sollen Unternehmen zukünftig neben der konventionellen Bilanz eine Gemeinwohlbilanz veröffentlichen, die standardisiert Auskunft über die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Unternehmens gibt.³⁴⁰ (Loske 2015, 183f; Kopatz 2018, 288)

dischen Unternehmen, Familienunternehmen und Personengesellschaften sei die Bindung der Kapitalgeber wesentlich stärker und die Loyalität der Anteilseigner größer. Genossenschaften und Stiftungsunternehmen seien durch ihre Ausrichtung auf einen genossenschaftlichen Zweck oder einen Stiftungszweck nicht auf abstrakte und kurzfristige Wachstumsziele festgelegt, sondern könnten sich stärker an langfristigen Erwägungen und übergeordneten gesellschaftlichen Zielen orientieren. Zuletzt hätten kommunale Unternehmen ihren primären Zweck in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, weshalb sie ebenfalls keinen systematischen Wachstumszwang aufwiesen. (2015, 180ff)

340 Die konkreten Vorstellungen unterscheiden sich etwas. Bei Kopatz klingt an, dass die Gemeinwohlbilanzierung nicht verpflichtend ist, eine Gemeinwohlausrichtung des unternehmerischen Handels und eine entsprechende Bilanzierung aber steuerliche Vorteile erbringen sollen (2018, 288). Hier bietet der Staat, wie in der Grundidee

Drittens zielen die Vorschläge auf die Regulierung der Finanzmärkte. Mit Blick auf den Kapitalmarkt steht das Ziel im Vordergrund, den enormen Wachstumsdruck, den global mobiles Investitionskapital auf die Realwirtschaft ausübt, abzumildern. Als konkrete Maßnahmen werden z.B. eine Finanztransaktionssteuer, strengere Transparenzregeln und ein Verbot besonders spekulativer Finanzprodukte vorgebracht. Für den Geldmarkt ist vorgesehen, die ebenfalls einen starken Wachstumsdruck ausübende, weitgehend freie Geldschöpfung durch Privatbanken einzuschränken bzw. zu beenden. Bei allen Autoren klingt als Alternative ein sogenanntes Vollgeldsystem an, in dem nur noch Zentralbanken das Recht zur Geldschöpfung haben und Privatbanken ihr Buchgeld vollständig durch Zentralbankguthaben bzw. Bankkonten decken müssen.³⁴¹ Als weitere Maßnahme bezüglich des Geldsystems wird für Regionalgeld als sinnvolle Ergänzung zur bestehenden Geldordnung plädiert. Regionalwährungen würden einerseits die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen befördern, was wiederum selbst wachstumsdruckmindernde Wirkung haben soll (s.u.). Andererseits unterlägen Regionalwährungen keinem Zinssystem, sodass von Unternehmensseite jenseits der Tilgung keine Zinsen erwirtschaftet werden müssen, was den Wachstumsdruck ebenfalls mindere. (Loske 2011, 52ff; 2012, 71; 2015, 189f; Kopatz 2018, 27, 315ff, 361ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 61f; Schneidewind 2019, 97, 419)

Viertens geht es den drei Denkern um das Zurückdrängen des Marktmechanismus zugunsten alternativer Wirtschaftsformen, die sich nicht durch Wettbewerbs- und Wachstumsdruck auszeichnen (Loske 2011, 52; Kopatz 2018, 281f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 67). Loske gibt als Langfristvision eine Dualökonomie aus, in der sich ein formeller Sektor der nach marktwirtschaftlichen Prinzipien aufgebauten Gelderwerbswirtschaft und ein informeller Sektor der bedarfsorientierten, selbstbestimmten und selbstverwalteten Subsistenzwirtschaft gegenüberstehen (2015, 125-129). Gemeinsam ist den befürworteten alternativen Wirtschaftsformen, dass sie entweder

bei Felber, konkrete finanzielle Anreize für ein gemeinwohlorientiertes Unternehmertum. Bei Loske hingegen steht stärker der Transparenzaspekt im Vordergrund. Bei ihm soll die Gemeinwohlbilanzierung nach einer freiwilligen Einführungs- und Erprobungsphase für alle Unternehmen mit eventuellen Ausnahmen für kleine Unternehmen zur gesetzlichen Vorschrift werden, steuerliche Bevorteilungen sind aber nicht vorgesehen (2015, 183f).

341 Als Zwischenschritte benennt Kopatz die stärkere Regulierung der Geldschöpfung durch Privatbanken durch eine Schuldenbremse für Banken, hohe Eigenkapitalquoten und die Begrenzung des Kredithebels (2018, 362).

generell nicht über den Markt als Koordinationsmechanismus vermittelt werden oder wenn doch, nicht auf den Prinzipien von Konkurrenz und Gewinnstreben basieren:

- Alle drei Autoren setzen auf die Ausweitung der Subsistenzwirtschaft bzw. der Ökonomie des „Prosumierens“, in welcher die Produktion nicht auf die Gewinnerzielung auf Märkten, sondern auf den Eigenbedarf gerichtet ist. Beispiele hierfür sind Energiegenossenschaften, das Stadtgärtnern, Selbsthilfewerkstätten und Solidarische Landwirtschaft. (Loske 2015, 111, 116f; Kopatz 2018, 282, 294ff, 306f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 69f, 111)
- In teilweiser Überschneidung dazu wird ein breites Feld kooperativer Wirtschaftsformen angesprochen. Dies bezieht sich zum einen auf die Tausch- und Teilökonomie, worunter Beispiele wie Tauschringe oder Car-Sharing fallen. Zum anderen lassen sich auch auf wechselseitige Unterstützung fokussierte Ansätze wie Nachbarschaftshilfe, Reparaturnetzwerke und kooperative Wohnformen unter diesem Punkt subsumieren. (Kopatz 2018, 282, 300ff, 308-315; Loske 2015, 113; 2011, 42f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 69f; Schneidewind 2019, 188)
- Eine dritte Stoßrichtung lässt sich mit dem Begriff der Commons fassen. Bei Loske wird die Wiederbelebung der lokalen Allmendewirtschaft gefordert, was aber nicht näher ausgeführt wird (2015, 122f). Auf überregionaler bis globaler Ebene hält Kopatz die Entwicklung sogenannter „collaborative commons“ für wichtig, im Rahmen derer beispielsweise Wissen, Baupläne, Reparaturanleitungen o.ä. für alle frei zugänglich zur Verfügung stehen und sich auch die Produktion, z.B. mittels 3D-Druckern, vergemeinschaften und entkommerzialisieren lässt (2018, 288ff; angedeutet auch bei Schneidewind 2019, 97).

Diese alternativen Wirtschaftsformen sollen gezielt politisch gefördert werden (Kopatz 2018, 205-208, 281f, 288, 292f, 297ff; Loske 2011, 41-44; 2012, 41f, 66; 2015, 31, 110-123, 129; Schneidewind/Zahrnt 2013, 65-70, 111, 139f; Schneidewind 2019, 97, 104f). Zudem wird für eine veränderte Bildungspolitik plädiert, die u.a. gezielt die Vermittlung handwerklicher Fähigkeiten sowie elementarer Kulturtechniken wie Gartenbau oder Kochen beinhaltet (Loske 2011, 51; 2015, 120; Schneidewind/Zahrnt 2013, 66, 80, 131). Entgegenzuwirken gelte es hingegen der Tendenz der Kommerzialisierung der

beschriebenen Wirtschaftsformen, wie es sich im Bereich der Teilwirtschaft bereits abzeichne (Kopatz 2018, 336ff; Loske 2015, 111, 114f, 177f).³⁴²

Ein fünfter und letzter Ansatzpunkt für eine vom Wachstumszwang befreite Wirtschaftsordnung ist die Regionalisierung der Wirtschaftsstruktur. Als Ziel geben Kopatz und Loske aus, dass regionale Produktion Vorrang genießt, wo immer dies sinnvoll möglich ist. Import und überregionale Produktionsketten seien hingegen auf das notwendige Maß zu beschränken. Kopatz bezeichnet dies als „kollaborative Subsidiarität“, Loske als „ökonomische Subsidiarität“ (Kopatz 2018, 364; Loske 2015, 117f). Mit dieser Regionalisierung werden einerseits unmittelbare ökologische Einspareffekte verbunden.³⁴³ Andererseits kommt die Hoffnung zum Tragen, dass dezentralisierte Strukturen die Handlungsrationalität der Wirtschaftsakteure weg von bloßem Gewinn- und Wachstumsstreben zugunsten sozialer Verantwortlichkeit verschieben kann. Für Loske schaffen regionale Strukturen Überschaubarkeit und sozialen Druck und stiften dadurch Verantwortlichkeit (2015, 117). Ähnlich bemerken Schneidewind/Zahrnt, dass regionale Einbettung und Verbundenheit zu verantwortlichem unternehmerischem Handeln führen. Als weiteren Effekt beschreiben sie ein verantwortliches Verhalten von Kapitalgebern, wenn diese durch die Finanzierung regionaler Unternehmen sehen, „wie und wo“ ihr Kapital arbeitet. Dadurch würde das Profitstreben der Kapitalgeber eingehegt (2013, 58f). Diese Argumenta-

342 Als weitere Voraussetzung für die Ausbreitung dieser alternativen Wirtschaftsformen beschreiben die Autoren Arbeitszeitverkürzungen, die Raum für entsprechendes Engagement schaffen (Loske 2011, 28ff; 2015, 126f, 185ff; Kopatz 2018, 240, 279; Schneidewind/Zahrnt 2013, 129f). Zudem bedürfe es eines Kulturwandels weg vom Ethos der Erwerbsarbeit sowie stärkerer Anerkennung von Nicht-Erwerbsarbeit, was wiederum durch eine Politik der kürzeren Arbeitszeiten unterstützt werden könne (Loske 2011, 29; Kopatz 2018, 239, 267ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 129). Bei Loske und Schneidewind dringt auch die Notwendigkeit anderer Formen sozialer Sicherung durch, die diese nicht mehr an die Erwerbsarbeit knüpfen. Als potenziellen Ansatzpunkt sehen sie ein steuerfinanziertes Grundeinkommen (Loske 2015, 143; 2011, 39f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 129f). Als weiteres staatliches Handlungsfeld beschreibt Schneidewind zudem eine veränderte Wissenschaftspolitik, die die Wissenschaft allgemein auf die Erforschung alternativer Entwicklungspfade und insbesondere die Wirtschaftswissenschaften auf die Erarbeitung von Alternativen zur gegenwärtigen wachstumsfokussierten Wirtschaftsform ausrichtet (2019, 429-446).

343 Diese ergeben sich aus Sicht der Autoren z.B. durch kürzere Transportwege, bessere Anpassung an regionale Ressourcenvoraussetzungen, regional leichter zu schließende Stoffkreisläufe und reduzierte Ausbaubedarfe für Infrastrukturen (Kopatz 2018, 364; Loske 2015, 117; 2012, 58f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 59f).

tionslinie, wonach Dezentralität Verantwortung schafft, erinnert stark an das ökologische Dezentralisierungsdenken der ersten Zeitphase.

Jenseits dessen werden weitere, den ökonomischen Wachstumsdrang mindernde Folgen einer Regionalisierung der Wirtschaftsstruktur besprochen. Einerseits sind Schneidewind/Zahrnt überzeugt, dass in regionalisierten Produktionsketten die Wachstumsdruck erzeugende Kapitalintensität der Produktion ab-, die Arbeitsintensität hingegen zunimmt, weil der Anreiz der „Economies of Scale“ wegfällt, eine hoch-technologische Massenproduktion also weniger rational wird (2013, 58f). Andererseits wird davon ausgegangen, dass eine Regionalisierung förderlich für die Entstehung der beschriebenen, weniger wachstumsfokussierten alternativen Wirtschaftsformen wie z.B. Tauschen oder Teilen ist, da diese Vertrauen und soziale Nähe voraussetzen (Loske 2011, 52; Schneidewind/Zahrnt 2013, 62). Darüber hinaus wird impliziert, dass Regionalisierung bzw. Entglobalisierung mit einer Minderung des Wettbewerbs- und damit des Wachstumsdrucks einhergeht (Kopatz 2018, 35f; Loske 2015, 32-35).

Einige politische Maßnahmen zur Förderung der angestrebten Regionalisierung fanden bereits Erwähnung. Zum einen bezieht sich dies auf die Einpreisung ökologischer Externalitäten, insbesondere die Bepreisung fossiler Energieträger. Dies soll dazu führen, dass globale Produktionsketten mit weiten und verzweigten Transportwegen unwirtschaftlich werden (Schneidewind/Zahrnt 2013, 59ff, 90f; Loske 2011, 48-51; 2015, 118f). Zum anderen könne die Einführung von Regionalwährungen die angestrebte Regionalisierung befördern (Schneidewind/Zahrnt 2013, 61; Kopatz 2018, 315f; Loske 2011, 52; 2015, 190f). Hinzutreten soll eine gezielte Ausrichtung der staatlichen Wirtschaftsförderung auf regionale Wirtschaftsstrukturen, was aber im Detail nicht ausgeführt wird (Kopatz 2018, 282, 293, 298f, 340; Loske 2011, 35, 51; Schneidewind/Zahrnt 2013, 91).

Neben diesen fünf Ansatzpunkten für eine vom Wachstumszwang befreite Wirtschaftsordnung fokussiert die angestrebte Postwachstumspolitik auch auf die Wachstumsabhängigkeiten, die staatliche Akteure zum Zielfokus auf Wirtschaftswachstum anhalten. Dabei werden aber nur für einzelne Wachstumsabhängigkeiten Reformvorschläge entwickelt. Adressiert wird v.a. der sich aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität ergebende Wachstumszwang zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Als Gegenmaßnahmen werden Arbeitszeitverkürzungen und eine ökologische Steuerreform, die den Anreiz zur Produktivitätssteigerung vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umweltverbrauch verlagert, behandelt (Loske 2011, 25-29; 2012, 46ff; 2015,

185ff; Kopatz 2018, 45f, 238-246, 280; Schneidewind/Zahrnt 2013, 130).³⁴⁴ Zudem wird argumentiert, dass mit dem Ausbau alternativwirtschaftlicher Ansätze wie Gemeinschaftsproduktion, Nachbarschaftshilfe oder Tausch-wirtschaft die Abhängigkeit vom Erwerbseinkommen und somit von einem Vollzeitarbeitsplatz sinke (Loske 2011, 28f; Kopatz 2018, 279). Auch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wird als Ansatz zur Verminderung der Abhängigkeit von Erwerbseinkommen diskutiert (Loske 2015, 143; Schneidewind/Zahrnt 2013, 130).³⁴⁵

Als Antworten auf die Wachstumsabhängigkeit der sozialen Sicherungssysteme klingt bei Loske und Schneidewind die Abkehr von der, wiederum von Erwerbsarbeit und damit Wachstum abhängigen, Beitragsfinanzierung an. Konkret wird nur Loske, der für die Einführung eines mittels Öko-Steuern finanzierten ökologischen Grundeinkommens als Teil eines bedingungslosen Grundeinkommens plädiert, das mittelfristig die beitragsfinanzierten Sicherungssysteme ersetzen soll.³⁴⁶ (Schneidewind/Zahrnt 2013, 130; Loske 2015, 142f)

Für die weiteren thematisierten Wachstumsabhängigkeiten werden keine Gegenmaßnahmen formuliert, was eine Leerstelle in den Alternativentwürfen darstellt. Kritisch betrachtet wird die vermeintliche Wachstumsabhängigkeit von Umverteilungsmöglichkeiten, wie sie v.a. Fücks als Argument für weiteres Wachstum vorbringt. Für Loske hingegen bietet, wie bereits für Jänicke, das enorme Volumen leistungslos erworbener Vermögen und Erbschaften ausreichend Potenzial, um Umverteilung aus dem Bestand zu bestreiten (2015, 163). Bei den anderen beiden Autoren wird diese Position implizit deutlich, da sie trotz ihrer wachstumskritischen Haltung Potenzial

344 Als weitere positive Effekte von Arbeitszeitverkürzungen sinke einerseits das Einkommen und somit das Konsumniveau, andererseits entstehe Raum für alternative Wirtschaftsformen und gesellschaftliches Engagement (Loske 2011, 28ff; 2015, 185ff; Kopatz 2018, 240ff, 267-272, 279).

345 Kritik an diesem Vorschlag kommt z.B. von Ralf Fücks, der es mit Blick auf die Finanzierungsmöglichkeiten für unrealistisch hält, gleichzeitig einen Abschied vom Wachstum und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu vollziehen (Fücks in taz 2021, 08:09:30). Loske reflektiert diesen Punkt selbst und bemerkt, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen in Reinform angesichts einer wachstumsgedämpften Wirtschaft wohl schwer realisierbar sei, weshalb es nur für diejenigen einzuführen wäre, die einer Absicherung nach unten bedürfen (2011, 40).

346 Mit dem vorgeschlagenen Übergang von Beitragsfinanzierung zu Steuerfinanzierung knüpft Loske an eine gängige Forderung wachstumskritischer Perspektiven auf den Sozialstaat an (prominent vertreten z.B. durch Meinhard Miegel, siehe z.B. 2010, 200-204; 2014, 217f; siehe dazu auch Petschow et al. 2018, 145ff).

für eine stärkere soziale Umverteilung sehen (Schneidewind/Zahrnt 2013, 47f; Kopatz 2018, 375).

Einhegung kultureller Wachstumstreiber durch Suffizienzpolitik

Als kulturelle Wachstumstreiber haben die drei Denker in erster Linie die aus ihrer Sicht expansive Konsumkultur in Verbindung mit einem materialistischen Wohlstandsverständnis ausgemacht. Hier treffen sie sich mit den wachstumskritischen Autoren der ersten Zeitphase. Wie bei diesen folgt daraus die Notwendigkeit eines Kulturwandels hin zu einem immaterieller Wohlstandsverständnis und Suffizienz sowie darauf aufbauenden postmaterielleren bzw. genügsameren Lebensstilen. Paradigmatisch bemerken Schneidewind/Zahrnt, dass ökologische Nachhaltigkeit einer Verringerung der individuellen Ansprüche bedarf, was wiederum die Abkehr von der vorherrschenden Konsumkultur voraussetzt (2013, 130). An die Stelle der Steigerungslogik müsse die Orientierung am rechten Maß treten (ebd., 51). Nach Loske werden „lange als konservativ eingestufte Tugenden wie die Genügsamkeit und das Maßhalten oder Fähigkeiten wie diejenige, aus kleinen Dingen großes Glück zu ziehen“ wieder wichtig (2015, 108). Mit der erforderlichen „Kultur der Genügsamkeit“ (Kopatz 2018, 383) müssten auch andere Formen soziale Anerkennung einhergehen, die sich insgesamt weniger an materiellen Parametern orientieren. (Zum ges. Absatz Schneidewind/Zahrnt 2013, 51f, 130; Schneidewind 2019, 56-64, 81, 172-177; Kopatz 2018, 18, 56, 375, 383; Loske 2011, 18f, 30; 2015, 108, 161-165, 208)

Die materielle Genügsamkeit soll durch die Aufwertung nicht-materieller Wohlstandsgüter ergänzt werden. Statt bloßem „Güterwohlstand“, so z.B. Loske, müsse Wohlstand zukünftig auch als „Zeitwohlstand, Reichtum an menschlichen Beziehungen und Intensität von Naturerfahrungen“ verstanden werden (2015, 165f). Schneidewind bezieht sich auf die von Skidelsky/Skidelsky (2013) definierten sieben Grundbedürfnisse für menschliche Zufriedenheit: Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Entfaltung der Persönlichkeit, Harmonie mit der Natur, Freundschaften sowie Muße (2019, 176f; 2013, 118). Im Zuge eines so ausgerichteten Kulturwandels bedarf es aus Sicht der Autoren auch einer Abkehr vom verbreiteten Menschenbild des homo oeconomicus als materialistischem und nicht verzichtswilligem Nutzenmaximierer (Loske 2015, 108f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 67, 118).³⁴⁷

347 Mit Blick auf Schneidewinds neueres Werk *Die Große Transformation* ist zu ergänzen, dass er den oben beschriebenen Kulturwandel eingebettet in eine umfassende „moralische Revolution“ denkt. Solche moralischen Revolutionen, wie z.B. die Äch-

Angesichts dessen stellt sich für die hier behandelten Denker die Frage, wie der angestrebte Kulturwandel angestoßen und vollzogen werden kann. Diesbezüglich finden sich in den untersuchten Beiträgen kaum explizite Reflexionen, was eine Leerstelle darstellt. Wie den Kulturwandel-Exponenten der ersten Zeitphase kann den Autoren jedoch im Sinne rationaler Rekonstruktion die Vorstellung eines Wechselspiels zwischen Kulturwandel und politisch induziertem Strukturwandel unterstellt werden. Wie noch zu zeigen ist, sehen sie bestimmte gesellschaftliche Pioniergruppen, die aus einem veränderten Bewusstsein und Ethos heraus politische Veränderungen anstoßen. Letztere ermöglichen dann wiederum die Verbreitung des Werte- und Kulturwandels. Die Pioniergruppen und deren Agieren werden an anderer Stelle thematisiert (Kap. 13.1.3). Im Folgenden steht die Frage im Mittelpunkt, von welchen veränderten Rahmenbedingungen und damit von welchen staatlichen Politiken sie sich die Universalisierung des geforderten Kulturwandels erhoffen.

Diesbezüglich zeigen sich deutliche Differenzen zu den Autoren der ersten Zeitphase. Die frühen demokratischen Systemwechsel-Denker (Fromm, Strasser, früher Bahro, Amery) hatten als Voraussetzung für einen breiten Kulturwandel insbesondere die Überwindung des Kapitalismus gefordert. Diese radikale Forderung findet sich bei Loske, Kopatz und Schneidewind nicht. Eppler wiederum, der wie die hier behandelten Autoren eine reformorientierte Perspektive einnimmt, hat die strukturellen Voraussetzungen für einen breiten Kulturwandel kaum konkretisiert. Dies gestaltet sich bei den hier behandelten Denkern anders. Sie beschreiben vielfältige Ansatzpunkte für eine reformorientierte staatliche Suffizienzpolitik³⁴⁸, die den angestrebten Kulturwandel in der Breite ermöglichen soll. Wie Schneidewind konstatiert, geht es dabei um eine Politik, die es für die Menschen leichter

tung der Sklaverei oder die Einführung der Demokratie, etablieren demnach neue Normen als Zivilisationsstandard. In der sich momentan vollziehenden moralischen Revolution, so Schneidewinds Hoffnung, setzen sich in einem langsamen Prozess die Normen der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit und damit die räumliche und zeitliche Universalisierung der Menschenrechte durch. Den Kulturwandel in Richtung Suffizienz, so die naheliegende Interpretation, denkt Schneidewind als Teil und Ausdruck dieser moralischen Revolution. (2019, 25ff, 34f rekurrierend auf Appiah 2011)

348 Suffizienzpolitik wird vielfach, auch von den Autoren selbst, als Oberbegriff für Postwachstumspolitiken verwendet. Im vorliegenden Zusammenhang hingegen bezeichnet Suffizienzpolitik diejenige Teilmenge der Postwachstumspolitiken, die sich auf das Hervorbringen anderer Wertorientierungen und damit die Forcierung des Kulturwandels fokussiert.

macht, nachhaltige und damit suffiziente Lebensstile zu praktizieren und damit die Herausbildung der „Kultur des Genug“ befördert. Die Notwendigkeit eines solchen „politischen Programms des Kulturwandels“ (2011, 18) ergibt sich aus Sicht der Autoren, weil bloße Appelle zur Veränderung von Werten und Lebensstilen innerhalb von auf Konsum und Wachstum ausgerichteten Rahmenbedingungen weitgehend wirkungslos bleiben müssen. (Zum ges. Absatz Loske 2011, 18; 2012, 44f; 2015, 26; Kopatz 2018, 69ff, 346-351, 385ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 52f; Schneidewind 2019, 175, 178, 344f, 456-459)

Ausführlich begründet wird dieser Aspekt v.a. bei Kopatz, der dies als Ausgangspunkt für seinen Ansatz der „Öko-Routine“ nimmt. Demnach ist der Einzelne mit der Anpassung des eigenen Verhaltens an die ökologischen Erfordernisse überfordert, weil kulturelle Normen und Werte auf Wachstum, nicht auf Mäßigung gerichtet sind und damit Anreize für ein entgegengesetztes Verhalten setzen. „Der Appell zur Einschränkung“, so Kopatz, „kommt in einer Konsumkultur der Aufforderung gleich, mit dem Atmen aufzuhören“ (2018, 346f). Dies gelte umso mehr, da Menschen erstens nicht direkt erfahrbare Folgen ihres Handelns leicht verdrängen, Wissen beim Menschen zweitens nur sehr bedingt handlungsleitend sei und sich Menschen drittens nicht einschränken wollen, wenn dies nicht alle tun. Es ist aus seiner Sicht somit illusionär, auf einen Ausstieg aus der Steigerungslogik über freiwillige Verhaltensänderung zu hoffen. Stattdessen müssten die Rahmenbedingungen, innerhalb derer wir unsere Konsumententscheidungen treffen, durch politische Reformen verändert werden. Veränderte Anreize könnten zu verändertem Verhalten führen, was dann wiederum veränderte Verhaltensnormen etabliere. Kopatz beruft sich prominent auf das Beispiel des Rauchens, das sich durch eine proaktive staatliche Politik (Besteuerung, Werbeverbot, Abschreckungspolitik, Rauchverbote) vom Normverhalten zu einer weitgehend geächteten Verhaltensweise entwickelt habe. Demnach verinnerlichen Menschen über Gesetze erzwungene Verhaltensweisen und empfinden diese dann als selbstbestimmte Handlungen. Es bedürfe also einer staatlichen Politik, die ökologische Lebensstile zur Routine macht. (Zum ges. Absatz 2018, 54-72, v.a. 69ff, 346-351, 385f)

Zudem basiert die angestrebte Suffizienzpolitik auf einer weiteren Annahme, die sich in Abgrenzung zu Jänicke und Fücks nachvollziehen lässt. Beide sind sehr skeptisch bezüglich der Möglichkeit eines Kulturwandels hinzu materieller Genügsamkeit (Kap. 12.2.3). Bei Fücks lässt sich dies auf die Annahme eines genuin expansiven modernen Individuums zurückführen (Kap. 12.4). Kopatz und Schneidewind legen hingegen explizit dar, dass

der Mensch die Fähigkeit zur Selbstbeherrschung und Selbstbegrenzung habe, was letztlich der Schlüssel für ein achtsames Konsumverhalten sei. Selbst wenn der Mensch, wie beide Denker annehmen, ein anthropologisches Expansionsstreben hat und immer neue Bedarfe entwickeln kann, kann er sich davon bewusst emanzipieren (Schneidewind/Zahrnt 2013, 15f; Kopatz 2018, 56f). Damit widersprechen sie implizit der von Fücks geteilten Sloterdijk-These des genuin expansiven modernen Individuums. Hier wiederum treffen sie sich mit Loske, der diese These explizit bespricht und offensichtlich für nicht zutreffend hält (2015, 27). Die nachfolgend auszuführende staatliche Suffizienzpolitik beruht also auf der Annahme, dass die Menschen in der Breite zur Mäßigung und Selbstbegrenzung in der Lage sind, diese Fähigkeit aber erst in förderlichen Rahmenbedingungen, die der Staat setzt, in der Breite entfalten können.

Wie gestaltet sich die angestrebte Suffizienzpolitik? An dieser Stelle geht es nicht darum, die entsprechenden Maßnahmen im Detail in den verschiedenen Politikfeldern (z.B. Mobilität, Ernährung, Wohnen) nachzuzeichnen, sondern übergeordnete gemeinsame Grundzüge herauszustellen. Ein erstes wichtiges Motiv zur Einhegung der Konsumkultur ist die Reglementierung von Werbung. Besonders drastisch formuliert Kopatz die Notwendigkeit, die „zivilgesellschaftliche Gehirnwäsche in Form von Werbung“ zu begrenzen (2018, 386). Dabei werden verschiedene Vorschläge unterbreitet: Besteuerung und dadurch Verteuerung von Werbung, Verbot von Werbung, die sich an Kinder richtet, Einschränkung von Werbung im öffentlichen Raum, Verbot von Werbung für bestimmte Konsumgüter wie z.B. besonders umweltschädliche Automobile, inhaltliche Vorgaben wie z.B. eine stärkere Faktenorientierung oder spezifischer das Ausweisen negativer Umweltwirkungen (Schneidewind/Zahrnt 2013, 64, 107, 139; Kopatz 2018, 175-179; Loske 2011, 23f; 2015, 121f, 166).

Zweitens wird für alternative Wohlstandsindikatoren plädiert, die zur Etablierung eines veränderten Wohlstandsverständnisses beitragen sollen. Demnach bedürfe es der Abkehr vom BIP zugunsten neuer Indikatoren, die neben der ökonomischen Entwicklung Aspekte wie Gesundheit, Umweltqualität, Bildung, politische Beteiligungsmöglichkeiten oder Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigen. Im Zuge dessen, so die Hoffnung, würde sich auch eine andere Wohlstandskommunikation etablieren, im Rahmen derer sich auch Politiker und Medien an den neuen Indikatoren orientieren. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 38-41; Schneidewind 2019, 179f; Loske 2011, 21f; 2012, 68; 2015, 165ff; Kopatz 2018, 365ff)

Drittens sollen auch veränderte Preisanreize suffiziente Verhaltensweisen befördern, was wiederum durch eine gezielte Steuerpolitik und den Abbau umweltschädlicher Subventionen zu erreichen ist. Dies gilt einerseits für die bereits beschriebene Einpreisung ökologischer Externalitäten. Beispielsweise wird die Verteuerung der fossilen Energieträger als wichtiger Ansatzpunkt für die Reduktion von Flugverkehr und Automobilität gesehen (Schneidewind/Zahrnt 2013, 44, 90, 95f; Kopatz 2018, 17, 368ff; Loske 2015, 141). Andererseits finden sich v.a. bei Kopatz und Schneidewind weitere steuer- und abgabenpolitische Ansätze, wie z.B. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 49, 77ff, 95, 106; Kopatz 2018, 133, 181, 198-202; Loske 2012, 66):

- eine progressive Konsumsteuer als Ersatz für Einkommens- und Lohnsteuer
- im Bereich Wohnen: Umgestaltung von Grundsteuer und Grunderwerbssteuer, um einen Anreiz zum Flächensparen zu setzen; Steuererleichterungen für Personen, die in kleinere Wohnungen umziehen; gezielte Begünstigung für das Wohnen in Wohngemeinschaften
- im Bereich Mobilität: Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, das zum Kauf großer und schneller Autos anregt; steuerliche Mehrbelastung von schwergewichtigen Autos mit hohem Spritverbrauch; Einführung einer nach Kaufpreis gestaffelten Fahrzeugsteuer als einmalige Registrierungssteuer; erhöhte und nach CO₂-Ausstoß gestaffelte Zulassungsgebühren für Pkw; City-Maut-Regelungen
- im Bereich Ernährung die volle Mehrwertsteuer auf tierische Produkte sowie eine nach Haltungsbedingungen und Herkunft differenzierte Fleischsteuer

Viertens wird eine veränderte Infrastrukturpolitik als wichtiger Ansatzpunkt beschrieben. Dies impliziert z.B. im Mobilitätsbereich eine aktive Benachteiligung des Automobilverkehrs durch Spurbegrenzung, Tempolimits, Parkplatzverknappung sowie andererseits die gezielte infrastrukturelle Bevorzugung des Umweltverbundes (Kopatz 2018, 187-194, 203ff, 210ff, 225-233; Loske 2011, 46f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 44, 91-95, 98). Durch Infrastrukturpolitik können nach Schneidewind/Zahrnt zudem Lebensumgebungen geschaffen werden, die keinen permanenten Konsumdruck befördern. Dem dienen neben der beschriebenen Eingrenzung von Werbung stadtplanerische Maßnahmen wie z.B. die Verbannung von „Konsumtempeln“ aus den Zentren der Innenstädte (2013, 64). Aber auch die Bereitstellung hochwertiger öffentlicher Räume wie z.B. Parks oder Rena-

turierungsflächen könnten eine postmaterielle Lebensweise unterstützen (ebd., 44f).

Darüber hinaus wird fünftens einer veränderten Informationspolitik ein wichtiger Stellenwert beigemessen. Das bezieht sich einerseits v.a. auf die Schaffung von Transparenz durch Produktkennzeichnungen z.B. mit Blick auf Haltbarkeit, Reparaturfreundlichkeit, Herstellungsbedingungen oder Ressourcenverbrauch (Schneidewind/Zahrnt 2013, 63, 107-110, 138; Kopatz 2018, 152). Andererseits kokettieren Kopatz (2018, 141) und Schneidewind/Zahrnt (2013, 140) jenseits von Produkttransparenz mit gezielten staatlichen Kampagnen für bewussten und genügsamen Konsum.

Sechstens soll eine veränderte Bildungspolitik zur Entwicklung immaterieller Wertvorstellungen und genügsamen Lebensstilen beitragen (Kopatz 2018, 359; Loske 2015, 208; Schneidewind/Zahrnt 2013, 116). Nach Schneidewind/Zahrnt geht es um die Stärkung von persönlichen Ressourcen, die zu einem guten Leben jenseits permanenter Steigerung befähigen (2013, 116). Konkretisiert wird dies nur von Kopatz und Schneidewind, wobei insbesondere folgende Vermittlungsziele ausgegeben werden:

- Souveränität im Umgang mit den eigenen Bedürfnissen, was die Fähigkeit des Erkennens der authentischen eigenen Bedürfnisse ebenso umfasst wie die Emanzipation vom Streben nach fortlaufender Steigerung. Nach Schneidewind müssten Erfahrungen mit immateriellen Zufriedenheitsquellen wie Selbstwirksamkeit, Sinnhaftigkeit und Solidarität vermittelt werden. Eine Möglichkeit sei ein Schulfach „Glück“, das zu einer zufriedenheitsstiftenden Lebensführung befähigen soll. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 131-134, 139; Kopatz 2018, 359)
- Aufklärung über sozial-ökologische Zusammenhänge und die Notwendigkeit kulturellen Wandels (Kopatz 2018, 158f).
- Konsumentenbildung, die Kompetenzen für ein verantwortliches und gesundheitsförderndes Konsumverhalten vermittelt (Schneidewind/Zahrnt 2013, 107).
- Vermittlung eines anderen Menschenbildes (Schneidewind/Zahrnt 2013, 67f, 118).

Neben der veränderten Bildungspolitik wird zuletzt siebtens die Verteilungspolitik als Handlungsfeld gesehen. Im Zuge dessen soll eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung den Statuskonsum eindämmen und das mimetische Bestreben nach dem materiellen Status der oberen Schichten einhegen (Loske 2011, 39ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 46-49).

In der Summe wird deutlich, dass der Staat durch die beschriebene Suffizienzpolitik postmaterielle Werthaltungen und darauf aufbauende Lebensstile aktiv und gezielt befördern soll, was eine wichtige Differenz zur dezidiert liberalen Perspektive, wie sie v.a. von Ralf Fücks vertreten wird, darstellt (vgl. vertiefend Kap. 16.3, 16.4).

Absolute Begrenzungspolitiken bei Kopatz und Schneidewind

Im Vorherigen wurden zentrale Ansätze zur Einhegung der strukturellen und kulturellen Wachstumstreiber und -abhängigkeiten rekonstruiert. Als weiteres Element der angedachten Postwachstumspolitiken findet sich bei Schneidewind und insbesondere Kopatz darüber hinaus eine Politik absoluter Verbrauchsgrenzen. Diese zielt weniger darauf, die kausalen Treiber der Wachstumsdynamik zu adressieren, als vielmehr dem Wachstum in spezifischen, besonders umweltschädlichen Bereichen feste Limits zu setzen.³⁴⁹ Ausdruck findet diese absolute Begrenzungspolitik z.B. in den Bereichen Wohnen und Mobilität:

- Im Bereich Mobilität fordert Kopatz z.B. die Begrenzung der absoluten Zahl an Pkws durch eine Limitierung der Neuzulassungen in Kombination mit fair zu verteilenden Berechtigungszertifikaten (2018, 198). Schneidewind/Zahrnt insistieren auf ein generelles Verbot der Neuzulassung von überdimensionierten Fahrzeugen (2013, 95). In infrastruktureller Hinsicht spricht sich Kopatz für ein Straßenbaumoratorium aus, wonach keine neuen Straßen und Spuren mehr zugebaut werden und nur noch eine Instandhaltung der bestehenden Infrastrukturen vorgenommen wird (2018, 215-220). Auch dem Flugverkehr gilt es aus Sicht der Autoren absolute Grenzen zu setzen. Bei Kopatz geschieht dies über die Deckelung von Starts und Landungen auf dem gegenwärtigen Niveau sowie ein Verbot kurzer Inlandsflüge (2018, 236). Schneidewind/Zahrnt orientieren sich wiederum am oben dargestellten Ansatz der Moratorien

349 Unabhängig davon ist anzunehmen, dass sich die Autoren von diesen Limitierungen auch einen Beitrag zum angestrebten Kulturwandel erhoffen. In der oben für Kopatz beschriebenen Logik, dass staatliche Limitierungen soziale Normen verändern, ist naheliegend, dass z.B. absolute Limitierungen im Flugverkehr der Normalisierung des Fliegens als Mobilitätsform entgegenwirken.

und fordert den Stopp des Ausbaus von Flughäfen sowie den Beginn des Rückbaus (zunächst vor allem von Regionalflughäfen) (2013, 95f).³⁵⁰

- Im Bereich Wohnen plädiert Kopatz für ein Flächenmoratorium, mit dem der Gesetzgeber den Zubau neuer Wohnflächen begrenzt. Demnach dürfen nur noch Kommunen mit steigender Bevölkerung neue Wohnflächen ausweisen, während dies nicht wachsenden Kommunen untersagt ist (2018, 131f). Auch Schneidewind/Zahrnt kokettieren mit einem solchen Wohnflächenmoratorium (2013, 77). Mindestens aber dürften Ein- und Zweifamilienhäuser nur noch in vorhandenen Einzelhausgebieten als Nachverdichtung zugelassen werden (ebd., 79).

Bei Loske findet sich eine solche absolute Begrenzungs politik nicht, was eine wichtige Differenz zwischen den drei Denkern anzeigt. Diese Differenz bezieht sich auf die Eingriffstiefe staatlicher Maßnahmen einerseits in die individuelle Lebensführung sowie andererseits in den Wirtschaftsprozess im Allgemeinen. Die beschriebene absolute Begrenzungs politik impliziert in beiden Dimensionen eine vergleichsweise große Eingriffstiefe. Bezüglich der individuellen Lebensführung wird dies bei Maßnahmen wie der Limitierung von Flügen, dem Verbot von kurzen Inlandsflügen, der Limitierung der Pkw-Zulassungen sowie den Quasi-Verboten für überdimensionierte Fahrzeuge oder Einfamilienhäusern in Randlage besonders deutlich. Mit diesen Maßnahmen werden bestimmte Konsumententscheidungen bzw. die dahinterstehenden Bedürfnisse durch staatliches Handeln untersagt oder zumindest deutlich eingeschränkt. Gleichzeitig greift der Staat mit der absoluten Begrenzungs politik auch unmittelbar steuernd in den Wirtschaftsprozess ein. Der Staat agiert nicht über die Veränderung von Rahmenbedingungen, sondern limitiert unmittelbar bestimmte Branchen und Produktionszweige.

Maßnahmen mit einer solch großen Eingriffstiefe finden sich bei Loske nicht. Mit Blick auf die individuelle Lebensführung zielen die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen stets darauf, dass Individuen, zwar angeregt durch veränderte Anreize, aus freien Stücken zu einem anderen Konsumverhalten kommen. Anders formuliert beschränkt sich Loskes Ansatz auf die Veränderung der Rahmenbedingungen, innerhalb derer individuell freie Konsumententscheidungen getroffen werden. Dies gilt entsprechend für den Wirtschaftsprozess, wo sich der Staat ebenfalls auf die Veränderung

350 Auch für den Gütertransport ist bei Kopatz eine absolute Limitierung vorgesehen. Dies soll z.B. mittels der Begrenzung von Hafenumschlagskapazitäten für Überseehäfen umgesetzt werden (2018, 226f).

von Rahmenbedingungen beschränkt. Wie Loske zu den Vorschlägen einer absoluten Begrenzungspolitik steht, lässt sich anhand der untersuchten Texte nicht final bestimmen. Es liegt aber die Interpretation nahe, dass diese für ihn zu starke Eingriffe in individuelle Lebensführung und Wirtschaftsfreiheit implizieren. Loske betont mehrfach, dass umweltpolitische Instrumente so zu wählen sind, dass sie den größtmöglichen Grad an Freiheit ermöglichen (2015, 160f, 208, 230).

Weitere Aspekte: soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung und die ungeklärte Frage nach der internationalen Anschlussfähigkeit

Unabhängig von dieser Differenz wird die Sicherstellung größerer sozialer Gerechtigkeit als wichtige Voraussetzungspolitik für die Realisierbarkeit der angestrebten Postwachstumspolitik hervorgehoben. Anders als oben, wo dies als Maßnahme gegen das, den Konsum anheizende, mimetische Begehren behandelt wird, geht es an dieser Stelle um die Schaffung von Akzeptanz. Demnach seien Abstiegsängste und soziale Unsicherheit ein zentrales Akzeptanzhindernis für ambitionierte Umweltpolitik im Allgemeinen und insbesondere Postwachstumspolitik. Deshalb ist für die Autoren ein stärkerer sozialer Ausgleich erforderlich, der wie Kopatz bemerkt, die soziale Spaltung der Gesellschaft überwindet.³⁵¹ Konkrete Maßnahmen finden sich v.a. bei Loske. Als mögliche Ansatzpunkte sieht er eine negative Einkommenssteuer gekoppelt mit einem Bürgereinkommen und niedrigen Steuersätzen für Einkommensschwache. Zugleich plädiert er für hohe Steuersätze für Kapitalvermögen und sehr hohe Einkommen. Aber auch sein bereits beschriebener Öko-Bonus-Ansatz soll Umverteilungswirkung entfalten. Gleichzeitig müssten bei allen nachhaltigkeitspolitischen Maßnahmen immer die sozialen Folgen reflektiert und adressiert werden.³⁵² (Loske 2011, 39ff; 2012, 44f, 69; 2015, 149f, 223; Kopatz 2018, 374ff)

Bevor die geforderten Postwachstumspolitik abschließend aus übergeordneter Perspektive reflektiert werden, ist auf eine diesbezügliche Leerstelle hinzuweisen. Ein zentrales Argument der Autoren des grünen Wachs-

351 Auch aus internationaler Perspektive sehen die Autoren die enormen Ungleichheiten als maßgebliches Hindernis für eine globale, ambitionierte Umweltpolitik (Kopatz 2018, 375f; Loske 2015, 212-218).

352 Für Kopatz ist eben dies ein wichtiger Grund, vorwiegend auf für alle geltende Standards statt auf direkt preiswirksame, ökonomische Politikinstrumente zu setzen (2018, 372-376). Bei Loske hingegen zielt der Öko-Bonus-Ansatz darauf, die stärkere Belastung einkommensschwächerer Haushalte durch preiswirksame umweltpolitische Instrumente auszugleichen (2015, 149f).

tums gegen Postwachstumsstrategien ist deren mangelnde Anschlussfähigkeit auf internationaler Ebene. Daraus folgt die Frage, ob und wie die hier behandelten Autoren eine internationale Harmonisierung ihrer Ansätze denken. Deren Notwendigkeit ergibt sich in zweierlei Hinsicht. Einerseits würde ein Abschied vom Wirtschaftswachstum nur dann einen substanziellen Lösungsbeitrag leisten, wenn mehrere Volkswirtschaften diesen Weg gehen würden. Andererseits sind einige der angestrebten Politiken nur supranational denkbar (z.B. Re-Regulierung der Finanzmärkte). Doch entwickeln die untersuchten Beiträge keine Antwort bezüglich der Internationalisierung von Postwachstumsstrategien. Es finden sich lediglich appellative Forderungen wie z.B. bei Loske, wonach sich der Wettbewerb zwischen den USA, China und Europa nicht primär um ökonomische Potenz, sondern um Fragen von Nachhaltigkeit, Demokratiequalität oder kultureller Attraktivität drehen sollte (2015, 220).

Postwachstumspolitik, Freiheit und eine objektive Idee des guten Lebens

Abschließend ist bereits an dieser Stelle auf drei für das Denken der Autoren wichtige Prämissen einzugehen, da diese insbesondere für das Verständnis der oben ausgeführten Postwachstumspolitiken von Bedeutung sind. Alle drei Punkte begründen wichtige Differenzen zu den Denkern des grünen Wachstums und insbesondere zur dezidiert öko-liberalen Perspektive von Fücks.

1) Aus öko-liberaler Perspektive dürfen individuelle Präferenzstrukturen nicht problematisiert und damit politisiert werden. Vielmehr hat sich ökologische Politik auf die möglichst umweltverträgliche Befriedigung der als gegeben angenommenen Bedürfnisse zu beschränken (Kap. 12.4). Diese Grundposition kann als *Primat individueller Freiheit* bezeichnet werden. Dies gestaltet sich für die hier behandelten Autoren anders. Für sie ist es aus ökologischer Sicht erforderlich, dass sich die expansiven kulturellen Normen und Bedürfnisstrukturen der Menschen im Sinne einer Rückkehr zum menschlichen Maß verändern. Wertorientierungen und Bedürfnisstrukturen sind also keine gegebenen Fixpunkte, sondern sind, sobald sie mit ökologischen Begrenzungserfordernissen und damit mit Normen wie inter- und intragenerativer Gerechtigkeit konfliktieren, selbst notwendiger Transformationsgegenstand und damit Gegenstand staatlicher Politik. Eben darauf zielt die beschriebene Suffizienzpolitik. Die Rolle des Staates beschränkt sich somit nicht darauf, den Umbau der Produktionsbasis für die Befriedigung gegebener Bedürfnisse zu induzieren, sondern umfasst

auch das gezielte Einwirken auf die Bedürfnisstrukturen.³⁵³ In Abgrenzung zum Primat individueller Freiheit kann diese Grundposition als *Primat der Ökologie* beschrieben werden, wonach ökologische Erfordernisse und die dahinterstehenden Normen Vorrang vor (negativer) individueller Freiheit im Sinne umfassender Lebensstilfreiheit haben.

2) Doch sind die beschriebenen Postwachstumspolitik

353 Explizit deutlich wird dieses ansonsten implizite Moment an einer Textstelle bei Schneidewind: Demnach könne es nicht nur darum gehen, gegebene Präferenzsysteme möglichst effizient zu befriedigen. Vielmehr müssten im Zuge der erforderlichen „Wohlstands- und Konsumwende“ die Präferenzsysteme und deren Genese selbst in den Blick genommen werden. (2019, 172)

würden dem Glücksversprechen der Konsumwelt hinterherrennen, obwohl dieses Versprechen nicht aufgeht (ebd., 132). Die expansive Konsumkultur verwirklicht aus Sicht der Autoren nicht das gute Leben.

Warum aber verfolgen die Individuen eine Idee des guten Lebens, die letzterem gar nicht zuträglich ist? Die Antwort auf diese Frage wurde oben bereits angedeutet: Aus Sicht der drei Denker ist der materielle Expansionsismus kein autonomes, sondern heteronomes, durch die gesellschaftlichen Verhältnisse und die omnipräsente Werbung erzeugtes Handeln. Die Konsumkultur ist nicht Ausdruck authentischer Bedürfnisse. Damit wird deutlich, dass die drei Denker das liberale Bild des souveränen Konsumenten, der selbst am besten weiß, was gut für ihn ist, stark in Zweifel ziehen.

Demgegenüber kommt in den Beiträgen eine Idee des guten Lebens zum Ausdruck, die stärker auf immaterielle Güter wie v.a. Zeitwohlstand, Entfaltung der Persönlichkeit, soziale Beziehungen, Gesundheit, sinnstiftende Tätigkeiten und Naturerfahrung fokussiert.³⁵⁴ Diese immateriellen Güter werden als die tatsächlich wichtigen Dinge für ein gutes Leben beschrieben, von denen die Menschen durch die Konsumkultur abgelenkt werden. Vielmehr setzt das gute Leben einen souveränen und bewussten Umgang mit den eigenen materiellen Bedürfnissen voraus. Dies wiederum erfordere die Fähigkeit zum bewussten Verzicht. Loske teilt in diesem Zusammenhang die Ansicht von Thoreau, wonach der Mensch reich ist „in Proportion zu den Dingen, die sein zu lassen er sich leisten kann“ (2015, 204). Entsprechend Schneidewind/Zahrnt: „Gelungenes menschliches Leben besteht gerade darin, nicht Getriebene(r) im Räderwerk sich ständig erweiternder Begierden zu sein“ (2013, 15). Statt nach immer Neuem zu verlangen, seien die Fähigkeiten des bewussten Verzichts oder des Erfreuens am Bestehenden Tugenden, die „ein gelungenes menschliches Leben ausmachen“ (ebd., 16). (Zum ges. Absatz Schneidewind 2019, 172-177; Schneidewind/Zahrnt 2013, 33-36, 118, 132f; Loske 2015, 14, 165f; 2011, 7f, 59; Kopatz 2018, 272-280)

In dieser Perspektive sind ein Leben im rechten Maß und ein souveräner Umgang mit den eigenen materiellen Bedürfnissen konstitutiver Teil des guten Lebens. Dies setzt die Emanzipation von der expansiven Konsumkultur voraus. Entsprechend schicken Schneidewind/Zahrnt ihrem Buch vorweg, dass Postwachstumspolitik „eine Politik für ein gutes Leben sei“ (2013, 7, ähnlich 12f, 16, 28; Schneidewind 2019, 178). Sie diene neben

354 Auch diesbezüglich beziehen sich die Autoren prominent auf die Erkenntnisse der Glücksforschung (Loske 2011, 7f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 33-36; Kopatz 2018, 272-278).

Nachhaltigkeitserwägungen auch dem Ziel, dass sich die gesamte Breite menschlicher Potenziale entfalten kann (Schneidewind/Zahrnt 2013, 21f, 118). Die Postwachstumspolitikon sollen also neben ökologischen Zielen einen Weg aus der fortwährenden Steigerungs- und Beschleunigungsdynamik weisen, um dadurch Raum für ein besseres Leben jenseits der expansiven Konsumkultur zu schaffen. In Anbetracht dessen lässt sich die Trennlinie zur liberalen Position bei Fücks erweitern. Fücks betont, dass staatliche Politik keiner spezifischen Idee des guten Lebens zuneigen darf, sondern diesbezüglich neutral sein muss (Kap. 12.4). Die hier behandelten Denker legen ihren Alternativentwürfen hingegen eine *objektivierte* Idee des guten Lebens zugrunde und nehmen nicht, wie Fücks, die individuellen bzw. *subjektiven* Ideen des guten Lebens als Ausgangspunkt für ihre ökonomischen Erwägungen. Vielmehr bevorzugt der Staat mit seinem Handeln (Suffizienzpolitik) eine spezifische Idee des guten Lebens.

3) Zuletzt wird in den Werken der Autoren deutlich, dass die beschriebenen Postwachstumspolitikon auch ein Mehr an Freiheit zeitigen sollen. Explizit bezeichnet Schneidewind die Postwachstumspolitikon als „Freiheits- und Ermöglichungspolitik“ (2019, 344). Hinter dieser Position steht ein spezifisches Freiheitsverständnis, was sich v.a. bei Schneidewind und Loske zeigen lässt. Leitend ist dabei das Motiv, dass Menschen, die sich von der materialistischen Konsumorientierung lösen, individuelle Freiheit zugewinnen. Entsprechend konstatieren Schneidewind/Zahrnt, dass Selbstbegrenzung befreien könne (2013, 176). Noch deutlich wird dieses Motiv an der oben angeführten Textstelle, wo Schneidewind/Zahrnt das konsumfokussierte Individuum als Getriebenen beschreiben (ebd., 15). Dies erinnert stark an die emanzipatorische Konsumkritik der ersten Zeitphase. Demgegenüber bedeute die Fähigkeit zum bewussten Verzicht Autonomie gegenüber den Umständen und die Freiheit, sich auf die wesentlichen Dinge zu fokussieren (ebd., 133; Schneidewind 2019, 176). Auch für Loske steigt der Grad innerer Freiheit, je mehr das Individuum in der Lage ist, bewusst zu verzichten und zu einer vernunftgesteuerten Selbstbegrenzung zu kommen (2015, 203f, ähnlich 14).

Freiheit liegt in dieser Perspektive vor allem in der Emanzipation von und dem souveränen Umgang mit den eigenen materiellen Bedürfnissen. Lediglich frei von unmittelbaren äußeren Zwängen den maßgeblich von außen induzierten materialistischen Bedürfnissen zu frönen, kann aus dieser Sicht keine Freiheit bedeuten. In diesem Denken sind Suffizienz und Genügsamkeit keine Aufgabe von Freiheit, sondern im Gegenteil ein Weg zu mehr innerer Freiheit. Dies folgt logisch daraus, dass das Konsumstreben

primär als heteronomes Handeln gesehen wird. Zum Tragen kommt hier im Unterschied zum Fokus auf negative Freiheit bei Fücks eine starke Gewichtung positiver Freiheit, wonach Handlungen erst dann frei sind, wenn sie dem authentischen freien Willen des Individuums entspringen und nicht von außen (z.B. durch Werbung oder Statuskonkurrenz) induziert sind (vgl. dazu Honneth 2013, 58ff). Gleichzeitig deutet Loskes Verweis auf die vernunftgesteuerte Selbstbegrenzung in Richtung der Kantischen reflexiven Freiheit, wonach die vernünftige Selbstgesetzgebung und die Handlungsorientierung an diesen Gesetzen Ausdruck von Freiheit sind (vgl. dazu Honneth 2013, 63).

13.1.2.3 Ökologische Weiterentwicklung der Demokratie

Als drittes Handlungsfeld neben der grünen Effizienzrevolution und den dargestellten Postwachstumspolitiken lässt sich die ökologisch movieierte Weiterentwicklung des politischen Systems identifizieren. Da es bisher nicht gelinge, Zukunftsinteressen ausreichend zu berücksichtigen, so z.B. Loske, gelte es die Institutionen der Demokratie zu reformieren (2015, 232). Es geht somit um die Stärkung der ökologischen Leistungsfähigkeit des Staates. Dazu lassen sich vier Ansatzpunkte unterscheiden, die im Folgenden aufzuarbeiten sind. Daran anschließend ist eine Differenz zu den Denkern des grünen Wachstums zu reflektieren, die sich auf die Tugendanforderungen an die Bürgerschaft bezieht.

Erstens zielen die Vorschläge auf eine Eingrenzung von Lobbyismus. Alle drei Denker machen im starken Lobbyeinfluss ein zentrales Hindernis für die ökologische Transformation aus (Kap. 13.1.1.2). Daran anschließend konstatiert z.B. Kopatz, dass die Eindämmung des Lobbyismus die Voraussetzung für die Umsetzung seiner ökopolitischen Vorschläge sei (2018, 355). Konkrete Maßnahmen finden sich v.a. bei Kopatz und Loske.³⁵⁵ Bei Kopatz steht die Schaffung von Transparenz sowie die Regulierung bzw. Begrenzung der Einflussnahme im Vordergrund. Ersterem dient eine Verpflichtung zur Veröffentlichung der Konsultationen im Zuge von Gesetzgebungsprozessen (2018, 355), was sich entsprechend bei Loske findet (2015, 234). Auf die Begrenzung der Einflussnahme richtet sich das Verbot

355 Bei Schneidewind ist diesbezüglich wie bereits bei Jänicke eine Leerstelle auszumachen. Der prominenten Problematisierung von ungleich verteilten Einflusspotenzialen stehen keine Ansätze zur Eindämmung bzw. Behebung dieses Problems gegenüber.

von Parteispenden und von Nebeneinkünften für Abgeordnete (Kopatz 2018, 355). Bei Loske liegt der Fokus neben größerer Transparenz stärker auf der Verhinderung von Machtkonzentrationen sowie dem Aufbau von Gegengewichten. Der Verhinderung von Machtballungen dienen die schärfere wettbewerbs- und kartellrechtliche Bekämpfung von ökonomischen Machtballungen mit überproportionalem politischem Einfluss (2011, 35f; 2015, 174-179) sowie der Abbau der Konzentration von (Geld-)Vermögen durch größere Steuergerechtigkeit (2015, 189). Der Aufbau von Gegenmacht soll einerseits über die Ausweitung von Bürgerbeteiligung in demokratischen Entscheidungsverfahren (ebd., 248) und andererseits durch die Stärkung der Parlamente, die aber wiederum transparenter und zugänglicher für die Bürgerschaft sein sollen, erreicht werden (ebd.).³⁵⁶

Zweitens wird in den untersuchten Beiträgen für eine verstärkte Bürgerbeteiligung geworben. Bereits angeklungen ist, dass Loske dies als Maßnahme gegen wirtschaftliche Lobbymacht begreift. Er und Schneidewind plädieren aber auch unabhängig davon für mehr Beteiligung, womit sie zwei Ziele verbinden. Erstens geht es um die Steigerung von Akzeptanz durch umfassendere Bürgerbeteiligung (Loske 2015, 239ff; Schneidewind 2019, 350; Schneidewind/Zahrnt 2013, 85, 98f). Zweitens erhoffen sie sich dadurch einen ökologischeren Policy-Output. Loske plädiert im Zuge dessen für eine Ergänzung der bestehenden Institutionenlandschaft um direktdemokratische Verfahren von unten, ohne dies näher auszuführen (2015, 232, 248). An anderer Stelle spricht er sich für eine systematische Öffnung von Entscheidungs- und Planungsverfahren für die interessierte Bürgerschaft aus, in welcher sich öffentliche Entscheidungsträger, Verwaltung und Bürgerschaft auf Augenhöhe begegnen (ebd., 239-242). Was dies in institutioneller Hinsicht konkret bedeutet und welche Ebenen Loske dabei im Blick hat, bleibt offen. Unabhängig davon kommt hier das Motiv zum Tragen, dass auch das ökologische Demokratisierungsdenken der ersten Zeitphase prägt: der stärkere Einbezug der Bürgerschaft in politische Entscheidungsprozesse soll zu verantwortlicheren Ergebnissen führen. Doch ist Loske diesbezüglich deutlich zurückhaltender als die radikalen Demokratisierungsdenker der ersten und, wie unten noch zu zeigen ist,

356 Loske bemerkt, dass auch auf EU-Ebene dringend wirksame Maßnahmen gegen überbordende Lobbyeinflüsse getroffen werden müssten. Er plädiert für einen Lobbyfußabdruck für Gesetze sowie eine Stärkung des Parlaments gegenüber Rat und Kommission, um den Einfluss der Bürgerschaft auf Nachhaltigkeitspolitik zu stärken (2015, 234).

der zweiten Zeitphase. Er warnt zugleich vor der Illusion eines zwingenden Zusammenhangs zwischen mehr Partizipation und stärkerer Nachhaltigkeits- bzw. Langfristorientierung (ebd., 232, 243f, 248f). Bei ihm kommt ein, im Vergleich zum radikalen Demokratisierungsdemokratismus, skeptischeres Bürgerbild zum Ausdruck, nach dem die Bürgerschaft weder per se verantwortlich noch durchgehend beteiligungswillig ist (ebd., 246ff). Angesichts dessen dürften die neu zu schaffenden partizipativen Möglichkeiten das repräsentative System lediglich ergänzen, welches als Absicherung gegen „populistischen Unfug“ und unvernünftige Entscheidungen in direktdemokratischen Verfahren Bestand haben müsse (ebd., 244f, 248).³⁵⁷

Als dritte Maßnahme zur Stärkung des staatlichen Handlungspotenzials fordern Schneidewind und Loske die Schaffung bzw. Stärkung von Institutionen, die ökologische Interessen im politischen Prozess vertreten. Als einen Ansatzpunkt nennen sie einen veränderten Ressortzuschnitt, der ökologischer Nachhaltigkeit als Querschnittsherausforderung besser zur Geltung bringt und die Zersplitterung diesbezüglicher Zuständigkeiten überwindet. Befürwortet wird ein mit starken Kompetenzen ausgestattetes Ministerium für Nachhaltige Entwicklung, in dessen Zuständigkeiten nach Loske neben Umwelt-, Natur und Klimaschutz auch weitere Bereiche wie Elektrizitätswirtschaft, Verkehr oder Wohnungsbau fallen sollen (Loske 2015, 235f; Schneidewind 2019, 345f). Bei Loske findet sich darüber hinaus der Vorschlag einer substanziellen institutionellen Erweiterung der Legislative. Er befürwortet die Schaffung eines mit suspensiven Vetorechten im Gesetzgebungsverfahren ausgestatteten Nachhaltigkeitsrates, der Zukunftsinteressen repräsentiert. Bestenfalls soll dieser Rat auf europäischer Ebene verwirklicht werden. Loske plädiert für eine Amtszeit der Mitglieder von fünf Jahren ohne Möglichkeit zur Wiederwahl, um so eine Verstrickung in kurzfristige politische Interessen zu vermeiden. Das Gremium soll plu-

357 Bei Schneidewind äußert sich die Hoffnung auf einen ökologischeren Policy-Output durch mehr Bürgerbeteiligung v.a. in spezifischen Politikbereichen. So legt er für die Bereiche Wohnungspolitik und Mobilitätspolitik dar, dass eine breite Beteiligung zu verantwortlicheren Entscheidungen führe. Beispielsweise geht er im Bereich Mobilität davon aus, dass eine breite Beteiligung zu einer Gewichtsverschiebung weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu ÖPNV und nicht-motorisierten Verkehr führe und infrastrukturelle Großprojekte kritischer geprüft würden. Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass es Schneidewind vor allem um mehr Beteiligung auf kommunaler Ebene geht. Die institutionellen Formen ausgeweiteter Beteiligung bleiben weitgehend offen. An einer Stelle nennt er ergebnisoffene Zukunftskonferenzen und Bürgerhaushalte als potenzielle Ansätze. (2013, 85, 98f)

realistisch mit Vertretern aus Politik, Industrie, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie z.B. Umwelt- und Verbraucherschutzverbände besetzt sein. Denkbar ist für Loske auch, dass dieses Gremium, das im Kanzleramt ressortieren soll, nicht nur mit Sachverständigen, sondern auch mit Laien, die z.B. per Losverfahren auszuwählen sind, besetzt wird.³⁵⁸ (2015, 171f, 232, 236)

Als vierter Ansatzpunkt findet sich bei Loske, ähnlich wie bei Fücks, die Verankerung eines Rechts auf Nachhaltigkeit als Grundrecht in der Verfassung. Dies zielt auf eine stärkere Selbstbindung des Staates mit Blick auf Nachhaltigkeitserfordernisse. Darauf aufbauend soll nach Loske das bisherige Stabilitäts- und Wachstumsgesetz als Richtschnur für wirtschaftspolitisches Handeln in ein Stabilitäts- und Nachhaltigkeitsgesetz überführt werden. Die Überwachung der Einhaltung der entsprechenden Ziele würde dem neu geschaffenen Nachhaltigkeitsrat obliegen. (2015, 171, 236)

In der Summe wird deutlich, dass durchaus substanzielle Veränderungsnotwendigkeiten in Bezug auf das politische System gesehen werden. Abschließend ist auf eine Trennlinie zu den Autoren des grünen Wachstums einzugehen. In der hier diskutierten wachstumskritischen Perspektive hängt eine ökologisch tragfähige Demokratie stark von der Tugendhaftigkeit der Bürgerschaft ab. Nur wenn die Bürgerschaft ihre Präferenzstrukturen dahingehend verändert, dass sie nicht mehr auf die Steigerung von Konsummöglichkeiten und materiellem Wohlstand zielt, wird eine von demokratischen Mehrheiten abhängige Transformation in eine Postwachstumsgesellschaft möglich. Die Bürgerschaft muss in vorausschauender Rücksichtnahme auf Zukunftsinteressen eigene kurzfristige materielle Interessen zurückstellen. Dies unterstellt gleichzeitig ein optimistisches Bild der Bürgerschaft. Dieser wird die Fähigkeit zur bewussten und vorausschauenden Selbstbeherrschung und Selbstbegrenzung zugetraut (Kopatz 2018, 57; Schneidewind/Zahrnt 2013, 15f; Loske 2015, 27). Im Denken der Exponenten des grünen Wachstums ergeben sich keine solche starken Tugendanforderungen, da ein Ausstieg aus der Wachstumsdynamik kurz- bis mittelfristig nicht erforderlich erscheint. Zudem zeigen sich v.a. Fücks und Jänicke skeptisch bezüglich eines vorausschauenden Verzichtsethos in der Bürgerschaft.

358 Mit dem Vorschlag eines Zukunftsrates als Vetospieler im Gesetzgebungsverfahren schließt Loske an entsprechende, im Detail verschieden ausgestaltete Vorschläge aus der politikwissenschaftlichen Forschung an (vgl. u.a. Stein 1998, 252-261; Calliess 2016; Gesang 2018; Kahl 2018; SRU 2019, 179-182).

13.1.3 Prozess des Wandels: die Zivilgesellschaft als Impulsgeberin – der Staat als Transformationsinstrument

Wie denken Loske, Kopatz und Schneidewind den Prozess des Wandels in die Postwachstumsgesellschaft? Grundsätzlich ist festzuhalten, dass diese Frage in den untersuchten Beiträgen nur unzureichend und unzusammenhängend beantwortet wird. Vor allem bei Loske und Kopatz beschränkt sich dies auf eine weitgehend diffuse Hoffnung auf die Zivilgesellschaft, die den erforderlichen Wandel anstoßen soll. Schneidewind (2019) wiederum analysiert ausführlicher das Potenzial verschiedener Akteure und Akteursgruppen (Wissenschaft, Unternehmen, Politik, Zivilgesellschaft), von wem er aber letztlich welche konkreten Impulse erwartet, bleibt unklar.

Unabhängig von diesen Einschränkungen kam im Vorherigen zum Ausdruck, dass für die hier behandelten Denker, wie in der Perspektive des grünen Wachstums, der Staat das zentrale Transformationsinstrument darstellt. Sowohl die Politiken für eine ökologische Effizienzrevolution als auch die angestrebten Postwachstumspolitiken sind als staatliche Reformmaßnahmen angelegt. Entsprechend konstatieren die Autoren selbst, dass ökologische Transformation nicht ohne staatliche Politik, welche die erforderlichen Veränderungen in allgemeinverbindliche Regelungen und Rahmenbedingungen übersetzt, gedacht werden kann. Sie grenzen sich explizit von staatskritischeren bzw. staatsferneren Perspektiven auf ökologische Transformation ab. Einerseits positionieren sie sich gegen Ansätze, die primär auf individuelle Verantwortung und ein darauf aufbauendes verändertes Konsumverhalten als maßgebliches Transformationsvehikel setzen. Ein solcher Kulturwandel wird sich aus ihrer Sicht, wie dargestellt, nur dann einstellen, wenn der Staat dafür förderliche Rahmenbedingungen bereitstellt. Andererseits grenzen sie sich von der Perspektive ab, wonach der Wandel maßgeblich über die Diffusion veränderter sozialer Praktiken, wie sie sich z.B. in Tauschringen, Reparaturcafés oder Stadtgärten ausdrücken, vorstattengeht. Diese Initiativen seien zwar wichtige Impulsgeber, ohne ein früher oder später einsetzendes Mainstreaming durch den Staat blieben sie aber von marginaler Bedeutung. Die Politik, so Loskes Schlussfolgerung, sei nach wie vor der entscheidende Handlungsraum für die Transformation. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 145; Schneidewind 2019, 51, 328f; Loske 2015, 25f, 29ff, 87; Kopatz 2018, 347-351, 384-387)

In Anbetracht dessen stellt sich die Frage, wie der Staat zum Transformationsinstrument für den angestrebten Politikwandel wird. Diese Frage

stellt sich umso dringlicher, da, wie Loske selbst bemerkt, die vertretene Postwachstumsposition gegenwärtig deutlich weniger anschlussfähig ist als z.B. eine Strategie des grünen Wachstums (2012, 64f; ähnlich Kopatz 2018, 389f). Zentraler gemeinsamer Grundzug ist, dass die Zivilgesellschaft als maßgeblicher Impulsgeber gesehen wird. Demnach werde die institutionalisierte Politik erst dann die notwendigen Maßnahmen ergreifen, wenn sie entsprechenden Druck aus der Zivilgesellschaft erhält (Kopatz 2018, 384, 388ff; Loske 2015, 29ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 141f, 145, 150; Schneidewind 2019, 299-304). Beispielsweise legen Schneidewind/Zahrnt dar, dass alle etablierten Parteien auf Wachstum als Politikziel festgelegt seien (2013, 121f). Es bräuchte folglich zunächst einen vorangehenden (zivil-)gesellschaftlichen Wandel, der die Unterstützung für eine diesbezügliche Umorientierung sichtbar macht (ebd.). Die Zivilgesellschaft sei der Motor jeder großen Transformation, da in ihr neue Wertvorstellungen und Normen entstehen und heranreifen, welche wiederum die Grundlage für Politikwandel und institutionelle Neuerungen darstellen (2019, 299, 303f). Auch der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Umweltsenator in Bremen Loske gibt sich skeptisch bezüglich proaktiver Impulse aus der professionalisierten Politik. In seiner Zeit als aktiver Politiker sei die Gewissheit gewachsen, dass die entscheidenden Impulse für die notwendigen Schritte in Richtung Nachhaltigkeit nicht aus der formalen Politik zu erwarten sind. In dieser würden starke und veränderungsaverse Gegenwartsinteressen dominieren. Außerdem herrsche ein Fokus auf die eigene Wiederwahl vor (2015, 29ff). Entsprechend setzen die Autoren auf einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel, der die Basis für ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement bildet (Loske 2015, 88-92; Schneidewind/Zahrnt 2013, 144f; Schneidewind 2019, 26-30, 299, 303f; Kopatz 2018, 383ff). Beispielsweise hofft Kopatz auf eine erstarkende zivilgesellschaftliche „Lobby für die zukünftigen Generationen“, die sich gegen die „Lobby der Gegenwartsfixierung“ auflehnt (2018, 383).

Konkreter lassen sich in den untersuchten Beiträgen zwei maßgebliche Funktionen der Zivilgesellschaft unterscheiden. Erstens ist dies in konventionellem Sinne der Aufbau von politischem Druck und die aktive Einforderung des erforderlichen Wandels, z.B. durch ein entsprechendes Wahlverhalten, öffentliche Meinungsäußerungen, Proteste, gezielte Teilhabe und das Einbringen politischer Gegenkonzepte (Kopatz 2018, 383f, 387, 389f; Loske 2015, 86f, 237-242; Schneidewind 2019, 305f, 311ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 145-150). Es geht in dieser Funktion mit Stein um

das Einwirken auf die Willens- und Entscheidungsfindung im Staat, der Staat ist mehr oder weniger direkter Fluchtpunkt des zivilgesellschaftlichen Engagements (2015, 106f). In strategischer Hinsicht betonen Schneidewind/Zahrnt, dass aus den etablierten Akteuren der organisierten Zivilgesellschaft³⁵⁹ und den neueren, v.a. lebenspraktisch orientierten Initiativen eine politische Kraft für die Transformation in Richtung Postwachstum entstehen müsse (2013, 145-150).

Zweitens kommt in den untersuchten Texten eine Funktion der Zivilgesellschaft zum Ausdruck, die sich mit Loske als „Entwicklung von Alternativen in der Nische“ (2015, 87) beschreiben lässt. Schneidewind nennt dies die „Motor-Funktion“, im Rahmen derer zivilgesellschaftliche Akteure beispielhafte Lösungen und alternative Strukturen als Antwort auf die wahrgenommenen Problemlagen entwickeln (2019, 306). Besonderes Augenmerk legen die Autoren auf die sich ausbreitenden Praxisinitiativen wie Urban Gardening, Tauschringe, Reparaturinitiativen oder Energiegenossenschaften. Den ‚Alternativen in der Nische‘ werden wiederum zwei potenzielle Wirkungen zugeschrieben. In der ersten fungieren sie als (strukturelle) Prototypen, die als Vorbild für eine allgemeinverbindliche Rahmensetzung durch den Staat dienen können (Loske 2015, 31, 87; Kopatz 2018, 385ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 144f). Die zweite Funktion solch alternativer Praktiken besteht in deren ausstrahlender Wirkung. Nach Schneidewind/Zahrnt entwickeln diese Initiativen eine alternative Realität, „die auch andere fasziniert und ansteckt“ (2013, 144). Entsprechend geht es auch bei Kopatz darum, vor Ort aufzuzeigen, wie eine verantwortliche Lebenspraxis aussehen kann (2018, 387). Loske spricht von neuen, lustmachenden und attraktiveren Pfaden, welche durch die sich ausbreitenden Lebensstilpioniere sichtbar werden (2015, 229).³⁶⁰ Sie sind damit zugleich wichtiger Ausdruck einer neuen Positivvision, die für die Entstehung einer starken politischen Gegenbewegung von zentraler Bedeutung ist (ebd., 219). Mit Stein kann diese Funktion als die Schaffung von

359 Neben den Umweltverbänden setzt Schneidewind dabei auch auf Kirchen und Gewerkschaften. Als wichtiges Signal wertet er die bereits stattfindende zunehmende Vernetzung dieser drei Akteure, die es zu vertiefen gelte. (2013, 145-150)

360 Loske betont im Zuge dessen die aus seiner Sicht hohe Relevanz der kommunalen Ebene. Diese könnte bezüglich der Erprobung alternativer Lebens- und Produktionspraxen, aber auch mit Blick auf die Schaffung neuer politischer Rahmenbedingungen, als Reallabor im Transformationsprozess dienen. (2015, 251-257)

Bereitschaftspotenzial für anstehende Veränderungen beschrieben werden (2015, 120).³⁶¹

Jenseits dieses Fokus auf zivilgesellschaftliche Impulsgeber wird betont, dass auch Pioniere in anderen gesellschaftlichen Bereichen wichtige Impulse setzen können. Dies bezieht sich z.B. auf progressive Unternehmen oder eine transformative Wissenschaft. Zudem wird auch die Rolle progressiver Politiker betont, die alternative Maßnahmen und Konzepte in den Diskurs einbringen (Schneidewind 2019, 452-460; Schneidewind/Zahrnt 2013, 154f; Loske 2015, 87, 184; 2011, 47f; Kopatz 2018, 297f, 386f). Schneidewind setzt sich mit zwei dieser Akteursgruppen und deren Transformationspotenzial näher auseinander, was an dieser Stelle kurz zu rekapitulieren ist. Zum einen hofft er auf eine fortschreitende Selbsttransformation der Wirtschaft im Sinne eines Kulturwandels hin zur Wiederbelebung des Ethos des verantwortlichen Unternehmers. Dieser begreife unternehmerisches Handeln v.a. als Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlergehen, nicht primär als Profitgenerierung. Konkret erwartet Schneidewind von verantwortlichen Unternehmen Transformationsimpulse in vier Bereichen: die Entwicklung technologischer Sprunginnovationen, die Orientierung ihrer Geschäftsmodelle an gesellschaftlichen Belangen, die Ausrichtung ihrer kulturprägenden Wirkung auf verantwortlichen und nachhaltigen Konsum sowie politischen Einsatz für einen strengeren ökologischen Ordnungsrahmen (2019, 361-409, 418f; 2013, 154ff).³⁶² Zum anderen setzt Schneidewind auf eine transformative Wissenschaft, die andere Zukünfte entwirft und diese proaktiv in den gesellschaftlichen Diskurs einbringt. Eine entscheidende Rolle weist er den Wirtschaftswissenschaften zu, die sich von ihrem verengten Fokus auf die gegenwärtige Wachstumswirtschaft lösen müssten und alternative Wirtschaftsentwürfe entwickeln sollen. Die Ausschöpfung des trans-

361 Damit lässt sich konstatieren, dass die alternativen Praxisprojekte von den Autoren vor allem in ihrer Wirkkraft auf den Staat hin gesehen werden. Erstens entwickeln sie Prototypen, die dann über den Staat zu verallgemeinern sind. Zweitens schaffen sie Bereitschaftspotenzial für die erforderlichen, wiederum über den Staat zu implementierenden, gesamtgesellschaftlichen Veränderungen. Sie vollziehen die Neustrukturierung der Gesellschaft, anders als z.B. bei Amery, nicht autonom am Staat vorbei.

362 Bei Schneidewind dringt somit die Hoffnung durch, dass sich ein Bewusstseinswandel nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch in der Unternehmerschaft ausbreitet und wichtige Transformationsimpulse aus der Wirtschaft selbst kommen. Dies findet sich mit diesem optimistischen Grundton bei Loske und Kopatz nicht. Bei ihnen dominiert die Lesart, dass Unternehmen jenseits einzelner Pioniere in der Breite erst in den oben beschriebenen, veränderten politischen Rahmenbedingungen ihr Transformationspotenzial entfalten können (siehe z.B. Loske 2015, 172-184).

formativen Potenzials der Wissenschaft erfordere einerseits eine anders ausgerichtete Wissenschaftspolitik. Andererseits hofft Schneidewind aber auch auf selbsttransformierende Impulse aus dem Wissenschaftssystem selbst (2019, 429-446; 2013, 157-162).

Weitestgehend unklar bleibt, wie sich die beschriebenen Anstöße letztlich in gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten übersetzen sollen. Dies verweist auch auf die Frage, von welchen Parteien sich die Denker eine Öffnung für Postwachstumsstrategien erhoffen. Beispielsweise verbleibt Kopatz gänzlich auf der Ebene allgemeiner Appelle an die politischen Verantwortungsträger (2018, 387, 390). Wenig konkreter wird Loske, wenn er fordert, dass die „Protagonistinnen und Protagonisten der Nachhaltigkeit in Politik und Zivilgesellschaft [...] auf allen Ebenen einen Pakt eingehen“ und sich dann wiederum gemeinsam um „Allianzen mit wohlmeinenden Kräften“ bemühen (2015, 251). Hier kommt das Motiv der strategischen Verbindung progressiver politischer Funktionseliten und zivilgesellschaftlicher Akteure zum Tragen. Wen er aber für die „Protagonisten der Nachhaltigkeit“ in der etablierten Politik bzw. die „wohlmeinenden Kräfte“ hält, bleibt ungeklärt.

13.1.4 Erklärende Hintergrundannahmen

Abschließend ist die Frage zu beantworten, auf welchen Hintergrundannahmen die dargestellte Grundposition beruht. Dabei wurden die meisten maßgeblichen Aspekte bereits beleuchtet, weshalb sie an dieser Stelle nur zu nennen sind:

- Im Vergleich zu den Denkern des grünen Wachstums basiert die hier aufgearbeitete Position auf einer pessimistischeren Positionierung in der Wachstumsfrage, was wiederum auf eine skeptischere Einschätzung des technologischen Innovationspotenzials zurückzuführen ist (Kap. 13.1.1.1). Erst diese wachstumsskeptischere Haltung macht die auf die Überwindung struktureller und kultureller Wachstumstreiber fokussierten Postwachstumspolitiken erforderlich. Damit ergibt sich auch die Notwendigkeit des Einwirkens des Staates auf die Präferenzstrukturen der Individuen aus der wachstumsskeptischeren Grundhaltung.
- Die Position basiert auf einer spezifischen Idee des guten Lebens sowie einem spezifischen Freiheitsverständnis, vor deren Hintergrund die Abkehr von der expansiven Wachstums- und Konsumgesellschaft zugunsten

einer suffizienten Postwachstumsgesellschaft bessere Bedingungen für ein gutes und freies Leben bietet (Kap. 13.1.2.2).

- Dem Denken der Autoren liegt in dem Sinne ein optimistisches Menschen- und Bürgerbild zugrunde, dass den Individuen die Fähigkeit und der Wille zur bewussten und vorausschauenden Selbstbegrenzung zuge-
traut werden (Kap. 13.1.2.3).

Jenseits dieser drei Punkte ist abschließend auf perspektivische Spezifika einzugehen, welche die Autoren von den Denkern des grünen Wachstums einerseits und den Systemwechsel-Positionen andererseits unterscheiden. Gegenüber vielen Systemwechsel-Perspektiven liegt den hier behandelten Alternativentwürfen ein selektiverer Fokus auf die ökologische Frage zugrunde. Die Bearbeitung der ökologischen Krise wird nur bedingt mit der Lösung weiterer gesellschaftlicher Problemlagen verbunden. Viele Systemwechsel-Denker hingegen beschreiben die ökologische Krise als eine von mehreren Dimensionen einer multiplen Systemkrise und formulieren auch deshalb Fundamentalalternativen, die eine Antwort auf diese multiple Systemkrise geben sollen (Kap. 14). Neben das Ziel der Nachhaltigkeit treten weitere Ziele wie z.B. die Überwindung kapitalistischer Machtverhältnisse, die Beendigung von Herrschaft oder eine umfassende Demokratisierung. Die hier behandelten Denker sehen als Nebeneffekt einer Postwachstumsgesellschaft zwar bessere Bedingungen für ein freies und gutes Leben, der Fokus liegt jedoch auf der Bearbeitung der ökologischen Krise. Eben dies wird von Exponenten der Systemwechsel-Perspektive kritisiert (vgl. z.B. Schmelzer 2014, 18f). Gegenüber den Exponenten des grünen Wachstums ist bei den hier behandelten Denkern der realpolitische Fokus weniger stark ausgeprägt. Sie leiten ihre Politikvorschläge aus den ökologischen Notwendigkeiten ab, unterziehen sie aber keiner umfassenderen Prüfung bezüglich der realpolitischen Umsetzungsmöglichkeiten. Deutlich wird dies z.B. daran, dass die demokratischen Mehrheitsoptionen für die angestrebte Postwachstumspolitik weitgehend unreflektiert blieben, obwohl, wie Loske feststellt, die Postwachstumsstrategie im Hinblick auf gegebene Macht- und Interessenskonstellationen national und international nur sehr bedingt an-
schluss- und mehrheitsfähig ist (Kap. 13.1.3).

13.1.5 Zusammenfassung

Loske, Kopatz und Schneidewind halten im Angesicht der ökologischen Krise einen Ausstieg aus der fortwährenden Wachstumsdynamik für erforderlich. Neben die ökologische tritt zudem eine soziale Wachstumskritik, die soziale Grenzen des Wachstums erreicht sieht. Aus der wachstumskritischen Grundhaltung folgend werden neben der ineffizienten Nutzung von Umweltgütern auch Wachstumstreiber und Wachstumsabhängigkeiten als Krisenursachen problematisiert.

Dieser zweigeteilten Krisenbegründung entsprechend treten in den Alternativentwürfen neben die Effizienzrevolution mit Blick auf die Ressourcennutzung vielfältige Postwachstumspolitiken, die den Ausstieg aus dem Wachstumshorizont ermöglichen sollen. Adressiert werden dabei strukturelle Wachstumstreiber (z.B. durch die Förderung wachstumsunabhängiger Unternehmensformen, die Regulierung der Finanzmärkte oder Maßnahmen zur Aufhebung der Wachstumsabhängigkeit des Staates) ebenso wie kulturelle Wachstumstreiber (durch Suffizienzpolitik zur Einhegung der expansiven Konsumkultur). Der entscheidende Unterschied zu den wachstumskritischen Systemwechsel-Denkern besteht darin, dass in struktureller Hinsicht keine grundsätzliche Überwindung des Kapitalismus vertreten wird. Als weiteres wichtiges Handlungsfeld werden Veränderungen bezüglich des politischen Systems angemahnt, um dessen ökologische Leistungsfähigkeit zu steigern. Diese beziehen sich auf die Eindämmung des Lobbyismus, vertiefte Bürgerbeteiligung, die bessere institutionelle Verankerung von Zukunftsinteressen sowie eine stärkere verfassungsrechtliche Nachhaltigkeitsbindung des Staates.

In Bezug auf den Prozess des Wandels wird die Zivilgesellschaft als maßgeblicher Impulsgeber für die Transformation in eine Postwachstumsgesellschaft beschrieben. Demgegenüber steht eine Skepsis gegenüber den etablierten politischen Eliten. Gleichzeitig stellt der Staat aus Sicht der Autoren das zentrale Transformationsinstrument dar. Entsprechend richtet sich der Impuls der Zivilgesellschaft maßgeblich auf den Staat: direkt im Sinne des Aufbaus politischen Drucks sowie indirekt durch die Erprobung struktureller Alternativen und die Stärkung des gesellschaftlichen Bereitschaftspotenzials. Wie sich dieser Basisimpuls in gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten übersetzen soll, bleibt weitestgehend unklar.

Als zentrale Prämissen lassen sich erstens die, im Vergleich zu den Autoren des grünen Wachstums, pessimistischere Positionierung in der Wachstumsfrage und die dahinterstehende skeptischere Einschätzung des techni-

schen Innovationspotenzials identifizieren. Hinzu treten zweitens spezifische Ideen von Freiheit und gutem Leben, die eine Postwachstumsgesellschaft auch unabhängig von ökologischen Erwägungen als wünschenswert erscheinen lassen. Des Weiteren sind drittens ein Primat ökologischer Begrenzungserfordernisse gegenüber negativer individueller Freiheit sowie viertens das optimistische Bild eines verzichtfähigen Individuums von Bedeutung. Zuletzt lassen sich fünftens perspektivische Differenzen gegenüber den anderen Grundpositionen ausmachen.

13.2 Radikale Position: Suffizienzrevolution und schrumpfende Marktwirtschaft

Eine deutlich radikalere Position, die sich der Grundposition eines eingehogten Kapitalismus in Verbindung mit Postwachstumspolitik zurechnen lässt, wird von Niko Paech vertreten. Paech hat in der untersuchten Zeitphase mehrere sehr einflussreiche Schriften veröffentlicht, auf die sich die nachfolgende Darstellung bezieht (vgl. Zusatzkapitel III). In seiner Krisenanalyse verbindet Paech eine sehr pessimistische Positionierung in der Wachstumsfrage mit der Interpretation der ökologischen Krise als Kulturkrise (Kap. 13.2.1). Daraus ergeben sich die maßgeblichen Aspekte seines Gegenentwurfes. Erstens gilt es noch stärker als in der moderaten Perspektive die kapitalistische Marktwirtschaft einzuhegen, was mit einer ebenfalls stärker ausfallenden Aufwertung alternativwirtschaftlicher Ansätze einhergeht (Kap. 13.2.2). Zweitens bedarf es für Paech einer besonders tiefgreifenden Kulturrevolution, die zu radikaler Suffizienzorientierung führt (Kap. 13.2.2). Auch Paechs Vorstellungen vom Prozess des Wandels sind stark von seiner kulturell fokussierten Krisenbegründung geprägt. Die Impulsgeber fungieren in erster Linie als kulturelle Avantgarde, die auf die Ausbreitung der Suffizienzkultur zielt. Hinzu kommt eine deutlich stärkere Staatskepsis im Vergleich zu Kopatz, Loske und Schneidewind (Kap. 13.2.3). Abschließend werden die für Paechs Position maßgeblichen Prämissen aufgearbeitet (Kap. 13.2.4).³⁶³

363 Adler/Schachtschneider identifizieren in ihrem Überblickswerk zu Konzepten ökologischen Wandels eine Position „Kulturwechsel“, für welche sie Paech als einen maßgeblichen Vertreter heranziehen (2010, 198-221). Sie fokussieren jedoch auf ältere Schriften von Paech. Dabei zeigen sich weitreichende Überschneidungen zu den hier untersuchten neueren Schriften, sodass an verschiedenen Stellen auf Adler/Schachtschneider verwiesen wird.

13.2.1 Krisenanalyse

Paechs Position wird durch seinen ausgeprägten Wachstumspessimismus sowie seine kulturell fokussierte kausale Begründung der ökologischen Krise präformiert. Beides gilt es im Folgenden nachzuvollziehen, wobei zunächst auf die Positionierung in der Wachstumsfrage eingegangen wird.

13.2.1.1 Starker Wachstumspessimismus

Wie die oben behandelten Denker verbindet Paech ökologische und soziale Wachstumskritik. Vor allem in der ökologischen Dimension nimmt er eine deutlich radikalere Position ein. Er ist überzeugt, dass es ein ökologisches verträgliches Wirtschaftswachstum prinzipiell nicht geben kann (Adler/Schachtschneider 2010, 199ff). Vielmehr gelte es das grüne Wachstum als Illusion zu entlarven, da sich nur dann eine Perspektive für wachstumskritische Positionen öffne. Seine Ablehnung der Strategie grünen Wachstums beruht auf der Annahme, dass die Entkopplung von Wachstum und Umweltverbrauch nicht zu realisieren ist. Paechs diesbezügliche Argumentation ist deutlich ausführlicher als bei den meisten anderen Wachstumskritikern, soll hier aber nur in ihren Grundzügen nachvollzogen werden. Dazu lassen sich drei Argumentationslinien unterscheiden. Erstens bemüht er das Argument der Rebound-Effekte, wonach Effizienzgewinne durch Mehrverbrauch kompensiert oder gar überkompensiert werden. Zweitens ist er überzeugt, dass technische Innovationen Umweltprobleme und Ressourcenknappheiten nicht lösen, sondern lediglich verlagern. Als ein Beispiel führt er die Elektromobilität an. Drittens bemerkt er, dass in vielen Bereichen die Ressourcenbasis für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Wohlstandsniveaus bzw. für weiteres Wachstum auf Basis umweltfreundlicher Technologien nicht gegeben sei. So geht er z.B. davon aus, dass ein auf erneuerbaren Energien basierendes Wachstum an Flächengrenzen stößt und deshalb nicht zu verwirklichen ist. In der Summe ist Paech überzeugt, dass sich BIP-Wachstum nicht ansatzweise im erforderlichen Ausmaß vom Umweltverbrauch entkoppeln lässt. (2014, 7-11, 30-36, 71-97; 2020, 120ff, 129f; 2016, 56f, 103-109, 118ff, 187-193)

Doch ist Paech nicht nur der Ansicht, dass weiteres Wachstum nicht ökologisch zu gestalten ist. Er vertritt zudem, dass die Nachhaltigkeitsziele nur durch eine deutliche ökonomische Schrumpfung und Reduktion des materiellen Wohlstandes in den reichen Industrienationen zu erreichen

sind (2014, 8, 11, 67; 2016, 60, 137). Beispielsweise legt er dar, dass innerhalb eines global gerecht verteilten CO₂-Budgets hierzulande nur ein deutlich reduziertes materielles Wohlstandsniveau aufrecht zu erhalten sei, was u.a. ein Leben in weitgehender Sesshaftigkeit bei Verzicht auf globale Mobilität erfordere (2014, 57-61; 2016, 137).³⁶⁴ Für Paech ergibt sich als wachstums-politischer Imperativ somit eine deutliche Schrumpfung von BIP und ma-terielltem Wohlstandsniveau.³⁶⁵

Diese Position lässt sich auf eine stark technikskeptische Grundhaltung zurückführen, was sich v.a. an Paechs Auseinandersetzung mit technikopti-mistischen Positionen zeigt. Aus seiner Warte beruht die Strategie des grü-nen Wachstums auf einer unhaltbaren technischen Fortschrittsvermutung (2016, 118ff). Explizit gegen Fücks gerichtet bemerkt er, dass ihn dessen naiver Technikglaube an die mittelalterliche Hoffnung auf die Erlösung von oben erinnere (2020, 180f). An anderer Stelle vergleicht er die Überzeugung von der Machbarkeit der Energiewende mit der Technikgläubigkeit der 1950er- und 60er-Jahre bezüglich der Atomenergie (2016, 118ff).³⁶⁶ Diese

364 Paech macht keine konkreten Vorgaben, welches Wohlstandsniveau er zukünftig für vertretbar hält. Jedoch lassen sich aus anderweitigen Aussagen indirekte Schluss-folgerungen ziehen. So sieht sein unten noch zu vertiefendes Modell der Postwachstumsökonomie durchschnittliche Erwerbsarbeitszeiten von 20 Stunden pro Woche vor, während die restliche Zeit vorwiegend in subsistenzwirtschaftliche Tätigkeiten fließt. Der Großteil dieser reduzierten Erwerbsarbeit wird dabei in Regionalökono-mien mit geringerer Arbeitsproduktivität verrichtet (2014, 151). Daraus lässt sich schlussfolgern, dass auch der Bestand an nicht in Subsistenzwirtschaft hergestellten, aus Fremdversorgung stammenden Konsumgütern mindestens um die Hälfte sinkt. Entsprechend spricht Paech an anderer Stelle von einem um 50% reduzierten In-dustriesystem (2016, 196).

365 Paech ist zudem Vertreter der These, dass sich wirtschaftliches Wachstum abseh-bar ohnehin nicht mehr erzielen lässt, weil dies an Ressourcenengpässen scheit-ert. Aus seiner Sicht steht eine historisch einmalige Ressourcenknappheit bevor, die sich in einem „Peak everything“ (2014, 69) äußert. Wenn der Weg in eine Postwachstumsökonomie also nicht intentional und bewusst herbeigeführt wird, werde sich dieses Szenario „by disaster“ einstellen. Paech geht also nicht nur da-von aus, dass innerhalb bewusst eingezogener ökologischer Grenzen kein weiteres Wachstum möglich ist, sondern dass dieses auch unabhängig davon alsbald an unüberwindbare Input-Grenzen stößt. (2014, 143; 2016, 86, 193f, 197f)

366 Eindrücklich sind in dieser Hinsicht auch die direkten Auseinandersetzungen zwi-schen Fücks und Paech. Dabei wirft Fücks Paech eine malthusianistische Position vor, da er wie dieser, die Möglichkeiten der Überwindung von Knappheiten durch Kreativität und Innovation völlig übersehe. Dem entgegnet Paech, dass ihn Fücks' Technikfantasien an „Science-Fiction-Literatur“ erinnern würden. Besonders gut veranschaulichen lassen sich die unterschiedlichen Positionen in den Einschätzun-gen zur Zukunft der Mobilität. Während Fücks, wie oben dargestellt, davon aus-

technikkritische Haltung spricht, wie Paech darlegt, nicht pauschal gegen technischen Fortschritt als Lösungsbeitrag. Technologischer Wandel könne aber nur im Rahmen einer Schrumpfungsstrategie einen effektiven Beitrag leisten (ebd., 111f).

Neben dieser ökologischen Wachstumskritik vertritt Paech eine fundamentale soziale Wachstumskritik. Noch deutlicher als bei den oben behandelten Denkern kommt bei ihm die Position zum Tragen, dass die wachstumsorientierte Konsumgesellschaft die Möglichkeiten für ein gutes, sinnstiftendes und freies Leben systemisch unterminiert. Dabei sind die Argumente ähnlich:

- Auch Paech konstatiert ein Konsumniveau, das der individuellen Lebenszufriedenheit eher im Wege steht als diese zu fördern. Er beschreibt eine kaum zu bewältigende Ereignis- und Optionsdichte, die zu Stress, Erschöpfung und Depression führe. Die Menschen seien in dieser Überfrachtung gar nicht mehr in der Lage, den einzelnen Konsumgütern deren tatsächlichen Nutzen abzugewinnen. Die Quantität der Optionen führe dazu, dass diese qualitativ nicht mehr ausgeschöpft werden könnten. (2014, 11, 126-130; 2020, 146-151, 158-168; 2016, 194)
- Zudem sieht er die Konsumgesellschaften in einer Statustretmühle, in der die Individuen für das vermeintliche persönliche Glück stets auf den materiellen Wohlstand der Bessergestellten abzielen, woraus sich eine nicht endende Aufwärtsspirale ergebe (2014, 110ff).
- Darüber hinaus würden die Individuen durch die starke Konsumorientierung von den tatsächlich wichtigen Dingen, wie z.B. zwischenmenschliche Beziehungen oder Tätigkeiten, in denen Selbstwirksamkeit erfahrbar wird, abgehalten (2014, 126f; 2020, 152; 2016, 194). Damit zusammenhängend impliziert er an anderer Stelle, dass der zu beobachtende Konsumismus auch kompensatorisch in dem Sinne ist, dass die Individuen damit vor der eigenen inneren Leere zu entfliehen versuchen (2014, 15f).
- Zuletzt beschreibt Paech die Gegenwartsgesellschaft als radikal unfreie Gesellschaft. Diese gleiche einer „Wachstums- und Konsumdiktatur“ (Paech in WirtschaftsWoche 2021, 39:40). Das materialistische Expan-

geht, dass das Mobilitätsniveau weiter zunimmt und sich der Zuwachs z.B. beim Flugverkehr durch technische Innovationen ökologisch nachhaltig gestalten lässt, plädiert Paech für eine massive Reduktion der Mobilität. Beispielsweise gelte es 75% der Flughäfen und die Hälfte der Autobahnen zurückzubauen, da sich weder der Flugverkehr noch die Automobilität im heutigen Ausmaß ökologisch nachhaltig umgestalten ließen. (WirtschaftsWoche 2021, v.a. 27:30-36:30).

sionsstreben ist auch bei Paech kein autonomes, sondern heteronomes, von den äußeren Zwängen der Konsumgesellschaft erzeugtes Handeln.³⁶⁷

Auch bei Paech kommt somit deutlich die Haltung zum Tragen, dass eine Überwindung der wachstumsfokussierten Konsumgesellschaft auch aus nicht-ökologischen Gründen wünschenswert ist.

13.2.1.2 Krisenbegründung: Die ökologische Krise als kulturelle Krise

In der Krisenbegründung zeigen sich deutliche Überschneidungen, aber auch wichtige Differenzen zur Position von Loske, Kopatz und Schneidewind. Auch Paech macht sich auf die Suche nach den Wachstumstreibern und Wachstumszwängen, welche die aus seiner Sicht ökologisch unhaltbare Wachstumsdynamik anheizen. Diese verortet er ebenfalls auf strukturell-institutioneller und kultureller Ebene.³⁶⁸ Ein wichtiger Unterschied zu den oben behandelten Autoren ist, dass bei Paech der Fokus stärker auf der kulturellen Ebene als Primärproblem liegt. Mit Blick auf die strukturellen Wachstumstreiber zeigen sich weitgehende Schnittmengen zur moderaten Position:

- Auch aus Paechs Sicht ist in der konkurrenzbasierten Marktwirtschaft jedes gewinnorientierte Unternehmen einem strukturellen Wachstumszwang ausgesetzt: Um Investitionen zu finanzieren, muss es entweder für die Aufnahme von Eigenkapital ausreichend Aussichten auf Renditen und Wachstum versprechen oder für Fremdkapital Zinsen bezahlen und erwirtschaften. Dieser strukturelle Wachstumszwang werde durch die stark arbeitsteilige Wertschöpfungskette verstärkt, da sich einerseits auf jeder Wertschöpfungsstufe Wachstumserfordernisse ergeben und ande-

367 Als weitere Dimension der Unfreiheit sieht Paech die massive Abhängigkeit von Fremdversorgungssystemen. Da der Homo consumens Identität und Wohlstand über Konsummöglichkeiten definiere, gleichzeitig aber die Kompetenzen zur Eigenproduktion weitestgehend verloren habe, seien die Menschen dauerhaft von der Angst des Zusammenbruchs der Fremdversorgungssysteme getrieben (2014, 42, 63-70, 126-130; 2020, 144f, 154f). Hinzu komme eine starke Abhängigkeit von Technologien, was Paech am Beispiel moderner Kommunikationstechnologien wie dem Smartphone festmacht (2016, 76).

368 Auch bei Paech zeigt sich implizit, dass er die unzureichende ökologische Rahmung der Marktwirtschaft als Krisenursache erkennt (2014, 136f). Der Schwerpunkt liegt aber auf der Problematisierung des Wachstums und dessen Ursachen.

rerseits bei steigender Spezialisierung die Kapitalintensität der Produktion wachse.³⁶⁹ (2014, 104-107; 2016, 83)

- Als weiteren strukturellen Wachstumszwang beschreibt er das gegenwärtige Geldschöpfungssystem, wobei sich die Argumentation mit den oben dargestellten Autoren deckt (2014, 109).
- Als maßgebliche Wachstumsabhängigkeiten nennt auch Paech die Stabilisierung des Arbeitsmarktes bei steigender Arbeitsproduktivität, die Wachstumsabhängigkeit der Sozial- und Rentensysteme sowie die sich aus der Staatsverschuldung ergebende Zinslast. Aufgrund dieser Abhängigkeiten habe der Staat selbst ein genuines Wachstumsinteresse. (2014, 60, 109, 137; 2016, 57, 139)

Den zentralen kulturellen Wachstumstreiber sieht Paech in der expansiven Konsumkultur der Gegenwartsgesellschaft. In dieser diene Konsum v.a. den Zwecken der Status- und Identitätsbehauptung. Da relative Statusvorteile aber nie von Dauer seien, ergebe sich eine Statustretmühle, die in eine materielle „Rüstungsspirale“ münde. In dieser Aufwärtsspirale veränderten sich auch die Normalitätsvorstellungen der Subjekte, sodass der jeweilige materielle Standard als normal angenommen und nicht mehr hinterfragt werde. Verstärkender Faktor sei die soziale Ungleichheit, da sie das mimetische Begehren befeure und damit die „Rüstungsspirale“ anheize. In der Werbung sieht Paech zwar ebenfalls einen verstärkenden Faktor, die beschriebene Aufwärtsspirale funktioniere aber auch unabhängig davon. (2014, 15f, 110-112; 2016, 67, 73, 76ff, 83ff; vgl. dazu auch Adler/Schachtschneider 2010, 203)

Dies erklärt jedoch noch nicht, wo die expansive Konsumkultur aus Paechs Sicht ihren kausalen Ursprung hat. Hier deutet sich eine Differenz zu Loske, Kopatz und Schneidewind an. Bei diesen ist die Konsumkultur Folge des wachstumsfokussierten Wirtschaftssystems, dessen Wachstums-

369 In Anbetracht dessen trifft die vom Öko-Sozialisten Kern formulierte Kritik, dass Paech die Arbeitsteilung als entscheidenden Wachstumstreiber begreife und das in den Grundeigenschaften des Kapitalismus wurzelnde Profitstreben der Unternehmen als Treiber der immer weitergehenden Spezialisierung und damit auch als letztlich entscheidender struktureller Wachstumstreiber übersehe, nur bedingt zu (2019, 149ff). Paech sieht den sich aus Gewinnorientierung unter Konkurrenzbedingungen ergebenden Wachstumszwang auf Mikroebene sehr wohl. Anders als öko-sozialistische Autoren, wie z.B. Kern, leitet er daraus aber nicht die Forderung nach einer grundsätzlichen Überwindung des Kapitalismus im Sinne von Privateigentum an Unternehmen und marktwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen ab (Kap. 13.2.2).

zwang sich v.a. über Werbung in expansive Bedürfnisstrukturen übersetzt. Bei Paech hingegen kommt eine umgekehrte Lesart zum Ausdruck, was wichtig für das Verständnis seiner Position ist. Verdeutlichen lässt sich dies an Paechs vielfacher Abgrenzung gegenüber primär kapitalismuskritischen Positionen, die systemische Ursachen ins Zentrum ihrer Analyse rücken. Für ihn hingegen ist Wachstum erst in zweiter Linie ein Systemzwang, in erster Instanz ist es Folge des Expansionsdrangs der Individuen, die sich auf immer höheren Mobilitäts- und Konsumniveaus selbstverwirklichen wollen. Entsprechend bemerkt er, dass der Kapitalismus nicht von mächtigen Elitezirkeln gegen den Willen der Bürgerschaft aufrechterhalten werde, sondern von der breiten Masse der expansions- und konsumwilligen Subjekte getragen sei. Würde sich diese kulturelle Wachstumsorientierung auflösen, sei die Auflösung struktureller Wachstumszwänge problemlos möglich (zum ges. Absatz bis hierher: 2020, 23f; 2016, 80f, 83f). Hier klingt eine Diagnose an, wonach der expansive Kapitalismus Sekundärphänomen gegenüber der Inflation der Ansprüche und damit Ausdruck expansiver Subjektivitäten ist. Die ökologische Krise ist für Paech damit, wie er auch selbst konstatiert (2020, 180f), letztlich eine Kulturkrise und erst in zweiter Instanz eine Krise von System und Institutionen (Adler/Schachtschneider 2010, 202). Anders als bei Loske, Kopatz und Schneidewind sind die kulturellen Wurzeln der Krise nicht Folge der strukturellen Ursachen, sondern umgekehrt.

Was aber ist der Ursprung der der expansiven Subjektivitäten, wenn diese nicht erst durch den Kapitalismus erzeugt werden? Diesbezüglich finden sich bei Paech nur unzusammenhängende Andeutungen, was eine Leerstelle in seiner Krisenbegründung markiert. Zu einem gewissen Grad begreift Paech Steigerungsdrang und Verführbarkeit als anthropologische Konstanten (2020, 24). Entscheidend für die Inflation der Ansprüche ist aus seiner Sicht aber, wie eine andere Textstelle in *All you need is less* nahelegt, die mit der Industrialisierung einsetzende Trennung von Produktion und Konsum (vgl. zum Folgenden 2020, 132-136, 155, 211 sowie dazu auch Adler/Schachtschneider 2010, 205): Die individuellen Ansprüche seien seither nicht mehr an die individuelle physische Leistungsfähigkeit gebunden, der Mensch könne sich somit mehr wünschen, als er selbst herstellen kann. Damit verschwinde das Regulativ für die individuellen Ansprüche, die sich in der Folge „beliebig verselbständigen“. Paech weiter: „Der Eintritt in das Konsumzeitalter sprengt [...] die Obergrenze für das, was Verbraucher begehren können“ (2020, 135). Damit einher gehe auch

das Freiheitsverständnis der Moderne, wonach Freiheit die Freiheit der Ansprüche und deren Verwirklichung bedeute. In dieser Lesart ist der Eintritt in die industrielle Produktionsweise der Ursprung der auf materielle Expansion ausgerichteten Individuen. Erst auf dieser Grundlage kann der auf „unersättliche Nachfrager“ angewiesene Kapitalismus gedeihen (2020, 24).³⁷⁰

Als weitere kulturelle Bedingung für die ökologische desaströse Entwicklung problematisiert Paech an verschiedenen Stellen die technoide „Fortschrittsreligion“ (2020, 221) der Moderne (2014, 79; 2020, 13, 218, 221; 2016, 166). Paech bezeichnet sich selbst als konservativ in dem Sinne, dass er nicht glaube, dass der moderne Mensch seinen vermeintlichen Fortschrittserregenschaften gewachsen ist. Vielmehr überschätze der moderne Mensch seine Kontroll- und Steuerungsfähigkeit, während er die Folgen seines Handelns nicht mehr überblicke. Dies bezieht Paech auf technologische Neuerungen wie die Digitalisierung, aber auch sozial-ökonomische Komplexe wie den Finanzsektor oder die globale Hypermobilität (2016, 166f). Deutlich klingt hier die, in der Tat bei konservativen Denkern wie Gruhl (Kap. 6.1) oder in jüngeren Jahren Miegel (2010; 2014) vorfindliche Diagnose der ökologischen Krise als Folge der Hybris der Moderne an. Anders als Gruhl und Miegel klärt Paech aber auch diesbezüglich nicht, wo für ihn die Wurzeln dieser Hybris liegen. In der Summe deutet sich bei Paech eine Krisenbegründung an, welche die ökologische Krise als Folge geistig-kultureller Bedingungen der Moderne begreift. Dies wird aber nur rudimentär ausbuchstabiert.

370 Was Paech nicht reflektiert ist, dass der Eintritt in den Industrialismus als Ursprung der Trennung von Produktion und Konsum selbst wiederum Ursachen hat. Andere öko-politische Denker sind diesbezüglich tiefer vorgestoßen, aber zu unterschiedlichen Ansichten gelangt (vgl. v.a. Strasser, Gruhl, Amery, später Bahro, Miegel). Adler/Schachtschneider legen mit Blick auf frühere Schriften von Paech dar, dass dieser einen Wandel in der abendländischen Philosophie und Weltanschauung für ursächlich hält (2010, 202 mit Bezug auf Paech 2005, 64). In den hier untersuchten Schriften wird diese Argumentationslinie jedoch nicht ausgeführt.

13.2.2 Alternativentwurf: Suffizienzkultur und wachstumsunabhängige Regionalökonomien

Aus Paechs Wachstumspessimismus in Verbindung mit seiner Krisenbegründung ergeben sich die maßgeblichen Rahmenbedingungen für seinen Gegenentwurf:

- Unabdingbare Voraussetzung für den Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft ist ein tiefgreifender Kulturwandel hin zu Suffizienz und Genügsamkeit.
- In institutioneller Hinsicht muss der Gegenentwurf vielfältige strukturelle Wachstumstreiber adressieren und gleichzeitig eine deutliche Schrumpfung von wirtschaftlichem Produktionsvolumen und materiellem Wohlstandsniveau ermöglichen.³⁷¹

13.2.2.1 Eine neue Kultur der Genügsamkeit

Zentrale Voraussetzung ist für Paech die Entstehung einer neuen Kultur der Genügsamkeit, die er zumeist mit dem Begriff der Suffizienz beschreibt (2020, 200f; vgl. dazu auch Adler/Schachtschneider 2010, 208). Dieser kulturelle Wandel müsse zurück zu einer Ethik des menschlichen Maßes führen, im Rahmen derer die Individuen ihre materiellen Ansprüche auf ein verantwortliches Maß reduzieren (2014, 146ff; 2020, 12f; 2016, 14, 114ff). Erforderlich sei eine neue „regulative Idee“, wonach sich jedes Individuum mit seinem Handeln an der Frage orientiert, welche materielle Freiheiten ihm in Anbetracht der Norm intra- und intergenerativer Gerechtigkeit noch zustehen (2016, 128f). An anderer Stelle bezeichnet Paech dies auch als Herausbildung eines neuen „ökologischen Anstands“ (2020, 198-204). Damit einhergehen müsse auch ein verändertes Wohlstandsverständnis, wonach Wohlergehen in einem genügsamen, autonomen und von Fremdversorgung unabhängigeren Lebensstil zu finden ist (2016, 139). Für Paech müssen sich die Präferenzstrukturen der Individuen somit grundlegend verändern (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 218). Zudem muss die neue Suffizienzkultur von einem neuen, aufgeklärten Freiheitsverständnis unterfüttert sein, wonach Freiheit immer mit Verantwortung einhergeht und somit nichts als Ausdruck

371 Das politische System kommt bei Paech nicht als Transformationsgegenstand vor.

von Freiheit gelten kann, was den Prinzipien der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit zuwiderläuft (2020, 15, 213f).³⁷²

Während sich Paech mit der moderaten Position in der Forderung nach einem Kulturwandel hin zu Suffizienz trifft, zeigen sich unterschiedliche Ansätze, wie diese neue Kultur entstehen soll. Kopatz, Loske und Schneidewind setzen diesbezüglich prominent auf den Staat („Suffizienzpolitik“). Demgegenüber ist Paech sehr viel skeptischer bezüglich des Staates als Transformationsakteur. Folglich denkt er den Kulturwandel in erster Linie als zivilgesellschaftliche Selbstaufklärung durch einen Prozess sozialer Diffusion. Diese Prozessdimension des Kulturwandels wird unten näher beleuchtet (Kap. 13.2.3).

13.2.2.2 Strukturelle Wachstumstreiber überwinden: Paechs „Postwachstumsökonomie“

Auf Basis einer solchen Suffizienzkultur kann aus Paechs Sicht eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise entstehen. Diese beschreibt er mit seinem vielzitierten Modell der Postwachstumsökonomie. Dieses zeigt deutliche Überschneidungen zur oben dargestellten, moderateren Position auf, ist aber in mehreren Punkten radikaler. Dies gilt v.a. für die Regionalisierung der Ökonomie, die Veränderung des Finanz- und Währungssystems, den Ausbau der Subsistenz- und Tauschwirtschaft sowie den Rückbau nicht zukunftsverträglicher Wirtschaftszweige. Wie bei Loske, Schneidewind und Kopatz zielt Paechs Entwurf nicht auf die grundlegende Überwindung, wohl aber die Einhegung der kapitalistischen Marktwirtschaft.

Paechs Postwachstumsökonomie besteht aus drei „Versorgungssystemen“ (die Darstellung der drei Versorgungssysteme bezieht sich auf Paech 2014, 113-125, 131ff; 2016, 194-197). Erstens empfiehlt er eine deutlich ausgeweitete, entmonetarisierete Subsistenz- und Tauschwirtschaft. Dies umfasst verschiedene Bereiche wie einen höheren Selbstversorgungsgrad durch Eigen- oder Gemeinschaftsproduktion, die Ausweitung des unentgeltlichen Tauschens von Gütern und Dienstleistungen sowie die Ausweitung von Gemeinschaftsnutzungen. Viel Gewicht legt er auch auf die Verlängerung der

372 Neben der Suffizienzkultur fordert Paech eine Abkehr vom Fortschrittsdenken der Moderne, wonach nichts bleiben dürfe, wie es ist, und alles stetig verbessert und intensiviert werden müsse (2020, 13; 2016, 16f). Zudem bedarf es für Paech auch einer deutlich technikkritischeren Kultur (2016, 165ff). Beides wird aber nicht näher ausgeführt.

Nutzungsdauer von Gütern durch Pflege, Instandhaltung und Reparatur, was wiederum individuell, in Gemeinschaften oder über Tauschbeziehungen realisiert werden soll. Das Individuum soll also in umfassendem Sinne vom Konsumenten zum „Prosumenten“ werden. Neben unmittelbaren ökologischen Einsparpotenzialen weist Paech darauf hin, dass die Subsistenz- und Tauschwirtschaft keinen strukturellen Wachstumszwang aufweise.

Das zweite Versorgungssystem besteht aus Regionalökonomien, in denen als Schwundgeld konzipierte Regionalwährungen vorherrschend sind. Jenseits der offensichtlichen ökologischen Einspareffekte (v.a. weniger Transportaufwand, einfacher zu schließende Stoffkreisläufe) soll eine solche „Ökonomie der Nähe“ strukturelle Wachstumszwänge überwinden. In der Argumentation zeigen sich deutliche Schnittmengen, aber auch neue Aspekte gegenüber Kopatz, Schneidewind und Loske:

- Durch Dezentralisierung entfallen viele kapitalintensive Wertschöpfungsstufen und somit auch der Wachstumszwang der entsprechenden Unternehmen.
- Dezentralisierung schafft Transparenz und direkte Beziehungen, was Vertrauen stiftet. Dies verändert das Verhältnis zwischen Kapitalgebern, Unternehmen und Konsumenten:
 - Die lokalen Nachfrager sind gleichzeitig Kapitalgeber. Diese haben kein Interesse an hohen Zinsen, da dies die Produktpreise erhöht. Vielmehr ermöglicht die stärkere Vertrauensbasis ein Verzicht auf bzw. eine deutliche Senkung der Zinsen, was wiederum den Wachstumsdruck mildert.
 - Die Unternehmen identifizieren sich stärker mit ihrer Region und den Mitmenschen, was das Profitstreben einhegt und Verantwortung gegenüber natürlichen Lebensgrundlagen und Konsumenten stiftet.
- In Nahraumökonomien werden deutlich geringere Output-Mengen hergestellt, weshalb eher weniger kapitalintensive, „konviviale“ Technologien wirtschaftlich sind. Diese reduzierte Kapitalintensität der Produktion verringert den Wachstumsdruck der Unternehmen. Gleichzeitig ist mit solchen Technologien eine niedrigere Arbeitsproduktivität verbunden, was den Wachstumszwang zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit mindert.
- Regionalwährungen unterstützen nicht nur regionale Wertschöpfungsketten, weil sie nur in einer bestimmten Region gültig sind, sondern mildern auch strukturelle Wachstumszwänge. Erstens fördern sie kürzere Wertschöpfungsketten, die wie oben dargelegt, einen geringeren kumu-

lierten Wachstumszwang aufweisen. Zweitens sind sie als Schwundgeld konzipiert, was den sich aus dem Zinssystem ergebenden Wachstumszwang überwinden soll.

- Die Regionalökonomie führt systematisch zu kleineren Unternehmen, die transparenter und damit für die lokale Bürgerschaft besser zu durchschauen und kontrollieren sind. Dies wiederum steigert die soziale und ökologische Verantwortlichkeit der Unternehmen.

Als drittes Versorgungssystem bleibt als zu minimierende Restgröße die arbeitsteilige Globalökonomie, da sich einige Bedürfnisse für Paech auch weiterhin nur durch eine überregionale Industrieproduktion befriedigen lassen. Er macht aber deutlich, dass diese überregionalen Produktionsstrukturen zukünftig in erster Linie auf den Erhalt sowie die Auf- und Umwertung bestehender Produktbestände beschränkt sind.

Damit wird klar, dass Paech zwar eine radikal veränderte Wirtschaftsordnung vorschwebt, diese aber nicht grundsätzlich mit den konstitutiven Eigenschaften des Kapitalismus bricht. Dies zeigt sich an verschiedenen Aspekten. Paech hebt in Bezug auf die Unternehmensform zwar die Vorzüge genossenschaftlicher Unternehmen hervor, nimmt aber keine grundlegende Kritik an der auf Privatbesitz basierenden Wirtschaftsordnung vor (2014, 118). Auch die marktwirtschaftliche Grundordnung wird sowohl mit Blick auf die Regionalökonomien als auch die verbleibende überregionale Wirtschaft nicht infrage gestellt. Anders als bei den primär kapitalismuskritischen Positionen steht weder die Eigentumsfrage noch der konkurrenz-basierte Marktmechanismus bei Paech im Brennpunkt. Dies verbindet ihn mit Loske, Kopatz und Schneidewind.³⁷³

Wie entsteht diese neue Wirtschaftsordnung? Wie oben bereits angemerkt und unten näher ausgeführt wird, hofft Paech auf den Staat als Transformationsakteur, zeigt sich diesbezüglich aber sehr skeptisch. Dennoch skizziert er Maßnahmen, durch die der Staat die Entstehung der Post-

373 Diese Erkenntnis bestätigend machen auch Adler/Schachtschneider deutlich, dass es Paech nicht um die Überwindung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen Privatunternehmen geht (2010, 215). Damit ist Otts Zuordnung von Paech zur Denkströmung Neue Linke/Degrowth konkretisierungsbedürftig (2011, 62). Paech teilt mit den primär kapitalismuskritischen ausgerichteten Denkern, die Ott als weitere Vertreter dieser Denkströmung anführt, zwar einen starken Wachstums pessimismus, fokussiert aber mit seinem Alternativentwurf nicht auf die Überwindung der konkurrenz-basierten Marktwirtschaft und des Privateigentums an Unternehmen. Eben dies wird z.B. vom Öko-Sozialisten Kern kritisiert (2019, 149-152).

wachstumsökonomie befördern soll. Einige dieser Maßnahmen ergeben sich direkt aus dem oben umrissenen Entwurf: die Förderung von wachstumsneutraleren Unternehmensformen wie Genossenschaften, Stiftungen oder Non-Profit-Unternehmen, eine Vollgeldreform in Verbindung mit einer Stärkung von Regionalwährungen sowie Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung und zur gerechten Verteilung der restlichen Arbeit (2014, 135f, 139; 2016, 137ff). Auch der Abbau von Wachstumsabhängigkeiten wird von Paech adressiert.³⁷⁴ Zudem wird der Abbau der sozialen Ungleichheit, z.B. durch eine Vermögenssteuer sowie Obergrenzen für Einkommen, als wichtiges Handlungsfeld beschrieben, um Akzeptanz für eine Schrumpfungspolitik zu gewährleisten (2014, 139; 2016, 136ff). Hinzu kommt eine veränderte Bildungspolitik, die v.a. auf die Beförderung des oben beschriebenen Kulturwandels sowie die Vermittlung handwerklicher Fähigkeiten für die angestrebte Subsistenzwirtschaft fokussiert (2014, 138; 2020, 177f). Gleichzeitig beschreibt Paech Maßnahmen zur ökologischen Rahmung der verbleibenden marktwirtschaftlichen Strukturen. Dies umfasst Ansätze wie die gezielte Verteuerung von Umweltverbrauch durch Steuern, die Deckung durch Obergrenzen in Verbindung mit Zertifikatlösungen, den Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie eine ökologisch aussagekräftige Produktkennzeichnung (2014, 135ff, 139; Paech in Werkstatt Zukunft 2020, 9:30 - 12:10).

Aus diesen Maßnahmen folgt nicht, wie die von Paech angestrebte starke wirtschaftliche Schrumpfung zu erreichen ist. Während viele antikapitalistische Schrumpfungsbefürworter dazu auf planwirtschaftliche Strukturen setzen, findet sich dies bei Paech nicht. Dabei sind durchaus Textstellen zu identifizieren, die, zu Ende gedacht, in diese Richtung weisen. So bemerkt Paech, dass die verbleibenden, ökologisch nachhaltig nutzbaren natürlichen Ressourcen für die Deckung der Grundbedürfnisse zu verwenden sind, während für Luxusbedürfnisse wie internationale Flugreisen, Kreuzfahrten oder Skiurlaube kein Platz mehr bleibe. Diese Handlungen seien Ausdruck eines nicht zukunftsfähigen „ökologischen Vandalismus“ (2020, 183-186). In der Konsequenz würde dies implizieren, dass der Staat zwischen Grundbedürfnissen und Luxusbedürfnissen unterscheidet und sicherstellt, dass

374 Als Maßnahme gegen die Wachstumsabhängigkeit des Arbeitsmarktes lassen sich die oben beschriebenen Arbeitszeitverkürzungen lesen. Für die Lösung der Schuldenproblematik befürwortet Paech eine langfristig angelegte Vermögensabgabe (2014, 137). Was sich bei Paech trotz entsprechender Problematisierung nicht findet, ist die Reformierung der aus seiner Sicht wachstumsabhängigen Sozial- und Rentensysteme.

die knappen natürlichen Ressourcen nur für die Befriedigung ersterer eingesetzt werden. Dies ist ohne planwirtschaftliche Zuteilungsstrukturen schwer vorstellbar. Entsprechende Schlussfolgerungen finden sich bei Paech aber nicht.

Unabhängig davon lassen sich aus Paechs Beiträgen vier Ansatzpunkte rekonstruieren, wie die wirtschaftliche Schrumpfung verwirklicht werden kann. Erstens deutet er, wie bereits Kopatz und Schneidewind, in spezifischen Bereichen direkte staatliche Begrenzungsmaßnahmen an (Rückbauprogramme für Flughäfen und automobiler Infrastruktur) (2014, 137; 2016, 152f). Zweitens soll der Kulturwandel hin zu Suffizienz dafür sorgen, dass sich die Konsumenten von selbst bescheiden und damit die Nachfrage sinkt (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 208). Drittens befördern einige der oben beschriebenen Maßnahmen indirekt wirtschaftliche Schrumpfung. So geht Paech davon aus, dass die angestrebten Regionalökonomien durch die Reduktion von Skaleneffekten weniger produktiv sind (2014, 116). Zudem führe die angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit zu geringerem Einkommen, was wiederum die Nachfrage mindert (ebd., 122). Viertens lässt sich bei Paech die Überzeugung nachzeichnen, dass das konsequente Übersetzen ökologischer Belastungsgrenzen in politische Rahmenbedingungen von selbst zu einer schrumpfenden Ökonomie führt.³⁷⁵ Für Paech erfordert die notwendige Schrumpfung also nicht den Übergang zu planwirtschaftlichen Strukturen. Vielmehr kann durch die konsequente ökologische Rahmung der Märkte in Verbindung mit dem angestrebten Kulturwandel eine Marktwirtschaft ohne Wachstum bzw. eine schrumpfende Marktwirtschaft erreicht werden (Adler/Schachtschneider 2010, 208).

375 Prominent vertritt Paech dazu den Vorschlag eines individualisierten Budget-Ansatzes, nach dem jedem Individuum ein aus globaler Perspektive gerechtes Emissions- und Ressourcenbudget zugeteilt wird. Dieses würde, wie Paech z.B. mit Blick auf das verbleibende CO₂-Budget darstellt, nur noch ein begrenztes und deutlich geringeres Maß an Mobilität und materiellem Wohlstand zulassen (2020, 174-177; Paech in Werkstatt Zukunft 2020, 9:30 - 12:10).

13.2.3 Prozess des Wandels: Suffizienzavantgarde, das verantwortliche Individuum und der untätige Staat

Wie denkt Paech den Prozess des Wandels hin zu Suffizienzkultur und Postwachstumsökonomie? Oben wurde bereits angedeutet, dass er sehr skeptisch bezüglich eines proaktiven Staates ist. Er geht davon aus, dass von der, in die expansive Konsumkultur eingebetteten, institutionalisierten Politik keinerlei Impulse für reduktive Strategien zu erwarten sind. In der Konsumkultur würden die Wähler diejenigen Parteien wählen, die ihre materiellen Freiheiten und Konsummöglichkeiten nicht beschneiden und ausweiten.³⁷⁶ Da die politischen Entscheidungsträger vom Willen der Bürgerschaft abhängen, würden sie sich an diesen Wünschen orientieren. Entsprechend sieht Paech in der etablierten Parteienlandschaft keine Kräfte, die eine Perspektive der Reduktion absehbar unterstützen könnten. Besonders skeptisch ist Paech gegenüber Impulsen von Seiten der Regierung, da diese für ihre Maßnahmen vom Mehrheitswillen abhängen. Er kommt zu dem Schluss, dass materielle Reduktion mit der Systemlogik demokratischer Konsumgesellschaften nicht vereinbar ist. (2014, 20ff, 92; 2020, 16f, 123, 194-197; 2016, 142, 149, 157, 165)

Sichtbar wird hier ein Politikverständnis, nach dem die institutionalisierte Politik bloßer Ausdruck der Interessenstruktur in der Bürgerschaft ist. Besonders augenscheinlich wird dies in folgendem Vergleich: „Politik ist wie der Verstärker einer Stereoanlage. Wenn die Musik großer Mist ist, ändert der Verstärker nichts daran, im Gegenteil, er verstärkt sie sogar. Nicht der Verstärker macht die Musik, sondern das Signal. Erst wenn genügend Beispiele für postwachstumskompatible Praktiken das entsprechende Signal aussenden, kann die Politik den Mut entwickeln, uns reduktive Maßnahmen zuzumuten“ (2016, 147). Impulse für den angestrebten Wandel sind für Paech demnach ausschließlich aus der Zivilgesellschaft zu erwarten (2020, 222). Erst wenn diese in ausreichendem Maße die Bereitschaft für reduktive Maßnahmen zeigt, rückt eine entsprechende staatliche Politik in den Bereich des Möglichen.³⁷⁷

376 Hier zeigt sich ein skeptisches Bild der gegenwärtigen Bürgerschaft, die in ihrer politischen Präferenzstruktur in erster Linie an den eigenen materiellen Interessen ausgerichtet ist.

377 Im direkten Gespräch mit Paech kritisiert Eppler dieses Verständnis einer rein reaktiven Politik. Eppler ist demgegenüber überzeugt, dass es sowohl in der Bürgerschaft als auch in der institutionalisierten Politik progressive Kräfte gibt, die

Aus dieser Positionierung ergibt sich eine wichtige Differenz zu Loske, Kopatz und Schneidewind, die prominent auf den Staat als Transformationsakteur setzen. Diese betonen zwar die Notwendigkeit zivilgesellschaftlicher Impulse, es ist dann aber der Staat, der die Ausbreitung des Kulturwandels hin zu Suffizienz und Genügsamkeit durch die Veränderung von Rahmenbedingungen maßgeblich vorantreibt und in der Breite ermöglicht. Paech hingegen ist überzeugt, dass wachstumskritische Transformationsentwürfe, die veränderte Rahmenbedingungen und damit mehrheitsabhängiges staatliches Handeln voraussetzen, „reine Zeitverschwendung“ sind (2020, 196). Bei ihm muss die Zivilgesellschaft aus sich selbst heraus einen breiten Kulturwandel vollziehen, bevor entsprechende staatliche Politiken überhaupt möglich erscheinen.

Da der Staat als Impulsgeber ausfällt, gilt es für Paech das Individuum in die Pflicht zu nehmen (2014, 144f; 2020, 18f, 23f, 27, 123, 181f, 201, 204; 2016, 73, 132).³⁷⁸ Ein reduktiver ökologischer Wandel werde erst dann möglich, wenn sich die Individuen nicht mehr hinter den vorgeblich falschen Rahmenbedingungen oder den Systemzwängen des Kapitalismus als Krisenursachen verstecken, sondern ihre Handlungsfreiheit erkennen und Verantwortung für ihr eigenes Handeln übernehmen (2020, 18f, 181f). Entgegen seiner Skepsis gegenüber der institutionalisierten Politik wird hier ein grundlegendes Zutrauen sichtbar, dass das Individuum diesen Prozess der Selbstaufklärung zu vollbringen vermag: Selbst wenn der Wunsch nach Optionserweiterung eine menschliche Konstante sei, könne sich der Mensch durch bewusste Reflexion davon lösen (2016, 73).³⁷⁹ Entsprechend sind für Paech diejenigen Individuen die Impulsgeber für den angestrebten Wandel, die sich selbst verändern und aus der expansiven Konsumkultur

gemeinsam den Impuls für ökologischen Wandel setzen müssen (Paech/Eppler 2016, 147f).

378 Vielsagend ist in dieser Hinsicht auch der Titel eines Buchbeitrages von Paech aus 2018: *Überforderte Politik – warum nur individuelle Verantwortungsübernahme die Ökosphäre rettet*. Paech sieht den Appell an die Politik sogar als kontraproduktiv, weil er von der Verantwortlichkeit des Individuums ablenke (2020, 123, 196).

379 Diese Selbstaufklärung stellt Paech in einen größeren Zusammenhang. Aus seiner Sicht ist das Projekt der Aufklärung erst dann vollendet, wenn das vernunftbegabte Individuum in einem Prozess der Selbstreflexion sein Handeln an den globalen ökologischen Erfordernissen ausrichtet und sich auf einen aus globaler Perspektive gerechten Anteil am Ressourcen- und Emissionsbudget zurückzieht (2016, 128f; 2020, 198). In einer Diskussion mit Paech kritisiert Fücks eben dieses Hoffen auf den besseren Menschen, der sich aus sich selbst heraus verändert, als Idealismus (Fücks in WirtschaftsWoche 2021, 39:05– 39:30).

ausbrechen (Adler/Schachtschneider 2010, 218). Paech spricht von einer „Suffizienzavantgarde“ (2020, 206). Diese ist in erster Linie kulturelle, nicht politische Avantgarde. Sie richtet sich nicht in einem aussichtslosen Unterfangen auf den Staat, indem sie an die politischen Eliten appelliert oder selbst den Weg einer Parteigründung geht (2016, 126, 147, 152, 157f, 2020, 200f, 205f).³⁸⁰ Vielmehr ist ihr zentrales Ziel die Ausbreitung der Suffizienzkultur. Es gehe darum, einen gesellschaftlichen Lernprozess anzustoßen und dadurch immer mehr Menschen zu gewinnen (ebd.). Die impulsgebende Bewegung wirkt damit in erster Linie jenseits des Staates.

Wie aber erreicht die Suffizienzavantgarde die stetige Ausbreitung der Suffizienzkultur? Paech ist überzeugt, dass nur durch das authentische Vorleben suffizienter Praktiken und Lebensstile Kulturwandel effektiv befördert werden kann, während verbal fokussierte Kommunikationsstrategien aussichtslos seien.³⁸¹ Mit diesen alternativen Praktiken verweist Paech zum einen auf kollektive Praxisprojekte, die als ausstrahlende Reallabore das vorwegnehmen, was zukünftig sowieso unvermeidlich ist. Als Beispiele nennt er Gemeinschaften und Projekte, die ihr Handeln am individuellen ökologischen Fußabdruck orientieren und sich im Zuge dessen in neuen Arbeitszeitmodellen, neuen Produktionsformen, Selbstversorgung und reduktiver Mobilität üben. Konkret rekurriert er auf Initiativen wie Repair-Cafés, Urban Gardening, Regionalwährungen, Solidarische Landwirtschaft oder Selbstversorgungskreise. Zum anderen hält Paech die Veränderung der individuellen Lebensführung im Sinne der konsequenten Ausrichtung am individuellen Ressourcenbudget für einen wichtigen Ansatzpunkt. In der Summe bedürfe es eines „Aufstands der konkret Handelnden“ (2020, 123).³⁸² Hinter dieser praxisfokussierten Position steht die Überzeugung, dass Menschen erst dann neue Handlungsmuster übernehmen, wenn sie im Alltag mit genügend praktisch vorgelebten Alternativen konfrontiert

380 Entsprechend äußert Paech eine kritische Perspektive auf vorwiegend auf den Staat gerichtete zivilgesellschaftliche Bewegungen wie „Fridays for Future“ (2020, 123, 238f).

381 Zudem würde der Kulturwandel durch die Zuspitzung aktueller Krisenphänomene unterstützt (2016, 144f; 2020, 219).

382 Auch Unternehmen könnten dabei als Transformationsakteure auftreten, wenn sie z.B. proaktiv eine Regionalisierung der Wirtschaftstätigkeit vornehmen, reparable Güter herstellen, Arbeitszeiten reduzieren, an Regionalwährungssystemen teilnehmen oder Schulungen für Instandhaltung von Produkten anbieten (2014, 131f; 2020, 236).

werden.³⁸³ Die von Minderheiten vorgelebten Gegenkulturen setzen also den von der Mehrheit praktizierten, nicht nachhaltigen Status quo unter permanenten Rechtfertigungszwang und zeigen gleichzeitig einen alternativen Handlungspfad auf. Dadurch wird ein kontinuierlicher Prozess der sozialen Diffusion aus der Nische in die breite Gesellschaft möglich.³⁸⁴ (Zum ges. Absatz 2014, 143; 2016, 16f, 126, 129f, 144f, 157, 171; 2020, 19, 25ff, 123, 200–210)

Wenn dieser gesellschaftliche Lernprozess weit genug fortschreitet und es für etablierte politische Kräfte machtpolitisch opportun wird, eine reduktive Strategie zu unterstützen, können auch diese und damit der Staat eine Rolle als Transformationsakteur einnehmen. Entsprechend beschreibt Paech, wie oben dargestellt, staatliche Politiken zum Übergang in eine suffiziente Postwachstumsökonomie. In diesem Szenario hätten die Praxisinitiativen in Reallaboren die strukturellen Prototypen erprobt, die dann über staatliche Politik zu verallgemeinern sind. Voraussetzung für eine staatliche Transformationspolitik bleibt aber, dass genügend Individuen eine radikale Selbstveränderung vollziehen und vorleben. Die Suffizienzkultur ebenso wie die Postwachstumsökonomie wachsen als zivilgesellschaftliches Projekt von unten.³⁸⁵

Dass der Staat früher oder später als Transformationsakteur auftritt, ist für Paech jedoch keineswegs ausgemacht. Falls der Staat nicht zum Handeln zu bewegen ist, beschreibt Paech eine Transformationsstrategie der „Rettungsinseln“. Er ist überzeugt, dass es bei Beibehaltung des Wachstums-

383 Diese Überzeugung, so Paech, basiere wiederum auf einer sozialen Handlungstheorie, wonach die Handlungsmuster des Menschen weniger rational kalkuliert, als vielmehr eine Nachahmung dessen sind, was im sozialen Umfeld zu beobachten ist (2020, 213). Eine weitere wichtige Stimme im deutschen Diskurs, die alternative Praxen als zentrales Transformationsvehikel beschreibt, ist Harald Welzer. Diese Schnittmenge haben Paech und Welzer in direkter Auseinandersetzung selbst herausgearbeitet (taz 2018, 1:23:45–1:28:00).

384 Als weiteren Effekt einer immer weiteren Ausbreitung von autonomen Selbstversorgungsstrukturen hofft Paech, dass die herkömmliche, wachstumsfokussierte Wirtschaftsweise ihre materielle Basis im Sinne von Nachfrage und Arbeitskraft einbüßt, was den Übergang zu einer Postwachstumsökonomie ebenfalls bestärken soll (2020, 233f).

385 Damit lassen sich Überschneidungen zu den Prozessvorstellungen von Amery ziehen. Auch dieser denkt, ausgehend von einer starken Staatskepsis, die strukturelle und kulturelle Erneuerung der Gesellschaft in erster Linie als zivilgesellschaftliches Projekt jenseits des Staates (Kap. 7.3.4). Paech ist im Vergleich zu Amery aber etwas optimistischer, dass der Staat die Transformation zu einem späteren Zeitpunkt unterstützt.

kurses absehbar zu drastischen Zusammenbrüchen kommt (2016, 197).³⁸⁶ Auch in diesem Szenario kommt den alternativen Praxisprojekten aus Paechs Sicht eine wichtige Rolle zu. Sie erproben Daseinsformen, denen sich im Krisenfall viele Menschen als einzigen Ausweg anschließen würden. Die autonomen Praxisprojekte stellen dann die „Rettungsinseln“ bzw. „Rettungsboote“ dar, von denen ausgehend der gesellschaftliche Neuaufbau beginnen kann.³⁸⁷ (2016, 197f; 2020, 204f, 235f)

Wie sich der Übergang zu Suffizienzkultur und Postwachstumsökonomie internationalisieren soll, bleibt bei Paech weitestgehend offen. Dies stellt, wie bereist für die moderaten Wachstumskritiker bemerkt, eine deutliche Leerstelle dar. Lediglich in einer Diskussion mit Fücks findet sich dazu ein Hinweis. Demnach hätten die reichen Industrienationen weltweiten Vorbildcharakter in dem Sinne, dass die ganze Welt die dort praktizierten Lebensstile und Werte nachahmt. Folglich könnten die reichen Länder auch auf dem Weg in eine reduktive Gesellschaftsform Vorbild sein und einen anderen, suffizienzorientierten Wohlstandsbegriff vorleben. (Paech in WirtschaftsWoche 2021, 35:15-36:15)

Abschließend ist zu konstatieren, dass der von Paech angedachte Transformationsprozess noch stärker als bei Loske, Kopatz und Schneidewind auf die Tugendhaftigkeit der Individuen angewiesen ist. Dies gilt für die individuelle Lebensführung ebenso wie für die Rolle als Bürger im demokratischen Gemeinwesen. Mit Blick auf die individuelle Lebensführung sollen die Individuen umfassend Verantwortung übernehmen, indem sie ihre Lebensweise strikt an einem global verantwortbaren Ressourcen- und Emissionsbudget ausrichten und diesen tugendhaften Lebensstil offensiv nach außen tragen. Die Individuen sollen sich also weitgehend selbst re-

386 Der Kollaps droht aus Paechs Sicht aufgrund des Zusammenspiels verschiedener Krisentendenzen wie Klimawandel, Verschärfung der Ressourcenknappheit, psychologischen Krisen wie Reizüberflutung, Burn-Outs und Depressionen oder potenziellen Zusammenbrüchen des Finanzsystems (2016, 197).

387 In Anbetracht dessen ist die Darstellung bei Vetter/Schmelzer, wonach für Paech der Staat grundsätzlich als Transformationsakteur ausscheidet und es ihm um die Schaffung autonomer Rettungsboote geht, verkürzt (Schmelzer/Vetter 2019, 217). Paech hat sehr wohl die Hoffnung, dass der Staat zu einem späteren Zeitpunkt als Transformationsakteur auftritt. Er ist im Vergleich zu den Autoren des grünen Wachstums und der oben dargestellten moderaten Perspektive aber deutlich skeptischer bezüglich staatlicher Impulse. Staatliches Eingreifen zur Unterstützung der Transformation ist von Paech aber explizit gewünscht und stellt die Voraussetzung für Transformation „by design“ dar. Nur wenn der Staat tatsächlich gänzlich als Transformationsakteur ausfällt und es zu Zusammenbruchsszenarien kommt, greift die Rettungsboot-Strategie und die neue Gesellschaft entsteht „by disaster“.

gulieren, da der Staat dazu nicht in der Lage ist. Dies verweist zugleich auf ihre Rolle als Bürger, da sie damit auf die Ausbreitung der Suffizienzkultur hinwirken und dadurch das „Bereitschaftspotenzial“ (Stein 2015, 120) für eine staatliche Reduktionspolitik schaffen sollen. Explizit sichtbar werden diese starken Tugendanforderungen an einer Textstelle, wo Paech einen Liberalismus, der sich allein auf formelle Gesetze verlässt und informelle Regulative wie Normen für obsolet hält, als nicht überlebensfähig beschreibt (2020, 214f). Eine Überlebens- und zukunftsfähige Demokratie setze „ökologischen Anstand“ in der Bürgerschaft voraus, der dafür sorgt, dass ökologisch unverantwortliches Handeln unter maximalen Rechtfertigungsdruck gerät und auch unabhängig von gesetzlichen Regelungen als illegitim erscheint (ebd.). Diese Position impliziert gleichzeitig, wie bereits für Loske, Kopatz und Schneidewind herausgestellt, ein optimistisches Menschen- und Bürgerbild, das dem Individuum diese Tugendhaftigkeit zutraut.

13.2.4 Erklärende Hintergrundannahmen

Paechs Antwort auf die ökologische Krise lässt sich auf diverse Hintergrundannahmen zurückführen, die im Vorherigen bereits zur Sprache kamen und deshalb an dieser Stelle nur konzentriert wiederholt werden:

- Paechs Position wird stark durch seine sehr pessimistische Positionierung in der Wachstumsfrage und die dahinterstehende skeptische Einschätzung des technologischen Innovationspotenzials geprägt (Kap. 13.2.1). Daraus ergibt sich die, auch im Vergleich zu den Autoren Loske, Kopatz und Schneidewind, stärkere Radikalität seines Alternativentwurfes.
- Maßgeblich für Paechs Position ist zudem, dass er die ökologische Krise in letzter Instanz als kulturelle Krise begreift, wobei die unhaltbaren Strukturen und Institutionen Ausdruck dieser Kultur sind (Kap. 13.2.1). Daraus folgt einerseits, dass ein tiefgreifender Kulturwandel die Voraussetzung für einen Weg aus der ökologischen Krise darstellt und andererseits, dass die Transformationsakteure in erster Linie als kulturelle Avantgarde angesprochen werden.
- Für Paechs Vorstellung vom Prozess des Wandels ist ein skeptisches Staats- und Politikverständnis ausschlaggebend. Demnach handeln politischen Eliten und damit der Staat ausschließlich reaktiv und machtopportun, weswegen letzterer als Impulsgeber ausscheidet und ungewiss ist,

ob er überhaupt eine Rolle als Transformationsakteur spielen kann (Kap. 13.2.3).

- Paechs Ansatz basiert in der Hinsicht auf einem optimistischen Bürger- und Menschenbild, dass er dem Individuum im umfassenden Sinne global ausgerichtete Verantwortungsübernahme und vorausschauende Verzichtsfähigkeit zutraut (Kap. 13.2.3).

Darüber hinaus zeigen sich bei Paech einige Hintergrundannahmen, die bereits für die moderate Position bei Loske, Kopatz und Schneidewind herausgestellt wurden. Dies gilt zum einen für den Punkt, dass Paech in erster Linie aus der Perspektive theoretischer Notwendigkeit denkt und realpolitische Erwägungen weitgehend außen vor lässt. Auf diesen Aspekt bezieht sich eine Kontroverse im bereits angesprochenen Streitgespräch zwischen Paech und Eppler. Dabei kritisiert Eppler, dass Paechs Ansatz zwar womöglich theoretisch notwendig sei, aber die Abwägung mit Blick auf die realpolitischen Bedingungen fehle. Vielmehr drohe ein so radikaler Wandel, wie Paech ihn beschreibt, die Gesellschaft zu überfordern, was der Veränderungsbereitschaft der Bürgerschaft wiederum nicht zuträglich ist. In der Tat finden sich solche Abwägungen bei Paech nicht.³⁸⁸

Zum anderen wird auch bei Paech die Haltung deutlich, dass der Übergang zu einer Postwachstumsgesellschaft nicht nur ökologische Notwendigkeit, sondern auch unabhängig davon wünschenswert ist. Auch bei Paech fußt diese Position auf spezifischen Ideen von Freiheit und gutem Leben. Ausführlich legt Paech in seinen Schriften dar, dass Suffizienz keinen Verzicht darstellt, sondern der Lebensqualität zuträglich sei. Durch materielle Selbstbeschränkung habe das Individuum mehr Zeit für die einzelnen Konsumgüter und kann daraus den maximalen Nutzen ziehen. Zudem ermögliche Suffizienz mehr Zeit für nicht-konsumtive Elemente von Lebensqualität. Glück, so Paechs Schlussfolgerung, sei nur außerhalb der konsumtiven Steigerungslogik zu finden, weswegen es einer Befreiung vom Überfluss bedürfe. Auch bei Paech stellt die Emanzipation vom materialistischen Habenmüssen und der souveräne Umgang mit den eigenen Konsumbedürfnissen die Voraussetzung für ein gutes Leben dar. (2014, 11, 126-130, 146ff; 2016, 194; 2020, 27, 168-171, 2020, 158-172)

388 Paech selbst widerspricht der These, dass er die realpolitische Dimension vernachlässigt. Er legt dar, dass er seine Position im Vergleich zu vorwiegend auf technische Innovationen setzende Strategien für realistischer hält, da der erforderliche Kulturwandel schneller vonstattengehen könne als langwierige technische Innovationsprozesse (2016, 126f).

Zudem schafft Suffizienz für Paech Freiheit: „Souverän ist nicht, wer viel hat, sondern wer wenig braucht“ (2014, 130; entspr. auch 2016, 70). Entsprechend geißelt er das aus seiner Sicht in der „Konsumdiktatur“ vorherrschende Freiheitsverständnis, wonach wir nur „als Konsumjunkie frei“ sein könnten (ebd., 40:55). Wahre Freiheit besteht für Paech gerade nicht in Konsumfreiheit und Optionsvielfalt, sondern setzt die Emanzipation von materiellen Steigerungsbedürfnissen voraus. Darüber hinaus schafft die angestrebte Postwachstumsgesellschaft für Paech auch dahingehend Freiheit, dass das Individuum, nicht zuletzt aufgrund der wiedererlangten Fähigkeit zur Selbstversorgung, unabhängiger von fragilen Fremdversorgungssystemen wird (2014, 129f, 146ff; 2016, 139, 194; 2020, 153ff, 215; Paech in WirtschaftsWoche 2021, 39:20-41:30). Sichtbar wird hier ein Verständnis von Freiheit als Autonomie und Souveränität im Sinne der Unabhängigkeit von außen. Zuletzt wird bei Paech ein starkes Moment sozialer Freiheit deutlich: Demnach lebt nur jener wahrhaft frei, der nicht zu Lasten Dritter lebt (2020, 213f). Materielle Genügsamkeit wird damit zur Voraussetzung für eine so verstandene, tugendethisch aufgeladene Freiheit.

13.2.5 Zusammenfassung

Paech vertritt im Vergleich zur moderateren Position von Loske, Kopatz und Schneidewind einen deutlich stärkeren Wachstumspessimismus, wonach eine substanzielle Schrumpfung der Wirtschaft und des materiellen Wohlstandsniveaus angezeigt ist. Auch er beschreibt strukturelle (z.B. Wachstumszwang aus Konkurrenzbedingungen, Geldschöpfungssystem, Arbeitsteilung) und kulturelle Wachstumstreiber (v.a. expansive Konsumkultur) als maßgebliche Krisenursachen. Anders als bei Loske, Kopatz und Schneidewind ist jedoch die kulturelle Dimension letztursächlich, das expansive Wirtschaftssystem hingegen Sekundärphänomen.

Zentrale Voraussetzung für den Weg aus der ökologischen Krise ist folglich ein tiefgreifender Wertewandel hin zu einer Suffizienzkultur, die mit dem expansiven Materialismus und dem technoiden Fortschrittsstreben der Moderne bricht. Auf dieser Basis kann eine alternative Wirtschaftsordnung entstehen, welche die strukturellen Wachstumstreiber überwindet und im Rahmen derer die erforderliche wirtschaftliche Schrumpfung möglich wird. Im Zentrum stehen dabei eine starke Regionalisierung, die Ausweitung nicht marktförmiger Wirtschaftsweisen, ein verändertes

Geldschöpfung- und Währungssystem sowie der Abbau von strukturellen Wachstumsabhängigkeiten.

Paechs Vorstellungen vom Prozess sind von einer starken Staatsskepsis geprägt, weshalb die Transformationsimpulse aus der Zivilgesellschaft erwartet werden und sich gleichzeitig nur indirekt auf den Staat beziehen. Vielmehr setzt Paech auf eine kulturelle Avantgarde, die durch alternative Praktiken den Kulturwandel vorantreibt und gleichzeitig alternative Strukturen und Institutionen erprobt. Erst wenn sich in der Bürgerschaft ein breiter Kulturwandel vollzogen hat, kann der Staat potenziell zum Transformationsakteur werden und den Übergang in eine Postwachstumsökonomie durch gezielte Politiken fördern.

Hinter Paechs Position stehen als maßgebliche Prämissen die ausgeprägte Wachstumsskepsis sowie die Interpretation der ökologischen Krise als kulturelle Krise. Hinzu kommen spezifische Ideen von Freiheit und gutem Leben, vor deren Hintergrund der Übergang zur Postwachstumsgesellschaft die Voraussetzung für mehr Freiheit und Wohlergehen darstellt. Ausschlaggebend sind zudem sein Politik- und Staatsverständnis sowie der perspektivische Fokus auf das theoretisch Notwendige.

14 Kapitalismus überwinden: zwischen Demokratisierung, Dezentralisierung und Planwirtschaft

Wie bereits in der ersten Zeitphase findet sich auch im neueren ökologischen politischen Denken eine Grundposition, für die im Angesicht der ökologischen Krise ein grundsätzlicher Systemwechsel erforderlich ist, was insbesondere die Überwindung des Kapitalismus impliziert. Diese tritt als dritte Grundposition neben die Befürworter des ökologischen Kapitalismus und die reformorientierten Wachstumskritiker. Dieser Perspektive lassen sich die Autoren Altvater, Brand, Dörre, Felber, Kern, Muraca, Peukert und Schmelzer zuordnen. Im Vergleich zur ersten Hochphase des ökologischen politischen Denkens wird in der zweiten Phase keine offen antidemokratische, autoritäre Systemwechsel-Position vertreten. Zwar findet sich bei einigen Denkern eine fundamentale Kritik an der repräsentativen, nationalstaatlich organisierten Demokratie. Die daraus gezogenen Schlussfolgerungen zielen aber in Richtung umfassender Demokratisierung bzw. bei Peukert in Richtung expertokratischer Ergänzungen des bestehenden Systems. Alle hier behandelten Autoren sind somit, wie in der ersten Phase Amery, Strasser, Fromm und der frühe Bahro, einer demokratischen Systemwechsel-Position zuzuordnen. Dabei zeigen sich im Vergleich zu den frühen Exponenten deutliche Kontinuitäten, aber auch einige Verschiebungen. Im Folgenden werden zunächst die in den untersuchten Beiträgen zum Ausdruck kommenden Krisenanalysen näher betrachtet (Kap. 14.1). Bezüglich der daraus abgeleiteten Alternativentwürfe lassen sich vier Positionen differenzieren, die in Kapitel 14.2. aufgearbeitet werden. Die Vorstellungen vom Prozess des Wandels werden dann wieder für die gesamte Autorenschaft en bloc behandelt (Kap. 14.3). Abschließend fällt der Blick auf die Hintergrundannahmen, welche das Denken der hier behandelten Autoren prägen (Kap. 14.4).

Elmar Altvater (*1938, †2018), studierter Ökonom und Soziologe, übernahm 1971 die Professur für Politische Ökonomie an der Freien Universität Berlin. Altvaters Forschungsschwerpunkte waren u.a. die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, Staatstheorie, Entwicklungspolitik und der Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie. Bereits ab den 1980er-Jahren veröffentlichte er Beiträge zur ökologischen Frage. Altvater war Mitbegründer und über 35 Jahre Mitglied der Redaktion der Zeitschrift PROKLA. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der GRÜNEN, die er im Streit um Kriegseinsätze der Bundeswehr im Kosovo und in Afghanistan verließ. Danach wurde Altvater Mitglied der LINKEN. Er engagierte sich zudem im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung und war Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac. (Exner 2018; Altvater 2010, Klappentext; Ladwig 2018)

Ulrich Brand (*1967) studierte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften. Nach einer Promotion im Bereich der internationalen Umweltpolitik und anschließender Habilitation übernahm er 2007 die Professur für Internationale Politik an der Universität Wien. Er war Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Zudem fungiert er als Mitherausgeber der *Blätter für deutsche und internationale Politik*. (Brand/Wissen 2017, 224; Universität Wien o.J.)

Klaus Dörre (*1957) wurde 1992 im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften promoviert und hat sich 1999 mit einer kritischen Kapitalismusanalyse habilitiert. Seit 2004 ist Dörre Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena. Er fungierte als Sprecher des 2011 initiierten und mittlerweile abgeschlossenen DFG-Kollegs Postwachstumsgesellschaften an der Universität Jena und ist außerdem seit 2017 Herausgeber des *Berliner Journal für Soziologie*. (Dörre o.J.)

Christian Felber (*1972) studierte u.a. Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie in Wien und Madrid. Er arbeitet als Autor und Lehrbeauftragter. Felber war Mitbegründer und mehrjähriger Vorstand von Attac Österreich und ist maßgeblicher Initiator der Gemeinwohlökonomie-Bewegung. (Felber 2012, Klappentext)

Bruno Kern (*1958), studierter Theologe und Philosoph, wurde mit einer Arbeit zur Marxismusrezeption in der Theologie der Befreiung promoviert. Er ist Gründungsmitglied und maßgebliches publizistisches Sprachrohr der „Initiative Ökosozialismus“. Er arbeitet als selbstständiger Lektor, Übersetzer und Autor. (Kern 2019, 237)

Barbara Muraca (*1971), studierte Philosophin, hat 2008 an der Universität Greifswald im Bereich der Nachhaltigkeitstheorie promoviert. Zwischen 2012 und 2014 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften an der Universität Jena. Im Anschluss übernahm sie 2015 zunächst eine Assistenzprofessur und ab 2021 eine außerplanmäßige Professur für Umweltphilosophie an der Oregon State University. (Muraca 2015, Klappentext; Oregon State University o.J.)

Helge Peukert (*1956) ist Professor für Plurale Ökonomik an der Universität Siegen und u.a. Mitglied im „Netzwerk Plurale Ökonomik“ sowie im wissenschaftlichen Beirat von Attac. Er promovierte 1991 in der Volkswirtschaftslehre und 1994 in der Soziologie. Von 1996 bis 1997 arbeitete er als Professor an der Universität Lettland sowie anschließend nach abgeschlossener Habilitation als Privatdozent an der Universität in Frankfurt. In der Folgezeit hatte Peukert verschiedene Forschungs- und Stiftungsprofessuren inne, bevor er 2006 zum außerplanmäßigen Professor für Finanzwirtschaft und Finanzsoziologie an der Universität Erfurt ernannt wurde. 2016 wechselte er auf die Professur nach Siegen. (Peukert 2021, Klappentext; Universität Siegen o.J.)

Matthias Schmelzer studierte Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Philosophie und wurde mit einer Arbeit zur Geschichte des Wachstumsparadigmas promoviert. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Jena sowie beim „Konzeptwerk Neue Ökonomie“. Zudem gehört er zu den prominenten Vertretern der sogenannten Degrowth-Bewegung. Politisch engagiert er sich u.a. bei Attac. **Alexis Passadakis** (*1976) studierte politische Ökonomie und arbeitet als Fraktionsreferent für die LINKEN in Hessen. Er war Mitglied des Koordinierungskreises von Attac. (Schmelzer/Passadakis 2011, Klappentext; Schmelzer/Vetter 2019, 256)

14.1 Krisenanalyse

Mit Blick auf die Krisenanalyse kann wiederum zwischen der Positionierung in der Wachstumsfrage und der kausalen Begründung der ökologischen Krise unterschieden werden.

14.1.1 Wachstumspessimismus

Wie bereits die Systemwechsel-Positionen in der Frühphase des ökologischen politischen Denkens basieren auch die hier behandelten Entwürfe auf einer wachstumspessimistischen Grundhaltung, wonach im Angesicht der ökologischen Krise ein Ausstieg aus der wirtschaftlichen Wachstumsdynamik erforderlich ist. Hinzu kommt die Überzeugung, dass weiteres Wachstum in den reichen Industrienationen unabhängig von ökologischen Erwägungen nicht mehr wünschenswert ist, da die sozialen Kosten mittlerweile überwiegen. Im Hinblick auf Ersteres grenzen sie sich die Autoren geschlossen von der optimistischen Position des grünen Wachstums ab

und kritisieren den zugrundeliegenden Technikoptimismus.³⁸⁹ Sie halten die Machbarkeit einer substanziellen absoluten Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch für illusionär.³⁹⁰ Steigerungen der Ressourceneffizienz seien zwar möglich, aber nicht im erforderlichen Ausmaß, wobei Rebound-Effekte wiederum als zentrales Argument angeführt werden. Zudem würden, so ein weiteres wichtiges Argument, technische Lösungen ökologische Probleme oft in andere Bereiche verlagern, anstatt diese zu lösen. Für die Autoren ergibt sich in der Summe ein prinzipieller Zielkonflikt zwischen weiterem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit.³⁹¹

Bezüglich der konkreten wachstumspolitischen Imperative zeigen sich im Rahmen des Wachstumspessimismus Differenzen. Die meisten Autoren halten nicht zuletzt im Angesicht legitimer Steigerungsbedürfnisse in bisher ärmeren Weltregionen eine wirtschaftliche Schrumpfung und Senkung des materiellen Wohlstandsniveaus in den reichen Weltregionen für angezeigt (Brand 2018, 97; Peukert 2021, 25, 477; Kern 2019, 115, 156, 176, 211; Muraca

389 Viele Autoren beziehen sich in dieser Abgrenzung explizit auf Fücks und von Weizsäcker (Altwater 2010, 140f; 234; Brand/Wissen 2017, 153; Kern 2019, 52f, 58, 211). In direkter Auseinandersetzung wurde diese Kontroverse zwischen Altwater und Fücks ausgetragen (vgl. MrMarxismo 2011; Rosa-Luxemburg-Stiftung 2009).

390 Auffallend ist, dass viele der hier behandelten Autoren nicht nur die beschränkten Senkenkapazitäten der Erde als ökologische Wachstumsschranke anführen, sondern auch die Ressourcenbasis für weiteres Wachstum infrage stellen. Dies bezieht sich v.a. auf die Argumente:

- dass die erneuerbaren Energien das Energiedargebot der fossilen Energieträger nicht ersetzen können, weswegen die Wirtschaft in Zukunft mit deutlich weniger Nettoenergie auskommen muss (Altwater 2010, 140f, 237, 245; Felber 2012, 19; Kern 2019, 60-78, 209f; Schmelzer/Passadakakis 2011, 43f).
- dass mineralische bzw. metallische Rohstoffe (z.B. Kupfer, Zink, Molybdän, Lithium) und seltene Erden als Grundlage für z.B. Erneuerbare-Energien-Anlagen, Elektromobilität oder Digitalisierungsstrategien nicht bzw. nur verbunden mit massiven ökologischen Folgeschäden in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen (Altwater 2010, 232; Kern 2019, 47ff).

Paradigmatisch ist in diesem Zusammenhang die bereits bei Paech vorgefundene Diagnose des „Peak everything“ (Altwater 2010, 23, 235). Andere Autoren grenzen sich hingegen von dieser Position ab und bemerken, dass Rohstoffknappheiten keine Wachstumsgrenzen setzen, weil immer wieder Substitutionsmöglichkeiten aufgetan werden (Brand 2018, 96).

391 Zum ges. Absatz Altwater 2010, 140f, 157f, 160f, 210f, 232-237, 242; Brand/Wissen 2017, 153; Brand 2018, 97, 103ff; Dörre 2011, 223ff; 2020, 250, 255; Kern 2019, 47-58, 85-89, 95, 118f, 155, 207; Muraca 2015, 11, 26, 40f, 71f; Peukert 2021, 22-25, 51, 471-474; Schmelzer/Passadakakis 2011, 31-40.

2015, 40f; Schmelzer/Passadakis 2011, 40, 57, 65, 74). Von einigen Denkern werden konkrete Zielmarken ausgegeben. Schmelzer/Passadakis sehen als Ergebnis der erforderlichen Schrumpfungsmaßnahmen ein um ein Drittel reduziertes BIP (2011, 71ff). Deutlich weitgehender sind Kern (2019, 176) und Peukert (2021, 477) der Überzeugung, dass es einer Verringerung des Produktionsvolumens um den Faktor zehn bedarf. Dieser Forderung nach gezielter Schrumpfung gegenüber klingt bei Dörre (2011, 223f; 2020, 255) und Altvater (2010, 157, 210f, 137, 242, 244f) eher das Ziel eines Wachstumsstopps an, was Altvater als die Position des „No growth“ bezeichnet.³⁹² Unabhängig von dieser Differenz ergibt sich für alle die Notwendigkeit, Wachstumstreiber und Wachstumsabhängigkeiten zu adressieren und aufzuheben.

Wiederum steht hinter dem Wachstumpessimismus eine technikskeptische Haltung. Deutlich wurde dies bereits an obiger Abgrenzung von den technikoptimistischen Positionen. Besonders weitgehend kommt diese Haltung bei Kern zum Ausdruck, der sich am ausführlichsten mit der Frage der Möglichkeit absoluter Entkopplung auseinandersetzt. Er lehnt die Position des grünen Wachstums grundlegend ab, da diese auf „ebenso infantile[n] wie gefährliche[n] Technikfantasien“ beruhe (2019, 211). Die Position des grünen Wachstums sei eine gefährlichere Ideologie, weil sie davon abhalte, die tatsächlich notwendigen radikalen Veränderungsschritte in Angriff zu nehmen (2019, 211). Beispielhaft seien hier einige der technikskeptischen Annahmen bei Kern aufgeführt:

- Das Potenzial zur Steigerung der Energieeffizienz ist in den reichen Industrienationen weitgehend ausgeschöpft. Mit Umstieg auf die Erneuerbaren droht sogar eine Abnahme der Energieeffizienz, weil z.B. Umwandlung von erneuerbarem Strom in Wasserstoff oder die Stromspeichertechnologien sehr energieintensiv sind (2019, 53ff, 209f).
- Die Förderung der für die angestrebte Transformation wichtigen metallischen Rohstoffe wird immer aufwendiger und damit ressourcenintensiver, was die Ressourceneffizienz tendenziell sinken lässt (ebd., 55ff).

392 An jeweils einer Textstelle halten Dörre (2019, 23) und Altvater (2010, 246) auch hierzulande ein langsames wirtschaftliches Wachstum für ökologisch vertretbar. Dies ändert jedoch nichts an ihrer Festlegung, dass Wachstumszwänge und Expansionismus zu überwinden sind (Dörre 2020, 250; Altvater 2010, 237, 242). Felber positioniert sich nicht explizit in der Wachstumsfrage. Seine Gegenvorschläge zielen aber explizit darauf, den Wachstumszwang des Kapitalismus zu überwinden, woraus geschlussfolgert werden kann, dass er einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik für erforderlich hält (siehe z.B. 2012, 60).

Das Lösungspotenzial des Recyclings ist sehr begrenzt, da dieses selbst mit hohem Energieaufwand und Rohstoffverbrauch verbunden ist (ebd., 48f).

- Im Bereich Mobilität stehen nur sehr eingeschränkt Substitutionsmöglichkeiten für die fossilen Kraftstoffe zur Verfügung, da Elektromobilität, Wasserstoff, Biokraftstoffe und synthetische Kraftstoffe selbst mit vielfältigen Limitierungen verbunden sind. Folglich gilt es das hohe Mobilitätsniveau deutlich zu senken. Ein nachhaltiger Flugverkehr, wie er von Fücks beschrieben wird, ist nicht zu realisieren. (ebd., 78-85)

Neben die ökologische Wachstumskritik tritt in den meisten Beiträgen eine soziale Wachstumskritik.³⁹³ Im Zuge dessen wird weiteres wirtschaftliches Wachstum auch unabhängig von ökologischen Erwägungen für nicht wünschenswert erachtet. Mit Blick auf die konkreten Argumente zeigen sich deutliche Überschneidungen, aber auch einige neue Aspekte im Vergleich zu den reformorientierten Wachstumsskeptikern:

- Oberhalb eines bestimmten Wohlstandsniveaus entkoppele sich die Relation zwischen steigendem materiellem Wohlstand und der empfundenen Lebenszufriedenheit. Zur Steigerung der gesellschaftlichen Zufriedenheit sei statt weiterem Wachstum die Verwirklichung von mehr sozialer Gleichheit ausschlaggebend. (Alt Vater 2010, 151f; Brand 2018, 100; Felber 2012, 85, 106; Muraca 2015, 10f, 69f; Schmelzer/Passadakakis 2011, 22ff)
- Im Zuge dessen verweisen die Autoren auf grundlegende Charakteristika der auf Wachstum fokussierten kapitalistischen Gesellschaft (v.a. Materialismus, Hyperkonsumismus, Statuswettbewerb, Arbeitsverdichtung, entfremdete Arbeit, Konkurrenz, Leistungsdruck, Karrierismus), welche die Möglichkeiten eines guten Lebens bzw. die Befriedigung wichtiger menschlicher Bedürfnisse untergraben (z.B. Kooperation, Vertrauen, soziale Beziehungen, Gesundheit, Naturerlebnis, Selbstbestimmung, sinnstiftende Tätigkeiten). Insbesondere laufe der Konsumismus bzw. der

393 Bei den Autoren Kern, Peukert und Dörre ist diese soziale Dimension der Wachstumskritik schwach ausgeprägt. Während Peukert und Kern insgesamt einen starken Fokus auf die ökologische Krisendimension haben, fokussiert Dörre in sozialer Hinsicht auf das Problem wachsender Ungleichheit, beschreibt aber keine weiteren Stränge sozialer Wachstumskritik.

Konsumzwang in der Gegenwartsgesellschaft einem freien und selbstbestimmten Leben zuwider.³⁹⁴

- Wachstum unter kapitalistischen Bedingungen beruhe auf der Ausbeutung von Menschen und Natur in anderen Weltregionen. Dies gelte auch für die Strategie des grünen Wachstums, die in vielerlei Hinsicht auf Ressourcen anderer Weltregionen zugreifen muss.³⁹⁵ Besonders deutlich wird dieser Punkt im von Brand/Wissen dargelegten Konzept der „Imperialen Lebensweise“ (2017) hervorgehoben, auf das sich auch andere Autoren beziehen (Kern 2019, 199f; Schmelzer/Passadakis 2011, 83).
- Wachstum führe in den letzten Dekaden eher zur Vertiefung sozialer Ungleichheit, die sich selbst wiederum negativ auf die Lebensqualität auswirke. Eine sozial gerechtere Verteilung des Zuwachses sei unter den gegebenen Machtverhältnissen nicht zu erwarten.³⁹⁶
- Wachstum basiere auf der günstigen Bereitstellung von Reproduktionsarbeit, die vorwiegend von Frauen erbracht werde (Schmelzer/Passadakis 2011, 16; Schmelzer/Vetter 2020, 134f; Brand/Wissen 2017, 63).
- Wachstumsorientierung gefährde die Demokratie, da demokratisches Entscheiden dadurch auf den Vollzug der Systemzwänge des Kapitalismus reduziert werde (Muraca 2015, 48f, 87; Kern 2019, 11; Brand/Wissen 2017, 118).

In der Summe erachten die Autoren weiteres wirtschaftliches Wachstum bzw. eine darauf fokussierte Gesellschaft auch unabhängig von ökologischen Erwägungen für nicht wünschenswert. Hinzu tritt die Überzeugung, dass Wachstumsabhängigkeiten als funktionelle Gründe für weiteres Wachstum (z.B. stabiler Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme, Finanztransfers in andere Weltregionen) entweder inhaltlich nicht zutreffend oder reformierbar in dem Sinne sind, dass sich diese Bereiche auch ohne

394 Altvater 2010, 152; Brand/Wissen 2017, 59f; Brand 2018, 99f; Felber 2012, 26f, 30-34, 111f, 178; Kern 2019, 212; Muraca 2015, 18, 38, 44f, 48f, 69f; Peukert 2021, 479; Schmelzer/Passadakis 2011, 52f; Schmelzer/Vetter 2020 134f.

395 Altvater 2010, 156-159, 188f; Brand/Wissen 2017, 61, 99f, 121f, 162-167; Kern 2019, 23ff; Muraca 2015, 43f, 46; Schmelzer/Passadakis 2011, 11, 16, 41, 83; Schmelzer/Vetter 2020, 134f

396 Altvater 2010, 131; Brand/Wissen 2017, 59ff, 2018, 100; Dörre 2020, 253f; Felber 2012, 31f; Muraca 2015, 77, 80; Schmelzer/Passadakis 2011, 26f.

Wirtschaftswachstum stabilisieren lassen (Altwater 2010, 141-145, 182; Mura-
ca 2015, 11; Schmelzer/Passadakis 2011, 27ff).³⁹⁷

14.1.2 Krisenbegründung: der Kapitalismus als Hauptursache

Ausgehend von der starken Problematisierung der Wachstumsdynamik als unmittelbare Ursache der ökologischen Krise stellt sich die Frage, wodurch diese Wachstumsdynamik erzeugt wird. Maßgeblich problematisiert werden wie bei den Systemwechsel-Denkern der ersten Zeitphase das Wirtschaftssystem, der Staat bzw. das politische System sowie eine materiell expansive Konsumkultur. Die zentrale Differenz zu den zuvor behandelten reformorientierten Denkern ergibt sich mit Blick auf das Wirtschaftssystem. Aus Sicht der hier behandelten Denker stellt die notwendige Abkehr vom Wirtschaftswachstum nicht nur spezifische Aspekte des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, sondern die grundlegenden Charakteristika des Kapitalismus infrage (vgl. entspr. Salzborn 2017, 128). Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines Systemwechsels hin zu einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise. Im Folgenden wird zunächst auf die Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem sowie der damit einhergehenden Konsumkultur eingegangen, bevor die Staatskritik der Autoren aufgearbeitet wird.

Der Kapitalismus als entscheidender struktureller Wachstumstreiber

Zentrale Ursache der ökologischen Krise ist aus Sicht der Autoren das kapitalistische Wirtschaftssystem. In den untersuchten Beiträgen lassen sich insbesondere drei Argumente gegen den Kapitalismus rekonstruieren, die stark an die Kapitalismuskritik der ersten Zeitphase erinnern.

1) Der Kapitalismus ist der strukturell entscheidende Wachstumstreiber. Anders als die reformorientierten Wachstumsskeptiker fokussiert die Analyse weniger auf spezifische Wachstumstreiber wie z.B. das Geldschöpfungssystem oder die deregulierten Finanzmärkte.³⁹⁸ Vielmehr begründen aus dieser Perspektive bereits die Grundeigenschaften des Kapitalismus, das Profitstreben privater Kapitalbesitzer sowie das Konkur-

397 Letzteres wird bei vielen Autoren nicht expliziert, steht aber implizit hinter ihren Gegenentwürfen, im Rahmen derer sie alternative Regulationen für diese Bereiche vorschlagen (Kap. 14.2).

398 Dennoch werden solche spezifischen Wachstumstreiber von vielen Autoren benannt und problematisiert. Dabei zeigen sich weitgehende Überschneidungen zu den reformorientierten Wachstumskritikern:

renzverhältnis zwischen ihnen den entscheidenden und mit ökologischen Begrenzungserfordernissen unvereinbaren Wachstumszwang (vgl. dazu auch Ott 2011, 62). Paradigmatisch konstatieren z.B. Schmelzer/Passadakis, dass sich der „grundlegendste Wachstumszwang [...] aus der Systemlogik der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst“ ergibt (2011, 47). Mit Blick auf die Begründung dieses Zwanges kann analytisch zwischen zwei Dimensionen unterscheiden werden.³⁹⁹ Einerseits ergibt sich ein Zwang zum Wachstumsstreben daraus, dass Unternehmen unter Konkurrenzbedingungen möglichst viel Profit erwirtschaften und in eine kapitalintensivere und dadurch rationalere Produktion reinvestieren müssen, um im marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf bestehen zu können. Andererseits wird privates Kapital im Kapitalismus grundsätzlich nur investiert, wenn es Aussicht auf Zuwachs verspricht. Jede Investition ist also mit dem Anspruch auf Wachstum verbunden.⁴⁰⁰

Die Frage, inwiefern sich Kapitalismus und längere Phasen ökonomischer Stagnation bzw. Schrumpfung tatsächlich ausschließen, wird nur von einigen Autoren vertiefend diskutiert. Dabei kommen sie zu dem Schluss, dass ein solcher nicht-expansiver Kapitalismus, wenn überhaupt, nur in Szenarien denkbar ist, die gesellschaftliches Wohlergehen massiv untergraben und folglich nicht erstrebenswert sind. Ein stationärer Kapitalismus sei erstens als deutlich verschärfter Wettbewerb mit beschleunigter Kapitalkonzentration denkbar, da Profite nur noch auf Kosten anderer Wettbewerber möglich sind. Zweitens sei ein Szenario denkbar, in welchem Profite nicht mehr in die Ausweitung der Produktion investiert werden, sondern stattdessen für Luxuskonsum abgeschöpft werden. Dies führe zu einer drastischen Verschärfung sozialer Ungleichheiten. Die ökonomietheoretischen

-
- Das bestehende System der Geldschöpfung sowie das Kredit- und Zinssystem (Alt Vater 2010, 242; Felber 2012, 74; Kern 2019, 167f; Peukert 2021, 476; Schmelzer/Passadakis 2011, 56),
 - Die Verschärfung und Globalisierung des Wettbewerbs durch Liberalisierung und Deregulierung der Märkte im Zuge des neoliberalen Paradigmas (Schmelzer/Passadakis 2011, 48; Kern 2019, 24),
 - Die Liberalisierung der Finanzmärkte („Finanzmarktkapitalismus“) und der daraus folgende, stärkere Wachstumsdruck auf die Realwirtschaft (Dörre 2011, 221ff; Alt Vater in MrMarxismo 2011, Teil 2, 6:40-6:55; Kern 2019, 167f; Schmelzer/Passadakis 2011, 18).

399 Diese analytische Trennung basiert auf Barth/Reitz 2016, 41f, 46f.

400 Alt Vater 2010, 26ff, 29ff, 151, 191ff, 233, 237; Brand/Wissen 2017, 36ff, 155, 167; Brand 2018, 70ff, 75f, 155; Dörre 2020, 251, 259; Felber 2012, 15, 18, 33, 60; Kern 2019, 23f, 27f, 108, 115, 149f, 189f, 195; Muraca 2015, 85f; Peukert 2021, 24f, 471f, 474; Schmelzer/Passadakis 2011, 47ff, 59f.

Argumentationen hier im Detail auszuführen, würde zu weit führen. Entscheidend ist, dass die hier behandelten Autoren keinen gangbaren bzw. erstrebenswerten Ausstieg aus der Wachstumsdynamik innerhalb des Kapitalismus sehen. (Altvater 2010, 152; Schmelzer/Passadakis 2011, 49; Kern 2019, 107-115)

2) Gemäß der zweiten Argumentationslinie erzeugt die Konkurrenzsituation der privaten Verwertungsinteressen im Kapitalismus einen systematischen Anreiz, natürliche Ressourcen (und Arbeitskraft) möglichst billig zu nutzen und ökologische Folgekosten auf die Allgemeinheit, in andere Weltregionen oder in die Zukunft zu externalisieren (Altvater 2010, 201f; Brand/Wissen 2017, 15, 30ff, 36, 38, 62f, 121f, 151, 167; Dörre 2020, 251; Felber 2012, 21, 32; Kern 2019, 28). Paradigmatisch legen Brand/Wissen dar, dass die über den Markt vermittelte Ausbeutung von Menschen und Natur konstitutiv für die kapitalistische Produktion sei (2017, 63). Die Externalisierung sozial-ökologischer Kosten sei folglich kein „Marktversagen“, sondern eine systematische Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise (ebd., 151). Dies gelte auch in einem grünen Kapitalismus (ebd., 36).⁴⁰¹

3) Aus dem für den Kapitalismus konstitutiven Profitmotiv folgt, dass sich Unternehmens- und Produktionsentscheidungen nicht am Gebrauchswert und somit an tatsächlichen Bedarfen, sondern am Tauschwert orientieren. Deshalb würden viele Güter produziert werden, die für das gesellschaftliche Wohlergehen eigentlich nicht erforderlich wären.⁴⁰²

In der Summe sind die Autoren überzeugt, dass die anstehende Transformation, wie Brand/Wissen (2017, 36) und Schmelzer/Passadakis (2011, 49f) formulieren, über den Kapitalismus hinausweisen muss. Vor diesem Hintergrund grenzen sich einige Autoren explizit von Transformationsperspektiven ab, die die Verwurzelung der ökologischen Krise in den Grundcharakteristika des Kapitalismus nicht erkennen und davon ausgehend eine

401 Dementsprechend führen Brand/Wissen weiter aus, dass es durchaus einen grünen Kapitalismus geben könne, der aber wiederum auf der Ausbeutung anderer Weltregionen und der zwanghaften Externalisierung ökologischer Folgekosten basiere. Ein grüner Kapitalismus biete also, wenn überhaupt, die Aussicht auf eine räumlich und sozial sehr selektive, auf die Profiteure des derzeitigen Systems beschränkte ökologische Modernisierung. Ein grüner Kapitalismus wäre also eine Stabilisierung der bisherigen „imperialen Lebensweise“, die auf der Ausbeutung und ökologischen Verwüstung anderer Weltregionen fußt. (2017, 19, 148, 155-162, 165ff)

402 Altvater 2010, 151, 175, 237, 242; Brand/Wissen 2017, 36, 172f, 176; Dörre 2020, 251; Felber 2012, 15, 33; Peukert 2021, 471f; Muraca 2015, 85f; Schmelzer/Passadakis 2011, 67, 73.

Lösung innerhalb des Kapitalismus anstreben oder diesen gar als wichtigen Treiber der ökologischen Erneuerung begreifen (Altvater 2010, 232f, 237; Brand/Wissen 2017, 149ff; Brand 2018, 70f, 97f; Kern 2019, 117ff, 140f). Im Zuge dessen findet sich bei Kern auch eine Abgrenzung gegenüber Loske und Paech, die aus ihrer wachstums skeptischen Position nicht den notwendigen Schluss der Überwindung des Kapitalismus ableiten würden (2019, 107-115).⁴⁰³

Expansive Konsumkultur und die Subjektivität des Kapitalismus

Übereinstimmend wird in den untersuchten Texten davon ausgegangen, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem und die darauf basierende Form der Gesellschaft eine bestimmte Kultur und damit spezifisch geprägte Individuen hervorbringt, die das kapitalistische System an sich sowie dessen Expansionsdynamik stützen. Während diese kulturellen Wachstumstreiber bei einigen Autoren, z.T. mit explizitem Verweis auf deren kausale Zweitrangigkeit gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, eher am Rande behandelt werden (v.a. Kern, Dörre, Peukert), setzen sich andere ausführlicher damit auseinander (v.a. Brand, Felber, Schmelzer, Muraca). Auch hier zeigen sich deutliche Kontinuitäten zur Kapitalismuskritik der ersten Zeitphase.

Die grundsätzliche Annahme ist dabei, dass die kapitalistische Gesellschaft durch ein spezifisches Wertesystem gekennzeichnet ist, das Werte wie Egoismus, Eigennutzorientierung, Materialismus, Selbststeigerung, Leistungsorientierung oder Karrierestreben ins Zentrum stellt. Damit korrespondiert auch ein entsprechendes Bild des Menschen als egoistischer Nutzenmaximierer. Beispielsweise bemerkt Felber, dass „uns das gegenwärtige System mitsamt seinen Zwängen dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen ist, dass wir sie gar nicht mehr bewusst wahrnehmen“ (2012, 177). An anderer Stelle bezieht er sich auf Fromm und bemerkt mit dessen Begrifflichkeiten, dass der Kapitalismus den Gesellschaftscharakter prägt und dieser wiederum die Individuen formt (ebd., 33). Für Altvater hat der Kapitalismus einen „Menschen der Beschleunigung und des Wachstums“ hervorgebracht, der von einem anderen Schlag als der vorkapitalistische Mensch sei (2010, 155). Im Zuge dessen wird auch darauf verwiesen, dass

403 Was sich bei den hier behandelten Systemwechsel-Denkern im Gegensatz zu den demokratischen Systemkritikern der ersten Zeitphase nicht findet, ist die v.a. von Amery und Strasser vorgetragene Kritik an der industriellen Produktionsweise als weitere strukturelle Krisenursache (vgl. Kap. 7.1.2).

die durch den Kapitalismus geprägten Individuen ein bestimmtes Verständnis von Fortschritt sowie die Überzeugung der Notwendigkeit fortwährenden Wachstums internalisiert haben.⁴⁰⁴

Weitergehend reflektiert wird diese kulturelle Prägung im Kapitalismus bei Brand/Wissen und Schmelzer/Passadakis. Sie beschreiben den gegenwärtigen Wachstumskapitalismus als hegemoniales Herrschaftsprojekt in dem Sinne, dass es bestimmten elitären Interessen gelungen ist, ihre eigenen Interessen als gesellschaftliches Allgemeininteresse zu definieren und durchzusetzen, um so die ideologische Hegemonie zu erreichen. Im Zuge dessen würden die kapitalistischen System- und Wachstumszwänge, wie auch sein Naturverständnis, den Alltagsverstand der Menschen prägen, sodass dieser zum stabilisierenden Moment für die gegenwärtigen kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse wird. Das gegenwärtige System basiere also, wobei beide Autoren explizit auf Gramsci verweisen, auf einer Art impliziten Herrschaft, die durch die stille Zustimmung der Beherrschten gestützt wird (zum ges. Absatz bis hierher Schmelzer/Passadakis 2011, 20f; Brand/Wissen 2017, 45-50, 56-61, 65, 169, 173ff, 177; Brand 2018, 66f, 112ff). Erschwerend hinzu komme, wie Brand/Wissen darlegen, dass die Menschen in den reichen Ländern des globalen Nordens nicht nur ideologisch, sondern auch materiell in das gegenwärtige System eingebunden seien und ihre Rolle darin akzeptierten, da sie materiell von den globalen Ausbeutungsverhältnissen profitieren (2017, 56ff, 85f, 88ff, 118).⁴⁰⁵ In dieser Argumentation zeigen sich deutliche Überschneidungen zu Marx' Problematisierung der Herrschaftsideologie im Kapitalismus (vgl. dazu Schaal/Heidenreich 2017, 211-215), die in der ersten Zeitphase bereits von Strasser und Fromm ange deutet wurde.

Als spezifischer Aspekt wird als kulturelle Folge des Kapitalismus der vorherrschende expansive Materialismus problematisiert. Beschrieben wird eine Kultur, in der Wohlstand maßgeblich als materieller Wohlstand und

404 Zum ges. Absatz Altwater 2010, 129f; Felber 2012, 21ff, 33, 105, 111ff, 169, 174, 177; Brand/Wissen 2017, 45, 56f, 62, 172f, 184; Brand 2018, 87, 100, 113f, 154, 162; Muraca 2015, 18, 49f, 85; Schmelzer/Passadakis 2011, 20f, 52f.

405 Auf eben diese ideologische und materielle Einbindung als stabilisierendes Moment und hegemonietheoretische Erklärung für die Stabilität des gegenwärtigen Systems wollen Brand/Wissen mit ihrem breit rezipierten Konzept der „Imperialen Lebensweise“ hinweisen (vgl. dazu auch Adler/Schachtschneider 2010, 29). Die „Imperiale Lebensweise“ ist in diesem Verständnis ein Klassenkompromiss zwischen den kapitalistischen Verwertungsinteressen und den privilegierten Menschen v.a. im globalen Norden. (Brand/Wissen 2017, 60f, 173f)

materielle Steigerung verstanden wird, was wiederum mit entsprechenden sozialen Anerkennungsmechanismen korrespondiere. Beispielsweise sieht Brand eine „kapitalistische Kultur“, in der sich das Bestreben der Menschen primär auf die Verbesserung des eigenen Status und die Ausweitung der Konsummöglichkeiten richtet (2018, 113; Brand/Wissen 2017, 31). Als eine maßgebliche Quelle der materialistischen Konsumkultur wird die omnipräsente Werbung gesehen, mit der die zum Wachstum gezwungenen Unternehmen versuchen eine immerzu steigende Nachfrage zu generieren. Der Wachstumszwang erfordere systematisch die Erzeugung immerzu „neuer“ bzw. „künstlicher“ Bedürfnisse.⁴⁰⁶ Entsprechend bemerkt Kern: „Dem objektiven Wachstumszwang der kapitalistischen Ökonomie entspricht auf subjektiver Ebene die Zurichtung der Individuen, die für den Verwertungs- zwang des Kapitals disponiert und gefügig gemacht werden müssen“ (2019, 151). Felber spricht von einer „öffentlichkeits- und demokratiefeindlichen Geisttötungsindustrie“, durch welche den Menschen die auf Konsum und Unterhaltung fokussierte Lebensweise „medial aufgezwungen“ werde (2012, 116).⁴⁰⁷

In der Summe steht die Diagnose, dass die in der kapitalistischen Gesellschaft geprägten Individuen die Systemerfordernisse des expansiven Kapitalismus umfassend internalisiert haben, diese als ihre eigenen Werte, Bedürfnisse und Überzeugungen verstehen und nicht mehr hinterfragen.⁴⁰⁸ Diese Kritik impliziert eine Politisierung der Innenwelten der Menschen.

406 Vereinzelt werden weitere Quellen der diagnostizierten Konsumkultur problematisiert. Dörre und Muraca verweisen, wie viele der bereits behandelten wachstumskritischen Denker, auf die soziale Ungleichheit, die den Kampf um positionelle Güter und das mimetische Begehren nach dem materiellen Standard der Oberschichten anheize (Dörre 2011, 227; Muraca 2015, 80). Schmelzer/Passadakis geben zu bedenken, dass es neben dem verinnerlichten Konsumdrang auch einen strukturellen Konsumzwang gebe, da gesellschaftliche Teilhabe vom Erwerb bzw. Besitz bestimmter Konsumgüter abhängt (z.B. Auto für den Arbeitsweg) (2011, 52f.). Dadurch würden „früher nicht vorhandene Bedürfnisse [...] zu schwer zu umgehenden Notwendigkeiten“ (ebd.). Weniger prominent vertreten ist die Diagnose des kompensatorischen Konsums, wonach Individuen durch Konsum auf die Frustration ihrer eigentlichen Bedürfnisse z.B. nach Gemeinschaft oder sinnstiftender Tätigkeit reagieren (Felber 2012, 118).

407 Altvater 2010, 129f.; Brand/Wissen 2017, 31, 47, 59f, 62; Brand 2018, 77, 100, 113, 162; Dörre 2019, 24f.; Felber 2012, 32f, 111ff, 116; Kern 2019, 28, 151, 190; Muraca 2015, 45, 49f.; Schmelzer/Passadakis 2011, 20f, 52f.

408 Diese Diagnose lässt sich auch mit Wetzlers Begriff der „mental Infrastruktur“ fassen (Welzer 2011), auf den sich auch Bezugnahmen finden (Brand 2018, 100; Schmelzer/Vetter 2020, 138).

Explizit gemacht wird dies z.B. bei Muraca: Demnach müssten die nur angeblich authentischen Bedürfnisse, „die den Menschen im Interesse der Bewahrung der geltenden sozialen Verhältnisse [...] übergestülpt werden“ kritisch hinterfragt und ihre eigentliche Herkunft offengelegt werden (2015, 18). Entsprechend konstatieren Schmelzer/Passadakis, dass die „Auseinandersetzen um eine Postwachstumsgesellschaft auch ein Kampf um die gesellschaftlichen Vorstellungswelten ist“ (2011, 21). Der Ausstieg aus der Wachstumsdynamik setzt also die Emanzipation von den, durch den Kapitalismus geprägten Werten, Überzeugungen und Bedürfnissen voraus. Die Präferenzstrukturen dürfen nicht unhinterfragt bleiben, sondern müssen selbst maßgeblicher Transformationsgegenstand auf dem Weg in eine nicht-kapitalistische Postwachstumsgesellschaft sein.

Der Staat als Wachstumstreiber

Neben dem Kapitalismus als zentrale Wurzel der ökologischen Krise und der von ihm geprägten Kultur wird in den untersuchten Beiträgen auch der wachstumsfokussierte Staat als Krisenursache adressiert. Dabei lassen sich analytisch vier Argumentationslinien unterscheiden, die weitreichende Schnittmengen zu den demokratischen Systemwechsel-Denkern der ersten Zeitphase aufweisen.

Erstens wird davon ausgegangen, dass sich kapitalistische Verwertungsinteressen im politischen Willensbildungsprozess über verschiedene Vehikel wie z.B. Lobbyismus oder Einflussnahme auf die Medien deutlich besser durchsetzen können als konkurrierende Interessen (Altvater 2010, 155; Brand/Wissen 2017, 16, 32, 42, 153f, 166, 183; Brand 2018, 85f, 95f, 156f; Felber 2012, 34, 82f, 120f, 124, 136; Peukert 2021, 55-76). Beispielsweise bemerkt Altvater, dass die Renditeinteressen der Kapitalisten über Lobbyismus die Politik ins Schlepptau nehmen (2010, 155). Diese Diagnose wird von Brand/Wissen auf den Begriff des „kapitalistischen Staates“ zugespitzt (ähnlich Altvater 2010, 213). Demnach schreiben sich die Kräfteverhältnisse kapitalistischer Gesellschaften in staatliche Politik in dem Sinne ein, dass sich Politik in erster Linie die Verwertungsinteressen der wirtschaftlichen Machtzentren zu eigen macht. In Anlehnung an Offe und Poulantzas sprechen sie von der ‚strukturellen Selektivität‘ des kapitalistischen Staates“ (2017, 32, 153f). Im Zuge dessen bemerkt Altvater, dass der kapitalistische Staat diejenigen Funktionen zur Aufrechterhaltung des bestehenden Sys-

tems übernimmt, mit denen kein Profit zu machen ist und die folglich von privaten Akteuren nicht geleistet werden (2010, 213).⁴⁰⁹

Einige Autoren verbinden dies zweitens mit einer grundsätzlichen Kritik am bestehenden repräsentativ-demokratischen Institutionensystem, das eine vom Willen der Bürgerschaft losgelöste Elitenherrschaft begünstige.⁴¹⁰ Felber kritisiert, dass Bürger und Entscheidungsträger im bestehenden politischen System nur über Wahlen aneinandergebunden seien (2012, 199f). Dies ermögliche jenseits der unverbindlichen Wahlversprechen eine weitgehend vom Bürgerwillen losgelöste und wie oben dargestellt, maßgeblich an mächtigen Lobbyinteressen orientierte Regierungspraxis (ebd.). Er spricht deshalb an anderer Stelle auch von einer „Diktatur auf Zeit“ (2012, 124). Entsprechend sieht Muraca gegenwärtig die Institutionalisierung von „zentralisierter bürokratischer Macht von Technokraten“, die losgelöst vom Willen der Bürgerschaft agiert (2015, 50). Brand/Wissen erkennen in der liberalen Demokratie gar eine zunehmend autoritäre Demokratie, da sie die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse zementiert (2017, 185).

Ein dritter Kritikpunkt ist die Wachstumsabhängigkeit des Staates selbst, der für die Erfüllung zentraler Aufgaben (z.B. Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Umverteilung und soziale Sicherungssysteme, Finanzierung der Zinslast aus der Staatsverschuldung, Investitionstätigkeit) auf fortwährendes Wirtschaftswachstum angewiesen sei. Daraus resultiere, dass sich politische Entscheidungsträger den Kapitalinteressen andienen, da diese für das angestrebte Wachstum sorgen sollen.⁴¹¹

Viertens wird in internationaler Perspektive die schwache Stellung der Nationalstaaten gegenüber mächtigen und global mobilen Wirtschaftsakteuren problematisiert. Daraus folge ein scharfer Standortwettbewerb zwischen den Staaten, in dem kein Staat Regelungen treffe, die sich negativ

409 Vor diesem Hintergrund kritisieren Brand/Wissen (2017, 32, 37) und Altvater (2010, 232f) den aus ihrer Sicht naiven Glauben an die ökologische Aufgeschlossenheit politischer Eliten, wie er für sie der Position des ökologischen Kapitalismus zugrunde liegt. Diese kritische Haltung legt nahe, dass sie davon ausgehen, dass die etablierten politischen Eliten selbst die von Fücks, von Weizsäcker und Jänicke geforderte starke ökologische Rahmensetzung nicht vorzunehmen bereit sind, da diese mit wichtigen kapitalistischen Verwertungs- und Wachstumsinteressen konfligiert.

410 Implizit steht eine solche Kritik hinter allen Entwürfen, die für eine umfassende Demokratisierung mit dem Ziel eines gemeinwohlorientierteren Policy-Outputs plädieren. Dies gilt neben den nachfolgend behandelten Autoren Felber, Muraca und Brand/Wissen auch für Altvater, Dörre und Schmelzer (vgl. Kap. 14.2).

411 Altvater 2010, 130f, 155; Brand/Wissen 2017, 154; Kern 2019, 168ff, 175f; Muraca 2015, 8, 11; Peukert 2021, 474; Schmelzer/Passadakakis 2011, 20, 50f, 56f.

auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit und die damit einhergehenden Wachstumsaussichten auswirken. (Muraca 2015, 87; Schmelzer/Passadakis 2011, 8, 57; Brand/Wissen 2017, 42)

In der Summe zeigen sich bezüglich der Problematisierung des Staates und der Erklärung von dessen Handlungsdefizit deutliche Überschneidungen zu den zuvor aufgearbeiteten Grundpositionen. Auch diese haben Lobbyismus, internationalen Standortwettbewerb und Wachstumsabhängigkeiten als Gründe für Wachstumsfokussierung und ausbleibende ambitionierte Nachhaltigkeitspolitiken angeführt. Als Unterschiede lassen sich die radikalere Zuspitzung der Lobbyismus-Diagnose auf den „kapitalistischen Staat“ sowie die grundlegende Infragestellung des bestehenden demokratischen Institutionengefüges benennen. Diese Differenzen sind von Bedeutung, da daraus die bereits erwähnten radikalen Demokratisierungsforderungen folgen.

14.2 Alternativentwürfe

Ausgehend von der geteilten Rückführung der ökologischen Krise auf den Kapitalismus als Hauptursache entwickeln die Autoren ihre Alternativentwürfe. Zentrale Intention ist die Abkehr vom wachstumsgetriebenen Kapitalismus und der durch ihn geprägten Kultur. Wichtige Motive sind dabei die Überwindung von Profitmotiv und Konkurrenz und damit des daraus hervorgehenden Wachstumszwangs sowie auf Maßnahmenebene die Einhegung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln, Wirtschaftsdemokratie, Beschränkung des Marktmechanismus sowie planwirtschaftliche Elemente. Auch der Staat wird bei vielen Autoren als wichtiger Transformationsgegenstand adressiert, wobei vielfach dessen radikale Demokratisierung angestrebt wird. Im Rahmen dieser geteilten Grundzüge spannt sich ein heterogenes Feld antikapitalistischer Alternativentwürfe auf, das sich mit

Blick auf die institutionell-strukturelle Dimension der Entwürfe in vier Positionen differenzieren lässt:⁴¹²

1. Zentralisierter Öko-Sozialismus, der eine zentralstaatlich gelenkte Planwirtschaft mit der Verstaatlichung der Unternehmen kombiniert (Kern, Peukert);
2. Dezentralisierter und demokratisierter Öko-Sozialismus, der eine umfassende Demokratisierung von Staat und Wirtschaft mit der Dezentralisierung von Entscheidungsmacht verbindet (Schmelzer, Altvater, Dörre, Brand);
3. Öko-Kommunalismus, der zentrale Grundzüge des dezentralisierten und demokratisierten Öko-Sozialismus teilt, aber weitergehende dezentrale Autonomie anstrebt (Muraca);
4. Der Gemeinwohlökonomie-Ansatz von Felber, der Profitmotiv, Konkurrenz und Wachstumszwang in erster Linie durch eine Veränderung der marktwirtschaftlichen Anreizstrukturen zu überwinden sucht;

Im Vergleich zur ersten Zeitphase zeigen sich damit deutliche Kontinuitäten, aber auch Veränderungen in der Landschaft demokratischer antikapitalistischer Entwürfe. In Überschneidung zur ersten Zeitphase decken die Stoßrichtungen 2 und 3 ein Spektrum zwischen dezentralisiertem, demokratisiertem Öko-Sozialismus und einer eher öko-kommunistischen Stoßrichtung ab. Die maßgebliche Differenz zwischen beiden Stoßrichtungen liegt wiederum in der Frage, wie radikal die Dezentralisierung von Entscheidungsmacht gedacht wird. Die von diesen Positionen angedachten Veränderungen weisen sehr weitgehende Schnittmengen zu den entsprechenden Positionen der ersten Zeitphase auf: dezentralisierte Wirtschaftsdemokratie, Überwindung des Profitmotivs v.a. durch Veränderung der Eigentumsverhältnisse, generelle Demokratisierung und Dezentralisierung politischer Entscheidungsmacht. Jenseits dieser Kontinuitäten wird das

412 Für die begriffliche Bezeichnung dieser Positionen ist der von Eckersley übernommene Begriff des Öko-Sozialismus (vgl. Kap. 7.3.2) zu spezifizieren. Eckersley fasst als Öko-Sozialismus das, was im Folgenden als „dezentralisierter und demokratisierter Öko-Sozialismus“ bezeichnet wird. Davon gilt es die Position des zentralisierten Öko-Sozialismus abzugrenzen, die sich in dieser Form in der untersuchten Literatur der ersten Hochphase nicht fand. Unabhängig von der hier vorgenommenen Zuschreibung ist der Sozialismus-Begriff innerhalb der Autorenschaft umstritten. Beispielsweise verbinden Kern, Altvater und Dörre ihre Position explizit mit dem Begriff des Sozialismus (Kern 2019; Dörre 2019; 2020; Altvater 2010, 239). Andere Autoren hingegen halten diesen für strategisch ungünstig und plädieren für alternative Bezeichnungen (Brand/Schickert 2019, 167, 176).

Spektrum um zwei Positionen erweitert. Neu hinzu kommt einerseits der zentralistische Öko-Sozialismus, der auf übergeordneter Ebene zentrale Elemente des Öko-Kommunalismus und des dezentralisierten Öko-Sozialismus teilt (v.a. Wirtschaftsdemokratie, Veränderung der Eigentumsverhältnisse zur Einhegung des Profitmotivs), diese aber zentralistisch ausbuchstabiert. Andererseits erweitert der auf die Verwirklichung einer ethischen Marktwirtschaft gerichtete Ansatz von Felber das Spektrum.

Im Folgenden werden diese vier Positionen aufgearbeitet (Kap. 14.2.1-14.2.4) sowie die Schnittmengen und Trennlinien zwischen diesen Positionen spezifiziert (Kap. 14.2.5). Zuvor ist jedoch für alle Positionen gemeinsam auf den Transformationsgegenstand Kultur einzugehen. Diese Vorwegnahme ist einerseits damit begründet, dass sich dieser Aspekt für alle Autoren gemeinsam behandeln lässt. Andererseits ist dies wichtig für das Verständnis der institutionell-strukturellen Dimension der Alternativentwürfe.

Wie oben dargelegt, wird die Kultur in den untersuchten Beiträgen vielfach als wichtiger Transformationsgegenstand behandelt. Die Forderung nach Kulturwandel nimmt dabei unterschiedlichen Raum ein und wird in verschiedener Radikalität vorgetragen. Bei Dörre beschränkt sich dies z.B. auf die Forderung nach einem neuen Verständnis von Wachstum und Fortschritt sowie einer Hinwendung zu einer „Kultur des Genug“ (2019, 24f; 2020, 259f). Auch Peukert (2021, 478f) und Kern (2019, 89) fordern in erster Linie die Entfaltung eines postmaterielleren Wohlstandverständnisses. Umfassendere Forderungen finden sich bei denjenigen Autoren, die tiefergehend auf das Problem der vom Industriekapitalismus geprägten mentalen Infrastrukturen eingehen. Sie beschreiben die Notwendigkeit einer grundlegenden Emanzipation von der kapitalistischen Subjektivität, also der vom Kapitalismus geprägten inneren Konstitution. Dies umfasst jenseits eines postmaterielleren Wohlstandsverständnisses weitere Aspekte wie die Entwicklung eines alternativen Menschenbildes, damit zusammenhängend das kulturelle Erlernen von Solidarität, Kooperation und Empathie sowie die Emanzipation von kapitalistischen Normen und Prinzipien wie Wachstum, Konkurrenz, Wettbewerbsfähigkeit, Leistungsfähigkeit oder Flexibilisierung. (Muraca 2015, 43, 49f; Felber 2012, 113-119, 169, 174; Brand/Wissen 2017, 169f, 184; Brand 2018, 105ff)

Unabhängig von dieser unterschiedlichen Gewichtung stellt sich die Frage, wie sich dieser Kulturwandel vollziehen soll, was sich v.a. auch auf das Verhältnis zum angestrebten strukturellen Wandel bezieht. Dabei lässt sich wie bei vielen zuvor behandelten kulturkritischen Ansätzen konstatieren,

dass diese Fragen unterreflektiert bleiben. Folglich kann an dieser Stelle nur eine interpretative Annäherung vorgenommen werden. Was sich in den Beiträgen findet, ist erstens die Beschreibung gesellschaftlicher Pioniergruppen, die als Impulsgeber für strukturellen und kulturellen Wandel adressiert werden. Dieser Aspekt wird unten bei den Vorstellungen vom Prozess des Wandels näher betrachtet (Kap. 14.3). Zweitens liegt die Annahme nahe, dass sich die Autoren von dem, sogleich bei den vier Positionen zu beschreibenden Strukturwandel sowie allgemein von staatlich induzierten Reformmaßnahmen einen maßgeblichen Beitrag zum angestrebten Kulturwandel erhoffen. Dies folgt logisch aus der Diagnose, dass die gegenwärtigen Strukturen, insbesondere das kapitalistische Wirtschaftssystem, die maßgebliche Wurzel der kritisierten Kultur darstellen (Kap. 14.1.2). Expliziert wird dies jedoch nur bei Felber und Muraca: Sie bemerken, dass die von ihnen skizzierten alternativen Wirtschaftsentwürfe eine andere Kultur befördern sollen, in welcher Werte wie Kooperation statt Konkurrenz, Gebrauchs- statt Profitorientierung, Respekt, Vertrauen und Verantwortlichkeit im Mittelpunkt stehen (Muraca 2015, 79f, 86; Felber 2012, 107f; 2020, 167). Jenseits dessen werden vereinzelt spezifische Maßnahmen strukturell-institutionellen Wandels beschrieben, von denen sich die Autoren eine kulturverändernde Wirkung erhoffen:

- Die umfassende Demokratisierung soll die derzeit dominierende Konkurrenz- und Eigennutzorientierung in eine solidarische und kooperative Grundhaltung transformieren (Brand 2018, 184).
- Größere soziale Gleichheit soll das mimetische Begehren nach dem materiellen Standard der Oberschichten einhegen (Dörre 2011, 227; Muraca 2015, 80).
- Eine gerechtere materielle Verteilung und eine bedingungslose, von Erwerbseinkommen unabhängige soziale Sicherung sollen Akzeptanz für materielle Reduktion schaffen. (Schmelzer/Passadakakis 2011, 84ff; Brand 2018, 102; Muraca 2015, 80f)
- Wenn Naturgüter sich nicht mehr im Privat-, sondern im dezentralen Gemeinschaftsbesitz befinden, könne sich dadurch gesellschaftliche Solidarität einstellen, was wiederum Voraussetzung für ein solidarisches Verhältnis zur Natur sei (Altvater 2010, 239).
- Die Dezentralisierung der Wirtschaftsstruktur soll zum Aufbau von Nähe und Vertrauen beitragen (Brand 2018, 107).
- Eine veränderte Bildungspolitik soll zu Bewusstseinsbildung und Wertewandel beitragen (Dörre 2020, 266f; Felber 2012, 113-119).

- Die Ersetzung des BIP durch einen umfassenderen Wohlstandsindikator sowie die Festschreibung von Nachhaltigkeitszielen in der Verfassung sollen ein anderes gesellschaftliches Verständnis von Entwicklung und Wachstum unterstützen (Dörre 2020, 259f).

Will man den Denkern trotz der mangelnden Reflexion also eine kohärente Vorstellung vom Prozess kulturellen Wandels und dessen Zusammenspiel mit staatlich induzierten Reformpolitiken unterstellen, kann dieses Verhältnis als Wechselverhältnis gelesen werden. Demnach stoßen Pioniergruppen einen Bewusstseins- und Wertewandel an, der Raum für strukturverändernde staatliche Maßnahmen schafft. Diese Veränderungen wirken dann wiederum transformierend auf Kultur und Subjekte und schaffen so Raum für weitergehende politische Reformmaßnahmen. Zumindest bei zwei Autoren wird ein solches Wechselverhältnis angedeutet. Kern legt dar, dass politische Reformen von sozialen Bewegungen getragen werden, auf welche diese Reformen selbst dann wiederum einen verstärkenden Mobilisierungseffekt haben (2019, 158f). Entsprechend soll sich der Transformationsprozess bei Brand/Wissen „gleichzeitig als Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen und als Selbstveränderung des Denkens und Handelns der Menschen“ vollziehen (2017, 169).⁴¹³

413 Teilweise drängt sich der Eindruck auf, dass staatlich induzierte Veränderungen prinzipiell als Voraussetzung für kulturellen Wandel gedacht werden. Beispielsweise beschreibt Dörre eine „neue, wissenschaftlich gestützte Aufklärung, die in Schulen und Universitäten ihren Ausgang nehmen muss“, als Voraussetzung dafür, dass sich gesellschaftliche Mehrheiten für den erforderlichen radikalen Wandel ergeben (Dörre 2020, 266f). In dieser Logik ist eine grundlegend veränderte Bildungspolitik Voraussetzung für den Kultur- und Bewusstseinswandel, der wiederum erst die Voraussetzung für eine demokratische Mehrheit für einen radikalen Systemwechsel darstellt. Dies weist eine inhärente Spannung auf. Denn welche Mehrheiten sollen die, verkürzt gesprochen, antikapitalistische Bildungspolitik ins Werk setzen, wenn diese erst das Bewusstsein für einen radikalen Systemwechsel schafft? Eine ähnliche Widersprüchlichkeit deutet sich bei Brand/Wissen an. Sie beschreiben die Neuorganisation der Gesellschaft mit grundlegend anderen Formen des Zusammenlebens als Voraussetzung dafür, dass sich neue Subjektivitäten herausbilden (2017, 177). Welche politischen Kräfte bringen aber den Staat dazu, eine Neuorganisation der Gesellschaft zu unterstützen, wenn diese die Voraussetzung für einen Kultur- und Wertewandel in der Breite darstellt? Unabhängig von dieser angedeuteten Widersprüchlichkeit kann an dieser Stelle bereits vorweggenommen werden, dass die Frage nach den politischen Kräften und Mehrheiten für den angestrebten Politikwandel nur in Ansätzen beantwortet wird (Kap. 14.3).

14.2.1 Zentralisierter Öko-Sozialismus

Vor diesem Hintergrund können im Folgenden die vier Positionen mit Fokus auf die strukturell-institutionelle Dimension der Alternativentwürfe dargestellt werden. Die erste antikapitalistische Position lässt sich als zentralisierter Öko-Sozialismus beschreiben und spiegelt sich in den Werken von Kern und Peukert wider. Ihnen geht es in erster Linie um die Verwirklichung einer demokratischen zentralisierten Planwirtschaft, welche die erforderlichen wirtschaftlichen Schrumpfungs- und Umbauprozesse zentral steuert. Bei Kern wird deutlich, dass er einen solchen zentralistischen Entwurf nur für eine Übergangsphase vorsieht und langfristig einen dezentralisierten und stärker demokratisierten Öko-Sozialismus anstrebt (vgl. v.a. 2019, 34ff, 172, 175-178). Bei Peukert bleibt offen, inwiefern der zentralistische Ansatz für eine Übergangszeit oder auf Dauer gedacht ist.

Konstitutiv für das Denken der beiden Autoren ist ihre Wahrnehmung extrem enger und unflexibler ökologischer Wachstumsgrenzen sowie daraus hervorgehend, die im Vergleich sehr drastische Krisenbeschreibung. Letzteres bezieht sich darauf, dass die Autoren die ökologische Krise noch weitergehend als die anderen Denker bereits kurzfristig als existenzielle Krise wahrnehmen (vgl. Kap. 14.1.1). Die heutige Situation sei tatsächlich apokalyptisch (2019, 42). Wie bei vielen Autoren der ersten Zeitphase steht für Kern und Peukert das Überleben der Menschheit an sich innerhalb weniger Dekaden im Zweifel. Angesichts dessen vergleicht Peukert die Dimension, in der sich die heutigen Generationen schuldig machen, mit dem Nationalsozialismus (2021, 19).

Diese drastische Krisenwahrnehmung basiert wiederum auf einer, auch im Vergleich zu den weiteren wachstumskritischen Autoren, sehr pessimistischen Einschätzung der Enge und Flexibilität ökologischer Wachstumsgrenzen. Beispielsweise begründet Peukert ausführlich, warum er die IPCC-Berechnungen für das verbleibende CO₂-Budget zur Erreichung des 1,5°C-Klimaziels für zu optimistisch hält und stattdessen davon ausgeht, dass dieses Restbudget bereits aufgebraucht ist. Deshalb gelte es die Reduktion auf Netto-Null-Emissionen nicht erst 2050 oder 2030, sondern innerhalb kürzester Frist umzusetzen (2021, 32f, 470). Innerhalb der ökologischen Belastungsgrenzen halten Kern und Peukert nur noch ein deutlich verringertes materielles Wohlstandsniveau für haltbar. Viel weitergehend als alle weiteren wachstumskritischen Denker sehen sie die Notwendigkeit einer raschen Schrumpfung des Produktionsvolumens und des materiellen

Wohlstandes um den Faktor zehn (Kern 2019, 176; Peukert 2021, 477).⁴¹⁴ Nur so könnten die reichen Industrienationen in einen ökologisch stabilen und global zu verantwortenden Gleichgewichtszustand kommen (ebd.).

Es bleiben in dieser Perspektive nur die beiden Möglichkeiten einer massiven wirtschaftlicher Schrumpfung innerhalb kurzer Frist oder eines apokalyptischen Untergangsszenarios. Für Ersteres müssten die erforderlichen Maßnahmen, so Peukert, die in den Weltkriegen erfolgte Umstellung auf Kriegswirtschaft in ihrer Radikalität wohl übertreffen (2021, 32f, 470). Er fordert vor dem Hintergrund des Klimawandels als drängendstes Problem einen „Kriegsplan“, mit dem die angestrebte Begrenzung der Erderwärmung noch zu erreichen wäre. Erforderliche Maßnahmen eines solchen Plans sind u.a. (2021, 468f):

- Reduzierung des privaten Pkw-Bestandes um 50% und Rationierung fossiler Treibstoffe
- Reduzierung des Flugverkehrs um jährlich 10%
- drastische Senkung des Fleischverzehrs
- Sofortabschaltung der größten Kohlekraftwerke
- Aufforstungsprogramme und Programme zum Streichen von Gebäudedächern mit weißer Farbe
- öffentliche Kampagnen zum Konsumverzicht

Ähnlich fordert Kern den sofortigen Kohleausstieg, den Stopp der ressourcenintensiven Rüstungsproduktion, ein Verbot der Neuzulassung von privaten Pkws ab 2030, ein Verbot von Kurzstreckenflügen, eine Limitierung von Langstreckenflügen auf einen Flug pro Person pro 25 Jahre, den Stopp des weiteren Ausbaus von Flughäfen und Straßen, ein Verbot überflüssiger energieintensiver Produkte und Verfahren sowie eine starke Eindämmung des Gebäudeneubaus (2019, 160-167). Jenseits dessen impliziert Kern auch die Notwendigkeit gezielter Bevölkerungspolitik, die auch in den reichen Industrienationen zu einer Reduktion der Bevölkerung auf ein ökologisch verträgliches Maß führt (ebd., 37f).

Zentrale Annahme beider Autoren ist, dass diese drastische Begrenzungs- und Rückbaupolitik nur durch eine bewusste staatliche Wirtschaftsplanung umzusetzen ist. Entsprechend argumentiert Kern, dass ein solcher Schrumpfungsprozess unter marktwirtschaftlichen bzw. kapitalistischen Bedingungen in schwere gesellschaftliche Krisen mit hoher Arbeitslosigkeit, massiver Kapitalvernichtung, Versorgungslücken, ausbleibenden Investitio-

414 Peukert übernimmt diese Forderung explizit vom späten Bahro (2021, 477).

nen und enormer Ungleichheit führen würde (2019, 33f, 115, 173f). Der Staat ist demnach die einzige Instanz, die einen solchen Schrumpfungsprozess bewusst gestalten, gegen mächtige Wirtschaftsinteressen durchsetzen und sozial abfedern kann (ebd., 34, 115, 174, 176; Peukert 2021, 477). Wie Kern darlegt, ist diese etatistische Forderung nach einem starken Staat nicht normativ wünschenswert, sehr wohl aber ökologisch erforderlich (2019, 34, 176). Der zentralistische Planungsstaat ist bei Kern und Peukert also schiere Notwendigkeit zur unmittelbaren Gefahrenabwehr. Dies, ebenso wie die Befürwortung massiver Eingriffe in die Konsum- und Wirtschaftsfreiheit, verbindet sie mit den zentralistischen Ansätzen der ersten Zeitphase bei Gruhl, Jonas, Harich und dem späten Bahro.

Die zentralisierte Wirtschaftsplanung muss, so beide Autoren übereinstimmend, eine umfassende Planung sein und dürfe sich nicht, wie z.B. bei Altwater oder Dörre vorgesehen, auf eine Indikativ- oder Rahmenplanung beschränken (Kern 2019, 174; Peukert 2021, 477). „Was, wie und wie viel produziert wird“ so Kern, „kann nicht länger dem Chaos partikulärer Profitinteressen überlassen bleiben, sondern muss [...] bewusst organisiert werden“ (2019, 115). Als Instrumente einer solchen Planung werden detaillierte Mengenbestimmungen, Rationierung, Quotenzuteilungen und Preiskontrollen beschrieben (Kern 2019, 33f, 115; Peukert 2021, 477). Peukert fordert außerdem, dass auch die Kreditlenkung unter staatliche Kontrolle gebracht werden muss (2021, 477). Der Staat muss aus Sicht der Autoren also tief in den Wirtschaftsprozess eingreifen und eine direkte Wirtschaftslenkung vornehmen. Unklar bleibt, in welchem Umfang sich die angestrebte wirtschaftliche Detailplanung auch auf den Konsum beziehen soll. Dies verbindet sich mit der Frage, welche Rolle Märkte zukünftig als Vermittlungsmechanismus zwischen Angebot und Nachfrage spielen sollen.

Die institutionelle Umsetzung der angedachten Planwirtschaft bleibt weitgehend ungeklärt. Deutlich wird, dass die Wirtschaftsplanung zentral und unter demokratischer Kontrolle erfolgen soll. Bei Peukert findet sich die Forderung nach demokratisch kontrollierten, primär klimapolitisch ausgerichteten „Kommandozentralen“ (2021, 468f). Letzteres legt nahe, dass Peukert dabei an expertokratisch zu besetzende Institutionen denkt. Deren Zusammensetzung und Bestellmechanismus bleiben offen. Auch die Ausgestaltung der demokratischen Kontrolle bleibt unklar. Kerns Ausführungen sind ebenfalls uneindeutig. An einer Stelle spricht er von einem „demokratisch legitimierten Akteur“, der für die erforderliche Rückbauplanung zuständig ist (2019, 34). Dies deutet eher in die Richtung einer zentralistischen Planungsinstanz ohne direkte demokratische Mitbestimmung.

An anderer Stelle fordert er hingegen, dass der Planungsprozess möglichst demokratisch und partizipativ zu gestalten sei, was ebenfalls nicht ausgeführt wird (ebd., 115). Unabhängig von der konkreten Umsetzung zeigt sich analog zu den öko-autoritären Denkern der ersten Zeitphase, wie besonders drastische Krisenwahrnehmungen zentralistische Schlussfolgerungen befördern.

Ungeachtet der institutionellen Unklarheiten machen Kern und Peukert deutlich, an welchen Kriterien sich die Wirtschaftsplanung ausrichten soll. Für Peukert muss dabei, wie bereits bei Gruhl, zwischen Grundbedürfnissen und Luxuskonsum unterschieden werden (2021, 477). Die knappen ökologischen Ressourcen dürften nur noch für Erstere eingesetzt werden (ebd.). Wie und wo diese Trennlinie zu ziehen ist, wird aber nicht ausgeführt. Für Kern hingegen ist das Kriterium, wie bei Harich, inwiefern sich Bedürfnisse bzw. deren Befriedigung aus ökologischer Perspektive global verallgemeinern lassen (2019, 210f). Bedürfnisse, für die dies nicht der Fall ist, sind nicht mehr befriedigungswürdig (ebd.). Unabhängig von der konkreten Differenzierung wird in beiden Fällen deutlich, dass staatliche Institutionen für ihre Wirtschaftsplanung zwischen legitimen und nicht-legitimen Bedürfnissen zu unterscheiden haben. Dies macht deutlich, dass staatlichem Handeln indirekt auch gegenüber den Konsumenten eine enorme Eingriffstiefe zukommt. Während z.B. die reformorientierten Wachstumskritiker in erster Linie auf die Veränderung der Rahmenbedingungen zielen, in denen weiterhin freie Konsumentenentscheidungen getroffen werden, nimmt der Staat hier eine unmittelbare Bedürfnisdifferenzierung vor.⁴¹⁵

Neben dem Übergang zu einer Planwirtschaft bedarf es aus Sicht der Autoren einer Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung der (großen) Unterneh-

415 Als wichtige Voraussetzung dafür, dass der Staat die erforderliche Planungsfunktion übernehmen kann, wird von beiden Denkern dessen finanzielle Unabhängigkeit von wirtschaftlichem Wachstum und damit von Kapitalinteressen beschrieben. Zu diesem Zweck wird ein grundlegend verändertes System der Staatsfinanzierung dergestalt vorgeschlagen, dass sich dieser nicht mehr primär über, von der Wirtschaftsleistung abhängige Steuern, sondern zu großen Teilen über Schenkgeld von Seiten der Zentralbank finanziert. Als weitere wachstumsunabhängige Finanzierungsquelle wird zudem eine höhere Besteuerung der Wohlhabenden genannt. Darüber hinaus merkt Kern die Notwendigkeit einer Schuldenstreichung an, da die Schuldenlast ebenfalls einen Wachstumszwang für den Staat begründe. (Peukert 2021, 474-477; Kern 2019, 168ff, 175)

men.⁴¹⁶ Dies soll das Profitmotiv als zentrale wirtschaftliche Handlungs-rationalität überwinden. Zudem wird die Veränderung der Eigentumsverhältnisse als Voraussetzung für die effektive Umsetzung der Planungserfordernisse sowie für die Gewährleistung von Zukunftsinvestitionen auch ohne Wachstumsaussichten beschrieben. Kern plädiert für die anstehende Schrumpfungsphase explizit für die Verstaatlichung der Unternehmen. Bei Peukert hingegen klingt neben Verstaatlichung auch die Möglichkeit einer Vergesellschaftung im Sinne der Unternehmensführung durch Lenkungs-gremien, die heterogen mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Interessen besetzt sind, an. Welche Möglichkeit er letztlich favorisiert, bleibt offen. (Kern 2019, 174, 176; Peukert 2021, 477f)

Als weiteres wichtiges Politikfeld wird die Schaffung deutlich größerer sozialer Gleichheit durch die Abschöpfung von Reichtum bei den Oberschichten angeführt. Aus ökologischer Perspektive sind dabei zwei Argumente wichtig. Erstens ist soziale Gleichheit, wie Kern betont, die Voraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz der erforderlichen Schrumpfungspolitik. Zweitens ist die Abschöpfung von Reichtum sinnvoll, da sich, wie Peukert hervorhebt, Oberschichten durch einen überproportional höheren ökologischen Fußabdruck auszeichnen. Als konkrete Maßnahmen werden progressive Besteuerungssysteme, Vermögenssteuern und Erbschaftssteuern genannt. (Kern 2019, 100, 157f; Peukert 2021, 476ff)

Als weitere begleitende Maßnahmen werden v.a. die Folgenden beschrieben:

- Schaffung eines öffentlichen Arbeitssektors, der die steigende Zahl der Arbeitslosen auffängt. Als beispielhafte Tätigkeiten nennt Peukert den Rückbau von Infrastrukturen wie Straßen oder Flughäfen, das Müllsammeln, Fahren von Sammeltaxis, Wiederaufforstungsprogramme oder das Errichten klimaneutraler Häuser. (Peukert 2021, 475; Kern 2019, 172)
- Arbeitszeitverkürzungen zur Minderung des Wachstumszwangs und als Voraussetzung für die ebenfalls angestrebte Ausweitung der Eigenarbeit. (Peukert 2021, 474; Kern 2019, 171f)
- Wachstumsunabhängige soziale Sicherung durch eine auskömmliche Grundsicherung, die bei Peukert an die Betätigung im neu zu schaffenden öffentlichen Arbeitssektor gekoppelt ist (Kern 2019, 137f, 170; Peukert 2021, 474f).

416 Als spezifisches Ziel hebt Kern die Verstaatlichung des Bankensystems hervor. Als reformerische Zwischenschritte nennt er z.B. eine Finanztransaktionssteuer, die Erhöhung der Mindestreserven oder die Zerschlagung von Großbanken (2019, 168f).

- Übergang zu einem Vollgeldsystem, das den Wachstumszwang des bisherigen Geldsystems überwindet. (Kern 2019, 167f; Peukert 2021, 476f)

Abschließend stellt sich die Frage, inwiefern die geforderte planwirtschaftliche Schrumpfungspolitik aus Sicht der beiden Denker von der Bürgerschaft mitgetragen wird. Jenseits der Schaffung von mehr sozialer Gleichheit als Voraussetzung (s.o.) dringt dabei die Hoffnung durch, dass ein breiter demokratischer Diskurs über die Begrenzungserfordernisse und die zukünftig noch befriedigungswürdigen Bedürfnisse entsteht und dieser letztlich dazu führt, dass eine ökologisch verantwortliche und mehrheitlich mitgetragene Wirtschaftsplanung möglich wird (Kern 2019, 101f; Peukert 2021, 471). Im Ergebnis bedürfe es einer „Kultur des Genug“ als Basis für die erforderlichen Schrumpfung (Kern 2019, 89; Peukert 2021, 478f). Wie sich dieser gesellschaftliche Diskurs und der damit einhergehende Bewusstseins- und Wertewandel konkret vollziehen soll, bleibt weitestgehend unklar. Beide verweisen auf gesellschaftliche Pioniergruppen, die diesen Diskurs anstoßen sollen. Peukert hebt diesbezüglich in Anlehnung an Paech die wichtige Rolle einer Suffizienzavantgarde hervor, die eine „Kultur des Genug“ vorlebt und zu einer Politisierung der Konsumfrage beiträgt (2021, 478f). Kern hofft ebenfalls auf eine zivilgesellschaftliche Bewegung, die maßgeblich über Konsumverweigerung und Konsumstreiks ein gesellschaftliches Umdenken anstößt (2019, 215ff).⁴¹⁷

In der Summe lässt sich der bei den beiden Autoren anklingende Gegenentwurf als zentralisierter Öko-Sozialismus mit staatssozialistischer Planwirtschaft (vgl. Leipold 2005, 11) beschreiben. Der Zentralstaat übernimmt die Aufgabe einer direkten und umfassenden Wirtschaftssteuerung, wobei die großen Unternehmen verstaatlicht oder vergesellschaftet sind. Die Position der beiden Denker beruht damit auf einem starken Etatismus. Expliziert wird dies bei Kern, der sich gegen die aus seiner Sicht verbreitete, prinzipielle linke Staatskepsis richtet. Diese leite aus der Einsicht, dass der Staat in der kapitalistischen Ökonomie am Tropf des Kapitals hängt, fälschlicherweise ab, dass der Staat prinzipiell nicht im Allgemeininteresse handeln kann. Für Kern ist es aber nicht das staatliche Prinzip an sich,

417 Wie sich der angestrebte Systemwechsel und die massive „industrielle Abrüstung“ (Kern 2018, 158) international verbreiten sollen, wird lediglich bei Peukert angerissen. Er hofft auf Europa als Vorreiter sowie eine „Koalition der Willigen“, die mit den erforderlichen Produktionsumstellungen vorangeht (2021, 475f, 468). Insgesamt bedürfe es eines neuen Multilateralismus, woraus gefolgt werden kann, dass Peukert auf eine kooperativere Zusammenarbeit und Abstimmung der Staaten hofft (ebd., 475).

sondern die massiven Einflusspotenziale von Wirtschaftsinteressen und v.a. die beschriebene Abhängigkeit politischer Entscheidungsträger vom Wirtschaftswachstum, die eine nicht am (ökologischen) Gemeinwohl ausgerichtete Staatstätigkeit zur Folge haben. Zentralisierte Macht ist also nicht prinzipiell unverantwortlich, sondern erst in Folge der derzeitigen gesellschaftlichen und institutionellen Verhältnisse (2019, 175f). Vor dem Hintergrund dieses Staatsverständnisses erscheint ein ökologisch verantwortlicher Zentralismus möglich.

14.2.2 Dezentralisierter und demokratisierter Öko-Sozialismus

Abzugrenzen vom zentralistischen Öko-Sozialismus bei Peukert und Kern ist der stärker auf Demokratisierung und Dezentralisierung setzende Öko-Sozialismus bei Altvater, Dörre, Schmelzer und Brand. Sie teilen das zumindest bei Kern angeklungene Ziel der Wirtschaftsdemokratie sowie die bei Kern und Peukert vorzufindende Intention veränderter Eigentumsverhältnisse. Beides wird aber anders ausbuchstabiert. Mit Blick auf Wirtschaftsdemokratie plädieren sie stärker für Demokratisierung und Dezentralisierung und grenzen sich für die Umsetzung der entsprechenden Entscheidungen explizit von einer zentralisierten Detailplanung ab. Zudem ist die Wirtschaftsdemokratie eingebettet in generelle Forderungen nach umfassender Demokratisierung des Staates. Bezüglich der Veränderung der Eigentumsverhältnisse steht bei ihnen weniger die Verstaatlichung als vielmehr die Vergesellschaftung und dezentrale Vergemeinschaftung der Unternehmen im Vordergrund. Im Unterschied zur öko-kommunistischen Stoßrichtung bei Muraca bleiben die vorgetragenen Forderungen nach dezentralisierter Demokratisierung eingebettet in zentralisierte Entscheidungsstrukturen, die insbesondere für die erforderlichen Regulierung und Transformation der Ökonomie für notwendig erachtet werden. Damit weist die hier behandelte Position große Schnittmengen zu den Exponenten des demokratisch-dezentralen Öko-Sozialismus der ersten Zeitphase (Strasser, Fromm, früher Bahro) auf.⁴¹⁸

418 Die Zuordnung von Brand und Altvater zu dieser Position ist konkretisierungsbedürftig. Sie teilen die grundlegenden Ansätze der hier behandelten Autorengruppe (v.a. Demokratisierung des Staates, Dezentralisierung, Wirtschaftsdemokratie, Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung der Unternehmen), doch bleibt die institutionelle Umsetzung weitestgehend offen. Dadurch ist die Abgrenzung zum stärker öko-kommunistisch ausgerichteten Entwurf von Muraca nicht ganz eindeutig.

Im Folgenden wird zunächst die angestrebte Demokratisierung von Staat und Wirtschaft beleuchtet, bevor auf das zukünftige Verhältnis zwischen Staat und Markt eingegangen wird. Sodann fällt der Blick auf die befürwortete Eigentumsordnung, bevor abschließend einige für wichtig gehaltene Voraussetzungspolitiken behandelt werden.

Radikale Demokratisierung und dezentralisierte Wirtschaftsdemokratie

Wie bei Peukert und Kern steht bei den hier behandelten Autoren das Motiv im Vordergrund, dass die Wirtschaftsentwicklung aufgrund der ökologischen Begrenzungserfordernisse zukünftig nicht mehr von den Profit- und Wachstumsinteressen der Unternehmen und Kapitalbesitzer geleitet sein darf. Vielmehr gelte es diese Entwicklung an den langfristigen Gemeinwohlinteressen auszurichten. Dazu plädieren die Autoren für die Verwirklichung einer Wirtschaftsdemokratie. Entscheidende Annahme ist, dass die Demokratisierung der Entscheidungsmacht zu einer (ökologisch) verantwortlichen Wirtschaftsentwicklung führt (Altwater 2010, 244, 246; Brand/Wissen 2017, 176f, 180; Brand 2018, 160f, 290, 178; Dörre 2011, 230; 2020, 262f; Schmelzer/Passadakakis 2011, 73; Schmelzer/Vetter 2020, 140ff). Paradigmatisch bemerkt Dörre:

„Angesichts ihrer lebensbedrohenden Konsequenzen dürfen Entscheidungen über das Was, das Wie und das Wozu der Produktion nicht länger kleinen Managereliten in Großunternehmen vorbehalten bleiben. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit benötigt Wirtschaftsdemokratie, und Wirtschaftsdemokratie ist mehr als Mitbestimmung. Sie muss alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen an Produktionsentscheidungen beteiligen.“ (2020, 262)

Entsprechend konstatieren Brand (2018, 184) und Schmelzer/Vetter (2020, 142), dass eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsentwicklung nur zu erwarten ist, wenn bei grundlegenden ökonomischen Entscheidungen alle Interessen einbezogen werden, die von diesen Entscheidungen betroffen sind.⁴¹⁹ Hier greift die mehrfach beschriebene Grundannahme des ökologi-

Da sich bei ihnen, anders als bei Muraca, aber keine prinzipielle bzw. kategorielle Kritik an zentraler Entscheidungsmacht findet und auch keine daraus abgeleiteten, weitgehenden Dezentralisierungsforderungen zu finden sind, werden sie der hier behandelten Perspektive zugeordnet.

419 Altwater (2010, 246) und Schmelzer/Passadakakis (2011, 77ff) heben besonders die demokratische Kontrolle des Finanz- und Kreditwesens hervor, welches es auf sozial-ökologische Ziele auszurichten gelte.

schen Demokratisierungsdenkens, wonach umfassende Beteiligung zu verantwortlichen Entscheidungen führt.

Weitestgehend offen bleibt die institutionelle Umsetzung der angestrebten Wirtschaftsdemokratie. Deutlich wird, dass entsprechende Entscheidungskompetenzen zumindest teilweise auf dezentral-regionaler Ebene angesiedelt werden sollen (Dörre 2011, 230; Schmelzer/Passadakis 2011, 77-80; Altvater 2010, 244). Implizit kommt hier die Prämisse zum Ausdruck, dass Dezentralisierung Verantwortlichkeit stiftet. Die spezifische Umsetzung wird lediglich bei Dörre konkretisiert. Bei ihm ist zwischen der Unternehmensebene, der regionalen und der nationalen Ebene zu unterscheiden. Auf Unternehmensebene befürwortet Dörre die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten, in denen alle relevanten gesellschaftlichen Interessengruppen, u.a. Vertreter von Umweltverbänden, vertreten sind (2020, 262f, 2011, 130). Jenseits der Unternehmen plädiert Dörre im Beitrag aus 2011 für regionale und nationale „Wirtschafts- und Strukturräte“, deren Bestellmechanismus, Zusammensetzung und Kompetenzen aber ungeklärt bleiben (2011, 230). Im Beitrag aus 2020 spricht Dörre dann von „demokratisch zusammengesetzten Planungskommissionen“, wobei hier lediglich aus dem verwendeten Plural gefolgert werden kann, dass diese ebenfalls regional und national gedacht sind (2020, 264). Damit erinnern Dörres Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie stark an die Vorschläge von Strasser, der als einziger Autor der ersten Zeitphase diesbezüglich konkrete Vorstellungen entwickelt hat.⁴²⁰

Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie ist in den untersuchten Beiträgen eingebettet in die generelle Forderung nach umfassender Demokratisierung des Staates (Altvater 2010, 246; Brand/Wissen 2017, 16, 176f, 184f; Brand 2018, 160f; Dörre 2019, 18f; Schmelzer/Passadakis 2011, 66). Beispielsweise geht es für Brand/Wissen um eine Gesellschaft, die „im starken Sinne demokratisch ist, die also in dem Prinzip gründet, das alle, die von den Folgen einer Entscheidung betroffen sind, gleichberechtigt an deren Zustandekommen mitwirken“ (2017, 16). Entsprechend verorten sich Schmelzer/Passadakis im Spektrum radikaldemokratischer Ideen (2011, 66). Implizit steht auch hier die Annahme Pate, dass Demokratisierung zu einem gemeinwohlorientierteren Policy-Output führt. Im Gegensatz

420 Bei Schmelzer/Passadakis finden sich institutionelle Ansätze für den spezifischen Bereich der öffentlichen Investitionen auf dezentraler Ebene. Dafür schlagen sie plural besetzte Investitionsräte auf regionaler und Bürgerhaushalte auf kommunaler Ebene vor (2011, 78f).

zu Autoren wie Strasser und Fromm bleibt die institutionelle Umsetzung der Demokratisierungsforderungen aber gänzlich offen. Unabhängig davon lassen sich die hier behandelten Denker einem beteiligungsorientierten Demokratieverständnis zuordnen (vgl. dazu Schmidt 2010, 236-253). Ihr Denken fußt auf den gleichen demokratietheoretischen Prämissen, die für die auf Demokratisierung setzenden Autoren der ersten Zeitphase ausführlich dargestellt wurden (Kap. 7.2.1.1 und 7.3.1) und deshalb an dieser Stelle nur zu nennen sind:

- Die Position, dass stärkere demokratische Beteiligung einen ökologischen Policy-Output zeitigt, basiert auf der Annahme, dass die Bürgerschaft bereits zu einem radikaleren ökologischen Wandel bereit ist, dieser Bürgerwille im bestehenden Institutionensystem aber nicht durchdringt.⁴²¹
- Dahinter steht wiederum ein optimistisches Bild des Bürgers, das diesem gemeinwohlorientierte Verantwortungsübernahme zutraut und Beteiligungswillen unterstellt.⁴²²
- Gleichzeitig ist damit „green citizenship“ bzw. eine ökologisch aufgeschlossene und beteiligungswillige Bürgerschaft die zentrale Voraussetzung für einen demokratischen Weg aus der ökologischen Krise. Die Autoren setzen eine tugendhafte Bürgerschaft voraus, was als republikanisches Moment in ihrem Denken bezeichnet werden kann.

421 Bei den Autoren der ersten Zeitphase war ein wichtiges Argument, dass die Vertiefung der Demokratie im Sinne der Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten selbst zu einer Transformation des Bürgerwillens hin zu Gemeinwohlorientierung beiträgt (Kap. 7.3.1). Dieses Argument findet sich bei den Autoren der zweiten Zeitphase nur bei Brand und angedeutet bei Felber (s.u.). Brand verbindet mit der angestrebten gesellschaftlichen Demokratisierung die Hoffnung, „dass die gegenwärtig dominierende Konkurrenz und eigennutzorientierte Subjektivität sich in eine solidarisch-kooperative transformiert“ (2018, 184). Hier klingt wieder das demokratietheoretische Argument der „self-transformation“ an, wie es v.a. bei Fromm, Amery und Strasser eine zentrale Rolle spielt.

422 Dies steht in einer unreflektierten Spannung zur Diagnose der Dominanz der kapitalistischen Subjektivität, die sich eben nicht durch Solidarität und Gemeinwohlorientierung auszeichnet (Kap. 14.1.2).

Wirtschaftliche Rahmenplanung durch den Staat

Die Umsetzung der Wirtschaftsdemokratie ist in der hier behandelten Perspektive die Voraussetzung für die angestrebte ökologische Wirtschaftsentwicklung. Worauf aber beziehen sich diese wirtschaftsdemokratischen Entscheidungen und wie übersetzen sie sich in staatliche Wirtschaftspolitik?⁴²³ Diesbezüglich ist in den untersuchten Beiträgen eine wirtschaftliche Rahmenplanung angedacht. Das impliziert, dass in demokratischen Entscheidungsprozessen die Grundrichtung der Wirtschaftsentwicklung festgelegt wird. Expliziert wird dies bei Dörre und Altvater. Altvater spricht sich für eine demokratisierte „indikative Rahmenplanung“ aus (2010, 243f). An anderer Stelle fordert er eine Kombination aus zentraler, makroökonomischer Rahmenplanung und dezentraler Wirtschaftsplanung (2012, 75ff). Sowohl die vorgesehenen Planungsakteure als auch Gehalt und Konkretisierungsgrad der Wirtschaftsplanung bleiben jedoch offen. Auch Dörre plädiert für eine makroökonomische Rahmenplanung, deren Gehalt aber ebenfalls nicht spezifiziert wird. Lediglich an einer Stelle findet sich eine diesbezügliche Andeutung: Demnach bedürfe es zukünftig „einer Macht, die präventiv handelt, die Forschung planvoll angeht, strategische Entscheidungen für Investitionen und Ansiedlungen treffen kann und die in der Lage ist, die internationale Arbeitsteilung entsprechend auszurichten“ (2020, 264). Daraus lassen sich zumindest die Elemente einer stärkeren staatlichen Forschungslenkung, einer gezielteren Investitionssteuerung sowie zentraler Entscheidungskompetenzen bezüglich der geografischen Verteilung von Produktionen extrahieren. Geklärt ist bei Dörre die Akteursfrage: Vorgenommen wird die Wirtschaftsplanung, wie oben beschrieben, von den demokratisch-pluralistisch besetzten Planungskommissionen. Als eine Möglichkeit sieht Dörre, dass die Planungskommissionen der Bevölkerung verschiedene Planvarianten zur Abstimmung vorlegen (2020, 264). Unklar ist die Kompetenzverteilung zwischen dezentraler und nationaler Planungsebene.⁴²⁴

Durch welche Wirtschaftspolitik werden die wirtschaftsdemokratischen Entscheidungen umgesetzt? Auch diese Frage wird in den untersuchten Beiträgen nur sehr unzureichend beantwortet. Deutlich wird die Position,

423 Bei Brand bleiben diese Fragen gänzlich unbeantwortet, weswegen sich die folgenden Ausführungen auf die weiteren Denker beziehen.

424 Das oben angeführte Zitat, wonach eine solche Instanz auch die internationale Arbeitsteilung planvoll gestalten soll, könnte darauf verweisen, dass Dörre eine solche Planungsinstanz mittelfristig auch auf internationaler Ebene anstrebt.

dass eine bloße Veränderung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen z.B. durch CO₂-Bepreisung oder eine ökologische Steuerreform nicht hinreichend ist, um beispielsweise den angestrebten Rückbau bestimmter Branchen⁴²⁵ sicherzustellen. Bei Dörre deutet sich dies im obigen Zitat an, wonach es u.a. einer gezielten Investitionslenkung und Ansiedelungsplanung bedarf (2020, 261, 264). Etwas konkreter ist Schmelzer: Über die Veränderung der Rahmenbedingungen hinaus werden Maßnahmen unmittelbarer Wirtschaftssteuerung wie Produktionsverbote, Mengenzuschreibungen, Moratorien für fossile Infrastrukturprojekte (z.B. Straßen, Flughäfen) oder die gezielte Konversion bestimmter Branchen und Unternehmen befürwortet (Schmelzer/Passadakis 2011, 83, 76ff; Schmelzer/Vetter 2020, 140f). „Selektives Wachstum und selektives Schrumpfen“ (2011, 45) wird somit einerseits über die Veränderung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, v.a. aber auch mittels direkter Eingriffe staatlicher Wirtschaftslenkung realisiert. Andererseits soll der Markt seine Rolle als Allokationsmechanismus beibehalten (Dörre 2020, 26f; Altvater 2010, 243). Beispielsweise argumentiert Altvater, dass eine zentrale Wirtschaftsplanung nicht im Stande ist, die Befriedigung individueller Bedürfnisse mit der notwendigen Flexibilität zu gewährleisten. Dies könne nur der Markt leisten (2010, 243). Die Denker streben also im Gegensatz zu Kern und Peukert keine staatliche Detailsteuerung an. Dennoch verschieben sich auch bei ihnen das Gewicht zwischen Markt und Staat deutlich in Richtung des Staates.

Eigentumsverhältnisse, neue Wirtschaftsformen jenseits des Marktes und Regionalisierung

Ein weiteres wichtiges Element der Gegenentwürfe stellt die Sozialisierung der Eigentumsverhältnisse, insbesondere mit Blick auf die Unternehmen dar. Dieser Aspekt wurde oben bezüglich der Umsetzung der Wirtschaftsdemokratie auf Unternehmensebene bereits angedeutet. Wie bei Kern und Peukert wird mit der Sozialisierung der Unternehmen das übergeordnete Ziel verbunden, das Profitmotiv als zentrale Handlungsmotivation auf Unternehmensebene durch eine gemeinwohlorientierte Handlungsrationalität zu ersetzen. Auch hier greift somit die Annahme, dass Demokratisierung zu Gemeinwohlorientierung führt. Zudem zielen die Autoren mit der Demo-

425 Rückgebaut werden sollen z.B. bei Schmelzer u.a. fossile Energiewirtschaft, Flugverkehr, Automobilindustrie, Tierhaltung, Rüstungsindustrie, Werbung, Finanzindustrie und große Teile des globalisierten Handels (Schmelzer/Vetter 2020, 140f; Schmelzer/Passadakis 2011, 71, 79).

kratisierung der Unternehmen auch auf die Überwindung kapitalistischer Machtverhältnisse. Mit Blick auf die Veränderung der Eigentumsverhältnisse ist zwischen zwei Aspekten zu unterscheiden. Erstens geht es um die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in der bestehenden privatwirtschaftlichen Unternehmenslandschaft. Zweitens steht die Förderung der Ausbreitung alternativer Eigentums- und Wirtschaftsformen, die gleichzeitig den Marktmechanismus einhegen, im Mittelpunkt.

Mit Blick auf Ersteres ist Dörres Position am weitestgehenden. Er fordert die Überwindung des „Besitz[es] an Produktionsmitteln als dynamisches und zugleich konstitutives Prinzip kapitalistischer Gesellschaften“ (2020, 262). Dies gilt für ihn in erster Linie für Großunternehmen, für die er, wie dargestellt, mit Vertretern aus Arbeiterschaft, Politik und Zivilgesellschaft plural besetzte und demokratisch gewählte Führungsgremien vorsieht. Dadurch, so die Hoffnung, sollen sich die Produktionsentscheidungen statt an privaten Gewinninteressen am „Kollektivwille“ (2019, 27) ausrichten und damit in sozialer und ökologischer Verantwortung getroffen werden.⁴²⁶ (Zum ges. Absatz 2020, 262f; 2019, 27; 2011, 230)

Auch die weiteren Autoren sehen die Vergesellschaftung von Unternehmen vor. Bei Altvater klingt eine umfassende Vergesellschaftung zugunsten vielfältiger Eigentumsformen an, wobei die konkret angestrebten Besitzverhältnisse offenbleiben (2012, 76). Spezifischer fordert er an anderer Stelle (2010, 246), wie auch andere Beiträge, die Vergesellschaftung des Bankensystems, da die Neuausrichtung der Kredit- und Investitionslenkung auf gemeinwohlorientierte Ziele von prioritärer Bedeutung sei (Schmelzer/Passadakakis 2011, 77-80; Schmelzer/Vetter 2020, 142).⁴²⁷ Für Schmelzer/Vetter gilt es zudem v.a. die Wirtschaftsbereiche zu vergesellschaften und damit

426 Als Zwischenschritt klingt bei Dörre an, Nachhaltigkeitsziele in die Verfassung aufzunehmen und die Sozialbindung des Eigentums entsprechend zu erweitern. Wirtschaftsakteure, die gegen das Nachhaltigkeitsgebot verstoßen, müssten dann mit Sozialisierung rechnen (2020, 259f). An anderer Stelle fordert er zudem die Umwandlung großer Unternehmen in Stiftungsunternehmen (2011, 230).

427 Als Zwischenschritte und ergänzende Maßnahmen zur Regulierung und Rückbau der Finanzmärkte nennen Schmelzer/Passadakakis die Verkleinerung der Finanzinstitute, eine Finanztransaktionssteuer, öffentliche und demokratisch kontrollierte Ratingagenturen sowie hohe antizyklische Eigenkapitalvorschriften (2011, 79f). Ebenfalls dem Bereich der Geld- und Finanzpolitik zuzuordnen ist die bei Altvater und Schmelzer/Passadakakis vorfindliche Forderung nach einem alternativen Geldschöpfungssystem, das sich nicht mehr durch die Ausübung eines strukturellen Wachstumszwangs auf die Realwirtschaft auszeichnet. Während Altvater bei dieser allgemeinen Feststellung bleibt, sprechen sich Schmelzer/Passadakakis, wie bereits

der kapitalistischen Verwertungslogik zu entziehen, die aus ökologischen Gründen schrumpfen müssen (2020, 141). Darüber hinaus wird das allgemeine Ziel ausgegeben, den Anteil öffentlichen Eigentums an der Ökonomie zu erhöhen, um direkteren gesellschaftlichen Zugriff für den notwendigen Umbau zu erhalten (Schmelzer/Passadakis 2011, 78). An diesen Stellen dringt, wie bereits bei Kern und Peukert, neben der Überwindung des Profitstrebens das Motiv durch, mittels Sozialisierung der Unternehmen die effektive Umsetzung des erforderlichen wirtschaftlichen Um- und Rückbaus sicherzustellen. In welche konkreten Eigentumsformen die Unternehmen zu überführen sind, bleibt jedoch offen. Unabhängig davon ist festzuhalten, dass es aus Sicht der Autoren den Privatbesitz an Unternehmen im Bestand teilweise bis weitgehend zugunsten einer Vergesellschaftung aufzuheben gilt.

Jenseits der Veränderung der Eigentumsverhältnisse im Bestand sind sich die Autoren einig, dass es neue Eigentumsformen im Sinne kollektiven (dezentralen) Gemeinschaftseigentums und darauf aufbauende solidarische Wirtschaftsformen zu fördern und deutlich auszuweiten gilt. Im Zentrum stehen dabei kooperative Wirtschaftsformen wie Genossenschaften oder Commons, bei denen das Gewinnmotiv nicht mehr zentraler Zweck des wirtschaftlichen Handelns ist (Brand/Wissen 2017, 174ff; Brand 2018, 107; Dörre 2020, 263; 2019, 27; Altvater 2010, 244ff; Schmelzer/Passadakis 2011, 71, 74f, 88f; Schmelzer/Vetter 2020, 141).⁴²⁸ Beispielsweise beschreibt Altvater die Vision eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (2010, 239; 2012, 76), in dem eine Vielfalt verschiedener Eigentumsformen herrscht und die dezentralisierte Wirtschaft durch genossenschaftlich und kooperativ ausgerichtete Betriebe geprägt ist (2010, 244; 2012, 76). Bei Altvater (2010, 239f) und Schmelzer/Passadakis (2011, 74) klingt im Zuge dessen auch die Überführung von bisher im Privat- oder Staatsbesitz befindlichen Naturgütern (z.B. Wälder, Wasser, Land) in dezentrales Gemeinschaftseigentum an. Die dahinterstehende Motivation wird bei Altvater expliziert. Er wendet sich gegen die Hardin'sche Diagnose der Tragik der Allmende und geht davon aus, dass sich gerade im dezentralen Gemeinschaftseigentum gesellschaftliche Solidarität herausbilden kann, die wiederum die Grundlage für einen nachhaltigen Umgang mit den Naturgütern bildet (2010, 239).

Kern, Peukert und die reformorientierten Wachstumskritiker, für ein Vollgeldsystem aus (2010, 242, 2011, 80).

428 Als weiteres Element alternativwirtschaftlicher Ansätze wird von einigen Autoren die Ausweitung von Eigenarbeit und Selbstversorgung gefordert (Schmelzer/Passadakis 2011, 88; Brand 2018, 107).

Wiederum dringt die Annahme durch, dass (dezentrale) Selbstbestimmung Verantwortlichkeit stiftet.

In der Summe bewegen sich die wirtschaftlichen Gegenentwürfe zwischen einer demokratisch kontrollierten Marktwirtschaft und einer demokratisierten Planwirtschaft, jeweils in Verbindung mit einer teilweisen bis weitgehenden Vergesellschaftung der Unternehmen. Dies wird ergänzt um neue Wirtschaftsformen wie Commons, „Prosumentengemeinschaften“ und Eigenproduktion. Hinzu kommt als weiterer Baustein einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft die Re-Regionalisierung der Wirtschaftsstruktur. Dies ist einerseits implizit bereits in der Forderung nach einer Ausweitung gemeinschaftlicher und kooperativer Wirtschaftsformen enthalten, die vor allem in dezentralen Zusammenhängen vorstellbar sind, wo Überschaubarkeit, Vertrauen und damit Verantwortlichkeit entstehen kann. Aber auch unabhängig davon wird Regionalisierung als Strukturprinzip der Wirtschaft behandelt. Explizit begründet wird dies jenseits unmittelbarer ökologischer Einspareffekte v.a. bei Brand. Ähnlich wie die reformorientierten Wachstumskritiker und die demokratischen Systemwechsel-Denker der ersten Zeitphase legt er dar, dass dezentrale Zusammenhänge mit verkürzten Produktionsketten Überschaubarkeit ermöglichen und dadurch Vertrauen und Verantwortlichkeit fördern.⁴²⁹ (Zum ges. Absatz Schmelzer/Passadakis 2011, 86ff; Brand 2018, 107; Dörre 2020, 263; Altvater 2010, 243f)

Voraussetzungspolitiken: Arbeitszeitverkürzung und wachstumsunabhängige soziale Sicherung

Zuletzt lassen sich zwei Voraussetzungspolitiken identifizieren, die in den untersuchten Beiträgen als wichtige Bedingungen für den Übergang in und die Stabilisierung einer Postwachstumsökonomie beschrieben werden:

- 1) Arbeitszeitverkürzungen sind aus Sicht der Autoren einerseits Notwendigkeit in einer stagnierenden bzw. schrumpfenden Ökonomie und dienen andererseits der Aufhebung des sich aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität ergebenden Wachstumszwangs. Darüber hinaus werden Arbeitszeitverkürzungen als Voraussetzung für die Ausbreitung

429 Unklar bleibt jedoch, wie diese Re-Regionalisierung politisch forciert werden soll. Verschiedene vorgeschlagene Maßnahmen können zwar indirekt in diese Richtung wirken, werden aber nicht explizit in diesem Zusammenhang genannt (v.a. CO₂-Besteuerung, Förderung alternativer Wirtschaftsformen). Bei Dörre sollen die angestrebten Planungsinstanzen auch Ansiedelungsentscheidungen treffen, sodass hier eine Regionalisierung der Wirtschaftsstruktur durch direkte staatliche Eingriffe möglich erscheint (2020, 264).

alternativer, kooperativer Wirtschaftsformen und für das ausgeweitete demokratische Engagement gesehen. Dabei gelte es die verbleibende Arbeit gerecht zu verteilen, wobei als Ziel die kurze Vollzeit für alle ausgegeben wird. (Altvater 2010, 245f; Brand 2018, 107, 115; Dörre 2019, 26; Schmelzer/Passadakis 2011, 80f, 89; Schmelzer/Vetter 2020, 142)

- 2) Gefordert wird zudem die deutlich egalitäre Verteilung des materiellen Wohlstandes. Dabei sind drei Argumentationslinien zu unterscheiden, die sich weitgehend mit Kern und Peukert überschneiden:
- Eine gerechtere materielle Verteilung und eine bedingungslose, von Erwerbseinkommen unabhängige soziale Sicherung stellen Voraussetzungen für die Akzeptanz ökologischer Politik, insbesondere materieller Reduktionsstrategien, sowie für ein ausgeweitetes Engagement im Bereich des kooperativen Wirtschaftens dar (Dörre 2011, 230; 2019, 25f, 28ff; 2020, 260ff, 267; Brand 2018, 102; Brand/Wissen 2017, 176; Schmelzer/Passadakis 2011, 84ff; Altvater 2010, 245).
 - Hohe Einkommen sind durch einen stark überproportionalen Umweltverbrauch (Luxuskonsum) gekennzeichnet, weswegen eine Abschöpfung von Reichtum auch im engeren ökologischen Sinne sinnvoll erscheint (Schmelzer/Vetter 2020, 143; Dörre 2020, 254f).
 - Größere soziale Gleichheit kann das mimetische Begehren nach dem materiellen Standard der Oberschichten einhegen (Dörre 2011, 227).

Als konkrete Maßnahmen zur Umverteilung von Wohlstand werden v.a. Vermögensteuer, Erbschaftssteuer, Minimal- und Maximaleinkommen, progressive Einkommensteuern und eine progressive Besteuerung des ökologischen Verbrauchs genannt. Für eine wachstumsunabhängige soziale Sicherung schlagen einige Autoren das bedingungslose Grundeinkommen vor. (Dörre 2019, 25f; Altvater 2010, 245f; Schmelzer/Passadakis 2011, 84f, 2020, 143)

Abschließend ist zu konstatieren, dass die Frage nach der internationalen Ausbreitung des angestrebten Alternativentwurfs, wie bereits bei den Exponenten des zentralisierten Öko-Sozialismus, unreflektiert bleibt. Bei Dörre findet sich, wie bei Peukert, die Forderung nach einem neuen Multilateralismus, der eine friedliche Kooperation zum Standard in den internationalen Beziehungen macht (2020, 267f). Wie dieser neue Multilateralismus entstehen soll, bleibt gänzlich offen.

14.2.3 Öko-Kommunalismus

Bei Muraca ergeben sich weitgehende Überschneidungen zu den Exponenten des dezentralisierten und demokratisierten Öko-Sozialismus. Auch sie plädiert für Demokratisierung, Wirtschaftsdemokratie und veränderte Eigentumsformen. In ihren schemenhaften Äußerungen deuten sich jedoch radikalere Dezentralisierungsforderungen zugunsten einer weitgehenden Einhegung zentralisierter Entscheidungsmacht an, die bei den vorher behandelten Autoren insbesondere für den Umbau der Wirtschaft vorgesehen ist. Damit lässt sich Muraca am nächsten am Pol einer öko-kommunistischen Position und damit auch zur Position von Carl Amery verorten.⁴³⁰

Zunächst zeigt sich eine wichtige Überschneidung zu Amery und gleichzeitig eine Differenz zu den oben behandelten Denkern darin, dass Muraca ihre weitgehenden Dezentralisierungsforderungen aus einer prinzipiellen Skepsis bezüglich zentraler Regelungsinstanzen ableitet. So positioniert sie ihren Alternativentwurf gegen „fremdbestimmte Großinterventionen, Technologien und Programme“ und gegen die „zentralisiert[e] bürokratisch[e] Macht von Technokraten, die sich als Volksvertreter(innen) präsentieren, aber nicht so agieren“ (2015, 50). Ihr Gegenentwurf soll eben eine solche „technokratische zentrale Kontrolle“ vermeiden (ebd.). An anderer Stelle bespricht sie affirmativ die Position von Ivan Illich, nach der, sobald Demokratien eine bestimmte räumliche Größe überschreiten, asymmetrische Machtverteilungen entstehen und sich eine herrschende Klasse herausbildet (Muraca/Bohmann 2016, 300). Hier klingt in Ansätzen das an, was bei Amery als Fundamentalkritik am bestehenden demokratischen Institutionensystem sowie allgemein an zentralisierter Macht und Herrschaft ausbuchstabiert ist (Kap. 7.3.4). Demnach ist zentralisierte Macht ihrem Prinzip nach unverantwortlich und damit ein maßgebliches Hindernis auf dem Weg in eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft. Damit wird, wie bereits für das Spektrum der demokratischen Systemwechsel-Entwürfe der ersten Zeitphase deutlich, dass divergierende Staatsverständnisse eine wichtige Rolle für die Ausdifferenzierung der Positionen spielen. Exemplarisch

430 Muracas Alternativentwurf weist auch weitgehende Überschneidungen zu der öko-feministisch motivierten Subsistenzperspektive auf, wie sie seit den 1970er-Jahren von Autorinnen wie Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen oder Claudia von Werlhof entwickelt wurde (vgl. dazu Adler/Schachtschneider 2010, 43-62). Diese Autorinnen sind in der untersuchten Zeitphase nicht mit spezifisch öko-politisch ausgerichteten Monografien in Erscheinung getreten, weshalb sie nicht näher behandelt werden.

sei der generellen Staatskepsis bei Muraca der etatistische Steuerungsoptimismus bei Kern und Peukert gegenübergestellt.

Vor diesem Hintergrund plädiert Muraca mit André Gorz für „kleine, miteinander verbundene Selbstverwaltungsstrukturen, in denen das gesellschaftlich Nützliche und Kreative gemeinschaftlich und demokratisch entsteht“ (2015, 50). Dabei wird deutlich, dass sie weitgehend direktdemokratische Entscheidungsstrukturen anstrebt, die jedoch institutionelle Schutzvorrichtungen gegen eine Tyrannei der Mehrheit beinhalten sollen (ebd., 50, 89; Muraca/Bohmann 2016, 295-308). Hinter diesem Dezentralisierungs- und Demokratisierungsdenken steht die Annahme, dass eine dezentralisierte Beteiligungsdemokratie einen gemeinwohlorientierten und damit sozial und ökologisch verantwortlichen Policy-Output hervorbringt und sich von der Wachstumsorientierung abwendet (Muraca/Bohmann 2016, 299f). Damit lässt sich für Muraca den oben dargestellten demokratietheoretischen Prämissen eine weitere hinzufügen, welche ausführlich für das ökologische Dezentralisierungsdenken der ersten Zeitphase (v.a. Amery und Strasser) dargestellt wurde: Nicht nur Mitbestimmung an sich, sondern insbesondere dezentrale Selbstbestimmung in überschaubaren Zusammenhängen führt zu einer sich verantwortungsvoll einbringenden Bürgerschaft (vgl. Kap. 7.3.1).

Muraca positioniert sich jedoch, ebenfalls wie Strasser und Amery, gegen Ansätze, die eine den dezentral-autonomen Einheiten übergeordnete Koordinationsinstanz für gänzlich obsolet halten. Vielmehr soll es jenseits der dezentralen Einheiten demokratisch legitimierte und kontrollierte Institutionen für eine „gesamtgesellschaftliche Koordination“ zwischen den dezentralen Einheiten geben. Offen bleibt, ob dies in der bisherigen Form des Nationalstaates oder in anderer Form zu realisieren ist. Diese übergeordneten Institutionen sollen nicht zuletzt dafür sorgen, dass die dezentralen Einheiten einen kooperativen und solidarischen Umgang miteinander entwickeln und nicht in Isolierung und Konkurrenzdenken verfallen (2015, 68, 89). Die Kompetenzverteilung zwischen übergeordneter und dezentraler Ebene bleibt ungeklärt.⁴³¹

431 Ein öko-politischer Denker der zweiten Zeitphase, der noch näher als Muraca dem Pol einer öko-anarchistischen Grundposition zuzuordnen ist, ist der bereits in der ersten Zeitphase mit entsprechenden Veröffentlichungen hervorgetretene Rolf Cantzen (vgl. z.B. Cantzen 2020). Dessen Beiträge erfüllen jedoch die der Autoren-auswahl zugrundegelegten Relevanzkriterien nicht. Bei Cantzen wächst die neue Gesellschaft durch einen dezentralen Neuaufbau von unten gänzlich jenseits des Staates. Dezentral-kleinräumige und selbstbestimmte Zusammenschlüsse entstehen,

Auch in Muracas Vorstellungen einer nachhaltigen Ökonomie kommt das auf dezentrale Autonomie fokussierte Demokratisierungsdenken, wonach dezentrale Selbstbestimmung zu verantwortlichen Entscheidungen führt, zum Ausdruck. Sie plädiert für eine starke Form von Wirtschaftsdemokratie, in der die Bürger und Bürgerinnen „gemeinsam darüber bestimmen, was gebraucht wird und wie es produziert werden soll“ und diese Entscheidung nicht mehr den Kräften des Marktes überlassen ist (2015, 88). Dies legt nahe, dass die dezentralen Einheiten weitgehend autonom und in direktdemokratischen Verfahren über die Wirtschaftsentwicklung befinden sollen.

Auf Unternehmensebene beschreibt Muraca unter dem Leitbild einer solidarischen Ökonomie den Übergang zu Unternehmen in kollektiver, basisdemokratischer Selbstverwaltung, was sich v.a. in Genossenschaften realisieren lasse (2015, 86f.). Mit dieser Veränderung der Unternehmensverfassung verbindet Muraca die Hoffnung, dass Unternehmen nicht mehr in Konkurrenz zueinander treten, sondern sich ein lokales, regionales und teilweise auch globales Kooperationsnetzwerk zwischen den genossenschaftlichen Wirtschaftsakteuren herausbildet (ebd.).⁴³² Wie den beiden zuvor behandelten antikapitalistischen Stoßrichtungen schwebt Muraca somit eine grundlegende Veränderung der Eigentumsordnung vor, wobei die Idee dezentralen Gemeinschaftseigentums im Vordergrund steht. Wiederrum schafft demokratische Selbstbestimmung Solidarität und Verantwortlichkeit.

Der Warenaustausch soll in erster Linie als Commons- und Tauschwirtschaft organisiert sein (2015, 79f, 86f).⁴³³ Dies impliziert, dass Güter

die im Kleinen den Ausstieg aus dem Kapitalismus leben. Durch Ausbreitung und Vernetzung der kleinräumigen Einheiten entsteht letztlich ein Konglomerat weitgehend autonomer Gemeinschaften, das der kapitalistischen Verwertung sowohl die erforderliche Nachfrage als auch die Arbeitskraft entzieht. Cantzen beruft sich prominent auf Denker wie Gustav Landauer, Peter Kropotkin oder Pierre-Joseph Proudhon.

432 Offen bleibt, wie der Übergang von den bestehenden Besitzverhältnissen zu den genossenschaftlichen Strukturen vonstattengehen soll. Neben den im Gemeinschaftseigentum befindlichen Unternehmen könne es durchaus noch kleine privatwirtschaftliche Unternehmen geben, die aber ebenfalls in die kooperative Wirtschaftsweise einzubinden sind (2015, 86f.).

433 Ökologisch-politische Denkerinnen mit einem noch stärkeren, aber auch selektiven Fokus auf eine Commons-Wirtschaft als Gegenentwurf sind Friderike Habermann mit ihrem Ansatz der Ecommony (siehe Habermann 2016 und 2018) sowie Silke Helfrich (2019).

entweder für die (durch digitale Innovationen in bestimmten Bereichen auch global möglich) gemeinschaftliche Nutzung oder den Warentausch produziert werden. Daneben könne es durchaus noch Märkte und geldvermittelten Warenaustausch geben, die aber in ihrer Bedeutung deutlich zurückgedrängt sind (ebd.). Ein weiterer Grundpfeiler von Muraca Postwachstumswirtschaft ist eine ausgeweitete Subsistenzwirtschaft, was sich z.B. in der Ausweitung von Eigenproduktion oder Reparaturwerkstätten ausdrückt (ebd., 82).⁴³⁴ Zusammengefasst lassen sich Muracas ökonomische Ordnungsvorstellungen in Anlehnung an Leipold (vgl. 2005, 11) als dezentral-selbstverwaltete sozialistische Markt- und Tauschwirtschaft bezeichnen.

In der Summe sind weitgehende Überschneidungen zu den institutionellen Vorstellungen von Amery festzustellen, der im Vergleich zu Muraca aber eine umfassendere Herrschafts- und Staatskritik als Grundlage für seinen dezentralistischen Gegenentwurf ausformuliert hat. Viel deutlicher als bei den zuvor behandelten Denkern ist Dezentralisierung bei Muraca nicht nur als wirtschaftliches Ordnungsprinzip, sondern als umfassendes Organisationsprinzip für Gesellschaft, Demokratie und Ökonomie gedacht.

14.2.4 Gemeinwohlökonomie

Die vierte Stoßrichtung kapitalismuskritischer Gegenentwürfe findet sich bei Felber. Er teilt mit den weiteren Positionen die Forderung nach einer starken Demokratisierung des Staates. Deutliche Unterschiede zeigen sich mit Blick auf die Vorstellung einer alternativen Wirtschaftsordnung. Die drei zuvor behandelten Richtungen verbinden diesbezüglich zwei zentrale Motive: Erstens darf die Entscheidung über die Wirtschaftsentwicklung nicht mehr den Märkten überlassen werden, sondern muss bewusst und demokratisch getroffen werden; zweitens bedarf es zur Überwindung des Profitmotivs auf Unternehmensebene einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Diese beiden Elemente stehen bei Felber nicht im Vorder-

434 Wie die oben behandelten Autoren beschreibt Muraca zentrale Voraussetzungen für eine solche Wirtschaftsweise. Erstens bedürfe es anderer Lebens-Arbeits-Modelle, die eine deutlich reduzierte Erwerbsarbeitszeit mit ausgeweiteter Selbstversorgungsarbeit, Sorgearbeit, Zeit zur persönlichen Entfaltung sowie politischer Partizipation verbinden (2015, 69, 84f, 89). Zweitens sieht auch sie die deutlich egalitäre Verteilung des materiellen Wohlstands und eine bedingungslose Grundsicherung als Voraussetzung (ebd., 80f).

grund. Vielmehr geht es ihm mit der „Gemeinwohlökonomie“ um die Veränderung der marktwirtschaftlichen Anreizstrukturen, die dafür sorgen, dass Konkurrenz und Profitstreben zugunsten von Kooperation und Gemeinwohlorientierung überwunden werden. Entsprechend begreift Felber seinen Entwurf als marktwirtschaftlichen Ansatz in der Tradition der sozialen Marktwirtschaft, die er aber zu einer „vollethischen Marktwirtschaft“ vollenden möchte (2020, 163f). Es geht ihm, wie er selbst bemerkt, um die Verwirklichung einer nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft (ebd.).⁴³⁵

Die Gemeinwohlökonomie als ethische Marktwirtschaft

Nach Felber möchte die Gemeinwohlökonomie die „Anreizkoordinaten“ für die Wirtschaftsakteure von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation umstellen (2020, 167). In diesem veränderten Rahmen soll jedes Unternehmen das primäre Ziel verfolgen, einen möglichst großen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten (2012, 35). Zentrales Instrument zur Veränderung der Anreizstruktur ist die Gemeinwohlbilanz. Diese misst anhand einer Vielzahl von Indikatoren, inwiefern Unternehmen fünf als zentral definierte Grundwerte (Menschenwürde, Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Solidarität) gegenüber Stakeholdern wie Mitarbeitern, Kunden, Standortgemeinden, anderen Unternehmen, natürlicher Umwelt und zukünftigen Generationen erfüllt (ebd., 40ff). Ein entscheidender Punkt ist, dass sich kooperatives Verhalten gegenüber anderen Unternehmen positiv, Konkurrenzorientierung hingegen negativ auf die jeweilige Gemeinwohlbilanz auswirken soll (ebd., 62f). Dadurch soll aus der bisherigen „Vernichtungs- und Fresskonkurrenz“ der

435 Angesichts dessen ist die Zuordnung von Felber zur antikapitalistischen Strömung im Vergleich zu den oben behandelten Stoßrichtungen weniger eindeutig. Zwar sieht Felber seinen Gegenentwurf explizit als Überwindung des Kapitalismus (2012, 62f, 185f; 2020, 163f). Entscheidend für die Einordnung ist aber der in dieser Arbeit zugrunde gelegte Kapitalismusbegriff (vgl. Fußnote 42 in Kap. 4.2). Der Markt als zentraler Allokationsmechanismus bleibt bei Felber unangetastet. Die auf Privatbesitz basierende Unternehmensordnung wird, wie noch zu zeigen ist, zwar deutlich eingeschränkt, aber nicht so grundsätzlich infrage gestellt, wie bei den anderen antikapitalistischen Denkern. Als drittes zentrales Charakteristikum des Kapitalismus wurde das Gewinn- und Profitstreben der Unternehmen identifiziert, das sich als Zwang aus den Konkurrenzbedingungen ergibt. Eben dies ist der maßgebliche Angriffspunkt von Felber (siehe explizit 2012, 15). Aus seiner Sicht gilt es das Profitmotiv und das dieses mit hervorbringende Konkurrenzprinzip zu überwinden. Dies hebt ihn von den reformorientierten Wachstumskritikern ab, die das Gewinnstreben der Unternehmen nicht grundsätzlich infrage stellen.

Unternehmen im schlechtesten Fall „friedliche Koexistenz“, im besten und gesetzlich belohnten Fall „aktive Kooperation“ werden (ebd., 63). Wenn keine Konkurrenz mehr herrsche, entfalle auch der aus der Konkurrenz resultierende Wachstumszwang für die Unternehmen (ebd., 60f). Wirksam werden die veränderten Anreizstrukturen dadurch, dass rechtliche Vorteile wie geringere Mehrwertsteuersätze, niedrigere Zolltarife, günstigere Kredite, Vorrang beim öffentlichen Einkauf oder direkte staatliche Förderung an die jeweilige Gemeinwohlbilanz gekoppelt werden, sodass eine gute Gemeinwohlbilanz zum entscheidenden Faktor für unternehmerischen Erfolg wird (ebd., 47f).⁴³⁶ In der Summe soll die Veränderung der Anreizstrukturen durch die Gemeinwohlbilanz eine tiefgreifend veränderte unternehmerische Rationalität hervorbringen, die gleichzeitig Konkurrenzorientierung, Profit- und Wachstumsstreben sowie das ausbeuterische Verhältnis zu Mensch und Umwelt überwindet.⁴³⁷

Ergänzt wird die Gemeinwohlbilanz durch neue Regeln zur unternehmerischen Gewinnverwendung, die eine Orientierung an Profit- und Wachstumsmotiven ebenfalls irrational machen sollen. Nach diesen Regeln dürfen Unternehmensgewinne nur noch für gemeinwohlförderliche Dinge verwendet werden, wie eine Ausschüttung an die Mitarbeiter, Investitionen (die im Vorfeld einer Gemeinwohlprüfung zu unterziehen sind), Aufstockung des Eigenkapitals, Rücklagen für Verluste sowie unverzinsten Darlehen an andere Unternehmen. Unerlaubte Gewinnverwendungen sind hingegen die Ausschüttung an Eigentümer, Firmenaufkäufe gegen deren Willen, Finanzinvestments oder politische Einflussnahme z.B. in Form von Parteispenden. Zudem gelten für Einkommen strenge Obergrenzen, sodass auch dieser Weg der persönlichen Bereicherung ausgeschlossen ist. Durch diese Regelungen soll der Anreiz, Gewinne um ihrer selbst willen zu erzielen, entfallen.⁴³⁸ (2012, 51-60) Anders als den weiteren antikapitalistischen Autoren geht es Felber also nicht primär um eine Überwindung des Privatbesitzes an Unternehmen, sondern um die ungleich stärkere Sozialbindung

436 Die Einstufung der Unternehmen anhand der Gemeinwohlbilanz wird von staatlich zertifizierten Gemeinwohl-Auditoren vorgenommen (2012, 48f).

437 Für nicht zukunftsfähig befindet Felber, in Übereinstimmung mit vielen anderen wachstumskritischen Denkern, die Unternehmensform der Aktiengesellschaft, da diese aufgrund ihrer immanenten Anreizstrukturen einer Gemeinwohlorientierung prinzipiell entgegenstehe (2012, 56f).

438 Gleichzeitig entfällt die Steuer auf Unternehmensgewinne, sodass auch der Staat kein Eigeninteresse an hohen Unternehmensgewinnen mehr hat (2012, 59).

des Privateigentums, was v.a. über die Gemeinwohlbilanzierung und die neuen Regeln zur Gewinnverwendung erreicht werden soll.

Ein drittes zentrales Element in Felbers wirtschaftlichem Alternativentwurf ist die, über mehrere geografische Ebenen aufgebaute, „Demokratische Bank“, die als staatliche Bank an die Stelle des gegenwärtigen privaten Bankensystems tritt. Vorstand und Aufsichtsrat werden direkt gewählt und u.a. mit Vertretern von Beschäftigten, Verbrauchern, Unternehmen und Zukunftsanwälten besetzt. Die demokratische Bank vergibt Kredite nach Gemeinwohlprüfung mit einem Zinssatz, der lediglich der bankeigenen Kostendeckung dient. Hier kommt das bereits bei Denkern wie Altvater, Schmelzer/Passadakakis und Peukert virulente Ansinnen zum Tragen, Kreditvergabe und Investitionslenkung unter staatliche bzw. demokratische Kontrolle zu bringen, um sie so gemeinwohlorientiert auszurichten (2012, 59, 69-81).⁴³⁹ Dieser Übergang zu einem öffentlichen Bankensystem impliziert, ohne dass Felber dies explizit ausdrückt, eine vollständige Enteignung des privaten Bankenwesens. Die Demokratisierung des Bankenwesens zeigt an, dass die Eigentumsfrage bei Felber zwar nicht die zentrale, aber dennoch eine wichtige Rolle spielt. Neben der Vergesellschaftung des Bankenwesens sieht Felber vor, zentrale Wirtschaftsbereiche der Daseinsvorsorge wie z.B. Bahn oder Post in öffentliches Gemeinschaftseigentum zu überführen. Wie bei den anderen wirtschaftsdemokratischen Entwürfen sollen heterogen besetzte Gremien, in welchen u.a. Zukunftsanwälte vertreten sind, die Unternehmensleitung übernehmen. Sichtbar wird hier das Motiv, besonders sensible wirtschaftliche Bereiche unter direkte gesellschaftliche Kontrolle zu bringen. Hier dringt auch bei Felber die Annahme durch, dass die Demokratisierung von Unternehmen zu Gemeinwohlorientierung führt.⁴⁴⁰ (2012, 100ff)

Als vierter Baustein einer nachhaltigen Ökonomie lässt sich bei Felber, wie bei den zuvor behandelten Autoren, die Ausweitung nicht marktför-

439 Teil der neuen Bankenstruktur ist auch eine demokratische Zentralbank mit Geldschöpfungsmonopol, sodass auch der Wachstumszwang der freien Geldschöpfung überwunden wird (2012, 78f).

440 Zudem soll es für Felber kein Eigentum an Grund und Boden mehr geben, was ähnlich auch bei Altvater und Schmelzer/Passadakakis anklingt. Vielmehr werden diese Güter unter öffentliche Verwaltung gestellt, wobei private Akteure Flächennutzungsrechte erhalten oder erwerben können. Während beispielsweise landwirtschaftliche Betriebe bis zu einer bestimmten Größe das Flächennutzungsrecht kostenlos erhalten, müssen andere Unternehmen diese Rechte gegen eine Nutzungsgebühr erwerben. (2012, 102f)

miger Wirtschaftsweisen identifizieren. Dies bezieht sich auf kooperative Wirtschaftsformen wie Commons-, Tausch- und Schenkwirtschaft, aber auch eine ausgeweitete Subsistenzproduktion.⁴⁴¹ (2012, 62f, 185f)

Felber entwickelt auch eine Vorstellung davon, in welchem geographischen Raum die Gemeinwohlökonomie entstehen und sich davon ausgehend verbreiten soll. Grundsätzlich strebt er zunächst eine Umsetzung auf europäischer Ebene an. Die EU soll dann weitere Partner gewinnen und eine Gemeinwohlzone mit anderen Vorreiterländern und Vorreiterregionen bilden, die sich durch einen freien Binnenmarkt auszeichnet. Importe werden nur von Unternehmen zugelassen, die sich einer Gemeinwohlbilanzierung unterziehen, wobei je nach Gemeinwohlpunktzahl Einfuhrzölle erhoben werden. Falls eine Einführung auf EU-Ebene scheitert, setzt Felber zunächst auf eine innereuropäische Pionierallianz, die ihre Gemeinwohlwirtschaft wiederum durch entsprechende Regeln gegen Länder schützt, die nicht Teil der Pionierallianz sind (2012, 175, 187f). Die Frage, inwiefern dies im Rahmen bestehender EU-Binnenmarkt-Regulierungen und globalen Handelsregeln umsetzbar ist, wird von Felber kaum reflektiert. Er teilt lediglich die Hoffnung, dass die EU als großer und mächtiger Wirtschaftsraum die Macht hat, die Durchsetzung neuer Handelsregeln maßgeblich voranzubringen (ebd., 187).⁴⁴²

Starke Demokratisierung

Neben dem grundlegend veränderten Wirtschaftssystem ist Felber überzeugt, dass eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft eine andere Form von Demokratie voraussetzt. Wie den zuvor behandelten Positionen geht es ihm dabei um die umfassende Demokratisierung des Staates. Dem liegt die zentrale Intention zugrunde, dass sich der Bürgerwille unverzerrt in politische Entscheidungen niederschlagen soll, was aus seiner Sicht derzeit nicht der Fall ist. Dies würde aus Felbers Perspektive zu einem substanziell anderen

441 Als wichtige Voraussetzungspolitik für die Ausbreitung dieser alternativen Wirtschaftsformen behandelt auch Felber Arbeitszeitverkürzungen (2012, 184). Jenseits dessen bleibt unklar, inwiefern der Staat diese Wirtschaftsformen gezielt fördert.

442 Als wichtige flankierende Maßnahmen für den Übergang zur Gemeinwohlökonomie beschreibt Felber eine ökologische Steuerreform sowie einen individualisierten Budget-Ansatz, der neben CO₂ auch für weitere Emissionen und Ressourcen ein global gerechtes und egalitäres Budget zuweist. In der Umsetzung ist ein zweites Preisschild angedacht, das den ökologischen Preis eines Produktes ausweist. Beim Kauf würde dann dieser ökologische Preis vom individuellen Budget abgezogen. (2020, 171ff; 2012, 189)

Policy-Output führen.⁴⁴³ So geht Felber zum Beispiel davon aus, dass das gegenwärtige nicht-nachhaltige Wirtschaftssystem nur deshalb aufrecht erhalten bleibt, weil es im Interesse bestimmter, vor allem wirtschaftlicher Eliten ist. Dürfte die Bürgerschaft hingegen tatsächlich autonom über das Wirtschaftssystem befinden, würde sie sich für ein System entscheiden, das sich durch soziale und ökologische Verantwortlichkeit auszeichnet (2012, 9-12, 29, 133ff). Dieses Argumentationsmuster überträgt Felber auch auf andere Politikbereiche. Beispielhaft führt er eine Reihe von politischen Entscheidungen auf, die aus seiner Sicht in direktdemokratischen Verfahren nicht getroffen worden wären, weil sie nur bestimmten Eliten dienlich sind: Deregulierung der Finanzmärkte, Liberalisierung des Kapitalverkehrs, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie z.B. Bahn oder Trinkwasserversorgung, das Zulassen enormer Einkommensungleichheiten oder die Ermöglichung von Patenten auf Lebewesen (ebd., 119).

Felber ist also optimistisch, dass der Wille zu einer sozial und ökologisch verantwortlichen Politik in der Bürgerschaft bereits gegeben ist, aber an den politisch einflussreichen Eliten scheitert. Dies verdeutlicht zugleich Felbers Fundamentalkritik an der gegenwärtigen Form der Demokratie, die aus seiner Sicht eben nicht dem Mehrheitswillen zur Geltung verhilft, sondern eine vom Bürgerwillen entfremdete und an mächtigen Lobbyinteressen orientierte Regierungspraxis ermöglicht. Die Demokratie, so Felber, sei zum Instrument in den Händen v.a. wirtschaftlicher Eliten verkommen. An diesen Stellen wird ersichtlich, warum Felber die Trennlinie zwischen Eliten und Bevölkerungsmehrheit als die zentrale politische Trennlinie betrachtet. Aus seiner Perspektive zwingen die wirtschaftlichen und korrumpierten politischen Eliten der mehrheitlich anders gewillten Bürgerschaft das nicht-nachhaltige Wirtschaftssystem auf, was ihnen durch das bestehende Institutionensystem ermöglicht wird. Damit ist die gegenwärtige

443 Eine zweite hinter den Demokratisierungsforderungen stehende Intention deutet sich bei Felber an verschiedenen Stellen an. Demnach geht es neben der unverfälschten Übersetzung des Bürgerwillens in politische Entscheidungen auch darum, dass Beteiligungsmöglichkeiten und Beteiligung transformierend auf die Bürgerschaft wirken. Erstens geht Felber davon aus, dass ausgeweitete Beteiligungsmöglichkeiten Politikverdrossenheit überwinden und Interesse an Politik stiften können (2012, 116, 128, 131). Zweitens könne Beteiligung Identifikation und dadurch verantwortliches Entscheiden in dem Sinne befördern, dass die Bürger nicht in erster Linie Partikular-, sondern Gemeinwohlinteressen im Blick haben (ebd., 132f). Drittens ist Felber überzeugt, dass Beteiligung Akzeptanz für getroffene Entscheidungen schafft (ebd., 133).

Form der Demokratie maßgebliches Hindernis auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft. (2012, 34, 119-123, 133)

Folglich muss aus Felbers Sicht eine Form von Demokratie gefunden werden, die tatsächlich dem Mehrheitswillen der Bürgerschaft Ausdruck verleiht. Dazu ist für Felber ein „historischer Ausbau demokratischer Beteiligungs- und Kontrollrechte“ (2012, 122) erforderlich, die eine möglichst weitreichende Beteiligung auf möglichst vielen politischen Ebenen ermöglicht. In der Summe müssten diese Maßnahmen dazu führen, dass das Volk endlich zum tatsächlichen Souverän werde. Eine reine Basisdemokratie sei aufgrund der Bevölkerungsgröße der derzeitigen Nationalstaaten nicht möglich. Stattdessen gehe es um die Ergänzung der repräsentativen Demokratie um Elemente direkter Demokratie, die dafür sorgen müssten, dass das Volk stets das letzte Wort habe (zum ges. Absatz bis hierher 2012, 122-126). Konkret schlägt Felber mehrere direktdemokratische Elemente vor, die aber nur teilweise konkretisiert sind, u.a. (2012, 87f):

- Ein bestimmter Anteil der wahlberechtigten Bevölkerung (Felber nennt 0,5%) kann einen Gesetzesvorschlag einbringen bzw. die Verhinderung eines Gesetzes initiieren. Wird diese Hürde übersprungen, wird ein bundesweites Volksbegehren eingeleitet, das Bürger und Bürgerinnen in den Wahllokalen vor Ort unterstützen können. Wird dabei eine weitere, höhere Hürde erreicht (Felber nennt 3% der Wahlberechtigten), kommt es zu einer Volksabstimmung, deren Ergebnis bindend ist.
- Die jederzeitige Möglichkeit der Abwahl der Regierung durch die Bürgerschaft.
- Die Möglichkeit zur Verfassungsänderung auf Basis einer Volksinitiative.⁴⁴⁴

444 Felber setzt sich auch mit Kritikpunkten gegen die angestrebte Vertiefung der Demokratie auseinander, was an dieser Stelle nicht umfassend dargestellt werden kann. Auf zwei Aspekte ist kurz einzugehen. Erstens legt er gegen das Argument der Unwissenheit der Bürgerschaft dar, dass diese unabhängig vom Bildungsgrad kompetent genug sei, in politischen Grundsatzentscheidungen, die in erster Linie ethische Entscheidungen seien, zu urteilen. Zudem würden Beteiligungsmöglichkeiten die Bürgerschaft dazu bewegen, sich mehr zu informieren. Außerdem würden vielfältige Beispiele zeigen, dass auch gewählte Vertreter uninformierte Entscheidungen treffen. Zweitens argumentiert Felber gegen das Argument einer drohenden Tyrannei der Mehrheit, dass Schutzmechanismen wie die Verfassung oder Menschenrechtskonventionen weiterhin in Kraft blieben. (2012, 127ff)

Als wichtige Voraussetzung für die Funktionalität einer so umgestalteten Demokratie sieht Felber den Abbau ökonomischer Macht und sozialer Ungleichheit, die sich in ungleiche politische Einflusspotenziale übersetzen (ebd.). Hier rückt wiederum die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt. Demnach müssten große Konzerne, deren Größe mit enormer politischer Macht einhergehe, demokratisiert werden (ebd.).⁴⁴⁵ Anders als bei den weiteren antikapitalistischen Autoren geht es hier bei der Vergesellschaftung von Unternehmen nicht primär um die Einhegung des Profitmotivs, sondern um den Abbau von demokratiefeindlichen Machtkonzentrationen. Als weitere Maßnahmen zur Bekämpfung ungleicher politischer Einflusspotenziale nennt Felber u.a. Einkommensobergrenzen, deutliche Einschränkungen mit Blick auf private Vermögensbildung sowie Einschnitte beim Erbrecht (ebd., 82-100).

In der Summe geht Felber davon aus, dass eine, wie beschrieben, vertiefte Demokratie zu wesentlich anderen Politikergebnissen führt als die gegenwärtige Form. Die starke Demokratisierung soll den Staat aus den Fängen der (wirtschaftlichen) Eliten befreien und diesen in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Beteiligung und ein unverzerrter Volkswille, so die entscheidende Annahme, führen zu (ökologisch) verantwortlicher Politik. Auch Felber setzt damit eine gemeinwohlorientierte und weitsichtige Bürgerschaft voraus.

Eine neue Subjektivität als Voraussetzung für die Gemeinwohlökonomie

Zuletzt ist auf Felbers Perspektive auf den Transformationsgegenstand Kultur einzugehen, da er diesbezüglich deutlich konkretere Vorstellungen entwickelt als die weiteren antikapitalistischen Denker. Wie diese beschreibt er neben der Veränderung von Wirtschaftssystem und politischem System einen Kulturwandel als maßgebliche Bedingung für eine nachhaltige Gesellschaft. Dabei ist er Exponent einer fundamentalen Kulturkritik. Demnach habe der Kapitalismus Egoismus, Geiz, Gier, Erfolgs- und Machtstreben, Materialismus, Rücksichts- und Verantwortungslosigkeit kultiviert. Damit einher gehe auch die Dominanz eines falschen, sozialdarwinisti-

445 Felber schlägt ein Stufenmodell vor, nach dem bei Unternehmen über 500 Beschäftigten die Hälfte, ab 1000 Beschäftigten zwei Drittel der Stimmrechte an Belegschaft und Gesellschaftsvertreter gehen. Zur Vertretung der Gesellschaftsinteressen schlägt Felber ein von der Regierung unabhängiges regionales Wirtschaftsparlament vor, das Vertreter in die jeweiligen Unternehmensführungsgremien entsendet. (2012, 87f)

schen Menschenbildes. Der so geprägte Mensch verkörpert aus Felbers Sicht eine stark defizitäre Subjektivität. Felber sieht eine Mehrheit innerlich verarmter Menschen, die ihrem Leben keinen eigenen Sinn zu geben vermögen und deshalb die von der Außenwelt vorgegebenen Werte, in dem Fall die Werte des Kapitalismus, verfolgen. Zudem fehle der innerlich verarmten Mehrheit die Fähigkeit zur Empathie für andere und für die Umwelt, weswegen es kaum Skrupel gebe, den eigenen Erfolg auf Basis sozialer und ökologischer Ausbeutung zu verfolgen.⁴⁴⁶ (2012, 21, 105, 111ff)

Auf dieser ethischen Basis, und damit auf Basis der gegenwärtigen inneren Verfasstheit der Menschen, sei die Gemeinwohlökonomie nicht zu verwirklichen (2012, 114). Anders formuliert setzt die Gemeinwohlökonomie einen tiefgreifend veränderten Menschen voraus. Wie aber soll diese neue Subjektivität entstehen? Zum einen sieht Felber die Überwindung des Kapitalismus zugunsten der Gemeinwohlökonomie als zentrales Vehikel für die Kultivierung einer anderen ethischen Basis und Werteorientierung (2020, 167). Zum anderen beschreibt er eine grundlegend veränderte staatliche Bildungspolitik als maßgebliches Vehikel für den angestrebten Kulturwandel. Konkret schlägt er einen Kanon von sechs Basisinhalten für alle Schulstufen vor, die aus seiner Sicht allesamt wichtiger sind als der Großteil der gegenwärtigen Unterrichtsfächer (2012, 114-118):

- Gefühlskunde zum Erkennen und Ausdrücken der eigenen authentischen Bedürfnisse und Empfindungen,
- Wertekunde zur Vermittlung ethischer Grundprinzipien verschiedener philosophischer Strömungen und Religionen sowie zur Bewusstwerdung der eigenen Wertestruktur,
- Kommunikationskunde für eine achtsame und gewaltfreie Kommunikationsweise,
- Demokratiekunde u.a. zur Vermittlung der Funktionsweise und des Aufbaus der Demokratie sowie der Wichtigkeit und der Möglichkeiten demokratischen Engagements,

446 Die Spannung zwischen dieser radikalen Kulturkritik und der oben beschriebenen optimistischen Annahme, dass die Bürgerschaft, sofern man sie nur ließe, mehrheitlich ein gänzlich anderes Wirtschaftssystem sowie generell eine ökologisch und sozial verantwortliche Politik entwerfen würde, wird von Felber nicht reflektiert. Wenn die Individuen doch in der breiten Mehrheit empathielos, egoistisch, materialistisch und gierig sind, wieso entscheiden sie sich dann für ein Wirtschaftssystem, das genau mit diesen Werten brechen will?

- Naturerfahrungs- und Wildniskunde zur Überwindung der Beziehungslosigkeit und Aufbau einer tiefen Bindung zur natürlichen Umwelt und ihren Entitäten,
- Körpersensibilisierung zur Vermittlung eines zärtlichen, achtsamen und wertschätzenden Umgangs mit dem eigenen Körper (z.B. durch Tanz, Gruppenakrobatik, Massage oder Yoga), was die Grundlage für einen entsprechenden Umgang mit anderen Menschen darstelle.

Durch die Vermittlung dieser Fähigkeiten sollen die Menschen u.a. in die Lage versetzt werden, ihre authentischen Bedürfnisse und Werte zu erkennen und danach zu leben sowie auf dieser Grundlage von den von außen vorgegebenen, nicht-authentischen Werten und Eigenschaften wie z.B. Konsumismus, Konkurrenzdenken, Karrierestreben oder einem instrumentellen Naturverhältnis zu lassen (ebd.). Mit diesen Forderungen nach radikaler kultureller Erneuerung zeigen sich bei Felber deutliche Parallelen zu Denkern wie Fromm oder Bahro, wonach der Mensch erst dann von der Außenweltkompensation (Materialismus, Macht- und Erfolgsstreben) lassen kann, wenn er den Weg zu seinem authentischen, angstbefreiten Selbst findet.⁴⁴⁷ Wie bei Fromm und insbesondere Bahro ist es bei Felber eine zentrale Aufgabe des Staates, veränderte Subjektivitäten hervorzubringen und den angestrebten Kulturwandel zu ermöglichen.⁴⁴⁸

14.2.5 Schnittmengen und Trennlinien

Im Vorangegangenen wurden vier Stoßrichtungen antikapitalistischer Gegenentwürfe unterschieden. Im Folgenden werden die dabei zutage geförderten Schnittmengen und Trennlinien kurz rekapituliert, wobei zunächst auf das intendierte alternative Wirtschaftsmodell und dann auf die Frage nach dem zukünftigen politischen System eingegangen wird. Gezeigt werden konnte, dass die drei ersten behandelten Stoßrichtungen (zentralistischer Öko-Sozialismus, dezentralisierter und demokratisierter Öko-Sozia-

447 Wie bereits erwähnt, bezieht sich Felber explizit auf Fromm und die von ihm beschriebenen Zusammenhänge zwischen Kapitalismus, Gesellschaftscharakter und Prägung der Subjekte (2012, 33).

448 An dieser Stelle sei noch einmal auf die oben bereits angesprochene Spannung in Felbers Ansatz verwiesen: Wenn erst die veränderte Bildungspolitik das maßgebliche Vehikel für das Hervorbringen anderer Subjektivitäten darstellt, woher kommen dann der Impuls und die gesellschaftliche Mehrheit, die eine solch veränderte Bildungspolitik ins Werk setzt?

lismus, Öko-Kommunalismus) mit Blick auf ihre alternativen Wirtschaftsmodelle zwei fundamentale Anliegen teilen:

- Auf Makroebene sollen die Richtungsentscheidungen bezüglich der Wirtschaftsentwicklung und damit grundsätzliche Investitions- und Produktionsentscheidungen nicht mehr dem Markt und damit dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, bzw. in der Argumentation der hier behandelten Autoren, den privat-kapitalistischen Verwertungsinteressen überlassen, sondern gemeinwohlorientiert festgelegt werden. Mit Ausnahme von Peukert streben dabei alle Autoren nach Wirtschaftsdemokratie basierend auf der Annahme, dass sich die Investitions- und Produktionsentscheidungen am Gemeinwohl und somit an ökologischer und sozialer Verantwortlichkeit ausrichten, wenn diese von der Bürgerschaft in unverzerrten demokratischen Verfahren festgelegt werden.
- Auf Mikroebene soll das für den Kapitalismus konstitutive Profitmotiv überwunden und die Konkurrenz zwischen den Unternehmen eingeehtet werden, indem die Eigentumsverhältnisse verändert werden, was insbesondere die weitgehende Zurückdrängung des Privateigentums an Unternehmen impliziert.

Mit der Verwirklichung einer gemeinwohlorientierten, demokratisierten Wirtschaftssteuerung und einer weitgehenden Sozialisierung der Unternehmen teilen die drei Stoßrichtungen zentrale Elemente sozialistischer Wirtschaftsentwürfe (Meyer 2008, 10ff, 28f; Schüller 2005c, 92).⁴⁴⁹ Die Ausgestaltung beider Elemente variiert jedoch deutlich, v.a. mit Blick auf:

- die Frage nach der richtigen politischen Steuerungsebene, auf denen die Entscheidung über die Wirtschaftsentwicklung und somit die wirtschaftsdemokratischen Anliegen zu verwirklichen sind (Zentralismus vs. Dezentralismus).⁴⁵⁰
- die Frage, wie der Staat die wirtschaftsdemokratischen Entscheidungen in konkrete Wirtschaftspolitik übersetzt. Dies verweist auf die Frage, wie stark und direkt der Staat den Wirtschaftsprozess steuert, wobei die Positionen von staatlicher Detailplanung bis zur losen Rahmenplanung in Kombination mit veränderten marktwirtschaftlichen Rahmenbedin-

449 Dies gilt auch für die von allen Autoren geteilte Forderung nach einer deutlich egalitäreren Verteilung des materiellen Wohlstandes (siehe unten).

450 In diesem Zusammenhang wurde bereits auf verschiedene Staatsverständnisse als wichtige Prämisse für divergente Positionen zu dieser Frage hingewiesen.

gungen reichen. In allen Varianten ist jedoch ein deutlich höheres Maß steuernder Interventionen vorgesehen.

- die Frage nach den konkreten zukünftigen Eigentumsformen mit Blick auf die Unternehmen, wobei sich insbesondere die Ideen von Verstaatlichung, Vergesellschaftung und dezentraler Vergemeinschaftung gegenüberstehen.

Damit wird deutlich, dass auch die Trennlinien zwischen den Positionen vielfache Überschneidungen zu tradierten Trennlinien im sozialistischen Denken aufweisen (vgl. dazu Meyer 2008, 13f, 29). Etwas anders gelagert ist die vierte Stoßrichtung von Felber. Er teilt die generelle Intention, das Profitmotiv sowie die gegenwärtigen Konkurrenzbedingungen zwischen den Unternehmen zu überwinden, wählt dazu aber eine andere Herangehensweise. In seinem Ansatz stellt sich eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftsentwicklung von selbst ein, wenn die Unternehmen aufgrund veränderter Anreizstrukturen nicht mehr nach Gewinn und Wachstum, sondern nach einem möglichst großen Gemeinwohlbeitrag streben. Damit ergeben sich mit Blick auf das wirtschaftliche Alternativmodell zwei zentrale Unterschiede zu den weiteren Positionen:

- Die Wirtschaftsentwicklung wird auch zukünftig vom Markt und damit dem Zusammenspiel zwischen Angebot und Nachfrage, nicht durch wirtschaftsdemokratische Festlegung determiniert. Im Zuge dessen ergibt sich keine Notwendigkeit für planwirtschaftliche Implikationen.⁴⁵¹
- Die Überwindung des Profitmotivs sowie die Gemeinwohlorientierung der Unternehmen wird nicht primär durch Vergesellschaftung, sondern durch veränderte Anreizstrukturen erreicht, die zu einer ungleich stärkeren Gemeinwohlpflichtigkeit des Privateigentums führen sollen.

Damit erweitert Felber die oben beschriebenen Trennlinien bezüglich der zukünftigen Eigentumsformen um die weitgehende Beibehaltung des Privatbesitzes sowie bezüglich des Verhältnisses zwischen Staat und Markt um den Fokus auf die Veränderung von Rahmenbedingungen ohne direkte Wirtschaftssteuerung.

451 Entsprechend kritisiert Kern Felber dafür, die Notwendigkeit einer bewussten Verständigung über die Frage, was noch produziert werden könne, sowie die damit zusammenhängende Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Rahmenplanung, nicht zu erkennen (2019, 140f). Gleichwohl beschreibt Felber eine demokratisierte Planwirtschaft als potenzielle Alternative zu seiner Gemeinwohlökonomie (2012, 186).

Zuletzt lassen sich bezüglich des alternativen Wirtschaftsmodells von allen, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß, geteilte Grundzüge beschreiben:

- die Ausbreitung alternativer Wirtschaftsformen wie Eigenversorgung, Tauschwirtschaft, Commons oder „Prosumentengemeinschaften“,
- Arbeitszeitverkürzungen als Voraussetzung für die Ausbreitung dieser Wirtschaftsformen,
- eine ungleich egalitärere Verteilung des materiellen Wohlstands als Bedingung für den angestrebten Wandel.

Wird der Fokus auf den Staat als Transformationsgegenstand gerichtet, lässt sich jenseits der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie für die meisten Autoren das Ansinnen einer generellen Demokratisierung des Staates als wichtige Schnittmenge konstatieren. Ausnahmen bilden hier die Exponenten des zentralistischen Öko-Sozialismus. Mit der Forderung nach Demokratisierung wird in erster Linie das Ziel verbunden, dass sich der Mehrheitswille der Bürgerschaft unverzerrt in politische Entscheidungen übersetzt. Bei den wenigen Autoren, die ihre Demokratisierungsforderungen institutionell konkretisieren, zeigen sich wiederum Differenzen mit Blick auf:

- die Steuerungsebene und somit die Frage, auf welcher Ebene welche Entscheidungskompetenzen anzusiedeln sind (Zentralismus vs. Dezentralismus).
- die Frage, ob in erster Linie die Ergänzung der repräsentativen Demokratie um direktdemokratische Elemente oder ein weitgehender Übergang zu Formen direkter Demokratie angestrebt wird.

14.2.6 Vertiefung: zur Kritik ökonomischer umweltpolitischer Instrumente

Abschließend soll mit Blick auf die antikapitalistischen Alternativentwürfe ein Aspekt vertieft werden, der bisher nur gestreift wurde, aber eine wichtige Differenz zu den weiteren Grundpositionen darstellt. Dies bezieht sich auf die Frage nach den geeigneten politischen Instrumenten für den angestrebten ökologischen Wandel. Bei vielen der hier behandelten Autoren findet sich eine Kritik ökonomischer umweltpolitischer Instrumente (v.a. Öko-Steuern und Emissionshandelssysteme), die insbesondere bei den Denkern des grünen Wachstums, aber auch bei den reformorientierten

Wachstumskritikern eine zentrale Rolle spielen.⁴⁵² Diese Instrumente sollen ihre Wirkung durch die Veränderung von Preissignalen entfalten, wodurch Umweltbelange ungleich stärker ins ökonomische Kalkül der Wirtschaftsakteure integriert werden sollen. Dabei werden diese Instrumente nicht pauschal abgelehnt (vgl. z.B. Schmelzer/Vetter 2020, 141; Schmelzer/Passadakis 2011, 83; Brand 2018, 106; Dörre 2020, 260; Felber 2012, 171, 189), aber eine Fokussierung auf diese kritisiert.⁴⁵³ Differenziert werden kann dabei zwischen Argumenten, die sich auf die Wirksamkeit, auf die ethischen Grundlagen, auf nicht-intendierte Folgewirkungen sowie auf die methodische Umsetzung beziehen. In Bezug auf die Wirksamkeit werden v.a. folgende Kritikpunkte vorgebracht:

- Ökonomische Instrumente überwinden Profitstreben und Wachstumszwang nicht und können die erforderliche Schrumpfung der Ökonomie, insbesondere den erforderlichen Rückbau bestimmter Branchen und Produktionszweige, nicht sicherstellen (Peukert 2021, 24f, 342, 470; Dörre 2011, 225; Schmelzer/Passadakis 2011, 82f; Kern 2019, 94, 105).
- Die Preisbildung z.B. für fossile Energieträger oder Emissionszertifikate hängt von vielfältigen Faktoren ab, sodass eine konstante, langfristig vorhersehbare Preisentwicklung nicht zu garantieren ist (Peukert 2021, 342).
- Ökonomische Instrumente, v.a. der Emissionshandel, sind betrugsanfälliger als Ordnungsrecht (Altwater 2010, 177f; Peukert 2021, 341).
- Marktfokussierte Regulierungen führen zur Verlagerung schmutziger Produktionen in andere Weltregionen. Dem könnte nur durch die Erhebung von Zöllen auf Importe oder durch eine globale Regulierung

452 Ökonomische Instrumente der Umweltpolitik zielen auf die Beeinflussung der Kosten-Nutzen-Bilanz wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Akteure, indem veränderte Preissignale Anreize zu umweltgerechterem Handeln setzen (Böcher/Töller 2012, 78ff; Aden 2012, 81f). Durch die beiden zentralen Instrumententypen, Umweltsteuern und Emissionshandelssysteme, sollen die ökologischen Folgekosten internalisiert und damit die wirtschaftliche Rationalität der regulierten Akteure verändert werden (ebd.).

453 Eine solche Kritik findet sich v.a. in den Beiträgen von Altwater, Kern und Peukert sowie mit einzelnen Kritikpunkten bei Dörre, Brand und Schmelzer. Von den anti-kapitalistischen Autoren der ersten Zeitphase entwickelte lediglich Strasser eine kritische Reflexion marktbasierter Instrumente. Strassers zentrale Argumente, wonach diese Instrumente nicht mit der Wachstumslogik des Kapitalismus brechen und zu verschärfter Ungleichheit führen, finden sich auch bei den Autoren der zweiten Zeitphase.

entgangen werden, was beides unter den gegebenen Bedingungen absehbar nicht realistisch ist. (Kern 2019, 102f, 105ff; Peukert 2021, 336-341)

- Mit ökonomischen Instrumenten wird Umweltschutz zur abhängigen Variablen von privatwirtschaftlichen Renditeerwägungen und hängt somit vom ökonomischen Kalkül privater Profitinteressen ab (Altvater 2010, 175f, 178).

Bezüglich der ethischen Grundlagen steht das Argument im Mittelpunkt, dass ökonomische Instrumente eine kapitalistische Inwertsetzung und Monetarisierung von Umweltgütern als Naturkapital implizieren, was der Komplexität und inhärenten Wertigkeit der Natur nicht gerecht wird und Ausdruck eines instrumentellen Naturverständnisses ist (Altvater 2010, 178, 187; Brand 2017, 151; Kern 2019, 92f).

Darüber hinaus wird insbesondere auf zwei nicht-intendierte Folgewirkungen hingewiesen:

- Ökonomische Instrumente vertiefen durch ihre preisstigernde Wirkung soziale Ungleichheiten (Dörre 2020, 260f; 2011, 225; Kern 2019, 99f, 114f, 157; Peukert 2021, 341).
- Die Inwertsetzung von Naturgütern in anderen Weltregionen im Rahmen von Emissionshandelsregimen (z.B. Waldgebiete als Kohlenstoffsensen) führt in vielen Fällen zu einer Verletzung der Rechte lokaler, insbesondere indigener Bevölkerungsgruppen (Altvater 2010, 178).

Zuletzt werden Argumente vorgebracht, die auf Schwierigkeiten bei der methodischen Umsetzung marktbasierter Instrumente abstellen:

- Die Monetarisierung von Naturgütern ist nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch methodisch schwer umsetzbar. Beispielsweise lässt sich der monetäre Wert des Lebens einer Pflanze nicht stichhaltig ermitteln. (Altvater 2010, 179f; Kern 2019, 94)
- Marktfokussierte Instrumente reduzieren die ökologische Krise auf einzelne spezifische Aspekte, werden aber der Komplexität und Vielfältigkeit der Umweltprobleme nicht gerecht. Wollten sie diesem Anspruch genügen, bedürfte es einer unüberschaubaren Vielzahl an Öko-Steuern und Emissionshandelssystemen. (Kern 2019, 92f)

14.3 Prozess des Wandels: Die Zivilgesellschaft als Transformationstreiber

Im Vorherigen wurde deutlich, dass die untersuchten Denker in unterschiedlicher Stoßrichtung grundlegende Veränderungen mit Blick auf die Transformationsgegenstände Wirtschaft, politisches System und Kultur befürworten. Wie aber lassen sich diese Veränderungen herbeiführen? Diese Frage nach dem Prozess des Wandels wird im Folgenden für die antikapitalistische Autorenschaft en bloc behandelt. Dabei lässt sich insgesamt konstatieren, dass wenn überhaupt, nur sehr vage Vorstellungen vom Übergang zu den angestrebten Gegenentwürfen entwickelt werden. Diese Leerstelle wird von einigen Denkern auch reflektiert. Beispielsweise bemerken Schmelzer/Vetter, dass für sie die Frage, wie der angestrebte Gegenentwurf zu erreichen ist, die bisher ungeklärteste Frage sei (2020, 145). Schmelzer/Passadakis geben zu, keine Antwort auf die Frage zu haben, welche Akteure und v.a. welche gesellschaftliche Koalition von Akteuren den angestrebten Gegenentwurf ins Werk setzen soll (2011, 91; ähnlich Brand 2017, 40). Dennoch lassen sich bezüglich der Vorstellungen vom Prozess des Wandels einige gemeinsame Grundzüge identifizieren, denen im Folgenden nachzugehen ist.

Die Zivilgesellschaft als Impulsgeber

Grundsätzlich liegt den untersuchten Beiträgen das Motiv zugrunde, dass der angestrebte Wandel von unten gegen die Interessen der herrschenden ökonomischen und politischen Eliten durchgesetzt werden muss.⁴⁵⁴ Paradigmatisch kritisiert Altvater, dass die Perspektive des grünen Wachstums Win-Win-Situationen vorspiele, ökologischer Wandel tatsächlich aber zwischen verschiedenen Klasseninteressen konfrontativ ausgehandelt werden müsse (2010, 233). Entsprechend bemerkt Dörre, dass es für die Transformation um den „Ausbau gesellschaftlicher und diskursiver Machtressourcen beherrschter Klassen und Gruppen“ gehe (2020, 267). Unterschiedlich sind die Annahmen, inwiefern die Menschen bzw. die Bürger und Bürgerinnen bereits zum angestrebten Wandel bereit sind. Wie dargestellt geht z.B. Felber davon aus, dass sich die Bürgerschaft längst für ein ökologisch nachhaltiges, solidarisches, nicht mehr wachstumsfokussiertes post-kapitalistisches Wirtschaftssystem entscheiden würde, wenn sie nur die Möglichkeit dazu hätte. In diesem Denken stehen der Transformation

454 Altvater 2010, 191, 231; Brand/Wissen 2017, 32, 40, 148, 173f, 183; Dörre 2020, 267; Felber 2012, 9f, 29; Schmelzer/Passadakis 2011, 20f; Muraca 2015, 87.

in erster Linie die Machtpositionen der wirtschaftlichen und politischen Eliten entgegen. Demgegenüber stehen Autoren wie Brand und Schmelzer, bei denen die Bürgerschaft die gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse und Herrschaftsideologie internalisiert hat und nicht mehr hinterfragt (Kap. 14.1.2). Voraussetzung für eine Überwindung des Kapitalismus ist in dieser Perspektive zunächst, dass sich immer mehr Menschen dieser Herrschaftsverhältnisse und ihrer Prägung durch die Herrschaftsideologie bewusst werden und sich von diesen emanzipieren. Dem angestrebten Wandel stehen somit nicht nur die gegenwärtigen Machtverhältnisse, sondern deren Internalisierung und Naturalisierung auf Seiten der Bürgerschaft entgegen.

Unabhängig von dieser Differenz wird im Sinne der Bottom-up-Perspektive die Zivilgesellschaft als zentraler Impulsgeber beschrieben (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 270f). Angesprochen wird ein heterogenes Feld gegenwärtiger Postest- und Alternativbewegungen wie z.B. Commons-Bewegung, Degrowth-Bewegung, Gemeinwohlökonomie-Bewegung, Transition-Town-Bewegung, globalisierungskritische Bewegung, feministische Bewegungen, Protestbewegungen gegen Großprojekte oder industrielle Landwirtschaft, lokale Kämpfe gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, kleinteilige Alternativprojekte sowie neuere Phänomene wie Fridays for Future und Extinction Rebellion.⁴⁵⁵ Implizit bzw. teilweise auch explizit kommt die Hoffnung zum Tragen, dass sich aus diesen heterogenen Akteuren eine breite zivilgesellschaftliche Gegenbewegung bildet (Altwater 2010, 229; Felber 2012, 171; Dörre 2020, 167, Kern 2019, 170f). Beispielsweise betont Felber die Notwendigkeit einer strategischen Vernetzung zwischen den heterogenen Bewegungen mit gemeinsamer Infrastruktur für Kommunikation, Koordination, Kooperation und Entscheidungsfindung (2012, 171). Es müsse so eine immer stärker werdende Bottom-Up-Bewegung entstehen, die letztlich die Kraft hat, die institutionellen Veränderung anzustoßen (ebd., 171f, 16f). Dabei werden vielfach auch die Gewerkschaften als wichtiger Teil der Gegenbewegung beschrieben, wofür aber, wie einige Autoren betonen, ein grundlegendes Umdenken innerhalb der Gewerkschaften erforderlich sei (Kern 2019, 170f, 217; Dörre 2020, 267; Altwater 2010, 247; Brand/Wissen 2017, 169f; Brand/Schickert 2019, 179f). Kern nennt als weitere Akteure der organisierten Zivilgesellschaft die Umweltverbände und kritische Strömungen in den Kirchen, was sich in den weiteren

455 Altwater 2010, 229, 241, 244; Brand/Wissen 2017, 16, 40; Brand 2018, 94, 101, 174ff; Dörre 2019, 26; 2020, 267; Felber 2012, 170f; Kern 2019, 161; Muraca 2015, 11f, 15, 79, 83, 85f; Schmelzer/Passadakis 2011, 8f, 70, 75f, 87, 90.

Beiträgen nicht findet (2019, 217). Einige Denker hoffen zudem auf eine stärkere globale Vernetzung mit Bewegungen des globalen Südens wie z.B. der Buen Vivir-Bewegung, regionalen Bauernbewegungen, Bewegungen für Ernährungssouveränität oder indigenen Bewegungen gegen Extraktivismus (Altwater 2010, 181; Brand/Wissen 2017, 115-211, 2018, 94; Muraca 2015, 48; Muraca/Bohmann 2016, 292).⁴⁵⁶

Der primär zivilgesellschaftlichen Gegenbewegung werden unterschiedliche Funktionen zugewiesen. Sie ist Impulsgeberin für den erforderlichen strukturell-intentionellen Wandel, bestreitet Abwehrkämpfe gegen weitere kapitalistische Expansion und drängt die kapitalistische Verwertungslogik zurück. Sie entwickelt kleinteilige Alternativprojekte, die u.a. als Prototypen für die erforderlichen institutionellen Veränderungen dienen und sie ist Triebkraft des angestrebten Kulturwandels. Als Handlungsstrategien zur Erfüllung dieser Funktionen werden v.a. die Folgenden beschrieben:

- gezielte Aufklärung über die sozial-ökologischen Zusammenhänge. Beispielsweise hebt Kern die Bedeutung der Enttarnung der Illusion hervor, dass es eine technische Lösung für die ökologische Krise unter Beibehaltung des gegenwärtigen Wohlstandsniveaus gebe. Erst dann werde es Bereitschaft für eine grundlegende Alternative geben. (Brand/Wissen 2017, 181; Kern 2019, 212, 216; Dörre 2020, 266f)
- die Entwicklung eines attraktiven, identitätsstiftenden Narrativs, das als normativer Bezugspunkt der Gegenbewegung dient und die Aussicht auf ein besseres Leben verspricht (Brand/Wissen 2017, 60f; Brand 2018, 108; Schmelzer/Passadakis 2011, 90; Muraca 2015, 15f, 18).
- die Entwicklung praktischer, v.a. kleinteiliger Gegenprojekte wie z.B. Urban Gardening, Solidarische Landwirtschaft, Tauschringe, Commons oder die Wiederaneignung von Land und Produktionsmitteln. Diesen Projekten werden insbesondere vier Funktionen zugeschrieben:
 - Sie dienen als strukturelle Prototypen, die zukünftige institutionelle Möglichkeiten vorwegnehmen und somit für eine Verallgemeinerung mittels staatlicher Politik erproben (Altwater 2010, 244; Dörre 2020, 268; Peukert 2021, 478f; Schmelzer/Passadakis 2011, 75; Muraca 2015, 15, 79, 82; 2015b, 106).

456 Als ein wichtiger, nicht-intentionaler Verstärker der Gegenkräfte wird die Verschärfung der ökologischen Krise sowie der vom Kapitalismus verursachten Krisen im Allgemeinen gesehen (Altwater 2010, 231; Brand/Wissen 2017, 60f, 172ff; Brand 2018, 66f; Muraca 2015b, 102).

- Sie sind praktischer Ausdruck des attraktiven Gegennarrativs und einer sich entwickelnden Gegenkultur, die einerseits Menschen anzieht und mobilisiert, andererseits die Frage nach dem guten und richtigen Leben politisiert sowie die Vorstellungsräume der Menschen dahingehend öffnet, dass grundsätzliche Alternativen zum Status quo denkbar werden (Peukert 2021, 478f; Schmelzer/Passadakis 2011, 75; Brand/Schickert 2019, 174; Muraca 2015, 18; 2015b, 106, 108f). Die praktischen Gegenprojekte sollen also mit Rückgriff auf Stein (2015, 120) zum Kulturwandel beitragen und Bereitschaftspotenzial für die anstehenden Veränderungen schaffen.
- Sie ermöglichen als Freiräume die Möglichkeit, eine andere Subjektivität, andere Werte, Autonomie und Selbstbestimmung zu leben und zu erfahren. Sie wirken damit transformierend auf die aktiven Subjekte selbst. (Muraca 2015, 18; 2015b, 107ff)
- Sie entziehen als praktische Kritik an der „imperialen Lebensweise“ wichtige gesellschaftliche Bereiche der kapitalistischen und herrschaftlichen Verwertungslogik und machen sie zum Gegenstand gemeinschaftlichen, solidarischen Handelns und demokratischer Kontrolle (Brand/Wissen 2017, 164; Kern 2019, 172; Schmelzer/Passadakis 2011, 74f).
- kritischer Konsum und Konsumstreiks zum Zwecke der Politisierung der Frage eines verantwortlichen Lebensstils, zur Aufweichung und Infragestellung der Hegemonie der „imperialen Lebensweise“ sowie zum Rückzug aus den Kreisläufen der kapitalistischen Verwertungslogik (Brand/Wissen 2017, 40, 169f, 177f; Kern 2019, 213-217).
- Protest bzw. Kampf gegen kapitalistische Landnahme und Expansion (z.B. gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, Freihandelsabkommen oder industrielle Großprojekte) (Altvater 2010, 241; Brand/Wissen 2017, 20, 40, 170, 174f; Kern 2019, 161; Schmelzer/Passadakis 2011, 90).

Der Staat als Transformationsinstrument

Daran schließt sich die Frage an, inwiefern die untersuchten Denker den Staat als Steuerungssubjekt im Transformationsprozess sehen. Hier wird ein ambivalentes Verhältnis zum Staat als Transformationsakteur sichtbar. Einerseits steht dem starken Fokus auf die Zivilgesellschaft, wie eingangs betont, ein grundlegendes Misstrauen gegenüber den etablierten politischen Eliten gegenüber. Dies folgt aus der bereits dargestellten Demokratie- und Staatskritik, wonach sich der „kapitalistische Staat“ und seine Eliten

einerseits aufgrund der massiven Einflusspotenziale, andererseits aufgrund des eigenen Wachstumsinteresses in erster Linie den kapitalistischen Verwertungsinteressen andienen.⁴⁵⁷ Andererseits sind die Autoren für die Umsetzung ihrer Alternativentwürfe fundamental auf den Staat als Steuerungssubjekt angewiesen.⁴⁵⁸ Dies gilt für alle dargestellten Positionen mit Ausnahme von Muraca, bei der, wie gleich ausgeführt wird, die Frage nach dem Staat als Transformationsinstrument offen bleibt. Offensichtlich ist die Angewiesenheit bei der stark etatistischen Position des zentralisierten Öko-Sozialismus.⁴⁵⁹ Aber auch die Autoren, die nicht primär auf den Staat gerichtete Transformationsstrategien stärker gewichten, teilen die Einschätzung, dass die Transformation nicht ohne den Staat gelingen kann. Beispielsweise legt Brand dar, dass der Fokus auf kleinteilige Alternativprojekte nicht den Blick auf die größere Frage nach der Durchsetzung struktureller Veränderungen und somit der Verstetigung und Verallgemeinerung neuer Strukturen und Institutionen verstellen dürfe. Entsprechend argumentiert auch Schmelzer, dass die praktischen Gegenprojekte die Transformation nicht allein verwirklichen könnten, sondern ein geeignetes Umfeld bräuchten, dass politisch erkämpft werden müsse. Deshalb gelte es den Aufbau konkreter Keimzellen einer solidarischen Lebensweise mit einer Strategie, die auf übergeordnete Strukturveränderungen zielt, zu verbinden (zum ges. Absatz bis hierher Brand/Schickert 2019, 175; Brand/Wissen 2017, 169; Brand 2018, 95f, 105, 109-112; Schmelzer/Passadakakis 2011, 75; Dörre 2020, 268; Kern 2019, 10; Peukert 2021, 26; Altvater 2010, 245f). Die Angewiesenheit auf den Staat zeigt sich auch an den Begrifflichkeiten, wenn eine „revolutionäre Realpolitik“, ein „radikaler Reformismus“ „nicht-reformerische“ bzw. „systemtransformierende Reformen“ oder ein „Reformsocialismus“

457 Altvater (2010, 155, 213,219) und Brand/Wissen (2017, 16, 32, 37, 42, 153ff, 166) machen deshalb explizit, dass von den gegenwärtig etablierten politischen Eliten und damit dem Staat keine Impulse für die angestrebte Transformation zu erwarten seien. Vor diesem Hintergrund kritisieren sie Ansätze, die auf die Aufgeschlossenheit etablierter politischer Eliten hoffen (Altvater 2010, 232; Brand/Wissen 2017, 16, 32, 153). Stattdessen, so Brand/Wissen, muss der Impuls von den „Rändern der Gesellschaft“ kommen (2017, 174).

458 Schmelzer/Vetter legen dar, dass diese Spannung im von ihnen vertretenen De-growth-Spektrum vielfach unreflektiert bleibe und der Forderung nach radikalen Reformen „von oben“ transformationsstrategisch ein teilweise ausschließlicher Fokus auf kleinteilige Alternativen und Nischenprojekte „von unten“ gegenüberstehe (2020, 142f).

459 Peukert (2021, 478f) und Kern (2019, 172) betonen zwar auch z.B. die Rolle praktischer Alternativprojekte, dominiert wird ihr Ansatz aber von einem umfassend steuernden Staat.

gefordert werden (Altvater, 2010, 228; Brand/Wissen 2017, 41, 177; Dörre 2020, 268; Schmelzer/Vetter 2020, 133).

Einzig bei Muraca bleibt offen, inwiefern sie den Staat überhaupt als Steuerungssubjekt im Blick hat. Bei ihr liegt der Fokus umfassend auf praktischen Gegenprojekten, während der Staat nicht explizit als Transformationsinstrument angesprochen wird (2015, 12, 15, 18; 2015b, 106-109). Vielmehr ist sie optimistisch, dass sich die Vielfalt kleinteiliger Projekte „zu einer umfassenden, radikalen Alternative in Abgrenzung gegen das einseitige Modell des westlichen Entwicklungspfades entwickeln“ kann (2015, 15). Hier deutete sich die Lesart einer Transformationsstrategie des autonomen dezentralen Neuaufbaus jenseits des Staates an, wie sie auch für Amery herausgearbeitet wurde (Kap. 7.3.4). Wie bereits bei Amery finden sich aber auch bei Muraca Forderungen, die schwer ohne staatliche Umsetzungsmechanismen vorstellbar sind (z.B. die Schaffung stärkerer sozialer Gleichheit u.a. durch die Begrenzung von Einkommen und Vermögen, die Bereitstellung einer umfassenden bedingungslosen Grundsicherung oder der massive Ausbau des ÖPNV, vgl. 2015, 80f). Aufgrund dieser Ambivalenz liegt der Schluss nahe, dass die oben dargestellte Kritik von Schmelzer/Vetter auch auf Muraca zutrifft: Der Forderung nach radikalen strukturellen Veränderungen steht transformationsstrategisch ein einseitiger Fokus auf kleinteilige Alternativprojekte gegenüber, wobei diese Spannung nicht reflektiert wird.

Aus der Angewiesenheit der antikapitalistischen Positionen auf den Staat als Steuerungssubjekt folgt die Frage, wie der Staat zum Transformationsinstrument wird, wenn von den etablierten politischen Eliten diesbezüglich nichts zu erwarten ist. Grundlegend kommt dabei das Ansinnen zum Ausdruck, dass sich die Kräfteverhältnisse im Staat verändern müssen. Beispielsweise bemerkt Altvater, dass die Hoffnung, dass der Staat all die geforderten Veränderungen durchsetzt, nur dann realistisch ist, wenn um den Staat soziale Auseinandersetzungen geführt werden (2010, 245). Die konkrete Frage aber, wie sich der zivilgesellschaftliche Basisimpuls in eine grundlegend veränderte Ausrichtung des Staates übersetzen soll, bleibt in den meisten Beiträgen unbeantwortet. Dies bezieht sich einerseits auf die Frage nach den Akteuren, die den beschriebenen Basisimpuls aufgreifen bzw. verstärken. Andererseits bleibt in strategischer Hinsicht offen, ob die intendierten Veränderungen durch außerparlamentarischen Druck oder durch Repräsentation in den Gesetzgebungsinstitutionen herbeigeführt

werden sollen.⁴⁶⁰ Im zweiten Falle stellt sich die Folgefrage, inwiefern bestimmte Parteien als potenzielle Bündnispartner für die zivilgesellschaftliche Basisbewegung gesehen werden oder ob diese selbst eine parteipolitische Repräsentanz anstreben soll. Bei den wenigen Autoren, die diese Fragen adressieren, klingen verschiedene Antworten an, was im Folgenden an der Gegenüberstellung von Felber und Dörre aufgezeigt wird.

Bei Felber steht das Ansinnen im Vordergrund, dass die zivilgesellschaftliche Bewegung die Einsetzung verschiedener Konvente, insbesondere eines Wirtschafts- und eines Demokratiekonvents erstreitet, von denen dann die grundlegende Neustrukturierung von Wirtschaft und Staat ausgeht. Diese Konvente sollen die entsprechenden Teile einer neuen Verfassung entwerfen und der Bürgerschaft zur Abstimmung vorlegen (2012, 17, 131-138, 171ff).⁴⁶¹ Als ein Weg zur Einsetzung dieser Konvente sieht Felber den Aufbau starken zivilgesellschaftlichen Drucks auf die etablierten politischen Eliten, sodass die Einsetzung solcher Konvente für diese alternativlos wird (ebd., 172f). Der außerparlamentarische Fokus impliziert, dass Felber unter den etablierten Parteien keine potenziellen Bündnispartner sieht, was seiner Fundamentalkritik an den politischen Eliten entspricht (Kap. 14.2.4). Auch den Weg über eine eigene Parteigründung hält er für nicht zielführend, was aber nur sehr vage begründet wird (ebd., 138). Von welchen gesellschaftlichen Kräften jenseits der oben beschriebenen Impulsgeber er sich den Aufbau des zivilgesellschaftlichen Drucks erhofft, bleibt unklar.

Bei Dörre klingt die tradierte Hoffnung linker Kapitalismuskritik auf die Mobilisierung der „Unter- und Lohnabhängigenklassen“ an. Nur dann sei eine sozialistische Politik zu verwirklichen. Entscheidend dafür sei, die Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse und damit die Grenzen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten wieder klarer hervorzuheben, um dadurch die breite Unterstützung, auch über Ländergrenzen hinweg, zu schaffen. Dabei dringt bei Dörre die Hoffnung auf etablierte, linke Parteien durch, die den Impuls von der Basis aufgreifen, breitere Bevölkerungsschichten

460 Revolutionäre Perspektiven, wie in der ersten Zeitphase bei Harich oder dem späten Bahro, werden in der zweiten Zeitphase nicht mehr vertreten. Damit werden zwar einerseits keine offen antidemokratischen Vorstellungen vom Übergang zum angestrebten Gegenentwurf vertreten, andererseits fehlt eine klar konturierte Vorstellung, wie der angestrebte Systemwechsel Wirklichkeit werden soll.

461 Für die europäische Ebene sieht Felber einen demokratisch gewählten Verfassungskonvent vor, dessen Ergebnis wiederum von der Bürgerschaft angenommen werden muss (2012, 133).

ansprechen und den Impuls in die institutionalisierte politische Auseinandersetzung tragen. (2019, 28-31)

Bei aller Unklarheit lassen sich somit zumindest angedeutet verschiedene Positionen, wie der Staat zum Transformationsinstrument wird, erkennen. Immer aber geht es darum, dass transformative Kräfte den Staat zum Instrument ihrer Interessen machen.

14.4 Erklärende Hintergrundannahmen

Abschließend ist der Frage nachzugehen, auf welchen Hintergrundannahmen die dargestellten Entwürfe beruhen. Nicht mehr vertieft wird die für die vertretenen Positionen konstitutive Annahme, dass der Kapitalismus mit dem für erforderlich gehaltenen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik unvereinbar ist (Kap. 14.1). Jenseits dessen ist zwischen zwei Autorengruppen zu unterscheiden, für die jeweils unterschiedliche Hintergrundannahmen ausschlaggebend sind. Einerseits der zentralisierte Öko-Sozialismus als Ausdruck eines zeitgenössischen „Survivalism“ (Kap. 14.4.1). Andererseits die weiteren Positionen, die den Ausweg aus der ökologischen Krise mit einer gesellschaftlichen Positivvision verbinden (Kap. 14.4.2).

14.4.1 Zeitgenössischer „Survivalism“: Zentralismus als Erfordernis der Überlebenssicherung

Für die Position des zentralisierten Öko-Sozialismus sind vor allem vier Punkte ausschlaggebend. Die erste entscheidende Prämisse für Peukerts und Kerns Gegenentwurf wurde bereits herausgestellt (Kap. 14.2.1): Die Notwendigkeit des zentralistischen Planungsstaates ergibt sich aus der im Vergleich zu allen weiteren Autoren drastischeren Krisenwahrnehmung in Verbindung mit einem enormen Wachstumspessimismus, wonach massive ökonomische Schrumpfungsprozesse erforderlich sind. Der Planungsstaat ist zwar nicht wünschenswert, stellt aber die zwingende Voraussetzung für die kurzfristige physische Überlebenssicherung dar. Der Gegenentwurf ist somit primär als akuter Abwehrmechanismus angelegt. Dies verbindet Kern und Peukert mit den zentralistischen Entwürfen der ersten Zeitphase.

Dies leitet über zum zweiten maßgeblichen Aspekt. Im Unterschied zu den weiteren Systemwechsel-Denkern der zweiten Zeitphase fokussieren Kern und Peukert mit ihren Entwürfen auf die Bearbeitung der ökologischen Krise und verbinden dies nicht mit der Verwirklichung einer Ge-

sellschaftsvision. Während bei den weiteren drei antikapitalistischen Positionen das Ansinnen zum Tragen kommt, ökologische Motive mit dem Ziel einer besseren, weil freieren und gerechteren Gesellschaft zu verknüpfen, findet sich dies bei der Position des zentralisierten Öko-Sozialismus nicht. Entsprechend wurde dies bereits für Jonas und Gruhl herausgearbeitet, die ebenfalls primär auf ökologische Gefahrenabwehr unabhängig von weiteren gesellschaftlichen Zielen fokussieren.

Drittens ist die Position der Autoren wie im Öko-Autoritarismus der ersten Zeitphase auf eine etatistische Grundhaltung zurückzuführen. Allein dem Staat ist es zuzutrauen, den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise und die damit einhergehenden Herausforderungen zu bewältigen. Dabei übernimmt der Staat eine umfassende Steuerungsposition. Dem Denken liegt somit ein starker staatlicher Steuerungsoptimismus zugrunde, der sich von kritischeren Einschätzungen der Kapazität zentralisierter Wirtschaftssteuerung (z.B. Dörre, Altvater) ebenso abhebt wie von der prinzipiellen Kritik an zentralisierter Entscheidungsmacht (z.B. Amery, Muraca). Diese etatistische Grundhaltung zeigt sich auch daran, dass Transformationswegen jenseits des Staates untergeordnetes Gewicht zukommt (Kap. 14.3). Auch mit Blick auf die vorgesehene Verstaatlichung der Unternehmen und damit die implizite Annahme, dass der Staat diese gemeinwohlorientiert führen kann, kommt diese etatistische Position zum Tragen (Kap. 14.2.1).

Zuletzt ist viertens auf einen Aspekt einzugehen, der die Ansätze von Peukert und Kern von den autoritär-zentralistischen Entwürfen der ersten Zeitphase abhebt. Anders als diesen liegt ihrem Denken implizit ein optimistischeres Bürgerbild zugrunde. Anders als bei Gruhl, Jonas, Harich und dem späten Bahro muss der Staat die erforderlichen tiefen Einschnitte nicht gegen die Einsicht der Bevölkerungsmehrheit durchsetzen. Stattdessen haben Peukert und Kern die Hoffnung, dass sich die Bürgerschaft in demokratischer Deliberation selbst auf die Reduktionserfordernisse und die Erforderlichkeit einer zentralen Planungsinstanz verständigt. Dies setzt eine vorausschauende Bürgerschaft voraus, die zugunsten zukünftiger Generationen und anderen Weltregionen den eigenen materiellen Wohlstand massiv reduziert und Wirtschafts- und Konsumfreiheiten deutlich einschränkt. Eben daran glauben die Denker des autoritären Zentralismus der ersten Zeitphase nicht. Wie dargestellt, entwickeln Kern und Peukert jenseits der vagen Hoffnung auf die Entfaltung eines ökologischen Verzichtsethos in der Bürgerschaft jedoch keine Vorstellung davon, wie dieser Prozess Realität werden soll.

14.4.2 Ökologie und die Verwirklichung einer besseren Gesellschaft

Die weiteren Systemwechsel-Positionen fußen auf anders gelagerten Prämissen. Der zentrale Unterschied zur Position des zentralistischen Öko-Sozialismus besteht darin, dass in den Alternativentwürfen das Ansinnen zum Ausdruck kommt, jenseits ökologischer Erwägungen eine bessere Gesellschaft zu verwirklichen. Dabei zeigen sich weitreichende Kontinuitäten im Vergleich zu den entsprechenden Positionen der ersten Zeitphase.

Gesellschaftsbild, Idee des guten Lebens und gesellschaftliche Positivvision

Wichtig für das Verständnis der Gegenentwürfe ist, dass ihre Suche nach Fundamentalalternativen nicht nur ökologisch, sondern jenseits dessen über weitere normative Zielgrößen motiviert ist. Ausgangspunkt ist eine breite Krisenwahrnehmung, wonach die ökologische Krise nur eine Dimension einer multiplen Krise der Gegenwartsgesellschaft darstellt (Adler/Schachtschneider 2010, 254, 261).⁴⁶² Analytisch lassen sich drei maßgebliche Kritiklinien und damit zugleich drei maßgebliche Ziele identifizieren, welche die Autoren jenseits der Bearbeitung der ökologischen Krise mit ihren Gegenentwürfen zu adressieren suchen:

1) Freiheit. Die Gegenwartsgesellschaft ist aus Sicht der Autoren keine freie Gesellschaft (Kap. 14.1). Dies ergibt sich zunächst aus der Diagnose, dass das kapitalistisch geprägte Subjekt Werte, Normen und Ziele verfolgt, die nicht authentisch, sondern von außen und zum Teil intentional erzeugt werden. Besonders weitgehend ist diese Kritik bei Autoren wie Brand und Schmelzer, wonach die kapitalistische Subjektivität Ausdruck eines Herrschaftsverhältnisses ist, in welchem sich die subalterne Masse die Leitbilder und Systemzwänge zu eigen machen, die sich aus den Herrschaftsinteressen der kapitalistischen Eliten ergeben. Spezifischer bezieht sich die Diagnose der Unfreiheit z.B. auf die Unterwerfung der Individuen unter den strukturellen Konsumzwang, der sie von der Befriedigung ihrer authentischen Bedürfnisse abhält. Zudem zeichne sich die Gegenwartsgesellschaft durch eine entfremdete, durch Fremdbestimmung, Beschleunigung und Arbeitsverdichtung geprägte Arbeitswelt aus. Zu dieser Kritik der Unfreiheit gehört

462 Als weitere Krisendimensionen werden u.a. eine Sinnkrise, eine Wertekrise, eine Demokratiekrise, die Krise zunehmender soziale Ungleichheit und Polarisierung der Gesellschaft sowie die Krise ungleicher Geschlechterverhältnisse genannt (Alt-vater 2010, 9; Brand/Wissen 2017, 25f; Dörre 2020, 250-254; Felber 2012, 9, 18, 30-34; Schmelzer/Vetter 2020, 134f).

auch die Demokratiekritik vieler Denker, wonach die gegenwärtige Form der Demokratie keine wahre Selbstbestimmung ermöglicht, sondern im Gegenteil Herrschaftsverhältnisse verdichtet und untermauert.⁴⁶³

Demgegenüber sollen die Gegenentwürfe, wie bereits bei Strasser, Bahro, Fromm und Amery, Freiheit ermöglichen (explizit bei Brand/Wissen 2017, 68; Brand 2017, 41f, 44; Schmelzer/Vetter 2020, 133, 136ff, 142; Felber 2012, 176ff; Muraca 2015, 22f, 48ff).⁴⁶⁴ Hinter diesem Motiv steht ein spezifisches Freiheitsverständnis. Paradigmatisch verdeutlichen lässt sich dies bei Muraca, die sich explizit mit dem Freiheitsbegriff auseinandersetzt. Sie wehrt sich gegen ein neoliberal gedeutetes Verständnis von Freiheit als individuelle Optionsvielfalt und Konsumfreiheit. Vielmehr bedeute Freiheit Autonomie und damit Selbstbestimmung jenseits äußerer, kapitalistischer Systemzwänge. Konsum- und Optionsfreiheit innerhalb fremdbestimmter Bedingungen wie z.B. der zwanghaften Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, dem Zwang zum Wachstum oder zur Flexibilisierung der Arbeit, sei keine Freiheit, sondern Unfreiheit, weil diese Bedingungen nicht auf (kollektiver) autonomer Entscheidungsfindung beruhten. Aus diesem Freiheitsverständnis schlussfolgert Muraca dann zentrale Forderungen ihres Gegenentwurfs, v.a. nach umfassender Demokratisierung, Überwindung von Wachstumszwängen und einer nicht am Profitmotiv orientierten, solidarischen Produktionsweise (2015, 22f, 48ff; 2015b, 109; Muraca/Bohmann 2016, 307f). Entsprechend beschreibt auch Felber seinen Alternativentwurf der Gemeinwohlökonomie als Verwirklichung von Freiheit, da sie Raum für eine, an den authentischen, autonom festgelegten Werten ausgerichtete Selbstentfaltung jenseits heteronomer Werte und Bedürfnisse schafft (2012, 176ff).

Ganz im Sinne der emanzipatorischen Denker der ersten Zeitphase liegt Freiheit in diesem Verständnis in tatsächlicher Selbstbestimmung in Unabhängigkeit von äußeren Zwängen. Eine solche Freiheit ist für die Denker innerhalb der kapitalistisch-industriellen Konsumgesellschaft nicht möglich. Zum Ausdruck kommt damit wiederum ein auf die positive Dimension fokussiertes Freiheitsverständnis, nach dem eine Handlung nicht schon frei ist, wenn sie in der äußeren Welt ausgeführt werden kann, ohne auf Widerstände zu stoßen, sondern die der Handlung zugrunde liegende

463 In der Summe weist diese Diagnose der unfreien Gegenwartsgesellschaft weitgehende Überschneidungen zu den demokratischen Systemwechsel-Denkern der ersten Zeitphase auf (Kap. 7.3.5).

464 Bei Altvater und Dörre steht das Gerechtigkeitsmotiv im Vordergrund. Das Freiheitsmotiv kommt bei ihnen nicht explizit vor.

Absicht auf den freien eigenen Willen zurückgeht (vgl. dazu Honneth 2013, 58-61). Der Mensch kann nur frei sein, wenn er unabhängig von äußeren Zwängen seine Bedürfnisse und Lebensweise selbst bestimmen kann.

2) Neben der Verwirklichung von Freiheit sind die Alternativentwürfe der Autoren wesentlich über den Grundwert der Gerechtigkeit motiviert (Ott 2011, 62).⁴⁶⁵ Ausgangspunkt bildet wiederum die dementsprechende Kritik an der Gegenwartsgesellschaft. Dabei lassen sich drei Kritiklinien differenzieren. Erstens gilt die Diagnose der Ungerechtigkeit nach innen, wo soziale Ungleichheiten nicht überwunden werden und sich in letzter Zeit wieder verschärfen, Menschen entfremdete Lohnarbeit erbringen müssen, faktisch kein gleiches demokratisches Mitgestaltungsrecht haben und Wachstum auf der Ausbeutung der vor allem von Frauen erbrachten Reproduktionsarbeit beruht (Kap. 14.1.1). Die Diagnose der Ungerechtigkeit gilt zweitens nach außen, weil das kapitalistische Wachstum in den reichen Weltregionen systematisch und seinem Prinzip nach auf der Ausbeutung anderer Weltregionen beruht und somit der normativen Leitidee der Verwirklichung eines guten Lebens für alle entgegensteht (Kap. 14.1.1) Drittens gilt diese prinzipielle Ungerechtigkeit implizit auch in die Zukunft. Wenn der Kapitalismus einen inhärenten Wachstumszwang aufweist, aus intergenerativer Gerechtigkeitsperspektive aber der Ausstieg aus der Wachstumsdynamik erforderlich ist, muss eine kapitalistische Gesellschaft diese Norm ihrem Funktionsprinzip nach untergraben.

Entscheidend ist, dass diese Ungerechtigkeiten aus Sicht der Autoren in den Grundcharakteristika des Kapitalismus und seinen Machtverhältnissen wurzeln. Der Übergang zu einer Fundamentalalternative jenseits des Kapitalismus ist somit nicht nur aus ökologischer Perspektive, sondern auch für die Verwirklichung von Gerechtigkeit erforderlich. Spezifischer gilt diese gerechtigkeitsbefördernde Dimension v.a. für die folgenden Aspekte der Gegenentwürfe:

- die Überwindung bzw. Einhegung von Profitmotiv und Konkurrenzbedingungen als Quelle von Ausbeutung von Menschen und Umwelt, insbesondere im globalen Süden,

465 Im Vergleich zur Gesellschaftskritik der demokratischen Systemwechsel-Denker der ersten Phase zeigt sich eine Gewichtsverschiebung. In der ersten Phase dominiert v.a. die emanzipatorische Kritik an der unfreien Gesellschaft. Bei den meisten Autoren der zweiten Zeitphase steht hingegen die Perspektive der Gerechtigkeit, insbesondere der globalen Gerechtigkeit, und damit die Kritik an den aus Sicht der Autoren systemimmanenten Ausbeutungsverhältnissen des Kapitalismus, stärker im Vordergrund.

- die grundlegende Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse zur Überwindung der kapitalistischen Machtverhältnisse,
- die zentrale Stellung umfassender Umverteilungsmaßnahmen in den Gegenentwürfen der Autoren,
- die wirtschaftliche Schrumpfung bzw. Stagnation im globalen Norden zugunsten des globalen Südens,
- die umfassende Demokratisierung, die gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht.

Hinter diesen Motiven steht ein egalitär fokussiertes Gerechtigkeitsverständnis (vgl. dazu Hradil 2012), wie bereits Ott am Beispiel eines Beitrags von Muraca/Egan-Krieger herausgearbeitet hat (Ott 2011, 63). Demnach müssen alle Menschen auf der Welt den gleichen Zugang zu den Bedingungen für ein gutes und freies Leben haben. Dies findet sich als zentrales Leitmotiv explizit in vielen der untersuchten Beiträge (Brand/Wissen 2017, 176; Muraca 2015, 11, 26; 2015b, 105f; Schmelzer/Passadakakis 2011, 11, 60; Schmelzer/Vetter 2020, 133; Felber 2012, 104). Beispielsweise legen Schmelzer/Passadakakis dar, dass der Übergang zur skizzierten Postwachstumsökonomie von dem Ansinnen geleitet ist, einen „universalistischen Egalitarismus“ zu ermöglichen (2011, 90). Mit anderer Begrifflichkeit beschreibt Dörre „substanzielle Gleichheit“ als zentrales Ziel seines Gegenentwurfes (2020, 260; 2019, 25f). Der egalitaristische Zugang zeigt sich auch daran, dass starke materielle Umverteilung in nationaler und globaler Perspektive als wichtiger Selbstzweck dargestellt wird.⁴⁶⁶ Entsprechend grenzen sich einige Denker von Konzepten ab, die ökologische Transformation nicht mit der Verwirklichung von mehr sozialer Gerechtigkeit verbinden (Dörre 2011, 27; Brand/Wissen 2017, 36f, 167f; Muraca 2015, 29; 2015b, 104f).⁴⁶⁷

3) Drittens und in Zusammenhang mit den vorherigen beiden Punkten kommt in den Beiträgen das Motiv zum Ausdruck, dass die entwickelten Alternativentwürfe bessere Bedingungen für eine glücklichere bzw. zufriede-

466 Altvater 2010, 246; Felber 2012, 104; Muraca 2015, 29; Brand/Wissen 2017, 176; Dörre, 2020, 260; 2019, 25f; Schmelzer/Passadakakis 2011, 84, 86.

467 Eine explizite Abwägung zum Grundwert der Freiheit findet sich bei Felber. Demnach ist Gleichheit im Sinne des gleichen Rechts aller Mensch auf Leben, Chancen und Freiheiten der prioritäre Wert gegenüber dem Wert der individuellen Freiheit. Individuelle Freiheit sei wichtig, aber wichtiger sei das gleiche Recht aller auf Freiheit. Deshalb sei Freiheit ein relatives, Gleichheit aber ein absolutes Prinzip. (2012, 104)

denere Gesellschaft ermöglichen.⁴⁶⁸ Aus dieser Perspektive unterminiert die Gegenwartsgesellschaft die Bedingungen für ein gutes Leben. Dies hängt einerseits mit den vorherigen beiden Punkten zusammen, geht aber darüber hinaus. Wie dargestellt, kultiviert die Gegenwartsgesellschaft aus Sicht der Autoren Werte wie Konkurrenz, Statuswettbewerb, Leistungsstreben, Leistungsdruck, Selbststeigerung und Egoismus und bringt entsprechende Subjektivitäten hervor. Dies führt aus ihrer Perspektive einerseits dazu, dass viele der individuellen Ansprüche und Erwartungen frustriert werden. Andererseits folgt für sie daraus eine unsolidarische und unsoziale Gesellschaft, die grundlegende Bedürfnisse, z.B. nach Gemeinschaftserfahrung, Kooperation und Vertrauen, unterminiert (Kap. 14.1). Mit spezifischem Blick auf den Aspekt des Statuswettbewerbs bemerkt z.B. Muraca, dass „wir in [...] Tretmühlen des Glücks gefangen [sind], weil Glückversprechen Unzufriedenheit stiften. Denn je mehr wir haben, desto mehr wollen wir; je schneller wir uns bewegen können, desto öfter und weiter fahren wir; je höher wir in der sozialen Treppe aufsteigen, desto weiter verschiebt sich die Messlatte für soziale Anerkennung und Prestige“ (2015, 69f). Glück aber hänge, was sie auf die reichen Industrienationen bezieht, nicht primär von materiellen Bedingungen ab (ebd., 70). Gerade die Befreiung von Wachstumszwängen würde die Chance für eine glücklichere Gesellschaft bieten (ebd.). Entsprechend geht Altvater in Anlehnung an Fromm davon aus, dass die Menschen glücklicher würden in einer „an den Bedürfnissen orientierten, solidarischen und demokratisch-partizipatorischen Wirtschaft und Gesellschaft, in der das Verhältnis zur Natur nicht ausbeuterisch und daher zerstörerisch, sondern kooperativ als Allianz gestaltet ist“ (2010, 152).

Offensichtlich steht hinter dieser Position eine spezifische Idee des guten Lebens, die sich von den in der Gegenwartsgesellschaft kultivierten Werten und Zielen abgrenzt. Verbindende Elemente dieser Vorstellungen des guten Lebens sind v.a. Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Gemeinschaftlichkeit, Zeitwohlstand, Selbstbestimmung als Abwesenheit von Fremdbestimmung, sinnstiftende und selbstbestimmte Arbeit, Postmaterialismus, intakte Umwelt (siehe z.B. Felber 2012, 108, 117f; Altvater 2010, 152; Brand 2018, 99ff; Schmelzer/Passadakis 2011, 11; Schmelzer/Vetter 2020, 142; Muraca 2015, 69ff).

468 Felber 2012, 108, 117f; Brand 2018, 100f; Schmelzer/Passadakis 2011, 24; Dörre 2020, 256; Muraca 2015, 70; Altvater 2010, 152.

In der Summe zeigt sich, dass die Gegenentwürfe neben ökologischen Erwägungen durch weitere Motive wie die Verwirklichung von Freiheit, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und den Möglichkeiten eines guten Lebens für alle geprägt sind (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 261). Gut zum Ausdruck kommt diese breite Perspektive auch in der Kritik einiger Autoren an aus ihrer Sicht verengten Transformationsverständnissen. Brand/Wissen sehen eine Dominanz verkürzter Transformationsperspektiven, die auf die Fragen der ökologischen Modernisierung beschränkt bleiben, aber „klassische Fragen gesellschaftlicher Transformation, nämlich jene nach Gerechtigkeit, einem guten Leben für alle und der Zurückdrängung von Macht und Herrschaft“ weitgehend ausblenden (2017, 32f; entspr. Schmelzer 2014, 18; Muraca 2015, 61, 63). Demgegenüber geht es den hier behandelten Autoren, wie Muraca (2015, 11f, 26) und Schmelzer/Vetter (2020, 133, 136f) explizit deutlich machen, jenseits der ökologischen Gefahrenabwehr um die Verwirklichung einer gesellschaftlichen Positivvision. Die ökologische Krise wird damit zur Chance für eine fundamentale Gesellschaftstransformation.

Damit lässt sich im Vergleich zu Denkern wie Peukert und Kern ein genereller Zusammenhang beschreiben, der bereits in der ersten Zeitphase v.a. im Vergleich der demokratischen Systemwechsel-Positionen mit Autoren wie Jonas und Gruhl gezeigt werden konnte. Wenn der Ausweg aus der ökologischen Krise mit der Verwirklichung einer gesellschaftlichen Positivvision verbunden wird, folgen daraus andere Gegenvorschläge als bei einem engeren Fokus auf die Bearbeitung der ökologischen Krise. Dieser Zusammenhang zwischen einer breiten, über die ökologische Dimension hinausgehenden Krisendiagnose und der daraus folgenden Einbettung des ökologischen Alternativentwurfs in eine umfassende Transformationsperspektive wird auch in anderen Arbeiten hervorhoben (Adler/Schachtschneider 2010, 261f; Petschow et al. 2018, 19f). Dies legt zugleich den Schluss nahe, dass die ökologische Krise im Denken der hier behandelten Autoren ein wichtiges strategisches Moment darstellt, um die auch unabhängig von ökologischen Gesichtspunkten ungeliebte kapitalistische Gegenwartsgesellschaft zu überwinden.

Fokus auf das Wünschenswerte

Damit ist bereits ein weiterer Aspekt angesprochen, der ausschlaggebend für die Positionierung der hier behandelten Autoren ist. Ihrem Denken liegt ein perspektivischer Fokus auf das aus ihrer Sicht Wünschenswerte bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Dimension des realpolitisch Machbaren zugrunde. Dieser Aspekt wird in einigen Beiträgen insofern reflektiert, als dass die Alternativentwürfe in Anlehnung an Bloch als „konkrete Utopie“ oder „Realutopie“ bezeichnet werden (Altwater 2005, 217; Muraca 2015, 17-24; Schmelzer/Vetter 2020; Felber 2020, 163). Mit diesen Begriffen, so die naheliegende Interpretation, wollen sich die Autoren jenseits der mobilisierenden und als Ideal die Wirklichkeit orientierenden Wirkung des Utopischen:

- einerseits von einem rein utopischen Denken, in dem der Alternativentwurf explizit ein nicht erreichbarer Ort ist, abgrenzen und
- andererseits auf den utopischen Überschuss ihrer Gegenentwürfe in dem Sinne hinweisen, dass deren unmittelbare Umsetzung aus gegenwärtiger Perspektive nicht greifbar bzw. auf nicht gegebene Voraussetzungen angewiesen ist.

Die große Leerstelle in den Beiträgen ist somit die Dimension der realpolitischen Umsetzbarkeit und damit die Frage, wie sich die Gegenentwürfe der Autoren unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen verwirklichen lassen. Ausdruck dessen ist z.B., dass die Frage nach dem Prozess des Wandels weitgehend unbeantwortet bleibt bzw. die diesbezüglichen Vorstellungen auf sehr starken Voraussetzungen beruhen (Kap. 14.3). Damit lässt sich, insbesondere im Vergleich zu den realpolitisch ausgerichteten Exponenten des grünen Wachstums eine Erkenntnis festhalten, die bereits mit Blick auf die erste Hochphase konstatiert wurde: Je nach perspektivischem Fokus ergeben sich unterschiedliche öko-politische Schlussfolgerungen.

Optimistisches Menschen- und Bürgerbild

Zuletzt stellt das optimistische Menschen- und Bürgerbild der Autoren eine wichtige Prämisse ihrer Alternativentwürfe dar. Dabei sind die zentralen Annahmen deckungsgleich zu den demokratischen Systemwechsel-Denkern der ersten Zeitphase:

- 1) Die defizitären Züge der gegenwärtig vorherrschenden Subjektivität (v.a. Egoismus, Materialismus, Konkurrenzdenken, Leistungs- und Steigerungsorientierung) sind keine generellen Wesenszüge des Menschen, son-

dern Folge von Subjektivierungsprozessen unter kapitalistischen Bedingungen (Kap. 14.1.2).

2) Im Rahmen grundlegend veränderter struktureller und kultureller Rahmenbedingungen ist ein tiefgreifend veränderter Mensch möglich, der sich u.a. durch Solidarität, Verantwortlichkeit, Gemeinwohlorientierung, Empathie, Genügsamkeit und Umweltbewusstsein auszeichnet. Bei den meisten Autoren steht diese optimistische Annahme implizit hinter den Gegenentwürfen. Explizit reflektiert wird sie bei Felber. Wie der Mensch ist, so Felber, hänge in erster Linie von seiner Sozialisation ab. Heutzutage seien die Menschen gierig, eigennützig und konkurrenzorientiert, weil sie in den gegebenen Strukturen und der vorherrschenden Kultur entsprechend geprägt würden. So wie der Mensch unter kapitalistischen Bedingungen aber Konkurrenz- und Eigennutzorientierung kulturell gelernt hätte, könne er auch Empathie, Kooperation, Solidarität und Großzügigkeit erlernen, insofern das Wirtschaftssystem entsprechendes Verhalten belohne und Erziehung und Bildungssystem entsprechend ausgerichtet würden. Dies gelte umso mehr, als der Mensch seinem Wesen nach ein zu Kooperation neigendes, hilfsberechtigtes und empathisches soziales Wesen mit intuitivem Gerechtigkeitsempfinden sei (2012, 14, 169, 174). Die hier behandelten Denker gehen also von der Möglichkeit eines tiefgreifend veränderten Menschen als Grundlage für die anvisierten Gesellschaftsvisionen aus.⁴⁶⁹

3) Der Bürger ist grundsätzlich beteiligungswillig und zeigt sich in dieser Beteiligung tugendhaft in dem Sinne, dass er sich an den (langfristigen) Gemeinwohlerfordernissen orientiert und dafür kurzfristige materielle Einbußen in Kauf nimmt.

469 Implizit steht hinter den Gegenentwürfen aber auch die Annahme, dass sich der Mensch nicht erst in veränderten Strukturen und davon ausgehend, in einer anderen Kultur zum Besseren wenden kann. Voraussetzung für die erforderlichen strukturellen Veränderungen ist, wie beschrieben, eine breite zivilgesellschaftliche Gegenbewegung, die entgegen ihren eigenen kurzfristigen materiellen Interessen für eine solidarische, kooperative und verantwortliche Wirtschaftsweise kämpft. Eine Vielzahl von Menschen muss sich also zumindest teilweise von der kapitalistischen Subjektivität emanzipieren, bevor dafür förderliche strukturelle und kulturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden. Selbstveränderung ist demnach die Voraussetzung für Gesellschaftsveränderung.

14.5 Zusammenfassung

Die hier behandelte Grundposition des ökologisch-politischen Denkens sieht eine generelle Unvereinbarkeit zwischen Kapitalismus und ökologischer Nachhaltigkeit. Diese ergibt sich aus dem unterstellten systemimmanenten Wachstumszwang des Kapitalismus, der mit dem erforderlichen Wachstumsstopp konfligiert. Neben dem Wachstumszwang sehen die Denker weitere Eigenschaften des Kapitalismus, insbesondere einen Zwang zur Externalisierung ökologischer und sozialer Folgekosten, welche die ökologische Krise maßgeblich mit hervorbringen. Des Weiteren wird die vom Kapitalismus geprägte Gegenwartskultur als wichtige Krisenursache adressiert. Demnach haben sich die Subjekte an die Systemzwänge des Kapitalismus angepasst, was sich in Werten wie Konsumismus, Egoismus, Konkurrenzdenken, Selbststeigerung oder einem instrumentellen Naturverhältnis ausdrückt. Als dritte wichtige Krisenursache wird der Staat thematisiert, der einerseits aufgrund ungleich verteilter Einflusspotenziale in erster Linie ein Instrument zur Umsetzung hegemonialer kapitalistischer Verwertungsinteressen darstellt und andererseits aufgrund vielfältiger Wachstumsabhängigkeiten selbst ein genuines Wachstumsinteresse aufweist.

Mit Blick auf die Alternativentwürfe lassen sich vier Positionen unterscheiden. Der zentralistische Öko-Sozialismus verbindet zentralisierte Wirtschaftsplanung mit der weitgehenden Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung der Unternehmen. Der dezentralisierte und demokratisierte Öko-Sozialismus sieht eine Kombination aus dezentraler und zentraler Wirtschaftsdemokratie, die teilweise bis weitgehende Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung der Unternehmen sowie die radikale Demokratisierung des Staates vor. Die dritte Stoßrichtung lässt sich als Öko-Kommunalismus beschreiben und teilt viele Motive des dezentralisierten und demokratisierten Öko-Sozialismus. Es wird aber ausgehend von einer prinzipiellen Staatsskepsis für weitergehende dezentrale Autonomie plädiert, wodurch direkt-demokratische Strukturen ermöglicht werden sollen. Die vierte Position der Gemeinwohlökonomie zielt nicht auf Wirtschaftsdemokratie und Überwindung des Privatbesitzes an Unternehmen, sondern will Profitmotiv und Konkurrenz durch eine Veränderung der marktwirtschaftlichen Anreizstrukturen überwinden. Dadurch soll die unternehmerische Rationalität auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden, um so eine ethische, nicht-kapitalistische Marktwirtschaft zu verwirklichen.

In den untersuchten Beiträgen werden nur sehr schemenhafte Vorstellungen vom Prozess des Wandels entwickelt. Die Autoren setzen auf die kritische Zivilgesellschaft, aus der eine heterogene und breite soziale Bewegung hervorgehen soll. Diese setzt sich v.a. aus zeitgenössischen Protest- und Alternativbewegungen zusammen. Als wichtiger Transformationsakteur werden zudem die Gewerkschaften beschrieben. Transformationsstrategisch soll sich diese Gegenbewegung einerseits in demokratische Mehrheiten im bestehenden Institutionensystem übersetzen, andererseits einen dezentralen Neuaufbau in gesellschaftlichen Nischen leisten, der dann durch staatliches Handeln verallgemeinert werden kann. Hier zeigt sich eine ambivalente Haltung zum Staat dergestalt, dass der teilweise fundamentalen Staatskritik eine starke Angewiesenheit auf den Staat als Steuerungssubjekt gegenübersteht. Lediglich in Muracas öko-kommunistischer Perspektive deutet sich die Lesart an, dass die erforderlichen Veränderungen jenseits des Staates zu vollziehen sind. Unabhängig davon soll die zivilgesellschaftliche Gegenbewegung auch maßgeblicher Treiber des geforderten Kulturwandels sein. Weitgehend unklar bleibt, wie sich der Basisimpuls in demokratische Mehrheiten übersetzen soll. Bei einigen Denkern liegt der Fokus auf außerparlamentarischer Opposition, während andere auf den Weg über linke Parteien setzen.

Bezüglich der erklärenden Hintergrundannahmen ist zwischen dem zentralistischen Öko-Sozialismus und den drei weiteren Positionen zu unterscheiden. Ersterer ist primär Instrument zur akuten Gefahrenabwehr und ergibt sich für die Denker als schiere Notwendigkeit aus einer besonders drastischen und pessimistischen Kriseneinschätzung. Hinzu kommt eine stark etatistische Grundhaltung. Demgegenüber weisen die Gegenentwürfe der drei weiteren Positionen einen utopischen Gehalt dergestalt auf, dass sie der Verwirklichung einer im umfassenden Sinne besseren, weil v.a. freieren und gerechteren Gesellschaft dienen sollen. Hinter diesem Ansinnen stehen spezifische Ideen des guten Lebens, von Freiheit und Gerechtigkeit. Zudem fußen die Entwürfe auf einem sehr optimistischen Menschen- und Bürgerbild, wonach der Mensch in anderen Rahmenbedingungen solidarisch, kooperativ, postmateriell, gemeinwohlorientiert und beteiligungswillig sein kann.

15 Zwischenfazit und Vergleich der beiden Zeitphasen

Seit den späten 2000er-Jahren lässt sich eine zweite Hochphase des ökologischen politischen Denkens verzeichnen. Wie bereits in der ersten Hochphase ist der geteilte Ausgangspunkt der untersuchten Denker und Denkerinnen die Wahrnehmung einer existenziellen ökologischen Krise, die das zukünftige Wohlergehen menschlicher Gesellschaften grundlegend infrage stellt. Die Krisenwahrnehmung ist dabei in der Gesamtschau weniger apokalyptisch als in der ersten Zeitphase (vgl. entspr. Stein 2016, 218). Stein führt als einen wichtigen Erklärungsfaktor an, dass die prophezeiten Katastrophenszenarien der 1970er- und 80er-Jahre nicht eingetreten sind (2016, 218). Als weiterer Erklärungsfaktor lässt sich die ausgereifere wissenschaftliche Erkenntnislage nennen, welche die Krisenfolgen im Hinblick auf ihr zeitliches und räumliches Eintreten genauer beschreiben kann. Dennoch zeigen sich gerade in den letzten Jahren wieder zunehmend apokalyptische Krisenbeschreibungen (vgl. besonders ausgeprägt bei Kern 2019, Peukert 2021). Verschiebungen zeigen sich auch bezüglich der adressierten Krisensymptome. Diesbezüglich kommt in der zweiten Phase eine abnehmende Bedeutung der Rohstoff- und Ressourcenproblematik gegenüber den sogenannten Senkenproblematiken zum Ausdruck. Dies deckt sich mit der generellen Entwicklung der Umwelt- und Nachhaltigkeitsdebatte (Steurer 2002, 343; Grunwald/Kopfmüller 2012, 21f) und lässt sich auf die jeweils vorherrschende wissenschaftliche Erkenntnislage zurückführen.

Auch im neueren ökologisch-politischen Denken besteht Einigkeit, dass die bisherige Form wirtschaftlichen Wachstums in den reichen Industrienationen an ökologische Belastungsgrenzen stößt. Stark divergent sind hingegen die Schlussfolgerungen, die daraus für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gezogen werden (vgl. entspr. Ott 2011, 55f; Kaven 2015, 14). Diese reichen von einer massiven ökonomischen Schrumpfung bis zur optimistischen Perspektive der Vereinbarkeit weiteren Wachstums und ökologischer Nachhaltigkeit durch grünes Wachstum. Dazwischen finden sich weitere Positionen wie die Forderung nach einem Wachstumsstopp oder nach einem Zielfokus auf Wachstumsunabhängigkeit. Diese divergenten Perspektiven lassen sich v.a. auf optimistische und pessimistische Einschätzungen des technologischen Innovationspotenzials zurückführen. Bei vielen wachstumsskeptischen Positionen tritt zudem neben die ökologische eine in verschiedener Radikalität vorgetragene soziale Wachstumskritik. Kleinsten gemeinsamer Nenner ist die Auflösung des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum und steigender Lebensqualität. Auch in der zweiten

Zeitphase stellt die Wachstumsfrage eine Kontroverse von übergeordneter Bedeutung für die Ausdifferenzierung des ökologischen-politischen Denkens dar, da diesbezügliche Positionierungen stark präformierend auf die jeweiligen öko-politischen Alternativentwürfe wirken. Die Gewichtung zwischen wachstumspessimistischen und optimistischeren Positionen ist in der zweiten Zeitphase ausgewogener, was sich in die generelle Entwicklung der ökologischen Wachstumsdebatte einfügt (vgl. dazu Huber 1993, 51; Steuerer 2002, 235).

Ausgehend davon entfaltet sich auch im neueren ökologisch-politischen Denken ein sehr heterogenes Feld an Antworten auf die ökologische Krise (vgl. entspr. Ott 2011; Adler/Schachtschneider 2010; Schmelzer 2014; Wendt/Görgen 2020, 22; Kaven 2015, 165). Im Hinblick auf die institutionelle Dimension der Alternativentwürfe lassen sich folgende Grundpositionen unterscheiden:

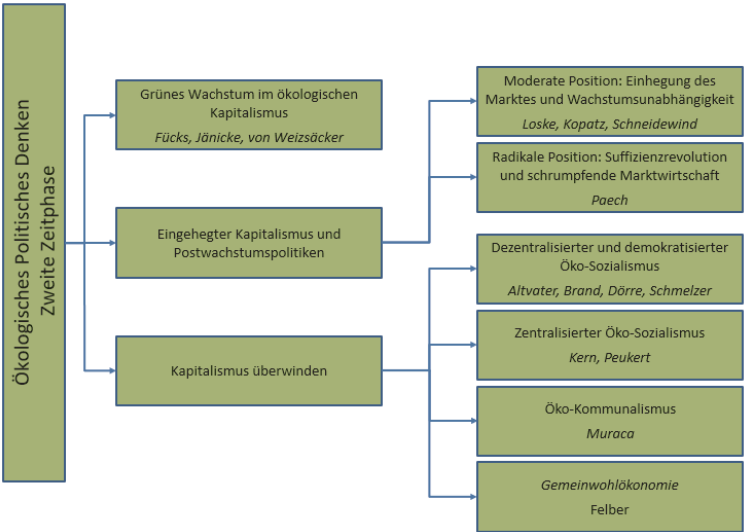


Abb. 3: Grundpositionen im neueren ökologischen politischen Denken

Diese Differenzierung weist Schnittmengen zu weiteren Systematisierungsversuchen in der Sekundärliteratur auf. Adler/Schachtschneider unterscheiden in ihrer Untersuchung ökologischer Transformationskonzepte der späten 1990er- und 2000er-Jahre drei übergeordnete Grundpositionen: „Modernisierung im System“, „Fundamentaler Systemwechsel“ sowie die

Zwischenposition „Phasenwechsel mit offenem Ausgang“ (2010). Diese Dreiteilung sowie die diesbezüglichen Abgrenzungskriterien (v.a. 2010, 16f) decken sich weitgehend mit der oben dargestellten Dreiteilung. Dabei entspricht die Position des ökologischen Kapitalismus der Modernisierungsperspektive, die antikapitalistische Position der Systemwechsel-Perspektive sowie die Zwischenposition des eingehetzten Kapitalismus der Perspektive „Phasenwechsel mit offenem Ausgang“. Diesen Schnittmengen entsprechend werden einzelne Denker, die in beiden Untersuchungen behandelt werden, deckungsgleich in der dreigliedrigen Denklanschaft verortet (Paech, Brand, von Weizsäcker, Jänicke, Kern). Innerhalb der drei Meta-Gruppen behandeln Adler/Schachtschneider eine Vielzahl einzelner Positionen, die aber nicht mehr zu übergeordneten Kategorien zusammengefasst werden. Folglich ist unterhalb der übergeordneten Dreiteilung kein Vergleich möglich.

Ein weiterer Systematisierungsansatz findet sich bei Ott. Er unterscheidet vier „Trajektorien“, die unterschiedliche Antworten auf die Konfrontation mit den Grenzen des Wachstums geben: die v.a. von Meinhard Miegel vertretene wertkonservative Wachstumskritik, die Perspektive der Effizienzrevolution, die Position eines grünen Gesellschaftsvertrags und die Position Degrowth/Neue Linke (Ott 2011). Überträgt man diese Einteilung auf die vorliegende Untersuchung, deckt sich die Position des grünen Wachstums im ökologischen Kapitalismus mit Otts Trajektorie der Effizienzrevolution. Dies gilt gleichsam für die Perspektive der Überwindung des Kapitalismus und Otts Trajektorie Degrowth/Neue Linke.⁴⁷⁰ Die von Ott behandelte konservative Wachstumskritik von Miegel wurde in der vorliegenden Arbeit nicht behandelt. Schwierig ist die Verortung von Otts Trajektorie des grünen Gesellschaftsvertrags, da die konkreten Abgrenzungskriterien dieser Trajektorie weitgehend offenbleiben. Am ehesten zeigen sich Schnittmengen zur moderaten Position des eingehetzten Kapitalismus in Verbindung mit Postwachstumspolitik. Diese beziehen sich v.a. auf die moderate Wachstumsskepsis und das daraus hervorgehende Setzen auf eine Kombination von Effizienz-, Suffizienz- und Konsistenzstrategien (vgl. Ott 2011, 60f).

Zuletzt hat Schmelzer eine Systematisierung des wachstumskritischen Denkens seit der Wiederbelebung der Wachstumskritik ab Mitte der 2000er-Jahre vorgelegt (2014). Er unterscheidet zwischen konservativer,

470 Different ist die Verortung von Paech, was bereits an anderer Stelle diskutiert wurde (Kap. 13.2.2.2)

sozialreformerischer, suffizienzorientierter, kapitalismuskritischer und feministischer Wachstumskritik (2014, 18f). Die Vergleichbarkeit zur vorliegenden Arbeit ist sehr begrenzt, da Schmelzer seiner Einteilung keinen institutionellen Fokus zugrunde legt. Eben vor dem Hintergrund dieses institutionellen Fokus wurden im vorliegenden Zusammenhang die konservative Wachstumskritik von Miegel sowie die feministische Wachstumskritik nicht als eigenständige Strömungen behandelt, da diese keine umfassenderen distinkten Institutionalisierungsansätze entwickeln. Wo sich Schmelzers Differenzierung auf die vorliegende Arbeit übertragen lässt, ist in der Unterscheidung zwischen sozialreformerischer, suffizienzorientierter und kapitalismuskritischer Wachstumskritik. Offensichtlich deckt sich die identifizierte Position „Kapitalismus überwinden“ mit Schmelzers kapitalistischer Wachstumskritik. Entsprechend zeigen sich weitreichende Überschneidungen zwischen dem reformerischen Ansatz bei Loske, Kopatz und Schneidewind zu Schmelzers sozialreformerischer Wachstumskritik. Auch die stärker auf Suffizienz und lokale Selbstversorgung gerichtete Schwerpunktsetzung bei Paech wird bei Schmelzer abgebildet, der Paech als maßgebliche Vertreter einer solchen suffizienzorientierten Wachstumskritik nennt.

Dort wo die Vergleichbarkeit gegeben ist, deckt sich die vorgenommene Differenzierung somit weitgehend mit anderen Systematisierungsansätzen. Gleichzeitig geht sie über diese Ansätze hinaus, da sie das Feld des ökologischen politischen Denkens tiefgreifender ausdifferenziert. Vergleicht man nun das Spektrum der im neueren ökologischen politischen Denken vertretenen Positionen mit der Denklandschaft der 1970er- und 80er-Jahre fällt grundsätzlich auf, dass die Radikalität der Alternativentwürfe in der Gesamtschau abnimmt (vgl. entspr. zum englischsprachigen Diskurs Carter 2001, 315). Während in der ersten Hochphase mit Ausnahme von Eppler alle untersuchten Denker einen fundamentalen Systemwechsel einfordern, gewinnen reformorientierte Ansätze in der zweiten Hochphase an Bedeutung. Die Radikalität der Infragestellung des Status quo hängt dabei auch im neueren Diskurs eng mit der Einschätzung der ökologischen Krise und daraus hervorgehend der Positionierung in der Wachstumsfrage zusammen. In beiden Phasen fordern v.a. wachstumspessimistische Denker einen Systemwechsel, während wachstumsoptimistischere Autoren eine Perspektive der Modernisierung im System einnehmen. Dies kann auch die Gewichtsverschiebung zwischen beiden Phasen bezüglich der Radikalität der Positionen erklären, da der Wachstumspessimismus in der ersten Phase stärker ausgeprägt ist.

Fällt der Blick nun konkreter auf das Spektrum der vertretenen Positionen, zeigen sich deutliche Kontinuitäten aber auch substanzielle Verschiebungen. Die Kontinuitäten beziehen sich vor allem auf folgende Punkte:

1) In beiden Zeitphasen stehen sich im ökologischen politischen Denken Positionen der fundamentalen Systemkritik und der Modernisierung im System gegenüber.

2) In beiden Phasen wird prominent die demokratische Systemwechsel-Perspektive vertreten, welche die Forderung nach der Überwindung des Kapitalismus mit dem Streben nach radikaler Demokratisierung verbindet. Zentrale Forderungen wie die nach Wirtschaftsdemokratie, umfassender Bürgerbeteiligung, Veränderung der Eigentumsverhältnisse, nach Dezentralisierung und mehr sozialer Gerechtigkeit bleiben im Zeitverlauf konstant. Dies gilt auch für das Setzen auf zivilgesellschaftliche, gegen den Kapitalismus gerichtete Basisbewegungen als maßgebliche Transformationsakteure. Zudem ziehen sich wichtige Trennlinien innerhalb dieser Position, wie die Frage nach dem Ausmaß dezentraler Autonomie, dem angedachten Verhältnis von Planwirtschaft, Marktwirtschaft und alternativen Wirtschaftsformen oder nach der Rolle des Staates als Transformationsinstrument durch beide Zeitphasen fort. Dementsprechend konnte in beiden Phasen ein Spektrum von öko-sozialistischen bis öko-kommunalistischen Positionen identifiziert werden.⁴⁷¹

3) Es zeigen sich weitreichende Kontinuitätslinien zwischen der auf die Modernisierung im System fokussierten Position von Eppler und den Grundpositionen der zweiten Zeitphase. Sowohl die Position des ökologischen Kapitalismus als auch die Zwischenposition um Loske, Schneidewind und Kopatz ist im Denken von Eppler angelegt. Eppler fokussiert auf die ökologische Rahmung der kapitalistischen Marktwirtschaft, entwirft

471 Es lassen sich aber auch Veränderungen bezüglich der Motive und Topoi in dieser Strömung identifizieren. Auf die meisten dieser Spezifika wurde bereits hingewiesen. Erstens spielt die in der ersten Phase v.a. bei Strasser und Amery wichtige Kritik an der arbeitsteiligen industriellen Produktionsweise in der zweiten Phase keine zentrale Rolle mehr. Zweitens ist das ökologische Dezentralisierungsdenken in der ersten Phase ausgeprägter. Drittens ist die Forderung nach einem Übergang zu planwirtschaftlichen Strukturen in der ersten Zeitphase weiter verbreitet. Viertens stellt die Kontroverse um die Rolle der Arbeiterbewegung als Transformationssubjekt ein Spezifikum der ersten Zeitphase dar. Fünftens lässt sich in Bezug auf die normative Ausgangsbasis eine Verschiebung von freiheitlich-emanzipativen Motiven in der ersten Phase zu einem stärkeren Fokus auf globale Gerechtigkeit in der zweiten Phase feststellen.

aber gleichzeitig Politiken, die auf den Abbau von Wachstumszwängen zielen. Ersteres bildet den Kern der Entwürfe des ökologischen Kapitalismus, Letzteres steht im Zentrum der Position der reformorientierten Wachstumskritiker.

4) In beiden Zeitphasen findet sich eine öko-politische Denkströmung, die stark auf die Zentralisierung von Entscheidungsmacht setzt. In der ersten Zeitphase bezieht sich das auf die öko-autoritären Denker, in der zweiten Zeitphase auf die Exponenten des zentralisierten Öko-Sozialismus. Bei Peukert deuten sich dabei auch wieder Entdemokratisierungstendenzen an („Kommandozentralen“). In beiden Zeitphasen wird deutlich, dass eine im Vergleich besonders pessimistische bis apokalyptische Kriseneinschätzung in Verbindung mit einer etatistischen Grundhaltung zentralistische Schlussfolgerungen befördert.

Diesen Kontinuitäten stehen einige substanzielle Verschiebungen im Spektrum der vertretenen Positionen gegenüber:

1) Offen öko-autoritäre Ansätze finden sich nur in der ersten Phase. Auf dieses Verschwinden bzw. die Marginalisierung öko-autoritärer Ansätze nach der Frühphase des ökologisch-politischen Denkens haben auch andere Arbeiten, sowohl mit Blick auf den deutschsprachigen als auch den englischsprachigen Diskurs, hingewiesen (Huber 1993, 55; Stein 1998, 202; Dryzek 1997, 33; Carter 2001, 42, 65). Für diese Entwicklung können verschiedene Erklärungsansätze angeführt werden. Bei Carter findet sich der Erklärungsansatz, dass der Öko-Autoritarismus v.a. der in den 1970er-Jahren besonders apokalyptischen Krisenwahrnehmung geschuldet ist (2001, 42, 65). Als weiterer Erklärungsfaktor kann die in der ersten Phase gegebene Präsenz einer autoritären Alternative inmitten Europas angeführt werden (Huber 1993, 55). Wie gezeigt, beziehen sich Jonas, Gruhl und Harich allesamt affirmativ auf das Modell der realsozialistischen Staaten. Im Zusammenhang damit lässt sich für die 1970er-Jahre eine viel offener geführte Systemdebatte als weiterer potenzieller Erklärungsfaktor nennen. Darüber hinaus kann auch die sich im Zeitverlauf einstellende Evidenz, dass autoritäre Systeme keine ambitionierteren Reaktionen auf die ökologische Krise hervorbringen als demokratische Staaten, diese Marginalisierung plausibilisieren. Im Gegenteil erweisen sich Demokratien in der Realität als ökologisch leistungsfähiger (Buchstein 2012, 8ff). So hat beispielsweise Hans Jonas seine Abkehr von der öko-autoritären Position begründet (Kap. 6).

2) Öko-spiritualistisch geprägte Positionen wie die des späten Bahros finden sich in der zweiten Zeitphase nicht mehr. Dies fügt sich ein in die

allgemeine Entwicklung der Ökologiedebatte: In Kapitel 8 wurde herausgearbeitet, dass öko-spiritueller Denken in den 1970er- und 80er-Jahren sowohl im deutschen als auch im internationalen Kontext eine prominente Stellung in der Ökologiedebatte einnahm. In der neueren Umweltdebatte spielen öko-spirituelle Positionen hingegen nur noch eine marginalisierte Rolle.⁴⁷²

3) Neu hinzu kommt in der zweiten Zeitphase die wachstumskritische, aber reformorientierte Position des einhegten Kapitalismus. In der ersten Phase findet sich diese Verbindung der Forderung nach einem Ausstieg aus der Wachstumsdynamik, ohne den Kapitalismus grundlegend infrage zu stellen, nicht als eigenständige Position. Sie ist bei Eppler zwar angelegt, wird aber erst von den Denkern der zweiten Zeitphase zu einem umfassenden Ansatz ausgearbeitet.

4) Zudem findet sich in der ersten Phase keine offensive und wachstums-optimistische Affirmation des Kapitalismus, wie sie in der zweiten Zeitphase von den Denkern des ökologischen Kapitalismus, insbesondere von Ralf Fücks, vertreten wird.

In der Summe ist festzuhalten, dass zwischen erster und zweiter Phase einerseits mit dem offenen Öko-Autoritarismus und Bahros spiritualistischem Grenzgang zwischen Autoritarismus und Anarchismus zwei Extrempositionen verschwinden. Andererseits bleibt ein Spektrum zwischen anti-kapitalistischem Systemwechsel und ökologischer Modernisierung erhalten und differenziert sich in der zweiten Zeitphase weiter aus.

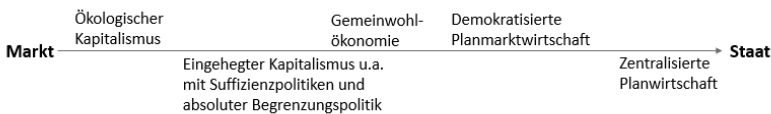
Welche Trennlinien kennzeichnen das ökologische politische Denken der zweiten Zeitphase? Diese beziehen sich neben der Wachstumskontroverse wiederum auf die kausale Begründung der ökologischen Krise, die Alternativentwürfe sowie die Vorstellungen vom Prozess des Wandels. Bezüglich der Alternativentwürfe werden auch im neueren Diskurs die drei Bereiche Wirtschaft, politisches System/Staat und Kultur als prioritäre Transformationsgegenstände adressiert, wobei sich die Gewichtung etwas verschiebt (vgl. Kap. 11.2).

Im Hinblick auf den Transformationsgegenstand Wirtschaft steht, neben der bereits genannten Wachstumskontroverse, auch in der zweiten Zeitpha-

472 Das bedeutet nicht, dass öko-spiritueller und tiefenökologisches Denken in der zweiten Phase gänzlich verschwunden sind. Ausdruck dessen sind im deutschen Sprachraum z.B. das Tiefenökologie-Netzwerk oder das Holon-Institut. Wichtige Bezugspunkte sind v.a. die Schriften von Joana Macy (z.B. *Hoffnung durch Handeln* (2014), *Für das Leben! Ohne Warum* (2017)).

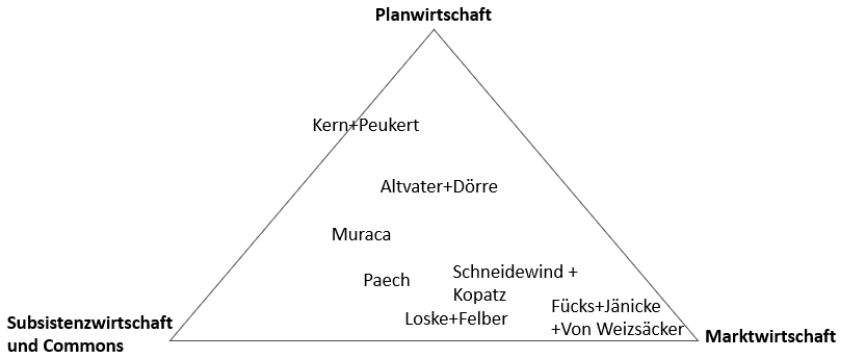
se die Frage nach dem zukünftigen Wirtschaftssystem und insbesondere der Zukunft des Kapitalismus im Vordergrund (vgl. entspr. Wendt/Görgen 2020, 23; Kaven 2015, 13f). Die Systemwechsel-Denker halten diesen insbesondere aufgrund des unterstellten systemimmanenten Wachstumszwangs für nicht zukunftsfähig. Die vorgebrachten Alternativen lassen sich in Anlehnung an Leipold (2005, 11) näherungsweise in eine staatssozialistische Zentralplanwirtschaft (Kern, Peukert), eine demokratisierte und dezentralisierte sozialistische Planmarktwirtschaft (v.a. Dörre, Altvater, Schmelzer), eine dezentral-selbstverwaltete sozialistische Markt- und Tauschwirtschaft (Muraca) sowie die Gemeinwohlökonomie von Felber differenzieren. Diese Bezeichnungen sind heuristische Annäherungen, da sich in den Beiträgen zum Teil nur sehr schemenhafte Beschreibungen finden. Bei all diesen Fundamentalalternativen ist die Ausweitung der Tausch- und Subsistenzwirtschaft vorgesehen. Der Systemwechsel-Perspektive gegenüber hält die Position des ökologischen Kapitalismus an diesem fest und sieht dessen Innovationskapazität, die sich aus dem Gewinnstreben privater Unternehmen unter Konkurrenzbedingungen ergibt, als zentrales Vehikel für die ökologische Transformation. In der Zwischenposition bei Loske, Kopatz, Schneidwind und Paech wird der Kapitalismus einerseits durch kooperativ- und subsistenzwirtschaftliche Ansätze eingehegt und andererseits von punktuellen Wachstumszwängen befreit. Konkret lassen sich mit Blick auf den Transformationsgegenstand Wirtschaft folgende Trennlinien festhalten⁴⁷³:

1) Koordinationsmechanismus:

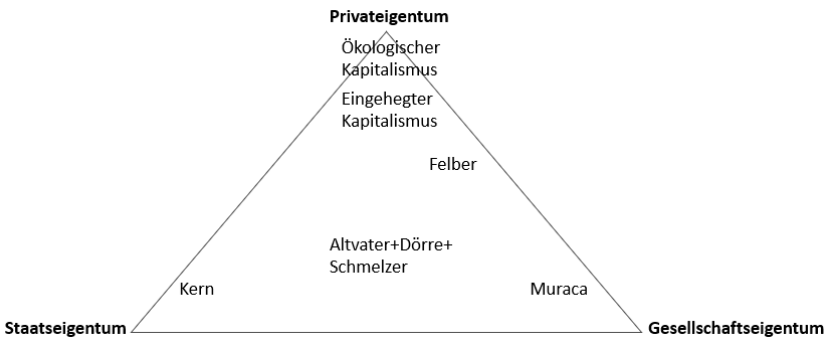


473 Wiederum weitgehend unkontrovers sind ressourcen- und technologiebezogene Aspekte. Diesbezüglich wird die Notwendigkeit einer veränderten, umweltangepassten technologischen Basis, des Umstiegs von nicht-erneuerbaren auf erneuerbare Ressourcen sowie einer möglichst weitreichenden Kreislaufführung von Ressourcen breit geteilt. Umstritten ist freilich die Lösungskapazität, die technologischen Veränderungen zugetraut wird.

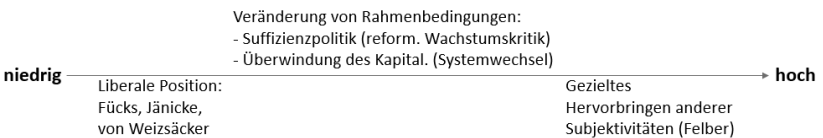
2) Wirtschaftsform allgemein:



3) Eigentums- und Unternehmensordnung:



4) Staatliches Einwirken auf die Präferenzstrukturen der Nachfrageseite:



Das Thema Bevölkerungsentwicklung verliert in der zweiten Zeitphase an Bedeutung. Während in der ersten Zeitphase die Mehrzahl der untersuchten Denker eine restriktive Bevölkerungspolitik einfordert, findet sich dies in der zweiten Zeitphase nur noch bei Kern und wird von anderen Autoren explizit abgelehnt (Paech 2016, 113; Schmelzer/Passadakakis 2011, 70; Fücks 2017, 170).

In Bezug auf den Transformationsgegenstand des politischen Systems tritt mit dem Verschwinden offen autoritärer Ansätze die Debatte um die Demokratie als solche in den Hintergrund. Dennoch bleibt die Frage nach einem zukunftsfähigen politischen System umstritten. Prominent adressiert wird das politische System vor allem bei den Systemwechsel-Denkern. Sie streben in der Mehrzahl eine umfassende Demokratisierung an, was zu einem gemeinwohlorientierteren und damit auch ökologisch verantwortlicheren Policy-Output führen soll. Peukert setzt hingegen stärker auf zentralistisch-expertokratische Elemente. Demgegenüber halten die Exponenten des ökologischen Kapitalismus weitgehend am Status quo fest und plädieren für inkrementelle Veränderungen. Diese zielen v.a. auf die Stärkung der für Umweltbelange zuständigen Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene. Bei den Denkern der Zwischenposition wird eine moderate Ausweitung von Bürgerbeteiligung mit der Einhegung von Lobbyismus sowie bei Loske mit der Institutionalisierung von Zukunftsinteressen durch einen mit starken Kompetenzen ausgestatten Nachhaltigkeitsrat verbunden.⁴⁷⁴ Different sind auch die Perspektiven auf die adäquate Steuerungsebene. Während v.a. bei Muraca, aber auch einigen weiteren Systemwechsel-Denkern, eine Dezentralisierung von Entscheidungsmacht vorgesehen ist, findet sich dieses Motiv in den weiteren Grundpositionen nicht. Weitgehend konsensual ist die Stärkung der globalen Kooperations- und Steuerungskapazität.

Hinsichtlich des Transformationsgegenstands Kultur zeigen sich zunächst unterschiedliche Einschätzungen, inwiefern überhaupt ein Kulturwandel erforderlich ist. Während die wachstumsskeptischen Positionen dies bejahen, sehen die Denker des grünen Wachstums diese Notwendigkeit weit weniger. Vielmehr wird v.a. von Fücks eine konsumkritische Kulturkritik als potenziell freiheitsfeindlich abgelehnt. Mit Blick auf den Gehalt des angestrebten Kulturwandels werden bei den wachstumsskeptischen Au-

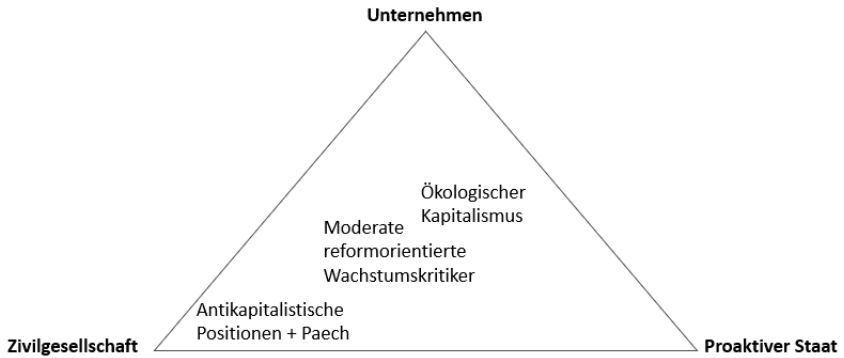
474 Angesichts dessen liegen Muraca/Bohmann falsch, wenn sie behaupten, dass das politische System nur in der links-emanzipatorischen Wachstumskritik als Transformationsgegenstand adressiert wird (2016, 292-295).

toren Differenzen und Schnittmengen sichtbar. Breit geteilt wird die Forderung nach einem postmaterielleren Wohlstandsverständnis und Suffizienz. Während dies bei vielen Autoren die Hauptforderung darstellt, fordern einige Systemwechsel-Denker eine umfassendere Emanzipation von der diagnostizierten kapitalistischen Subjektivität. Die Frage, wie der angestrebte Kulturwandel vonstattengehen soll, wird in den meisten Beiträgen nur unzureichend beantwortet. Viele Autoren sehen Strukturwandel als wichtige Voraussetzung für Kulturwandel, was indirekt dem Staat die Rolle als Treiber des Kulturwandels zuweist. Bei den moderaten reformorientierten Wachstumskritikern wirkt der Staat durch eine umfassende Veränderung von Rahmenbedingungen (Suffizienzpolitik) auf die Individuen ein. Besonders stark ausgeprägt ist die Rolle des Staates bei Felber, bei dem eine grundlegend veränderte Bildungspolitik gezielt andere Subjektivitäten hervorbringen soll.

Zwei Topoi, die in der ersten Zeitphase im Hinblick auf die Frage nach Kulturwandel prominent behandelt wurden, finden sich im neueren Diskurs nicht mehr. Dies gilt einerseits für die Frage, inwiefern Religion eine wichtige Ressource für Kulturwandel darstellen kann (vgl. Kap. 9). Auch die in der ersten Zeitphase verbreitete Hoffnung auf die Kirchen als wichtiger Transformationsakteur findet sich in im neueren Diskurs in dieser Form nicht mehr. Als ein möglicher Erklärungsansatz für diese Verschiebung kann die generell größere Relevanz und Sichtbarkeit von Religion und Kirche in der Gesellschaft der 1970er- und 80er-Jahre sowie die an Intensität gewinnende Säkularisierung in der zweiten Zeitphase angeführt werden. Auch der biografische Kontext der frühen öko-politischen Denker stellt einen möglichen Erklärungsansatz dar. Diese gehören zu Generationen, die in einer, im Vergleich zur Gegenwart, deutlich stärker durch Religion und die Kirchen geprägten Gesellschaft sozialisiert wurden. Andererseits spielt in Bezug auf den Transformationsgegenstand Kultur das Motiv des intrinsischen Eigenwerts der Natur und der Überwindung der anthropozentrischen Weltsicht zugunsten einer ökozentrischen Ethik in der ersten Phase eine viel gewichtigere Rolle. Autoren wie Amery, der späte Bahro, Gruhl sowie in abgeschwächter Form Eppler und Fromm beschreiben dies als zentrales Element des angestrebten Kulturwandels. Dieser Aspekt einer ökozentrischen Ethik spielt in den untersuchten Beiträgen der zweiten Phase keine Rolle mehr.

Neben den Trennlinien im Hinblick auf die Alternativentwürfe werden auch im neueren ökologisch-politischen Denken unterschiedliche Perspektiven auf den Prozess des Wandels entwickelt. Dies bezieht sich zunächst

auf die anvisierten Transformationsakteure, wobei sich folgendes Bild ergibt:



Die Exponenten des ökologischen Kapitalismus setzen auf den proaktiven Staat, der aber auf Impulse aus der Zivilgesellschaft angewiesen ist. Eine wichtige Rolle spielen zudem die Unternehmen als (v.a. technische) Innovatoren. Demgegenüber haben die antikapitalistischen Autoren wie auch Paech keine Hoffnung bezüglich eines proaktiven Staates. Stattdessen wird die Zivilgesellschaft als entscheidender Transformationsakteur angesprochen. Eine breite zivilgesellschaftliche Gegenbewegung muss den Staat aus den Fängen wirtschaftlicher und politischer Eliten befreien (antikapitalistische Autoren) bzw. überhaupt erst die kulturelle Basis für staatliche Postwachstumspolitikern schaffen (Paech). Zuletzt nehmen Loske, Kopatz und Schneidewind eine Zwischenposition ein. Auch sie erwarten die Impulse in erster Linie aus der Zivilgesellschaft, setzen aber prominent auf den bereits in frühen Stadien des Transformationsprozesses eingreifenden Staat. Unabhängig davon stellt der Staat bei fast allen Denkern das zentrale Steuerungssubjekt im Transformationsprozess dar. Lediglich Paech und Muraca entwerfen Transformationsszenarien jenseits des Staates. Während Paech zumindest auf eine Unterstützungsfunktion des Staates hofft, denkt Muraca ökologischen Wandel, ausgehend von einer prinzipiellen Herrschaftskritik, maßgeblich am Staat vorbei. Zuletzt wird deutlich, dass die zivilgesellschaftlichen Impulsgeber in unterschiedlicher Funktion angesprochen werden.

Beispielsweise sind diese bei den Denkern des grünen Wachstums auf den Staat und seine Institutionen gerichtet. Demgegenüber steht bei anderen Denkern der dezentrale Aufbau von praktischen Alternativen oder, besonders stark ausgeprägt bei Paech, die Funktion als kulturelle Avantgarde im Vordergrund.⁴⁷⁵

475 Auch die Untersuchungen zur zweiten Hochphase des ökologischen politischen Denkens haben gezeigt, dass sich die Heterogenität der Denklandschaft über divergente Hintergrundannahmen erklären lässt. Aufgrund der weitergehenden Überschneidungen zur ersten Hochphase wird dieser Aspekt an anderer Stelle resümiert (Kap. 16, 17.1).

